



**Rosa Luxemburgs erste Auseinandersetzung  
mit dem Programm der russischen Sozial-  
demokratie und ihre Tätigkeit  
in der »Gazeta Ludowa« (1902 und 1904)**

*Paralipomena zu Leben und Werk  
bearbeitet von Holger Politt*

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2022**

Rosa Luxemburgs erste Auseinandersetzung  
mit dem Programm der russischen Sozialdemokratie

# ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE HEFT 19

Rosa Luxemburgs  
erste Auseinandersetzung  
mit dem Programm  
der russischen  
Sozialdemokratie  
und ihre Tätigkeit  
in der »Gazeta Ludowa«  
(1902 und 1904)

*Paralipomena  
zu Leben und Werk  
bearbeitet  
von Holger Politt*



# ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE HEFT 19

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen  
herausgegeben von Manfred Neuhaus in Verbindung  
mit Klaus Kinner, Volker Külow und Holger Politt  
Gefördert durch das Regionalbüro Ostmitteleuropa  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau



Diese Publikation wird mitfinanziert durch Steuermittel  
auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsi-  
schen Landtages beschlossenen Haushaltes.

ISBN 978-3-947176-19-9

Mit 4 Abbildungen

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2022  
Demmeringstraße 32, D-04177 Leipzig  
[www.sachsen.rosalux.de](http://www.sachsen.rosalux.de)  
[info@rosalux-sachsen.de](mailto:info@rosalux-sachsen.de)

Redaktion: Manfred Neuhaus  
Umschlag: Daniel Neuhaus unter Verwendung einer Vorlage von Jutta Damm-Fiedler  
Satz: Daniel Neuhaus  
Herstellung: Online-Druckerei »Wir machen Druck« GmbH

# Inhalt

## *Holger Politt*

Vor den Scharmützeln und Grabenkämpfen. Rosa Luxemburgs erste Auseinandersetzung mit dem Programm der russischen Sozialdemokratie (Ende 1902) .....	9
---	---

## *Rosa Luxemburg / Leo Jogisches*

Einige Bemerkungen zur Frage des Programms der russischen Sozialdemokratie (1902). Übersetzt aus dem Polnischen und mit Fußnoten versehen von Holger Politt .....	15
---	----

## *Holger Politt*

Im Schatten der großen Forschungsthemen. Rosa Luxemburgs Tätigkeit in der »Gazeta Ludowa« .....	53
---	----

## *Rosa Luxemburg*

Beiträge aus der »Gazeta Ludowa« (1904). Übersetzt aus dem Polnischen und mit Fußnoten versehen von Holger Politt ...	65
Evangelium der Brüderlichkeit .....	67
Christi Stellvertreter .....	68
Die Sozialdemokratie mit gutem Beispiel voran .....	70
[Verfolgung deutscher Genossen] .....	71
Die Sterne vom Himmel holen .....	72
Vierfacher Gerichtsprozess .....	74
Maschine und Mensch .....	77

## Inhalt

Aus Afrika. Koloniale Barbarei .....	78
Hüterin des Familienlebens .....	79
Tag der Abrechnung .....	81
Streik in Crimmitschau beendet .....	83
[Rosa Luxemburg verurteilt] .....	85
Japan .....	86
Blutiger Jahrestag .....	88
Sozialdemokratischer Jahrestag .....	89
Ein neuer Verteidiger der Arbeiter .....	91
Vor dem Kriegsausbruch .....	93
Begräbnisfeier für Genossen Antonio Labriola .....	95
Frieden und Krieg .....	96
Revolutionäre Kräfte in Russland .....	98
Aus Belgien. Koloniale Barbarei .....	100
Lebenslauf eines Revolutionärs .....	101
Im Dienste des Zaren .....	104
Aus Russland. Opfer des Despotismus .....	106
Eine schöne »Kolonial«-Bescherung .....	107
Revision im Dreyfus-Prozess .....	110
»O Polen! Willst du jung dich wieder zeigen...« .....	111
Aus Norwegen. Frauengleichberechtigung .....	113
Aus Frankreich. Büros der Arbeitsvermittlung .....	114
Gefängniszucht .....	115
Gewissensfreiheit .....	118
Die Osterfeier .....	121
Soldatenmisshandlung .....	123
Über den Sozialismus in England .....	125
Aus Portugal. Etwas über die sozialistische Bewegung .....	128

Die Gesundheit der Schulkinder .....	129
[Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie] .....	132
Aus Italien. Kongress der sozialistischen Partei .....	133
Aus Schweden. Vom Kampf für das allgemeine Wahlrecht	135
Schädlinge der Arbeiterbewegung .....	136
Hinter den Kulissen des siegreichen Japans .....	138
Mordwerkzeuge .....	141
Internationaler Raub .....	145
Aus Belgien. Geheiligttes Familienleben .....	146
Proletariat aller Länder ... ..	148
Aus Russland. Neue antijüdische Barbarei .....	151
Aus Russland. Unparteiische Zeugenaussage .....	152
Aus Russland. Drama in Jakutsk .....	153
Ein Prophet in der Wüste .....	154
Unsere »Nationalisten« mit Händedruck für preußischen Minister .....	157
[Internationale Frauenstimmrechtskonferenz] .....	160
Damen und Frauen .....	161
Von der Redaktion .....	163
Abbildungen .....	175
Zum Bearbeiter dieses Heftes .....	181
Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte	183



HOLGER POLITT

## Vor den Scharmützeln und Grabenkämpfen

*Rosa Luxemburgs erste Auseinandersetzung  
mit dem Programm der russischen Partei Ende 1902*

Seit den Gründungstagen der Sozialdemokratie des Königreichs Polen (SDKP, später SDKPiL) im Sommer 1893 stand die Frage der Beziehungen zur russischen Arbeiterbewegung an vorgerückter Stelle der politischen Aufgaben. Ein Blick in die verschiedenen Ausgaben der von 1893 bis 1896 in Zürich herausgegebenen Zeitschrift »Sprawa Robotnicza« verrät, wie wichtig die Beziehungen zur russischen Arbeiterbewegung für die polnischen Sozialdemokraten im Zarenreich von Anfang an gewesen waren: »Der russische Arbeiter – unser Bruder in der Not, unser Genosse im Kampf. Er beginnt genau wie wir zu verstehen, dass dem Kampf gegen die Zarenregierung nicht ausgewichen werden kann. Das Elend hat ihn aufgeweckt, auch er sucht den Kampf. So wird sich der russische Arbeiter mit uns gegen den gemeinsamen Feind verbünden.«<sup>1</sup>

Die eigene Partei wurde als eine Fortsetzung verstanden der bereits vorhandenen Tradition sozialistischen Denkens in Polen, das sich entschieden auf Marx bezog. Zugleich wurde in den schwierigen Anfangsjahren die gesicherte Perspektive künftiger Entwicklungen gesucht – die auszumachenden revolutionären Kämpfe gegen die Zarenherrschaft. Für die führenden Köpfe der jungen Partei – Leo Jogiches, Julian Marchlewski, Adolf Warski und Rosa Luxemburg – war eine solche Perspektive aber nicht ohne den engen Bund mit der aufblühenden, wiewohl noch jungen Arbeiterbewegung in Russland selbst zu denken. Im Gegenteil: Dieser künftigen Beziehung kam entscheidende Bedeutung zu, die ganze Ausrichtung der Partei hing ja weitgehend davon ab.

Mit der Gründung moderner sozialistischer Parteien 1892 und 1893, die sich auf die bereits aufquellende Arbeiterbewegung in dem zum Zarenreich gehörenden Teil Polens stützen konnten, ergab sich allerdings sofort eine

1 Sprawa Robotnicza. Nr. 1, Juli 1893. S. 2. Die hier zitierte Übersetzung aus dem Polnischen besorgte der Verfasser. Sie ist abgedruckt in: Dagmar Enkelmann / Florian Weis (Hrsg.): »Ich lebe am fröhlichsten im Sturm«. 25 Jahre Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung. Hamburg 2015. S. 20–25, das Zitat S. 25.

schroffe Spaltung der Bewegung in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Teile, die für mehrere Jahrzehnte das Bild der polnischen Bewegung nach außen tiefer prägen sollte. Hier die Richtung, die in erster Linie den Schulterschluss mit der russischen Bewegung suchte, um die Zarenherrschaft im gesamten Reich zu stürzen, dort die andere Ausrichtung, die auf ein festes Bündnis der Arbeiterbewegung in den drei Teilen Polens setzte, um ein unabhängiges Polen wiederherzustellen. Maschinelle Großindustrie und eine darauf basierende Arbeiterbewegung indes gab es vor allem in den schnell wachsenden Industriezentren im russischen Teil Polens, der preußisch-deutsche und der österreichische Teil Polens standen diesbezüglich in der Entwicklung allerdings deutlich zurück.

Für die in ihrer Ausrichtung wesentlich von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches geprägte SDKPiL blieb die gesuchte Annäherung an die russische Bewegung nicht nur bedeutsam, um sich von den anders ausrichtenden Dreiteilesozialisten im gegnerischen polnischen Lager abzugrenzen, sie wurde mit der sprunghaften Entwicklung der russischen Bewegung selbst Anfang des 20. Jahrhunderts immer wichtiger. In der eigenen Presse nahm die Zahl der Beiträge zu, die sich mit den Entwicklungen im eigentlichen Russland befassten. Mit der Herausbildung einer festen Publikationsstruktur, in deren Zentrum die Zeitung »Czerwony Sztandar« (Rote Fahne) und die theoretische Monatszeitschrift »Przeгляд Socjaldemokratyczny« (Sozialdemokratische Rundschau) standen, waren zudem Möglichkeiten gegeben, nun regelmäßiger und tiefgründiger den Fragen der Wechselbeziehungen zwischen polnischer und russischer Arbeiterbewegung im Zarenreich nachzugehen. Die schnellen Entwicklungen nebenan bei den Russen machten das ohnehin erforderlich.

Als ab Sommer 1902 der 2. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) immer mehr ins Haus stand, um die 1898 gegründete Partei von einem lockeren Bund verschiedener Einzelorganisationen auf einer ganz anderen Organisationsbasis faktisch neuzugründen, war die Lage für die SDKPiL plötzlich auch eine ganz andere. Im Zentrum stand nun die Frage, wie die künftigen Beziehungen zwischen SDKPiL und SDAPR zu gestalten seien – ob als Schwesterparteien in einem wiederum festeren politischen Zusammenhang oder aber innerhalb einer letztlich einheitlichen Organisationsstruktur. Letzteres hätte natürlich einen Beitritt der polnischen zur gesamtrussischen Partei bedeutet. Insofern nimmt es gar nicht Wunder, wenn solche Fragen in den Jahren 1902/1903 innerhalb der

SDKPiL immer mehr ins Zentrum der Diskussion rückten, wenn die Auseinandersetzung mit der Dreiteilerichtung nun doch sichtlich zurücktrat. Federführend waren hier Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, die von Anfang an sowohl den Ton wie die genaue Richtung bestimmten und vorgaben. Ein nicht veröffentlichtes Manuskript Rosa Luxemburgs aus dieser Zeit, das sie in Russisch schrieb, gibt einen guten Einblick in die Situation: »Wir denken, dass auch in Russland die Vereinigungsfrage, die jetzt im Zentrum des Interesses der Sozialisten steht, nicht nur eine Frage der Organisation ist, sondern auch – und vor allem – eine Frage des Programms. Und dies bezieht sich sowohl auf die Aufgabe der Konzentration der eigentlichen russischen revolutionären Kräfte, als auch auf die Aufgabe, die verschiedenen nationalen Gruppen zusammenzufassen. Unbedingt bezieht sich das Gesagte auf die Wechselbeziehungen der polnischen und der russischen Sozialisten.«<sup>2</sup>

Der vorliegende Text ist die erste nachweisbare, ohnehin ausführliche Reaktion der polnischen Seite auf die 1902 in der russischen Bewegung einsetzende Programmdiskussion. Veröffentlicht wurde der Text in der ersten von Leo Jogiches vollständig redigierten Nummer von »Przełąd Socjaldemokratyczny«, die im Dezember 1902 herausgegeben wurde. Gezeichnet wurde der Beitrag mit Jan Tyszka, dem hier erstmals für die Partearbeit verwendeten neuen Pseudonym von Leo Jogiches.<sup>3</sup> Aus inhaltlichen Gründen ist fest von einer gemeinsamen Autorenschaft Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches auszugehen, was sich anhand der gesamten Diskussion über die künftige Ausrichtung der Zusammenarbeit zwischen SDKPiL und SDAPR detaillierter nachweisen ließe. Viele einzelne Punkte, die in dem Text zur Beweisführung angeführt werden, sind zudem unmittelbar mit der Tätigkeit und dem publizistischen Wirken Rosa Luxemburgs in Deutschland verknüpft gewesen, so dass jede Annahme, Leo Jogiches könnte wegen des benutzten Pseudonyms den Text gar alleine verfasst haben, in die Irre führt. Allerdings wird auch umgekehrt klar, wie eng Rosa Luxemburg insbesondere bei der russischen Thematik mit Leo Jogiches zusammengewirkt hat, was in der deutschen Rezeption bislang meistens übersehen oder nur ganz am Rande vermerkt wird.

- 2 Rosa Luxemburg: *Polski i ruski socjalizm w ich vsajemnom otnošenij*. In: *Archiwum ruchu robotniczego*. Bd. 1. Warschau 1973. S. 32.
- 3 Zunächst meinten einige sogar, es sei ein weiteres Pseudonym Rosa Luxemburgs. Jogiches hat den Namen von Kazimierz Tyszka entlehnt, einem polnischen Arbeiter, der in der Verbannung das Leben verlor. Rosa Luxemburg hatte in »Przełąd Socjaldemokratyczny«, Nr. 3, Juli 1902, S. 40, einen Nekrolog für Kazimierz Tyszka geschrieben.



Und schließlich sei an dieser Stelle angeführt, dass mit dem vorliegenden Text ein ganz neues Kapitel in der Geschichte des sozialistischen Denkens aufgeschlagen wurde, auch wenn noch niemand der beteiligten Personen etwas davon ahnen konnte. Der zur Diskussion gestellte Programmentwurf der russischen Partei, vorgelegt von den Redaktionen »Iskra« und »Sarja«, war bereits wesentlich mit dem Wirken Lenins verknüpft, wie sich bald herausstellen sollte. Suchte der Forscher also nach dem Anfang der legendären Auseinandersetzungen zwischen Lenin und Rosa Luxemburg, die bis zum berühmten Gefängnismanuskript der letzteren vom Spätsommer 1918 über die russische Revolution hinaufreichen, so müsste er tatsächlich mit diesem Text beginnen. Noch sind die Dinge, die in der künftigen Rezeption bestechend anziehen werden, allerdings nur im Keim enthalten, doch der im zeitlichen Abstand geschärfte Blick gleitet bereits über eine Textlandschaft, die vertrauter vorkommt.

Die beiden Autoren – Rosa Luxemburg und Leo Jogiches – lassen sich von der festen Zukunftsaussicht leiten, der kommenden politischen Revolution im Zarenreich, um die demokratische Republik durchzusetzen, sowie der bevorstehenden Vereinigung der wichtigsten revolutionären Kräfte im Riesenreich, der polnischen und russischen Arbeiterbewegung. Noch ahnen sie nichts von dem dornenreichen Weg, der bald auf sie wartet. Nie wieder werden sie herauskommen aus den vielen kleinen und größeren Auseinandersetzungen und Scharmützeln innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung im Russischen Reich. Die Revolution von 1905/1906 gleicht so gesehen einer großen Atempause, wonach aber die bereits begonnenen innersozialistischen Auseinandersetzungen umso heftiger wiederkehren.

Am Schluss des Beitrags wird dem Leser versprochen, demnächst auf die Nationalitätenfrag im russischen Programm zurückzukommen. Das geschieht dann auch in einer der nächsten Nummern der Zeitschrift, aber der Bogen wird sich rasch ganz anders spannen als gedacht.<sup>4</sup> An dieser Frage entzündete sich nämlich in heftiger Weise das, was Adolf Warski viele Jahre später treffend als den langjährigen Streit zwischen Lenin und Rosa Luxemburg bezeichnen wird.<sup>5</sup> Hier sei nur angefügt, dass an dieser Frage

4 Siehe Jan Tyszka: Rosyjscy socjaldemokraci o polskiej i narodowościowej kwestii [Die russischen Sozialdemokraten zur polnischen und Nationalitätenfrage]. In: Przegląd Socjaldemokratyczny. Nr. 2. Februar 1903. S. 4–78.

5 Siehe Adolf Warski: SDKPiL wobec II Zjazdu SDPR – 20-letni spór z Leninem [Die SDKPiL und der 2. Parteitag der SDAPR – 20-jähriger Streit mit Lenin]. In: Z pola walki. 1929. Nr. 3. S. 127–147, und Nr. 4. S. 98–115.

die beabsichtigte Vereinigung der SDKPiL mit der SDAPR zunächst aufgeschoben und erst inmitten der Revolution 1906 nachgeholt wurde, um schließlich ab 1912 wieder auseinanderzubrechen.<sup>6</sup> Und Rosa Luxemburgs großartige, wiewohl heute nicht leicht zu verstehende Arbeit »Nationalitätenfrage und Autonomie« aus den Jahren 1908/1909 wurde von Lenin barsch als nichtmarxistisch und unlogisch zerrissen: »Diese für den Marxismus unumgängliche Frage exakt zu stellen, würde bedeuten, mit einem Schlage neun Zehntel der Argumente Rosa Luxemburgs zunichte zu machen.«<sup>7</sup> Will der Leser diesen Dingen näher auf den Grund gehen, sollte er den Anfang der Geschichte kennen.

- 6 Siehe Wegmarkierungen. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1903. Aus dem Polnischen übersetzt und eingeleitet von Holger Politt. In: Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 10. Leipzig 2013. S. 9–42.
- 7 Siehe W.I. Lenin: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. In: Werke. Bd. 20. S. 398.



## Einige Bemerkungen zur Frage des Programms der russischen Sozialdemokratie<sup>[\*]</sup>

### I

Es kann gesagt werden, dass sozialistische Programme, soweit sie in ihrer Begründung und dem Inhalt nach vor allem den Kampf gegen den äußeren Feind des Proletariats widerspiegeln – gegen die Kapitalistenklasse sowie die bürgerliche Regierung –, doch in der Regel durch die Art und Weise ihrer Formulierung ebenso Aufschluss geben über den jedesmaligen Kampf der verschiedenen Strömungen im Schoße des Sozialismus selbst. Die nachgerade eindringliche Hervorhebung bestimmter Punkte im Unterschied zu anderen, die dann weitaus flüchtiger behandelt werden, die Benutzung bestimmter, spezieller Ausdrücke und Bestimmungen, um einer fälschlichen oder beliebigen Auslegung der Dinge vorzubeugen, bedeuten gewöhnlich nichts anderes als die Auseinandersetzung mit einem unsichtbaren Gegner, als den Versuch, sich von gewissen sozialistischen Strömungen abzugrenzen, die ins Innere der Partei vordringen.

Der Leitgedanke des ersten Programmentwurfs der russischen Sozialdemokraten, von der Gruppe »Befreiung der Arbeit« 1888 bekanntgegeben\*, war das Bestreben, sich von den damaligen Narodniki abzugrenzen, so dass der aufmerksame Leser in jeder Wendung dieses Programms, wenn auch unausgesprochen, zweifellos die Sicht auf die erwähnte Richtung wiederfindet.

[\*] Der Beitrag wurde im Dezember 1902 in der Doppelnummer 4–5 des wissenschaftlichen Organs der Sozialdemokratie des Königreichs Polens und Litauens (SDKPiL) »Przełąd Socjaldemokratyczny« [Sozialdemokratische Rundschau] auf den Seiten 34–54 veröffentlicht. Er ist mit Jan Tyszka gezeichnet, dem ab Ende 1902 im Rahmen der SDKPiL gebrauchten Pseudonym von Leo Jogiches. Vor dem Hintergrund seiner engen Zusammenarbeit mit Rosa Luxemburg sprechen Themenstellung, Argumentationsweise und stilistische Wendungen für die gemeinsame Autorschaft von Jogiches und Luxemburg. In einer Fußnote der Redaktion zum Beitrag heißt es: »Siehe das in dieser Nummer [S. 15–20] abgedruckte Programm.« Dieser Hinweis bezieht sich auf den am 1.(14.) Juni 1902 in »Iskra« veröffentlichten Programmentwurf der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, den die Redaktionen der »Iskra« und »Sarja« ausgearbeitet hatten.

\* Tschego chotjat sotsjal-demokraty? [Was wollen die Sozial-Demokraten?], Genf 1888.

Seither sind gerade einmal 14 Jahre vergangen, die Sozialdemokratie hat es gerade erst geschafft, die führende Richtung in den Reihen der russischen Sozialisten zu werden, und schon muss sie sich mit neuen Gegnern auseinandersetzen. Der neueste Programmentwurf der russischen Sozialdemokraten gelangt in die Öffentlichkeit unter dem Zeichen des Kampfes gegen die Bernsteinrichtung und deren russischer Spielart, den Ökonomismus. Er trägt deutliche Züge der jüngsten Auseinandersetzungen zwischen den Radikalen und den Opportunisten, wie sie die sozialistischen Parteien in Westeuropa in den zurückliegenden Jahren derartig aufgewühlt haben und deren Echo auch in der zensierten wie illegalen russischen Presse zu finden ist.

Diesen charakteristischen Zug halten wir für einen entscheidenden Vorteil im Programm der »Iskra«. Mitunter ist zu hören, dass diese Richtung, die etwas ungenau als Bernsteinrichtung bezeichnet wird, als eine Erscheinung des gewaltigen Anwachsens der sozialistischen Bewegung im zurückliegenden Jahrzehnt zu verstehen ist. Zweifellos trifft dieses Urteil für die Länder Westeuropas in einem großen Maße zu. Die politische Reaktion und der moralische Bankrott der bürgerlichen Parteien, die im Rahmen ihrer Entwicklung immer sichtbarer an die Oberfläche empordringende Arbeiterbewegung, die immer zahlreicher ins sozialistische Lager drängenden Scharen aus dem Kleinbürgertum und insbesondere aus der Intelligenz. Die einen wie die anderen finden weder in der jetzigen Politik noch in der bürgerlichen Geistesart oder Ethik einen Ausdruck für ihre Bestrebungen und Bedürfnisse, flüchten also zur Fahne der Arbeiterbewegung, die heute die einzige Zufluchtsstätte für freiheitliche und demokratische Bestrebungen ist.

Ihrer ganzen Denkungsart und politischen Lage nach sind das, kann gesagt werden, geborene Parteigänger für die Bernsteinrichtung und obendrein bereitstehende Propagandisten. Was also ist der Kern, was das bestimmende Wesen dieser Richtung? Es ist geradezu der Drang, die scharfen Kanten im Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu stützen, und zugleich hin zu einem Bündnis des Proletariats mit den fortschrittlichsten Kreisen des Bürgertums, um auf dem Weg gemeinsamer Anstrengungen demokratische Reformen durchzusetzen. In der weiteren Konsequenz ist es der Drang, jenes die bürgerlichen Demokraten so erschreckende Gespenst der sozialistischen Umwälzung zu beseitigen und dieses Gespenst als eine unendliche Folge kleiner Änderungen in der Sozialstruktur des Kapitalismus zu verstehen, die auf dem Weg friedlicher Evolution in der Zeit unbegrenzt fortschreitet. Dann gilt bereits die bescheidenste Reform für ein

»Stückchen Sozialismus«, die gesellschaftliche Umwälzung aber wird in so weite Ferne verlegt, dass der nüchterne bürgerliche Verstand sich genau so viel Sorgen darum macht wie um das vorhergesagte Erlöschen der Sonne in einigen Millionen Jahren. Schließlich werden alle Kräfte auf die nächsten praktischen Ziele des Sozialismus konzentriert, die großen gesellschaftlichen Wandlungen hingegen, die das Endziel der Arbeiterbewegung bedeuten, werden gleichgültig abgetan.

Die gleichen Züge aber zeichnet den gewöhnlichen kleinbürgerlichen Radikalismus in sozialistischer Färbung aus, so wie er bislang in jeder revolutionären Phase aufgetreten ist und zum Beispiel heute in Frankreich noch auftritt. Weil aber diese Richtung in ihrer ersten und eigentlichen Gestalt verschwindet, wundert es nicht, wenn heute der Sozialismus in der Bernsteinausgabe für die Massen des Kleinbürgertums sowie für die Ideologen der Intelligenz in Westeuropa die Rolle eines Ersatzes für ein solche radikale Partei spielt. Sobald diese sozialistische Strömung nun die Arbeiterbewegung beherrscht, würde das unweigerlich, worauf die Kritik bereits mehrfach hingewiesen hat, auf die Umwandlung der revolutionären und sozialistischen Bewegung in eine bürgerlich-demokratische und reformatorische Bewegung hinauslaufen.<sup>1</sup>

Außerdem kommt noch ein weiterer, sich aus dem Anwachsen der Partei des Proletariats ergebender Umstand hinzu, der den Bernsteinschen Ideen nicht weniger zuträglich ist als der Zufluss kleinbürgerlicher Elemente. Tatsache ist, dass in Ländern wie Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien und anderen die Zeiten längst vorbei sind, in denen die Arbeiterpartei lediglich eine moralische Kraft darstellte. Heute nämlich ist der Sozialismus, der über riesige Wählermassen, über ernstzunehmende Parlamentsvertretungen, über zahlreiche Parteiblätter verfügt, zu einem vorzüglichen politischen Faktor geworden, mit dem sowohl die Regierungen wie die bürgerlichen Parteien rechnen müssen und um dessen Unterstützung sie nachzusuchen sich sogar gezwungen sehen. Daher die Aussicht auf die den herrschenden Klassen abgerungene Zugeständnisse und handfesten Vorteile, daher schließlich der Hang in den sozialistischen Reihen zu allem möglichen Ränke im Namen einer »nüchternen Politik«, die zu jedem Zeitpunkt bereit ist, den Standpunkt des Klassenkampfes aufzugeben für einen Spatzen in der Hand.

1 Siehe Rosa Luxemburg: Sozialreform und Revolution. In: Gesammelte Werke (weiter GW). Bd. 1/1. S. 367–466.

Dabei ist selbstverständlich die Gefahr, die dem Sozialismus durch die Bernsteinrichtung droht, weder eine zeitweilige noch vorübergehende Angelegenheit, auch lässt sie sich weder mit einer Debatte in der Presse noch durch das Amputieren der mit der Krankheit »infizierten« Parteimitglieder für immer beseitigen. Da sich diese Tendenzen aus dem Anwachsens der Arbeiterbewegung ergeben, ist leicht auszumachen, dass sich die sozialistischen Parteien auch zukünftig dauerhaft und beharrlich dem entgegenzustellen haben, so als hätten sie es mit einer chronischen Krankheit zu tun, deren einzelnen Symptome jeweils bezwungen werden müssen und die der revolutionären Gesamtheit der Bewegung entschieden unterzuordnen ist.

Das besondere Schicksal Russlands im Verhältnis gegenüber dem Westen verurteilt es oftmals dazu, bereits fertige Resultate gesellschaftlicher Prozesse zu übernehmen, die sich woanders auf fremden Boden vollzogen haben, wobei die Verpflanzung auf den russischen Boden in erster Linie zu einer starken Zersetzung führt, ohne zugleich in einem ausreichenden Maße die Ergebnisse dieser Zersetzung absorbieren zu können. Das zeigt sich nicht nur in der Geschichte des Kapitalismus, sondern ebenso in der Geschichte des russischen Sozialismus.

Die Bernsteinrichtung in Russland kann natürlich nur schwerlich als das Ergebnis einer aufblühenden Arbeiterbewegung oder der altgewordenen bürgerlichen Demokratie aufgefasst werden, denn die russische Arbeiterbewegung fängt überhaupt erst an, sich fester zu formieren, und die bürgerliche Demokratie ist überhaupt noch nicht auf der Bühne erschienen. Hier hat die Bernsteinrichtung als ein Element der Zersetzung in der sozialistischen Weltanschauung einen gänzlich anderen Boden vorgefunden.

Es liegt ja auf der Hand, dass der Hang, den Klassenstandpunkt in der Arbeiterbewegung zu verwischen, um allmählich greifbare Vorteile herauszuholen, in Russland schon allein deshalb keine Beispiele findet, weil eine solche Taktik vollkommen vergeblich wäre. Die bürgerlichen Klassen selbst haben keinerlei politische Macht, weswegen sie der Sache des Proletariats auch keinerlei Zugeständnisse machen können, selbst wenn sie einen Hang zur Politik von Sozialreformen erkennen ließen. Streng genommen gibt es in Russland nicht einmal bürgerliche Parteien im europäischen Sinne des Wortes, denn die Form der Alleinregierung erschwert bislang deren Entstehen. Und die Zarenregierung nun ihrerseits, die ganz Russlands schicksalhaft in den Händen hält, macht nun überhaupt keine Anstalten, um die Rolle einer »sozialen Monarchie« zu spielen, um zum Preise von Reformen zugunsten

des Proletariats ein Bündnis zwischen Thron und Arbeiterklasse zu schmieden. Das Zarentum verfolgt den Fortschrittslauf in anderen Ländern aufmerksam, doch nur insoweit, um allen Fortschritt im eigenen Land umso wirksamer unterdrücken zu können, ist es doch davon überzeugt, mit keinem einzigen Zugeständnis den Wolfshunger der bewussten Arbeiterklasse stillen zu können, einen Hunger, der in jeder Hinsicht gestillt werden müsste. Die »Mächtigen auf dieser Seite der Welt« haben auch etwas aus den Experimenten Napoleons III. gelernt, denn dessen demagogisches Kokettieren mit den Arbeitervereinen hatte ja überhaupt nicht das Entstehen der Internationale in Frankreich verhindern können, so wie auch das zuletzt gewaltige Anwachsen des deutschen Sozialismus jenem Hirngespinnst bei Wilhelm II. gehörig Hohn spottet, der geglaubt hatte, mittels dem deutschen Arbeiter hingeworfener Almosen ihn von seiner geschichtlichen Führerin abzubringen – von der Sozialdemokratie.

Die Kuppelerei zwischen Zarenregierung und Arbeiterklasse, wie es in Russland seit geraumer Zeit mit dem verrufenen Subatow versucht wird, kann höchstens in gewissen Grenzen und für eine bestimmte Zeit bestehen.<sup>2</sup> Schließlich wird diese Politik sich schnell erschöpfen oder, wenn sie sich im engen Kreis von Konsumgesellschaften und Arbeiterklubs abspielt, bald schon zur Enttäuschung und zur Ablehnung unter den Arbeitern führen, es sei denn, sie sieht sich weiter auf den Weg von »Zugeständnissen« gezwungen, um die Arbeiter zu beschwichtigen, doch dann ist der Schreck bei der Regierung gewiss, die dann das Feuer lieber vorsichtig zu ersticken, statt unvorsichtig mit ihm zu spielen versuchen wird.

Auf diese Weise bieten die Rückständigkeit der Zarenregierung wie das Fehlen eines offenen Kampfes politischer Parteien in Russland bislang die Gewähr, dass sich die russische Arbeiterbewegung wegen des unmittelbaren Kampfes gegen die Regierung und die Kapitalistenklasse vor dem Absinken in den Geist des Opportunismus behüten kann. Doch stecken in diesen Umständen zugleich jede Menge an Gefahren.

In den Ländern Westeuropas zeigt die alltägliche Erfahrung die Falschheit der Bernsteinschen Theorie bereits überall dort, wo sie auch nur in Ansätzen umgesetzt werden soll, was nun wiederum viel wirkungsvoller ist

2 1901 bis 1903 war die Regierung des Zaren bemüht, legale, von der Polizei kontrollierte Arbeiterorganisationen mit dem Gendarmerieobersten Sergej Subatow zu schaffen (Subatowschtschina). Siehe dazu insbesondere Rosa Luxemburg: Die Pariser Entlarvung. In: GW. Bd.2. S.266.



als alles tiefere Gerede oder alle theoretische Abhandlung. So nun das dreijährige Experiment des sozialistischen Ministers Millerand als Mitglied der bürgerlichen Regierung, ein Experiment, das von blutigen Einsätze republikanischer Soldateska gegen streikende Arbeiter, die zum Verwechseln an die Vorfälle in Łódź und Brjansk<sup>3</sup> erinnern, von der berüchtigten chinesischen Expedition sowie vom Kriechen der republikanischen Minister vor dem russischen Willkürherrscher begleitet wurde, ein solches Experiment muss nun allerdings mehr als nur den einen Liebhaber »nüchterner Politik«, also der Politik ohne Grundsätze ernüchtern. Ebenso die Aprilniederlage der belgischen Sozialisten in der letzten Kampagne für das Wahlrecht, die zweifellos dem Schwanken und dem Verrat der Liberalen, den damaligen Verbündeten der Sozialisten, zuzuschreiben ist, und schließlich das Fiasko, mit dem die Kompromisspolitik endete, die vor kurzen von den bayrischen Sozialisten praktiziert wurde – alle diese Erfahrungen haben handgreiflich nachgewiesen, zu welch bedauerlichen Resultaten die opportunistischen Anschauungen in der Praxis führen. Kurzum, im Westen ist diese Richtung wegen der politischen Umstände gezwungen, ihre letzten Konsequenzen zu ziehen, ihr eigentliches Antlitz zu enthüllen und ihre Behauptungen im praktischen Alltagskampf überprüfen zu lassen.<sup>4</sup>

In Russland kann allerdings nur der Bereich der Theorie die Bühne für die Bernsteinrichtung sein, auf der er ebenso hartnäckig die Grundlagen des Sozialismus »revidiert«, sich allerdings nicht anschickt, um seine Ansichten in der Politik praktisch überprüfen zu lassen. Deshalb kommen dessen politischen Konsequenzen, die jeden ehrlichen Sozialisten sicherlich abschrecken würden, auch nicht ans Tageslicht, wodurch sich der Kampf gegen diese Richtung schwieriger gestaltet, denn je mehr der sich auf rein theoretische Auseinandersetzungen begrenzen muss, um so abgehobener von den brennenden Fragen der Praxis erscheint er für die breiten Kreise.

3 Bezieht sich auf die blutige Niederschlagung der Maifeier in Łódź 1892 und auf die Niederschlagung von Arbeiterprotesten bei Brjansk 1898. Zu Łódź siehe: Rosa Luxemburg: Der Feiertag des 1. Mai 1892 in Łódź. In: ND. Die Woche, 6./7. März 2021. S. 12/13.

4 »Wir scheinen mitten in der Ära opportunistischer Niederlagen zu stehen. Auf den kläglichen Verfall des ministerialistischen Sozialismus in Frankreich war das eklatante Fiasko der Wahlrechtskampagne in Belgien gefolgt, und kaum hat sich die Erregung des internationalen Proletariats über dieses Fiasko etwas gelegt, als schon die Kunde von einer neuen Niederlage des »staatsmännischen Geistes« in der Arbeiterbewegung aus Bayern kommt.« (Rosa Luxemburg: Vor Ludwigshafen. In: GW. Bd. 1/2. S. 265.)

Deshalb nun wirkt die Bernsteinrichtung in Russland nicht weniger zersetzend auf die Gemüter. Denn wenn alle Grundlagen des revolutionären Sozialismus untergraben werden, so die Sicht auf den Wirtschaftsfaktor als der wichtigsten geschichtlichen Triebkraft, so die Theorie vom Klassenkampf auf dem Boden sich weiter verschärfender gesellschaftlicher Widersprüche, so die Theorie der ständigen Proletarisierung der Kleineigentümer usw., wenn also aus dem Prozess der geschichtlichen Entwicklung das Moment der Revolution ausgeschlossen wird, dann untergräbt diese Richtung in der Arbeiterschaft das Gefühl des Antagonismus gegen die Bourgeoisie und ist bereit, es den bürgerlichen Demagogen zu opfern, wenn die Zarenherrschaft niederstürzt.

Hinzugefügt werden muss, dass in Russland die Kreise der Intelligenz in der sozialistischen Bewegung eine unvergleichlich größere Rolle spielen als in den Ländern mit einer Verfassung. Die Arbeiterklasse hat hier viel weniger Möglichkeiten, um im eigenen Schoße intellektuelle Kräfte hervorzubringen und zu entwickeln, so dass sie also in einem hohen Maße auf die Unterstützung und Führung durch die Berufintelligenz angewiesen ist. Dass ein geraumer Teil der Intelligenz in Russland, kaum weniger als beispielsweise die deutsche, nun ausgerechnet in den Bernsteinschen Ansichten den passenden geistigen Ausdruck für sich selbst sieht, ist leicht zu begreifen.

Angesichts der Herrschaft der entfesselten Reaktion, die alle Erscheinungen des sozialen Lebens, Presse, Literatur, Wissenschaft unbarmherzig verfolgt, und deren Druck am meisten die gebildeten Kreise verspüren, streben jene Menschen, deren Seele noch nicht abgestorben ist, der roten Fahne zu, wobei in dieser Zahl natürlich eine große Anzahl jener darunter ist, die unter politischer Freiheit oder sogar bereits jetzt, wenn es eine ernsthafte Oppositionspartei geben würde, als entsprechenden Platz für sich schließlich die radikale Linke der bürgerlichen Demokratie finden würden. Die Tatsache beispielsweise, dass so ein [Peter] Struve, einer der Pfeiler der russischen Bernsteinrichtung, sich ganz offen die Rolle des literarischen Fürsprechers der Liberalen anmaßen kann\*, ist überaus charakteristisch und zeigt, wie sehr der Sozialismus dieser Art allein durch die äußeren Umstände bedingt und eine zufällige Form oppositioneller Stimmung ist.

\* Seit einigen Monaten gibt er in Stuttgart in russischer Sprache unter dem Titel »Oswobodshenije« eine liberale Zeitschrift heraus.

Die Verfasser des russischen Programms behaupten nun, dass die Krise in der Arbeiterbewegung Russland überwunden sei und dass der Sozialismus die Bernsteinschen Illusionen dort abgestoßen habe. Wir können nicht einschätzen, wie weit diese Meinung zutreffend ist und der Wirklichkeit entspricht. Wir nehmen jedoch an, dass diese erfreuliche Einschätzung höchstens auf jene besondere Richtung zutrifft, die in Russland als »Ökonomismus« bezeichnet wird und die sich in der letzten Zeit verbreitet hat. Was nun die Bernsteinrichtung insgesamt und damit in der schier unglaublichen Zahl an Färbungen und Schattierungen betrifft, in denen sie wie eine Seifenblase schillert, so nehmen wir an, dass auch der russische Sozialismus in Zukunft nicht nur das eine oder andere Geplänkel austragen wird, so dass wir im Programmwurf der russischen Partei insbesondere begrüßen, wenn entschieden ein Punkt auf das i gesetzt wird, wenn der Deutungswillkür im Bernsteinschen Sinn von vornherein ein Riegel vorgeschoben wird.

## II

Ein solcher Punkte auf dem i ist der Programmabschnitt über die Diktatur des Proletariats als notwendige Bedingung, die der sozialistischen Umwälzung vorangeht. An dieser Stelle treten die unterschiedlichen Auffassungen der Parteigänger des revolutionären Sozialismus und der Anhänger der evolutionären Bernsteinrichtung am augenfälligsten hervor. Natürlich erkennen auch die letzteren das Streben der Arbeiterklasse an, nach der politischen Macht zu greifen. Doch wie! Doch Himmelherrgott, nur nicht mit dem »gewaltsamen Umsturz«, nur nicht mit der Diktatur des Proletariats! Wo- zu brauche es solcher Mittel! Diese seien ja gar nicht möglich, obendrein nicht nötig, geradezu schädlich. Denn wenn der Sozialismus, so oder so, gar nicht »verordnet«, auch nicht in 24 Stunden eingeführt werden könne, bleibe nur der Weg teilweiser Reformen und schrittweiser Änderungen in der heutigen Wirtschaft. Die das Wahlrecht gebrauchenden Arbeiter würden mit der Zeit eine immer größer werdende Zahl ihrer Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften, in die Stadträte usw. entsenden, eine ständige Demokratisierung der staatlichen Institutionen biete mithin die Möglichkeit, immer breiter ausgelegte Sozialreformen einzuführen, was im Zusammenhang mit dem zunehmenden Einfluss von Arbeitervereinigungen sowie

Konsumgenossenschaften allmählich das gesamte System von Produktion und Austausch im sozialistischen Sinn verändern werde.

Der Gedanke aber, dass die bürgerlichen Parteien, in deren Händen alle Organe der ausübenden und gesetzgebenden Macht liegen, also Militär, Polizei, Verwaltung und die Mehrheit im Parlament, nun ruhig abwarten würden, bis die Arbeiterklasse ihnen über den Kopf gewachsen ist und ihnen den Hals umdrehen wird, dass sie aus Rücksicht auf die »rechtliche Ordnung« nicht einmal versuchen würden, ihre Macht einzusetzen, um den Arbeitern jene demokratische Rechte und demokratische Institutionen zu nehmen, aus denen sich ihre Stärke speist, dieser Gedanke steht derartig in Widerspruch zur ganzen Geschichte der Klassenkämpfe und zu den gegenwärtigen Erfahrungen in allen Ländern, so dass er als eine alle Grenzen überschreitende Naivität bezeichnet werden könnte, wäre er nicht noch etwas viel schlimmeres. Denn er ist, wie wir bereits gezeigt haben, nichts anderes, als den Kampf des Proletariats um das Staatsruder gegen die Herrschaft der kleinbürgerlichen Demokratie auszutauschen, als die sozialistische Umwälzung gegen eine Reihe reformatorischer Schmerzmittel auszutauschen, um den Kapitalismus zu restaurieren.

Indem die Frage scharf gestellt und eindeutig erklärt wird, dass die sozialistische Umwälzung erst nach Einführung der Diktatur des Proletariats beginnen könne, hat das neue russische Programm damit selbst die klare Demarkationslinie zwischen dem Begriff von Kapitalismus und Sozialismus gezogen und damit folglich zwischen revolutionärer Sozialdemokratie und kleinbürgerlicher Demokratie. »Diktatur des Proletariats« ist eine eigentlich alte Losung, die in Deutschland die Bernsteinanhänger meistens zu »kritizistischen« Attacken treibt. Während in Deutschland aber jene »nüchternen Politiker«, wenn nötig, eine beeindruckende Fähigkeit an den Tag legen, um sich den Umständen zu fügen, um ohne weiteres Zögern die klar gegen sie gerichteten Erklärungen zu unterschreiben, nur damit sie in den Reihen der Partei verbleiben können, ist nun zu erwarten, dass ihre russischen Glaubensgenossen mehr Ehre beweisen werden, so dass das rote Gespenst der »Diktatur des Proletariats«, dem im russischen Programm ein Ehrenplatz zugewiesen ist, in der Lage sein wird, um alle »Auch-Sozialisten« und fragwürdigen Kantonisten auf gehörige Distanz zur Sozialdemokratie zu halten.

Der zweite Punkt, an dem die Revisionisten die kritischen Zähne auszuprobieren suchen, ist die sogenannte Verelendungstheorie der Arbeiterklasse.

Sie beginnen ihre Kritik gewöhnlich damit, Marx und den Marxisten ohne Umschweife die Auffassung unterzuschieben, dass die Arbeiterklasse im Maße der Entwicklung des Kapitalismus geradezu mechanisch immer weiter in Armut, Unfreiheit und Verwilderung absinken müsse, so dass sie dann darauf den Vorwurf erheben, die Marxsche Schule ignoriere völlig die Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung sowie die Faktoren im Arbeiterkampf, die das Proletariat allmählich sowohl in materieller als auch in sozialer Hinsicht emporzuheben begännen. Nachdem sie mit großer Zufriedenheit und hingebungsvoll jeden einzelnen Groschen nachgezählt haben, um den der Arbeiterverdienst in den zurückliegenden 50 Jahren zugenommen habe, nachdem sie emsig die kleinsten Erscheinungen ausgegraben haben, die von der Wiedergeburt des Proletariats infolge seiner immer mächtiger werdenden Organisationen zeugen, freuen sich die Herren Kritiker sehr über die theoretische Blindheit des Marxismus sowie über die Nüchternheit des eigenen Nachdenkens. Aus alldem folgern sie nun, dass vor der Arbeiterklasse die kolossale Aussicht auf ständiger Verbesserung der Lage stehe, soweit sie allerdings die Sozialreformen nicht geringschätze, wozu sie die engstirnigen Marxisten angeblich anhielten, spekulierten die doch einzig und allein auf die soziale Katastrophe und auf eine gewalttätige sozialistische Umwälzung.

Es ist klar, dass alle diese Tiraden die Arbeiter in der Praxis auf geradem Weg zur Akzeptanz der kapitalistischen Ausbeutung führen, in theoretischer Hinsicht aber auf Sand gebaut sind.

Weder Marx noch einer der Marxisten haben zu irgendeinem Zeitpunkt behauptet, die Arbeiterklasse müsse unweigerlich immer mehr in den Abgrund des Elends stürzen. Im Gegenteil, denn die Literatur dieser Schule beleuchtet ja gerade jene Faktoren, die zu einer Anhebung im Lebensniveau des Proletariats im Vergleich zu früher führen; gleichwohl hat sie aber auch gezeigt, weshalb und auf welche Weise die Lage der Arbeiterklasse sich unvermeidlich verschlechtern muss und sich faktisch verschlechtert im Vergleich mit den besitzenden Klassen und den Ausbeutern. Der Marxismus hat dem Proletariat einen großen Dienst erwiesen, indem er es unempfindlich gemacht hat gegen das bürgerliche Sirenengeheul einer Interessenharmonie von Arbeit und Kapital, eines »sozialen Friedens« zwischen Ausbeutern und deren Opfern.

Noch unbegründeter ist der Vorwurf, wonach die Marx-Anhänger den Einfluss von Arbeitervereinigungen und Sozialreformen auf die Verbesserung

der materiellen und kulturellen Lage der Volksmassen ignorierten. Die gesamte Tätigkeit der Sozialdemokratie, die ja immerhin die politische Verkörperung der Marxschen Theorie ist, um hier die Literatur dieser Partei einmal ganz außer Acht zu lassen, gründet sich geradezu auf die Anerkennung des unbestreitbaren Nutzens sowohl von Sozialreformen wie ökonomischem Kampf, von Arbeitervereinigungen. Doch während die gelehrten Helfer der Bourgeoisie die »Reformen« als das Alpha und Omega des sozialen Fortschritts verstehen und die klugen Köpfe der sozialistischen »Marxkritik« darin bereits eine Verwirklichung des Sozialismus ausmachen, verstehen die Marxisten die Sozialreformen lediglich als schmerzlindernd, durch die nichts am ökonomischen Wesen der heutigen Verhältnisse verändert wird, weil sie nicht in der Lage sind, die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen oder die Verschärfung der Klassengegensätze abzumildern oder zu verwischen. Auch wenn es unerlässlich ist, die umfassendsten Reformen durchzusetzen, so sind sie aber nicht nur deshalb so wertvoll, weil sie den Wohlstand des Volkes erhöhen, sondern vor allem, weil sie das materielle und geistige Niveau der ausgebeuteten Klasse anheben, um so in die Lage versetzt zu werden, die politische Macht zu erobern und ihre geschichtliche Mission zu verwirklichen.

Der Entwurf des russischen Programms hat auch in dieser Hinsicht allen »kritischen« Gelüsten gegen den Marxismus einen Riegel vorgeschoben. Wenn im Rahmen der Entwicklung des Kapitalismus von einer Verschlechterung der Lage der Arbeiter gesprochen wird, wird in deutlichen Worten die relative Verschlechterung festgehalten, während von absoluter Verschlechterung als Ausnahmeerscheinung im Zusammenhang mit Krisen gesprochen wird. So entzieht das russische Programm an zwei Punkten den sozialistischen Liebhabern der »Revision« den Boden unter den Füßen, auf dem ihre deutschen Genossen billige Triumpfe feiern – wahrlich nicht über den Marxismus, sondern weil der nicht verstanden und verdreht wird.

Zugleich weisen wir hier auf eine bestimmte Lücke in der Begründung des Entwurfs in der »Iskra« hin, die zu beseitigen unseres Erachtens sehr angebracht wäre. Wir denken hier an die allgemeine Bewertung sozialer und demokratischer Reformen wie überhaupt an den Kampf um eine vorläufige Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse. Ein entsprechender Zusatz sollte dem Abschnitt beigefügt werden, der sich auf die Aufgaben der Sozialdemokratie bezüglich der Organisation des Proletariats zur

selbständigen politischen Partei und zur Leitung aller Erscheinungen seines Klassenkampfes bezieht.

Einmal abgesehen, dass der Verweis auf den Alltagskampf wegen seiner enormen Bedeutung völlig richtig im Programm erwähnt wird, so wäre die Erläuterung dieses Punktes ein gutes Bindeglied zwischen dem allgemeinen Teil des Programms und den nachfolgenden besonderen Forderungen, außerdem wäre der Standpunkt der russischen Partei in der seit dem Hervortreten des »Revisionismus« strittigen Frage der sozialen Revolution noch einmal von einer anderen Seite und im Geiste des revolutionären Sozialismus sichtbar.

Wir finden auch, dass folgender, den Einfluss des technischen Fortschritts auf das Verhältnis von Arbeit und Kapital berührender Abschnitt entsprechend korrigiert werden sollte:

»Dieselbe Vervollkommnung der Technik führt, [da sie einen Teil der selbständigen Kleinproduzenten in Proletarier verwandelt, zu einem noch größeren Angebot von Arbeitskraft und] gibt den Unternehmern die Möglichkeit, [im Prozess der Warenproduktion und -zirkulation] in immer größeren Umfang Frauen- und Kinderarbeit zu verwenden. Und da andererseits derselbe Prozess der Vervollkommnung der Technik zu einer relativen Verringerung des Bedarfs der Unternehmer an lebendiger Arbeit führt, so bleibt notgedrungen die Nachfrage nach Arbeitskraft hinter dem Angebot [von Arbeitskraft] zurück, und infolgedessen steigt die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital und der Grad ihrer Ausbeutung durch das Kapital.«<sup>5</sup>

Der hier in solch kategorischer Form wiedergegebene Gedanke ist nicht ganz genau. Vor allem führt die relativ geringer werdende Nachfrage nach lebendiger Arbeit als solche nicht unweigerlich zu einer Verringerung der Nachfrage nach Arbeitskräften im Verhältnis zu ihrem Angebot. Wenn nämlich mit dem technischen Fortschritt zugleich der Absatzmarkt für die Waren erweitert wird, also auch die Produktion, kann die Nachfrage nach Arbeitskräften, absolut betrachtet, also nach der Anzahl der Arbeiter, die eine Beschäftigung in der Industrie finden, sogar ansteigen, was tatsächlich auch der Fall ist, und in den für die Industrie besonders günstigen Zeiten sogar zeitweise das Angebot an Arbeit übersteigen. Andererseits ist das Angebot an Arbeit an sich selbst eine veränderliche Größe, abhängig, wie wir wissen, nicht nur von der natürlichen Reproduktion der arbeitenden Bevölkerung, sondern auch von verschiedenen Faktoren, die auf die Proletarisierung der Kleingeigentümer einwirken. Und wenn in der Endrechnung die Nachfrage

5 Die geklammerten Zitatpassagen fehlen in »Przegląd Socjaldemokratyczny«.

nach Arbeitskräften im kapitalistischen System sich spürbar verringert gegenüber dem Angebot, worauf das russische Programm richtig verweist und was außerdem im Anwachsen der sogenannten Reservearmee seinen sichtbaren Ausdruck findet, so geht diese Erscheinung allerdings darauf zurück, sobald die Erweiterung der Absatzmärkte nicht mit der technischen Entwicklung einhergeht, also, allgemein gesagt, nicht mit der Entwicklung der Produktivkräfte. Mit der gleichen Tatsache erklären die Verfasser im selben Abschnitt des Programms richtig den Ursprung der industriellen Krisen, doch ist er nicht weniger entscheidend in der Frage des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeit, so dass wir, um genau zu sein, unsererseits vorschlagen, zu unterstreichen und zu erklären, dass das absolute Anwachsen der Nachfrage nach Arbeitskräften bestens einhergehen könne mit dem relativen Rückgang.

Gehen wir zu einer anderen Frage über. Die ersten beiden Abschnitte des Programms befassen sich mit der Solidarität der russischen Arbeiterbewegung mit der Bewegung in anderen Ländern: »Die Entwicklung des [internationalen] Austauschs hat eine so enge Verbindung zwischen allen Völkern der zivilisierten Welt hergestellt, dass die große Befreiungsbewegung des Proletariats international werden musste und schon seit langem international geworden ist. Darum betrachtet die russische Sozialdemokratie ihre Partei als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats, [als einen Teil der internationalen Sozialdemokratie,] und verfolgt dasselbe Endziel wie die Sozialdemokraten aller anderen Länder.«<sup>6</sup>

Wir sehen hier den Verweis auf die Gemeinsamkeit im Endziel des Proletariats im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung des Warenaustausches. Marx und Engels haben Ende der 40er Jahre im »Kommunistischen Manifest« in der Tat den internationalen Charakter der sozialistischen Revolution mit der weltweiten Entwicklung von Austausch und kapitalistischer Wirtschaft begründet, die neben den zivilisierten Ländern auch die halbzivilisierten und sogar wilden Länder durchdringt, die ganze Welt nach ihrem Bild umformt.<sup>7</sup> Deshalb wird die sozialistische Revolution überall möglich und notwendig. Obendrein ist diese Revolution wegen der engsten ökonomischen Abhängigkeit eines jeden dieser Länder vom

6 Die geklammerten Zitatpassagen fehlen in »Przegląd Socjaldemokratyczny«.

7 »Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation.« (MEW. Bd. 4. S. 466.)



anderen unmöglich in einem einzigen Land, kann nur dann siegen, wenn sich die internationale Umwälzung in allen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft vollzieht.

Das Programm von »Iskra« und »Sarja« geht in den zitierten Abschnitten nicht über den Gesichtskreis im »Kommunistischen Manifest« hinaus. Doch im Laufe des letzten halben Jahrhunderts, eigentlich sogar im Laufe der letzten 20 Jahre kam es zu zahlreichen Vorgängen, die nicht nur die Gemeinsamkeit im Endziel gerechtfertigt, sondern die außerdem das bewusste Proletariat dazu gedrängt haben, in allen Ländern bestimmte gemeinsame unmittelbare Aufgaben aufzustellen, die bereits auf dem Boden des Alltagskampfes eine gemeinsame Aktion erforderlich machen.

Hier geht es insbesondere um die internationale Schutzgesetzgebung. Es ist bekannt, dass die Bourgeoisie in jedem Land immer, wenn die Arbeiter Forderungen nach Arbeitsschutzrecht erheben, nach einer Ausflucht suchen und sich insbesondere auf den verschärften Konkurrenzkampf am Weltmarkt berufen, weshalb jede ernsthafte Reform, die »die vom Kapital zu tragende Last vermehrt«, unweigerlich die Industrie im jeweiligen Land in den Ruin führen werde. Dass es sich dabei tatsächlich nur um Ausflüchte handelt, um den gewöhnlichsten Klassenegoismus zu verschleiern, wird genügend durch die beispiellose Blamage und das Fiasko der berüchtigten internationalen Konferenz bewiesen, die Kaiser Wilhelm II. einberufen hatte.<sup>8</sup> Deshalb ist das wirksamste Mittel, um den bourgeoisien Widerstand gegen den Rechtsschutz für Arbeiter zu entlarven, in allen Ländern derselbe Widerstand der Arbeiterklasse, um moderne und einheitliche Reformen durchzusetzen.

Dabei wird noch nicht einmal, so werfen wir ein, die strategische Erwägung berücksichtigt, dass die internationale Regelung der Arbeitsbedingungen aus Sicht der Gewerkschaftsinteressen eine außerordentlich wichtige Angelegenheit ist, um die internationale Konkurrenz zwischen den Arbeitern zu beseitigen. Gegenwärtig drücken die unorganisierten Arbeiter aus Ländern mit schlechteren Arbeitsbedingungen, die in die Länder mit einem etwas höheren Existenzniveau auswandern, auf das Niveau ihrer Arbeitskameraden und behindern die Kampfaktion der Gewerkschaften, werden oftmals sogar zu Streikbrechern. Sollte es also gelingen, die Arbeitsbedingungen und insbesondere die Arbeitszeit zugunsten der Arbeiter in

8 Die erste Internationale Arbeitsschutzkonferenz fand vom 15. bis 23. März 1890 in Berlin statt.

allen Ländern anzugleichen, so wäre die heute bestehende Lage verändert, bei der den deutschen Arbeitern in England, den irischen und italienischen in Amerika, den belgischen in Frankreich, den Polen in Deutschland, den Italiener in der Schweiz usw. eine so schädliche Rolle zukommt. In diesem Sinne haben die Sozialisten bereits auf dem Internationalen Kongress 1889 ein gemeinsames Programm der Schutzgesetzgebung verabschiedet, das seither eines der Leitziele im Alltagskampf des Proletariats in allen Ländern ist.

Neben der Schutzgesetzgebung machen auch andere, außerordentlich wichtige Aufgaben im Alltagskampf bereits heute das gemeinsame Handeln des Proletariats in den verschiedenen Ländern erforderlich. Das betrifft in erster Linie die Zollpolitik, die Frage des Militarismus und die sogenannte Weltpolitik.

Die Zollfrage werden wir weiter unten in einem anderen Zusammenhang besprechen, an dieser Stelle möchten wir die Aufmerksamkeit auf die antimilitärische Aktion des Proletariats lenken. Das gewaltige Anwachsen des Militarismus, das die gesamte zivilisierte Welt in ein einziges großes Waffenlager verwandelt hat und alle Länder im Falle des Kriegsausbruchs mit schrecklicher Verwüstung bedroht, stellt jetzt, wie wir wissen, die größte Gefahr dar sowohl für die kulturelle Entwicklung insgesamt als auch besonders für den Emanzipationskampf des Proletariats. Jede Zunahme der Waffenstärke auf dem Lande oder zur See bei einer der Mächte führt sofort zu einer noch größeren Verstärkung der Rüstung bei den anderen Mächten, was wieder zur erneuten Verstärkung des Militärs im ersten Land führt und so weiter ohne Ende.<sup>9</sup>

Allmählich vorbereitet durch das schrittweise wie mechanische Aufrüsten, insbesondere nach dem letzten europäischen Krieg 1871, und wegen der bis zum äußersten Grad verschärften Antagonismen zwischen den auf dem Weltmarkt konkurrierenden Ländern ist nun mit den Zeiten des chinesisch-japanischen Kriegs<sup>10</sup> einer Epidemie gleich die Ära der »Weltpolitik« angebrochen, hat sich der Schwerpunkt der internationalen Politik von Europa in den Fernen Osten »hinter dem Ozean« verlegt, verbreitete sich jetzt um die ganze Welt und gibt allen kapitalistischen Ländern die Losung von Kolonialeroberung vor. Seither, seit dem Jahr 1895 ist kein Jahr

9 Siehe Rosa Luxemburg: Internationaler Sozialistenkongress vom 23. bis 27. September 1900 in Paris. Rede über Völkerfrieden, den Militarismus und die stehenden Heere. In: GW. Bd. 6. S.304–307.

10 1894/1895, endete mit einer Niederlage Chinas.

mehr vergangen, in dem wir nicht Zeugen geworden wären von Eroberungskriegen, von Kriegen, die im Geiste der »Weltpolitik« die gegeneinander ringenden Mächte weiter umgestalten.

Deutschland, das zu Bismarcks Zeiten ausschließlich und entschieden eine Landmacht gewesen war, erhebt heute den Anspruch, mit der »Königin der Meere«, mit England auf den Ozeanen und in den Kolonien mithalten zu wollen. England, seit Jahrhunderten ausschließlich eine Seemacht, bricht im Krieg in Transvaal mit seiner uralten Militärorganisation, um nun Landstreitkräfte zu schaffen, die nicht mehr nur der Landesverteidigung, sondern der Eroberung und dem vom »Imperialismus« bezauberten Traum eines »größeren Britanniens« entsprechen sollen.<sup>11</sup> Die Vereinigten Staaten haben die Monroe-Doktrin von einst aufgegeben, Amerika den Amerikanern, um nun im Krieg gegen Spanien dem neuen Grundsatz zu folgen: Die Welt den Amerikanern, um sich gewaltsam Kolonien anzueignen und Militär wie Flotte nach dem Vorbild europäischer Kriegsmächte zu vergrößern, was früher oder später das demokratisch-republikanische System der Union zu sprengen droht. So in groben Zügen der gewaltige Umbruch, wie er im ungezügelten Sturmwind der Weltpolitik vollzogen wird. In diesem militärisch-eroberungslustigen Wettlauf nimmt Russland energischsten Anteil (wobei weniger im kapitalistischen, mehr im dynastischen Interesse), so nun auch Japan, das in den letzten Jahren schnell die kapitalistische »Zivilisation« aufgesaugt hat.

Die eifersüchtige Befürchtung bei jeder der Mächte, dass die Konkurrenten den schmachhaftesten Happen »hinter dem Ozean« nicht doch noch wegschnappen, hat in den letzten Jahren zu einer besonderen Form von Weltpolitik geführt, nämlich zum Zusammenschluss aller führenden Mächte in einer gemeinsamen bewaffneten Aktion in denjenigen Fällen, wo die wichtigen Interessen der internationalen kapitalistischen Unterwerfung es gebieten. Sichtbarster Ausdruck für diese Politik ist zuletzt die Expedition in China gewesen, das von allen kapitalistischen Ländern gemeinsam in Fetzen gerissen wurde. Dass aus dieser einvernehmlichen Aktion, um »halb-zivilisierte« Länder auszuplündern, zu jedem Moment ein blutiger Kampf zwischen den Repräsentanten der »Zivilisation« ausbrechen kann, früher oder später sogar ausbrechen muss, ist für niemanden mehr ein Geheimnis.

11 Siehe Rosa Luxemburg: Die erste englische Militärreform. In: GW. Bd. 1/1. S. 748–751.

Es ist die Pflicht des Proletariats, dieser vereinigten Eroberungsaktion des entfesselten Militarismus mit einer vereinigten internationalen Aktion gegen den Militarismus und für den Frieden entgegenzutreten.

Die Weltpolitik hat somit einen weiteren Grund für den gemeinsamen alltäglichen Kampf der Arbeiter aller Länder geschaffen. Ein Ausdruck dessen ist die Resolution zum Militarismus, die 1900 auf dem letzten Internationalen Kongress in Paris angenommen wurde, eine Resolution, die sich nicht wie die entsprechenden Erklärungen der vorangegangenen Kongresse mit einem allgemeinen Protest gegen Krieg und Aufrüstung zufriedengibt, sondern eine Reihe praktischer Möglichkeiten des Kampfes gegen den Militarismus aufzeigt, die anzuwenden die Arbeiterparteien aller Länder gleichermaßen verpflichtet sind.<sup>12</sup>

Zugleich wurden auf diesem Kongress das Internationale Büro und das Sozialistische Sekretariat in Brüssel ins Leben gerufen, weil die Notwendigkeit deutlich zu verspüren ist, das Proletariat der verschiedenen Länder, das auf der Grundlage der Endziele bereits seit langem vereint ist, auch im Alltagskampf zusammenzuführen. Diesem Charakter entsprechen die Erklärungen des genannten Sekretariats, z. B. das Manifest gegen die Chinametzelei.<sup>13</sup>

Das in Erfurt 1891 angenommene Programm der deutschen Sozialdemokratie enthält bereits den Verweis auf die Notwendigkeit der internationalen Aktion des Proletariats, um die Schutzgesetzgebung durchzusetzen. Das Programm der russischen Partei, die nun am spätesten und eigentlich bereits im Zeichen der ungezügelten Weltpolitik auf die Bühne getreten ist, sollte noch einen Schritt weitergehen als das deutsche Programm. Wenn das Programm tatsächlich ein Ausdruck für die theoretische Reife sein soll, die die Arbeiterbewegung heute erreicht hat, und dem heutigen Stadium des praktischen Kampfes genauer entsprechen soll, dann müsste auf den internationalen Charakter des Sozialismus nicht mehr nur aus dem allgemeinen Warenaustausch, sondern auch aus der Weltpolitik heraus geschlossen werden, die auf diesem Boden gewachsen ist, so dass der

12 Siehe Rosa Luxemburg: Internationaler Sozialistenkongress vom 23. bis 27. September 1900 zu Paris. Rede über den Völkerfrieden, den Militarismus und die stehenden Heere. In: GW. Bd. 1/1. S. 807–809, die erwähnte Resolution dort S. 808, Fußnote 1, sowie GW. Bd. 6. S. 304–307.

13 Siehe Rosa Luxemburg: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. September 1900 in Mainz. Rede über die Notwendigkeit einer verstärkten Protestbewegung gegen den Chinakrieg. In: GW. Bd. 1/1. S. 801f.

internationale Charakter des Arbeiterkampfes nicht nur in den Endzielen, sondern auch in der gemeinsamen Alltagsaktion bei der Schutzgesetzgebung, der Zollpolitik sowie beim Kampf gegen den Militarismus gekennzeichnet wird.

### III

Bei den nächsten Aufgaben, wie sie im russischen Programm aufgezählt werden, fällt auf dem ersten Blick auf, dass einer der wichtigsten Punkte weggelassen wurde, nämlich die völlige Aufhebung der Zölle bzw. die Revision des heute in Russland herrschenden Schutzzollsystems. Die Sache ist von größter Wichtigkeit und für jeden klar, so dass sich zwangsläufig die Frage ergibt, ob die Verfasser des Programms wegen der gebotenen Kürze diese Frage überhaupt und bewusst unter die allgemeine Rubrik der »indirekten Steuern« genommen haben, deren völlige Aufhebung von ihnen als »Grundbedingung für die staatliche Demokratisierung« gefordert wird.

Allerdings würde ein so gekürztes Vorgehen verwundern und wäre insofern nicht angebracht, weil Zoll und indirekte Steuern jeweils eine grundlegend andere Rolle in der Volkswirtschaft spielen. Zoll wie indirekte Steuern sind Kennzeichen des Fiskalwesens, beide belasten die Konsumenten, beide heben schließlich die Warenpreise an, verengen den Absatzmarkt und begrenzen die Kaufkraft der Bevölkerung. Damit hören die Ähnlichkeiten allerdings auf. Der Einfluss der Zölle hört nicht mit den angeführten Bedingungen auf, sondern greift noch viel tiefer.

Bei einem Schutz- oder Prohibitionssystem entscheiden die Zölle über das ganze technische System der kapitalistischen Wirtschaft in dem jeweiligen Land, über die größere oder geringere Geschwindigkeit ihrer Entwicklung, also über die fortschreitenden Zersetzungsprozesse im Schoße der alten gesellschaftlichen Verhältnisse, letztlich über die Stellung der Klassen und politischen Parteien, schließlich über das Verhalten des entsprechenden Landes auf dem Weltmarkt und in der internationalen Politik.

Schwerlich darf auch angenommen werden, dass die Verfasser des russischen Programms die Zollfrage mit der Frage der indirekten Steuern gleichgesetzt haben, schon deshalb nicht, weil die Begründung der Haltung der Sozialisten zu diesen beiden Fragen in der Agitation deutlich unterschieden sein muss. Vor allem muss berücksichtigt werden, dass die Zölle in

das Gebiet der internationalen Beziehungen fallen und eine entsprechende Aktion des Proletariats bedürfen, während die indirekten Steuern eine Erscheinung lokalen Charakters, eine innere Angelegenheit eines jeden Landes sind.

Was auch immer nun der Grund für die angesprochene Fehlstelle im Programm der russischen Partei gewesen sein mag, so halten wir dennoch es für nötig, diese zu beseitigen und die eindeutige Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den Schutzzöllen herauszustellen. Die russische Partei könnte auch gar nicht als berechtigte Vertreterin der Interessen der Arbeiterbewegung und bis zu einem bestimmten Grad derjenigen der gesamten arbeitenden Bevölkerung auftreten, wenn sie nicht das Beseitigen der Ausplünderung von Konsumenten als eine der dringlichsten Aufgaben anerkennen würde.

Diese Pflicht, die den Sozialisten in allen Ländern zukommt, ist übrigens nirgends so groß wie in Russland, weil in keinem anderen Land das künstliche Hemmnis für ausländische Lieferung und das Hochschrauben der Preise sowohl für ausländische als auch für inländische Waren ein solch erschreckendes Ausmaße angenommen hat, weil nirgends sonst den Volksmassen das Fell dermaßen systematisch wie im Zarenreich über die Ohren gezogen wird – zugunsten der Regierungskasse und der kapitalistischen Haie.

Im Zeitraum von 1869 bis 1889 sind die Zölle auf die wichtigsten, aus dem Ausland eingeführten Dinge in einem gewaltigen Umfang gestiegen: auf Lebensmittel um das Zweieinhalbfache, auf Fabrikwaren um das Dreifache, auf Halbfabrikate und Rohstoffe um das Vierfache.\* Besonders nach 1877, also seit der Einführung des Zolls auf Gold, hat sich die russische Zollmauer immer höher aufgeschichtet, so dass kaum noch ein Jahr vergeht, in dem nicht einzelne Positionen des Zolltarifs beträchtlich erhöht werden. Bereits vor zwölf Jahren wurde errechnet, dass der russische Konsument für die am dringlichsten gebrauchten Produkte ein Vielfaches mehr an Zoll bezahlt als der deutsche oder österreichische Konsument\*\*, doch danach

\* Chodatajstwa Wolnogo Ekonomitscheskogo Obschtschestwa. Petersburg 1890. S.123.

\*\* Für Tee 304 Prozent mehr als der deutsche, 102 Prozent mehr als der österreichische; für Zucker 75 Prozent mehr als der deutsche, 35 Prozent mehr als der österreichische; für Käse 491 Prozent mehr als der deutsche, 382 Prozent mehr als der österreichische; für Tabak 687 Prozent mehr als der deutsche; für Kohle 200 Prozent mehr als der deutsche, 200 Prozent mehr als der österreichische; für Leinen 225 Prozent mehr als der deutsche; für Baumwollstoffe 357 Prozent mehr als der deutsche, 445 Prozent mehr als der

kam es 1891 erneut zu einer allgemeinen Tarifierhöhung, so dass die Orgie des Protektionismus weiter anhält.

Doch der Vergleich zwischen Westeuropa und Russland bezüglich der Auswirkungen der Zölle erscheint erst dann in einem klaren Licht, wenn auch berücksichtigt wird, dass hier die Last auf die Schultern des ärmsten unter den zivilisierten Völkern abgeladen wird. Der russische Industriearbeiter bezieht im Durchschnitt den niedrigsten Lohn in Europa, die Bauernmasse aber, zu einem erheblichen Teil vom chronischen Hungertod bedroht, vegetiert ohnehin an der Grenze menschlichen Lebenswandels.

Das russische Zollsystem ist außerdem aus einem Mittel, um den russischen Kapitalismus angeblich auf einen Entwicklungspfad zu bringen, zum größten Hemmnis für diese Entwicklung geworden, was nun wieder dessen größten Schaden ausmacht. Indem die Unternehmer vor der ausländischen Konkurrenz gerettet werden und ihnen enorme, außerordentliche Dividenden garantiert sind, die 40, 50, gar 100 Prozent vom Kapital erreichen, tötet der Protektionismus bei den Industriellen natürlich jede Unternehmungslust und jeden Unternehmergeist, versetzt sie in den Zustand untätiger Apathie, so wie es sogar das offizielle Organ des russischen Finanzministeriums bereits viele Male festgestellt hatte.

Fortschritte in der Technik, um die Produktionskosten zu senken, werden unter solchen Umständen überflüssig, das Versumpfen der technischen Entwicklung hemmt in der Folge die Erweiterung des inneren Marktes. Kurz, das Protektionssystem hält gegenwärtig in Russland die Entwicklung der Produktionskräfte in einem breiten Sinn des Wortes auf, somit zugleich also auch die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Klassengegensätze.

Bereits diese Umstände reichen hin, um aus der sozialdemokratischen Partei eine hartnäckige Gegnerin des Schutzzollsystems zu machen. Seitdem das russische sozialistische Denken sich endgültig von der Hoffnung der Narodniki verabschiedet hatte, wonach Russland die kapitalistische Entwicklungsphase »überspringen« und auf den Resten der Dorfgemeinschaft das Zukunftsreich aufbauen könnte, können die russischen Revolutionäre in ihrem Bestreben, den Sozialismus zu verwirklichen, nur noch mit der Entwicklung der kulturellen Seite des Kapitalismus und der gesellschaftlichen Produktivkräfte rechnen.

österreichische; für Sensen 231 Prozent mehr als der deutsche, 115 Prozent mehr als der österreichische; für landwirtschaftliche Arbeitsgeräte 159 Prozent mehr als der deutsche, 119 Prozent mehr als der österreichische. (Ebd. S.116.)

Die bedingungslose Beseitigung der Zollgrenzen wird den Fortschritt der industriellen Technik sowie den inneren Absatzmarkt mit Unterstützung der ausländischen Konkurrenz gewaltig stärken, zudem jede Menge von Kleinproduzenten, Hausindustriellen, die sogenannten Kustary, kleinen Handwerker vom Feld des ökonomischen Kampfes verdrängen, alle diejenigen also, die heute zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben haben und trotz ihrer angeblichen »Unabhängigkeit« unter das soziale Niveau der Fabrikarbeiter fallen. Doch diese Perspektive, die die Narodniki erschreckt hatte, die sich vollkommen vergeblich um die Rettung der Kleinproduzenten gesorgt hatten, darf die Sozialdemokraten nicht weichmachen, die zu gut wissen, dass der kapitalistische Entwicklungsprozess zugleich ganz neue Produktionsbereiche ins Leben ruft und alte erweitert, so dass die Armee des aktiven Proletariats vergrößert wird und bei günstigen Bedingungen die proletarisierten Massen aufsaugt trotz der schnellen Zunahme der Proletarisierung.

Doch der wichtigste Nutzen aus diesem Zertrümmern ewiger und überlebter Produktionsformen und aus der Geburt neuer besteht darin, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse zu einfachen, kristallklaren und durchsichtigen werden, dass die gesellschaftlichen Klassen sich deutlich und scharf voneinander abgrenzen, so dass in der Folge der Kampf zwischen ihnen sich verschärft und aufflammt.

Zugleich muss auch eine andere Seite in der beschriebenen Entwicklung zu tiefen Änderungen in der gesellschaftlichen und geistigen Erscheinung des russischen Arbeiters führen.

Diese »patriarchalen« Verhältnisse, wie sie jetzt oftmals noch in den russischen Fabriken herrschen, diese Passivität der Arbeiter gegenüber den Schikanen und persönlichen Beleidigungen seitens der Unternehmer, diese »Fabrikasernen«, in denen die Arbeiter in vielen Gegenden Russlands heute noch wie zum Kauf bestimmtes Vieh gehalten werden, diese »Artel«-Wirtschaft<sup>14</sup> und schließlich der übermäßig lange Arbeitstag – alle diese Erscheinungen hängen auf das engste zusammen mit der Rückständigkeit des russischen Kapitalismus sowie mit der weiter anhaltenden Auflösung der früheren Dorfverhältnisse. Natürlich ist der ständige Zufluss von Arbeitskräften aus dem Dorf in die Stadt auch in anderen Ländern mit einem hochentwickelten Kapitalismus anzutreffen, doch hier finden die

14 Artel (russisch) – im Zarenreich bestehender anachronistischer Zusammenschluss von Menschen zum Zwecke gemeinsamer wirtschaftlicher Tätigkeit.



Ankömmlinge aus dem Dorf Beschäftigung in fester bestimmten Arbeitsbereichen, so dass sie sich kulturell relativ schnell an die entwickelte Mehrheit des Stadtproletariats angleichen. Umgekehrt in Russland, wo die Ankömmlinge aus dem Dorf hartnäckig und für lange Zeit ihre gesonderten Eigenschaften beibehalten und auf große Kreise des Fabrikproletariats einwirken.

Die Beseitigung eigentümlicher »Moskauer« Eigenschaften im russischen Kapitalismus wird ebenso die endgültige Europäisierung des russischen Arbeiters mit sich bringen. Die Produktion mit einem hohen technischen Entwicklungsstand benötigt und schafft ein immer größer werdendes Kontingent von Arbeitern, die ausschließlich der Industriearbeit verpflichtet sind. Da werden die letzten Fäden gezogen, die den Arbeiter noch an die Scholle binden, so dass er gezwungen wird, sich auf eine fester bestimmte Arbeit zu spezialisieren.

Auf der einen Seite vergrößert die technische Entwicklung ständig die (absolut genommene) Nachfrage nach qualifizierter Arbeit, also einer solchen, die gewisse Vorbereitung und spezielle Kenntnisse bedarf und besser bezahlt wird. Auf der anderen Seite ermöglicht sie dem Arbeiter, indem sie den Anwendungsbereich nichtqualifizierter Arbeit unaufhörlich erweitert, bis zu einem gewissen Grade die Aussicht auf feste Beschäftigung in der Stadt, im Bereich der Fabrikindustrie, so dass lediglich von dem einen Zweig in den anderen gewechselt wird. Zugleich erhöht der technische Fortschritt ständig die Intensität der Arbeit, indem er sie vereinfacht, so dass infolgedessen eine bestimmte Spezialisierung von ganz allein gefordert ist.

Das alles nun zusammengenommen muss in Russland zum endgültigen Herauslösen der städtischen Arbeiterklasse aus den übrigen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung als einer gesonderten Gruppe mit deutlich unterschiedenen Interessen und Klassenbestrebungen führen. Wir sprechen hier vom endgültigen Herauslösen, weil sich dieses Herauslösen bereits jetzt unablässig vollzieht; es geht lediglich um die Beschleunigung und den Abschluss dieses Prozesses der gesellschaftlichen Differenzierung in Russland, der bereits jetzt den russischen Sozialdemokraten die Möglichkeit eröffnet, solche ernsthaften und verheißungsvollen Anfänge einer sozialistischen Massenbewegung zuwege zu bringen. In dieser Hinsicht betrachten wir die Beseitigung der Chinesischen Mauer bei den Zolltarifen, die Russland von Europa trennt, als besonders wichtig.

Die erhöhten Anforderungen, wie sie der technische Fortschritt bezüglich der Intelligenz an bestimmte Kreise des Proletariats wie bezüglich der physischen Ausdauerfähigkeit wiederum an andere Kreise stellt, führen zu einer Anhebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Arbeiter, bedingen also tiefe Veränderungen in ihrer Psychologie. An die Stelle des gehorsamen und folgsamen Arbeiters mit seinen primitiven Bedürfnissen und Herdeninstinkten tritt nun der Proletarier mit einem feinen Gespür der eigenen Würde, mit kulturellen Ansprüchen und ideellen Bedürfnissen, kurz, es bildet sich jener und weiter anwachsende psychische »Individualismus« heraus, der beim Industrieproletarier unvermeidlich die soziale Form von Klassen-solidarität annimmt und der ihn in Westeuropa zu einem unversöhnlichen Feind des kapitalistischen Individualismus der Bourgeoisie gemacht hat.

Weiterhin sollte beachtet werden, dass die Beseitigung des protektionistischen Systems den auf Säcken voller Gold gebetteten Repräsentanten des russischen Kapitalismus ein Ansporn wäre für den energischen Kampf um ausländische Absatzmärkte, während sie sich heute wegen der im Vergleich zur russischen niedrigen Profitrate auf ausländischen Märkten weder um den ausländischen Absatz sorgen müssen noch überhaupt auf diesen wegen ihrer gewaltigen Profite auf dem inneren Markt angewiesen sind. Das würde die völlige Eingliederung Russlands in den internationalen Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft und somit die endgültige Eingliederung der russischen Arbeiterklasse in die internationale Familie des Proletariats bedeuten, wodurch jener Boden gefestigt wird, auf dem »Proletarier aller Länder vereinigt euch« möglich und unabdingbar ist.

Schließlich würde die Beseitigung der Zollgrenzen die Entwicklung der kapitalistischen Agrarwirtschaft in Russland gewaltig beschleunigen. Vor allem dank der Preissenkungen für Werkzeug und landwirtschaftliche Maschinen, für Kunstdünger und andere Mittel, die für die Vorratswirtschaft benötigt werden, nachfolgend aber wegen des erleichterten Absatzes von Agrarprodukten im Ausland. Heute führt der ungehörige Zoll, mit dem Russland ausländische Fabrikate belegt, in den interessierten Ländern als Vergeltung zu einem ähnlichen Zoll auf die wichtigsten russischen Ausführprodukte, also auf die Landwirtschaftsprodukte. Es liegt auf der Hand, dass solche Schwierigkeiten die Entwicklung der Agrarwirtschaft in Russland in eine kapitalistische Richtung erheblich erschweren. Gegenwärtig ringen in Deutschland die Agrarier gemeinsam mit Vertretern des industriellen Großkapitals für eine deutliche Anhebung der Zolltarife auf

Landwirtschaftsprodukte. Sollten die Bestrebungen dieser Parteien verwirklicht werden, dann wäre neben den Vereinigten Staaten vor allem Russland in Mitleidenschaft gezogen, das in Deutschland seinen wichtigsten Absatzmarkt für Getreide hat. Indes darf angenommen werden, dass dieses Bündnis zwischen den Ausbeutern auf dem Lande und in der Industrie in Deutschland nicht zustande käme oder zumindest nicht so umfassend wäre, hätte sich Russland nicht mit einer derartig hohen Mauer von der deutschen Industrie abgegrenzt. Um die günstigen Absatzbedingungen für die eigenen Waren in Russland nicht zu gefährden und weil mit diesbezüglichen Repressionen gerechnet werden müsste, würden die deutschen Industriellen sicherlich gegen diese Tendenz bei den Agrariern und für einen günstigen Zolltarif auf russisches Getreide drängen.

Wenn berücksichtigt wird, dass die Mehrheit der russischen Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt und dass die Einführung einer rationalen Vorratswirtschaft (also Entwicklung der Viehzucht, der Kultur technischer Pflanzen, des Verbindens von Landwirtschaft mit der technischen Weiterverarbeitung von Agrarprodukten) heute für die vorsintflutliche russische Landwirtschaft wegen der Konkurrenz auf dem Absatzmarkt eine Überlebensfrage ist, so wird deutlich, welche gewaltige Bedeutung die Umwälzung im Zollsystem für Russland hätte.

Wir werden uns aus Platzgründen nicht weiter auslassen über die vielfältigen Folgen, zu denen eine Änderung der Handelspolitik in Russland im Bereich von Industrie- wie Agrarproduktion sowie in den Bereichen, die sie jeweils beeinflussen, führen muss. Wir führen lediglich an, dass diese Einflüsse weit über die inneren Verhältnisse Russlands hinausreichen und selbst auf dem Weltmarkt zu spüren sein würden, wenn dort Freihandelstendenzen losgelöst werden.

Schließlich merken wir an, dass das Niederreißen des Protektionismus den künstlichen Boden beseitigen würde, auf dem die Kartellwirtschaft blüht, so dass deren Entwicklung in einem relativ normalen Maß gehalten werden könnte, das der spontanen Konzentration des Kapitalismus entspricht, womit die fortschrittliche Seite von Kartellen und Syndikaten gestärkt wäre, wobei zugleich deren Tendenz gezügelt wäre, die öffentliche Konsumtion zu beschneiden.

Die wichtigste Tatsache aus Sicht der Sozialdemokratie ist aber, dass im Zusammenhang mit der Umwälzung in der Landwirtschaft, wie wir sie hier flüchtig beschrieben haben, die Beseitigung der Schutzzölle ganz sicher der

radikalste Schritt wäre, um jene Überbleibsel der Fronverhältnisse auf dem Lande zu beseitigen, deren Abschaffung die Verfasser des russischen Programms als Aufgabe der Partei ansehen und zu diesem Zweck verschiedene Mittel vorschlagen.

Wenn wir den Standpunkt bestimmt haben, den unseres Erachtens die Sozialdemokratie in der Zollfrage einnehmen sollte, sind wir von vornherein darauf gefasst, auf nicht wenige Gegenargumente zu stoßen. Ganz gewiss finden sich Genossen, die mit uns einverstanden sind bezüglich der allgemeinen Darlegungen über den Einfluss von Handelspolitik auf das System der kapitalistischen Verhältnisse im Innern eines Landes, die aber zugleich in Hinsicht des heutigen Russlands diese als verfrüht und nicht umsetzbar erachten. Wenden wir uns also der Sache zu! Erst vor kurzem sind in der russischen Literatur die Debatten um das »Schicksal des Kapitalismus in Russland« leiser geworden, sind jene Wortmeldungen verstummt, wonach der russische Kapitalismus weder eine Zukunft habe noch einen Boden finde für die weitere Entwicklung, wonach er überhaupt ein »Importprodukt« sei, eine Pflanze aus dem Gewächshaus, die lediglich dank des Protektionismus existiere, und nun wollen die Sozialdemokraten auch noch die Schutzzölle vollständig aufheben! Nehmen wir einmal an, dass diese Meinungen sich vollständig blamiert haben angesichts des wirklichen Verlaufs der kapitalistischen Entwicklung in Russland, der die kühnsten Erwartungen übertroffen hat. Doch so oder so steht es außer Frage, dass der russische Kapitalismus noch ausgesprochen »jung« ist, dass er sowohl nach seinem Ausmaß wie hinsichtlich seiner Organisation und Produktionstechnik keinen Vergleich mit dem nordamerikanischen, englischen oder deutschen Kapitalismus standhält. Droht ihm von daher nicht der sichere Ruin, sobald er ungeschützt in den Kampf zieht, wird er nicht in der freien Konkurrenz unweigerlich dem Fraß ausgesetzt? Oder wird es im Falle der Beseitigung der Zollschranke zumindest statt des industriellen und gesellschaftlichen Aufblühens, wie wir es vorhersagen, nicht doch eher zu einem Stillstand und zu ökonomischem Vegetieren kommen, was zu einer Zunahme des Beschäftigungsmangels, also zu einer allgemeinen Verringerung des materiellen wie kulturellen Niveaus des Proletariats führen wird? Geben in einem solchen Falle nicht die Rücksichten nüchterner Politik den Sozialdemokraten auf, für einen gewissen Zeitraum dem Protektionismus zu folgen, wenn auch nicht in seiner heutigen Gestalt, dann zumindest in einer abgeschwächten Form?

Die hier aufgeworfenen Fragen sind zu weitgespannt und zu kompliziert, so dass wir sie im Rahmen einer flüchtigen kritischen Skizze gar nicht ausreichend erörtern können, mit der in der Hauptsache unser Standpunkt ohne Umschweife dargelegt werden soll. Zudem ist das Ausleuchten dieser Fragen natürlich weitaus eher in der russischen sozialistischen Presse angebracht, ohnehin bezweifeln wir nicht, dass die russischen Genossen das auf dem Weg einer grundlegenden Diskussion auch tun werden, deshalb schon, um bei einem dermaßen wichtigen Punkt im programmatischen Credo das Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Sollte diese Frage umgangen werden, dann könnten schnell Kommentare solcherart erscheinen, dass die russische Partei in der Tiefe ihres Herzens den Zollprotektionismus toleriere, und obendrein könnte die Sozialdemokratie bei ihren zahlreichen Gegnern sogar verspottet werden, die ja so warten auf Beweise für die »Inkonsequenz« der Marxisten, auf den beliebigen Vorwurf für Opportunismus, gegen den sich das russische Programm ja immerhin wendet.

Es geht darum, dass es bekanntlich auch in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie Mitglieder gibt, die zudem herausgehobene Positionen innehaben, die nun fordern, die Partei solle sich nicht »die Hände binden lassen« mit einer unbedingten Opposition gegen den Protektionismus, solle sich lieber die Möglichkeit offenlassen, um von Fall zu Fall Schutzzölle für die »einheimische« Industrie zu unterstützen. Solche Ansichten, wie sie von Max Schippel und Richard Calwer vertreten werden<sup>15</sup>, sind in Deutschland ganz bestimmt ein Ausdruck von Opportunismus und werden im unterschiedlichen Maße von allen deutschen Anhängern Bernsteins und von den »nüchternen« Politikern des Sozialismus vertreten.

Nach dieser Auffassung soll sich die Sozialdemokratie in der Zollfrage nicht nur von der Rücksicht auf die Masse des Proletariats als Konsumenten leiten lassen, sondern es nicht minder als »Produzenten« vor Arbeitsverlust, vor Lohnkürzung und weiteren Auswirkungen schützen, die eintreten könnten, wenn die »heimische« Industrie von der ausländischen Konkurrenz bezwungen wird. Vom selben Standpunkt her hält Calwer den Fall für möglich, dass die Sozialdemokratie in Deutschland Kampfzölle gegenüber Ländern zu unterstützen habe, die wie z. B. die Vereinigten

15 Vgl. Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? In: GW. Bd. 1/1. S. 453. Vgl. Rosa Luxemburg: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. September 1900 in Mainz. Rede über die Stellung der Sozialdemokratie zur Schutzzollpolitik. In: GW. Bd. 1/1. S. 803–806.

Staaten Zufuhrbeschränkungen für deutsche Produkte auf ihren Absatzmärkten errichten.

Aufzuzeigen, wohin die weiteren Konsequenzen einer solchen Sichtweise führen, ist hier überflüssig. Im Ergebnis bedeutet sie nichts anderes als die Rückkehr zum bürgerlichen Postulat einer Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit in einem jeden gegebenen Land, also von der vereinten Gegnerschaft nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen die Arbeiter in den übrigen Ländern.

Das bedeutet, mit anderen Worten, ja nichts anderes als die Beseitigung der internationalen Solidarität zwischen dem Proletariat in den verschiedenen Ländern, als die Schwächung des Klassenkampfes im Innern jedes einzelnen Landes. Deshalb weisen die Verfechter des radikaleren Standpunktes in der deutschen Sozialdemokratie, und mit ihnen die überwiegende Mehrheit der Partei, solche Ansichten entschieden zurück. Das deutsche Programm fordert neben der Abschaffung sämtlicher indirekter Steuern auch ganz klar die Abschaffung der Schutzzölle.<sup>16</sup> Zwar hat Kautsky, nachdem er bei seiner auf dem Parteitag in Stuttgart formulierten Resolution Bebels Zusatz übernahm, die Haltung der Sozialdemokratie bezüglich des Freihandels damit begründet, dass »die deutsche Industrie heute des Zollschutzes entbehren kann«. <sup>17</sup> Doch die deutschen Sozialisten brauchten gar nicht Zuflucht zu nehmen zu dieser allgemeinen Formulierung, weil nämlich die Höhe des industriellen Entwicklungsstands und der reaktionäre Einfluss von Schutzzöllen in Deutschland eine augenscheinliche Tatsache sind, wobei eben dieser an die Allgemeinheit gerichteter Hinweis der kürzeste Weg gewesen war, um das Ziel der Resolution zu erreichen, und zugleich ein Mittel gewesen war, um die einstimmige Zustimmung auf dem Parteitag zu erreichen.

16 Das Erfurter Programm von 1891 hatte die »Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern« gefordert. (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891. Berlin 1891. S.6.)

17 Gemeint ist Kautskys Begründung einer Resolution, in der er der deutschen Industrie bescheinigte, in der internationalen Konkurrenz auf der Höhe der Zeit zu stehen. (Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898. Berlin 1898. S.185.) Nach der Diskussion, in der auch Bebel das Wort ergriff, gab Kautsky zu Protokoll: »Bebel hat beantragt, zu sagen: »Die deutsche Industrie im Allgemeinen«. Mit dieser Einschaltung bin ich vollständig einverstanden«. (Ebd. S.201.)

Die gleiche Haltung bestätigte auf dem Parteitag in Mainz, wie zur Ironie des Schicksals, Calwers Antrag, der, entgegen den eigenen Ausführungen im Referat, gezwungen war, eine Resolution zum Freihandel vorzulegen, mit der diese Resolution sogar noch schärfer wurde, weil Rosa Luxemburgs Zusätze angenommen wurden.<sup>18</sup>

Doch kann, so fragt nun der Leser, der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie beispielgebend für Russland sein, da ja in diesem Fall nicht behauptet werden kann, dass die Industrie »heute des Zollschatzes entbehren« könne?

Wir meinen, dass es so ist, wir meinen sogar, dass die russischen Sozialdemokraten in ihr Programm die Forderung nach vollständiger Beseitigung der Zölle nicht nur aufnehmen können, sondern dass sie dazu geradezu verpflichtet sind. Denn die Behauptung, wonach der russische Kapitalismus nicht in der Lage sei, der ausländischen Konkurrenz standzuhalten, die in gewissen Teilen der russischen Presse wie ein Dogma behandelt wird, ist ja zu großem Teil ein Echo auf das ständige Klagelied russischer Industrieller bezüglich der Unumgänglichkeit eines starken Schutzzolles einerseits und ein Echo der Deklamationen jener Gegner der kapitalistischen Entwicklung andererseits, die den Kapitalismus in Russland nicht für möglich halten.

In vielen Produktionszweigen ist das russische Unvermögen, um auf dem offenen Feld der Konkurrenz zu streiten, tatsächlich nichts weiter als das »Unvermögen« der russischen »Tolstosumi«<sup>19</sup>, nicht einmal auf den geringsten Gewinn verzichten zu können, doch selbst wenn die heutige russische Industrie insgesamt sich nicht mit der westeuropäischen messen kann, so muss doch bereits die Aussicht auf die Auseinandersetzung mit dem stärkeren Konkurrenten eine schnelle Verbesserung der technischen Ausrüstung erzwingen. Heute zeichnen sich ja selbst die Unternehmen mit

18 Gemeint sind Luxemburgs Diskussionsbeiträge zu Calwers Rede zur Handelspolitik auf dem SPD-Parteitag in Mainz 1900. (Siehe Rosa Luxemburg: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. September 1900 in Mainz. Antrag 93; Rede über die Stellung der Sozialdemokratie zur Schutzzollpolitik: In: GW. Bd. 1/1. S. 802–806, und Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, Mainz, 21. September 1900: »Aus den Zeitungen weißt Du sicherlich, dass ich in der Debatte über die *Zollpolitik* viel zu tun hatte. Die Rede von Calwer war ein wahrer Skandal! Ich mußte völlig unvorbereitet sofort nach ihm sprechen, aber aus Wut sprach ich sehr gut. Dann mußte ich zum zweitenmal sprechen – nach Vollmar, der es übrigens merklich vermieden hat, mich anzugreifen.« (Gesammelte Briefe (weiter GB). Bd. 1. S. 504.)

19 Tolstosum (russisch), umgangssprachlich Geldprotz.

ausländischen Kapital, die in Russland ein weites Feld der Betätigung finden (im Bergbau, in der Metallindustrie, in der Textilindustrie usw.) und die zu ihren Diensten ausländische Techniker und Spezialisten einsetzen, weder mit besonders hoher Produktionstechnik noch mit besonderer Produktivität aus. Bei anderen Bedingungen in der Handelspolitik wären alle diese Herren, wie überhaupt die Kapitalisten, die es aus dem Westen ins russische Eldorado finden, von vornherein darum bemüht, Schritt für Schritt dem technischen Fortschritt in Europa zu folgen.

Doch wir hören bereits den Vorwurf, dass der allzu gewagte Sprung aus dem weitgehenden Prohibitionssystem heute hin zum Freihandel einem Salto mortale für das gesamte Wirtschaftsleben des Landes gliche, dass die entsprechende Forderung der Sozialdemokratie in einem allzu auffallenden Gegensatz zum bestehenden Zustand stünde.

Wir antworten darauf, dass solche Rücksichten nur herrschende, zuständige Parteien etwas angehen, nicht aber die Oppositionsparteien. Die herrschenden Parteien können und müssen Forderungen stellen, die in dem gegebenen Augenblick zu erfüllen sind, im gegebenen Entwicklungsstadium der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Oppositionsparteien und die Sozialdemokratie im Besonderen sollten sich nicht von der unmittelbaren Durchführbarkeit ihre Forderungen leiten lassen, sondern lediglich davon, ob ihre Forderungen der Richtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen, ob sie nicht der konkreten Tendenz der kapitalistischen Entwicklung im gegebenen Land entgegenstehen, ob sie vielmehr dazu taugen, diese Entwicklung zu befördern.

Insbesondere bei der Bestimmung des Standpunktes zur Handelspolitik darf die Sozialdemokratie natürlich nicht nur die Entwicklungsrichtung des eigenen Landes, sondern sie muss auch die des internationalen Kapitalismus und des Weltmarktes berücksichtigen. Sollte sie diese Bedingungen hinlänglich einbeziehen, und wir sind der Auffassung, dass sie das in der gegebenen Frage tun wird, dann darf sie bezüglich der Verwirklichung ihrer Ziele beruhigt sein. Selbst wenn die in der näheren Zukunft aus diesem oder jenem Grund nicht vollständig realisiert werden sollten, so erfüllt die Partei ihre Berufung, wenn sie die Gesellschaft in diese Richtung vorwärtsdrängt und sie dazu vorantreibt, diese Forderungen schrittweise zu erfüllen.

Zweitens ist aber der Gegensatz zwischen der heutigen protektionistischen Politik Russlands und unserer Forderung nach Freihandel keinesfalls größer als beispielsweise der Gegensatz zwischen dem Arbeitstag, wie er



heute in den russischen Fabriken praktiziert wird, und dem Achtstundearbeitstag, wie er vom internationalen Proletariat gefordert wird, oder auch zwischen der Allherrschaft der Zarenknote und der demokratischen Republik. Der Gegensatz hält die russischen Genossen überhaupt nicht davon ab, in die Minimalforderungen sowohl das Recht auf die Achtstundenarbeit wie die demokratische Republik aufzunehmen. Wir denken, dass sie völlig mit dem Geist der marxistischen Taktik übereinstimmen, wenn sie so vorgehen. Doch in einem solchen Fall haben sie dann auch keinen Grund, in der hier behandelten Frage anders vorzugehen.

Außerdem fordern wir ja gar nicht, unbedingt mit einem Salto mortale in das System des Freihandels überzugehen. Wir haben gar nichts dagegen, wenn diejenigen, die die »Herrschaft ausüben« – und wir reden dabei natürlich nicht vom Zarentum, denn das schließt jegliche Möglichkeit fortschrittlicher Reformen von vornherein aus, sondern von den herrschenden Klassen in einem von der Selbstherrschaft befreiten Russland –, den plötzlichen Sprung in eine Reihe schrittweiser Übergängen aufteilen, um so der russischen Industrie die Möglichkeit einzuräumen, sich auf die neuen Austauschbedingungen einzustellen und vorzubereiten. Doch solche Umstände entheben die russische Sozialdemokratie überhaupt nicht von der Pflicht, im Programm die Gesamtheit ihrer Forderungen zu erheben, also die Beseitigung der Schutzzölle sowie der Exportprämien, die ebenfalls die Produktivkraftentwicklung künstlich hemmen. Sie halten sie genauso wenig davon ab, möglichst jede nur teilweise Reform in dieser Richtung als unzureichend zu bezeichnen und am Ganzen dieses Programmpunktes festzuhalten, um so dieses Bestreben in das Bewusstsein breiterer Volksmassen einzupflanzen, mit dem Ziel übrigens, der Gesetzgebungsmaschine den benötigten Antrieb zu verschaffen.

Überdies ist diese Taktik, auf der die gesamte praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Ländern Westeuropas gegründet ist, weithin zu bekannt, so dass wir sie hier nicht auszubreiten brauchen. Die gegenteilige Taktik, die darin besteht, die Forderungen des Minimalprogramms in die kleine Münze mikroskopischer Reformen einzutauschen, die sofort umgesetzt werden und ihre Forderungen lediglich dem augenblicklichen Kräfteverhältnis und den augenblicklichen »Möglichkeiten« anpassen – eine solche Taktik wird nicht von der revolutionären Sozialdemokratie verfochten, sondern von Jaurés und anderen »nüchternen« Politikern. Den Kampf gegen eine ähnliche Taktik und deren Einpflanzen auf den russischen Grund haben

die Verfasser des Programms ja schließlich zu ihrer wichtigsten Aufgabe erklärt. Deshalb nehmen wir an, dass sie bei der Formulierung ihrer Haltung zur Zollfrage nicht auf halbherzige Entscheidungen zielen, sondern dass sie auf dem Standpunkt unversöhnlicher Gegnerschaft gegen alle Erscheinungen von Protektionismus stehen.

Wir bestreiten auch gar nicht, dass auch in der Sozialdemokratie Westeuropas in dieser Hinsicht ein gewisses Schwanken nicht zu übersehen ist, dass die Gegner der entschiedenen Bekämpfung aller Zölle sich sogar auf Aussagen vorzüglicher und bekannter Vertreter der Marxschen Schule berufen können, die nicht im Geringsten etwas mit dem Opportunismus zu tun haben. Um sich nicht weiter aufzuhalten mit den früheren Äußerungen von Engels, dessen Aussage von 1847 zugunsten unumgänglicher Zölle für die deutsche Industrie vom späteren Lauf der Dinge umgestoßen wurde<sup>20</sup>, weil sich diese Industrie auch ohne Protektionismus mächtig entwickelt hatte, und auch nicht mit den später von Engels in den Fragen der Handelspolitik vertretenen Ansichten, wollen wir hier lediglich anmerken, dass der Beschluss, der auf dem letzten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie angenommen und auch von Kautsky unterschrieben wurde, wonach der Fall gar nicht ausgeschlossen werde, in dem die Sozialdemokratie unter bestimmten Umständen Zölle als unabdingbar anerkenne, allerdings das Ergebnis eines Kompromisses mit [Benno] Karpeles, einem der entschiedenen Opportunisten und Verfechter von Zöllen gewesen war.<sup>21</sup> Zweifellos kann das die Anhänger der revolutionären Richtung in der Sozialdemokratie nicht zufriedenstellen, genau so wenig wie Kautskys Pariser Resolution in der Frage des Ministerialismus, die unter ganz ähnlichen Umständen zustande gekommen war.<sup>22</sup>

20 »Das Bürgertum kann sich auch in der Tat nicht halten, nicht befestigen, nicht zu unumschränkter Macht gelangen, wenn es nicht seine Industrie und seinen Handel durch künstliche Mittel schirmt und pflegt. Ohne Schutz gegen die ausländische Industrie wäre es in einem Jahrzehnt zerquetscht und niedergestampft.« (Friedrich Engels: Schutzzoll oder Freihandels-System. In: MEW. Bd. 4. S.59.)

21 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Gesamtparteitages der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Abgehalten zu Wien vom 2. bis 6. November 1901. S.60f.

22 Gemeint ist die von Kautsky vorbereitete und auf den Internationalen Sozialistenkongress vom 23. bis 27. September 1900 in Paris angenommene Resolution zum Regierungseintritt Millerands. Siehe dazu Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. In: GW. Bd.1/2. S.5–73.

Doch wir meinen vor allem, dass wir, wenn in der Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus nach Hinweisen für den richtigen Standpunkt zum Zoll gesucht wird, am besten die Direktive in jener klassischen Ansprache von Karl Marx über den »Freihandel« dienen kann, die er 1847 [1848] in Brüssel gehalten und in der er, nachdem die Sozialisten weit von den bürgerlichen Freihändlern unterschieden wurden, den Grundsatz des Freihandels als einen Hebel für die beschleunigte, revolutionäre Entwicklung des Kapitalismus und damit als eine Forderung sozialistischer Politik aufgestellt hatte.<sup>23</sup> Und es gibt Hinweise darauf, dass Marx die entsprechenden Ansichten bereits damals nicht ausschließlich auf das hochkapitalistische England, sondern auch auf die damals noch sehr anfängliche Industrie Deutschlands bezogen hatte. Der Beweis ist die scharfe Kritik, wie sie im Munde seines Freundes [Georg] Weerth sowie in den eigenen Notizen in der »Deutschen-Brüsseler-Zeitung« in jenem Jahr gegen [Moritz] Rittinghausen gerichtet war, der sich auf dem internationalen Kongress der Ökonomen in Brüssel für die Verteidigung des Protektionismus zugunsten der »jungen« deutschen Industrie ausgesprochen hatte.<sup>24</sup>

Im weiteren Verlauf der Analyse des russischen Programms scheint es uns, dass gewisse Details in der Schutzgesetzgebung entsprechend verbessert werden müssen. Die Punkte 7, 12 und 9 erfordern die gesetzliche Festsetzung der Verantwortlichkeit auf der Unternehmerseite, sobald eine vollständige oder teilweise Arbeitsunfähigkeit der Arbeiter aufgrund eines Unglücksfalles oder wegen schädlicher Arbeitsbedingungen vorliegt, sowie obendrein eine staatliche Altersrente.

Die sozialistischen Parteien Westeuropas fordern bekanntlich die gesetzliche Festsetzung, die Pflichtversicherung sowohl für den Unglücksfall als auch für den Krankheitsfall, für Alter und Gebrechlichkeit. Wir halten es folglich für richtig, wenn auch die russischen Genossen diese Forderung bei den entsprechenden Postulaten hinzusetzen. Vor allem aus grundsätzlicher Erwägung. Sowohl die Unglücksfälle auf der Arbeit als auch die

23 Siehe Karl Marx: Rede über die Frage des Freihandels, gehalten am 9. Januar 1848 in der Demokratischen Gesellschaft zu Brüssel. In: MEW. Bd. 4. S.444–458.

24 Gemeint sind Weerths Rede auf dem Freihandels-Kongress, der vom 16. bis 18. September 1847 in der belgischen Hauptstadt getagt hatte, und der seinerzeit Marx zu geschriebene, tatsächlich aber von Engels für die »Deutsche-Brüsseler-Zeitung« verfasste Beitrag. (Siehe Georg Weerth: Rede auf dem Freihandelskongreß in Brüssel. In: Georg Weerth: Vergessene Texte. Werkauswahl in zwei Bänden. Bd.I. Köln 1975. S.287–290, und Friedrich Engels: Der ökonomische Kongreß. In: MEW. Bd. 4. S.291–295.)

Erkrankung der Arbeiter hängen in übergroßer Zahl ja doch mit dem kapitalistischen Charakter der heutigen Wirtschaft zusammen, in der nicht das tote Kapital ein Werkzeug in der Hand des Produzenten, sondern umgekehrt die Arbeitskraft Werkzeug des toten Kapitals und Gegenstand von Ausbeutung ist. Wenn dann der eine oder andere Unternehmer sich nicht an die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen zum Schutz von Gesundheit und Leben der Arbeiter hält, muss er, was zu verstehen ist, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, so wie es das russische Programm im Punkt 14 fordert. Doch solange die Arbeitenden den Produktionsprozess nicht selber als freie Produzenten leiten werden, wird die Anzahl der Unglücksfälle wohl kaum reduziert werden auf das Maß zufälliger Einzelfälle, werden auch die Krankheitsfälle nicht dem Maß entsprechen, das durch den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft vorgegeben ist. Wenn nämlich die Schuld für die Unglücksfälle und Berufskrankheiten nicht den einzelnen Kapitalisten zufällt, sondern der gesamten kapitalistischen Gesellschaft, dann ist die staatliche Versicherung der Arbeiter als Klasse, und keine andere Form der Hilfe, die logische Konsequenz dieses Zustands und sein sichtbarster Ausdruck. Indem die Kosten auf die gesamte Kapitalistenklasse übertragen werden, ist die Versicherung bereits als solche eine Anklage gegen die bestehende Wirtschaft sowie ein offizielles Eingeständnis der Gesellschaft, dass das Zerrütten von Leben und Gesundheit der Arbeiter eine normale, nicht von diesem System zu trennende Erscheinung ist, die eine gesetzlich-staatliche Regulierung ihrer Folgen bedarf. Die agitatorische Bedeutung dieser Tatsache bedarf keines Kommentars.

Unserer Meinung nach entspricht das Verfahren zur Entschädigung der Arbeiter bei Arbeitsunfähigkeit, so wie es die russischen Genossen vorschlagen, weitaus weniger den unmittelbaren praktischen Interessen der Arbeiter, als eine entsprechende Ausrichtung der staatlichen Versicherung. Das russische Programm fordert weder eine einmalige Entschädigung oder Rente für die Familien der ums Leben gekommenen Arbeiter, auch nicht eine Rente für den Arbeiter selbst, wenn die Arbeitsfähigkeit vollständig oder teilweise verlorengegangen ist. Die Entschädigung auf dem Weg der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit, wie es im Programm vorgesehen ist, reduziert sich mit Notwendigkeit auf die Einmalzahlung für die Arbeiter in einer bestimmten Höhe. Die den Arbeiter jedoch am meisten absichernde Form der Entschädigung, also eine lebenslange oder zeitweise Rente, wird auf diesem Weg nur sehr schwer auszuhandeln sein.

Eine kostenfreie medizinische Hilfe auf Kosten des Unternehmers besteht bereits jetzt in Russland, zumindest wird es im Gesetz so verlangt. Jene Unternehmer, die mehr als 100 Arbeiter beschäftigen, sind verpflichtet, ein Fabrikhospital einzurichten. Und wenn solche Fabrikhospitäler oftmals nur auf dem Papier bestehen oder sich in einem allzu dürftigen Zustand befinden, wie Fabrikinspektoren feststellen, so liegt der Grund einfach darin, dass die Organisation der medizinischen Hilfe für die Arbeiter dem Willen der einzelnen Kapitalisten überlassen bleibt. Übrigens würde auch die sorgfältigste Umsetzung des Gesetzes nicht jene Mängel beseitigen, die im System der Fabrikhospitäler selbst begründet sind, weil damit vor allem jene gewaltige Zahl von Arbeitern, die in den kleinen und mittleren Industriebetrieben beschäftigt werden, ohne medizinische Hilfe bleiben. Wie sich die Verfasser des Programms die Umsetzung jener »kostenlosen medizinischen Hilfe auf Kosten der Unternehmer« vorstellen, ist schwer auszumachen. Vom rationalen Gesichtspunkt aus sollte jedem Arbeiter gesetzlich gesichert ermöglicht werden, sich zu Hause oder in öffentlichen Hospitälern heilen zu lassen, den Arzt frei zu wählen und obendrein für die Krankenzeit eine Rente zu bekommen, um so dem Kranken und seine Familie für diese Zeit ein Auskommen zu sichern.

Das russische Programm muss unseres Erachtens bei dem Punkt, der die Altersrente betrifft, vervollständigt werden. Wir meinen, dass es keinerlei Grund gibt, die ganze Last dieser Rente der Staatskasse zuzuschieben, die zu einem gewaltigen Teil ihre Mittel aus den Taschen der arbeitenden Massen herauszieht und selbst dann, wenn alle indirekten Steuern zu Einkommenssteuern werden, im großen Maße diese aus den Guthaben der besserverdienenden Schichten der arbeitenden Klasse sowie der Kleineigentümer, Beamten, kurz, des Kleinbürgertums schöpfen wird. Die Mittel, um die Arbeiterrente für das Alter zu decken, sollten vor allem von den Unternehmern eingezogen werden, in deren Diensten die Arbeiter vorzeitig altern, indem sie den größten Teil der Kosten tragen. Allerdings sind das Einzelheiten, auf die wir uns jetzt nicht weiter einlassen wollen.

Wir merken am Schluss lediglich noch an, dass dem System der staatlichen Versicherung zugleich eine durchaus nicht unerhebliche, wenngleich auch nur mittelbare Bedeutung als Stütze für den Klassenkampf des Proletariats zukommt. Die öffentliche Versicherung, insbesondere die Krankenversicherung, braucht gesonderte Arbeiterorganisationen wie etwa die Krankenkassen, die zwar keinen politischen Charakter haben, doch immer-

hin ein Zentrum sind, an welches sich die Arbeiter binden, und unter dem Einfluss besonders bewusster Leute gewöhnlich zu einer wirksamen Schule für die Vorbereitung von Organisation und Kampf werden. Die Hatz der reaktionären Presse in Deutschland gegen die Arbeiterkrankenkassen ist der schlagende Beweis dafür.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn die russische Sozialdemokratie über die angesprochenen Punkte der Schutzgesetzgebung so leicht hinwegginge. Es darf berechtigt angenommen werden, dass die Zarenregierung nun versuchen wird, die Arbeiter auf diesem Gebiet mit Almosen für sich zu gewinnen. In die Masse des russischen Proletariats die Idee einer Pflichtversicherung tragen, die auf einer breiten Beteiligung der Arbeiter in der Organisierung und Umsetzung beruht, wäre die geeignete Antwort auf die kümmerlichen Brosamen, die das Zarentum im besten Falle der Arbeiterklasse zubilligen wird.

Wir sind geneigt, noch einige Worte zum Agrarteil im russischen Programm zu sagen, vor allem zum 4. Punkt, der die Neuaufteilung der Grundfläche sowie die Rückgabe des Bodens an die Bauern fordert, der ihnen bei der Aufhebung der Leibeigenschaft genommen wurde.<sup>25</sup> Wenn auch zuzustimmen ist, dass jene »Ackerstreifen«, die vom Bauernland zugunsten der Grundbesitzer abgetrennt wurden, ein System des »Abarbeitens« (also der Arbeitsleistung auf Herrenland gegen die Nutzung des herrschaftlichen Weidelands oder des Gutswaldes usw.) bewirken, was in einem gewissen Grad die Überbleibsel aus dem Fronsystem aufrechterhält und somit zu einer Bremse für die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft wird, so wird allerdings die schnelle Rückgabe dieser Streifen dem Bauerntum im großen Maße schaden und würde für längere Zeit keine Abhilfe schaffen. Der Mangel an Bauernland, der mit der Zunahme der Landbevölkerung, der Rückständigkeit der Dorfwirtschaft und weiteren Ursachen zusammenhängt, wirkt weiterhin in die gleiche Richtung und zieht die Pacht sowie das Abarbeitssystem mit sich, ganz unabhängig von allen »Streifen« aus der Zeit der Bauernreform. Wenn schon auf diesem Weg nach einem Ausweg gesucht wird, dann sollte jenen »Bauernkomitees«, von denen unter dem Punkt 4 die Rede ist, empfohlen werden, nicht auf die Eigentumsverhältnisse zur Zeit der Reformen zu schauen, sondern das Bauern- und Herrenland so aufzuteilen, dass entsprechend der Absicht im Programm auf dem Herrenland eine kapitalistische Wirtschaft erblühen kann und die Bauern

25 Den gesamten Agrarteil im Programmentwurf hatte Lenin verfasst.

folglich nicht mehr ausweichen müssen zu besagtem »Abarbeiten«. Natürlich müssten die »Bauernkomitees« diese Operation periodisch durchführen, immer dann nämlich, wenn infolge neuerlichen Landmangels das Abarbeitensystem erneut auflebt.

Wir denken, dass die russische Landwirtschaft nicht von dieser Seite die Anreize in Richtung der kapitalistischen Entwicklung erhält, das ganze Vorhaben erscheint uns ziemlich künstlich, zugleich ist es fragwürdig von einem grundlegenden Standpunkt.

Denn vergessen wir nicht, dass der Boden heute Kapital ist, so wie die anderen Produktionsmittel, dass die Aufteilung des Kapitals durch Expropriation aber eine Idee im Sinne des Staatsozialismus ist, deren Umsetzung durch den bürgerlichen Staat noch weniger erwartet werden darf als jener Kredit, den Lassalle für seine Produktivassoziationen gefordert hatte. Diese Forderung wird unter den Massen höchstens eine falsche Vorstellung vom Wesen des heutigen Staats hervorrufen, was unserer Meinung nach nicht zu einer Vertiefung des Klassenbewusstseins im Stadtproletariat und den ihm nächststehenden Bauernschichten führen, sondern eher in die umgekehrte Richtung wirken wird.<sup>26</sup>

Übrigens hat der Agrarteil im russischen Programm in den Reihen der russischen Sozialisten bereits jetzt eine Diskussion hervorgerufen, die sicher weitergehen wird. Außerdem ist sie vor allem für die russischen Genossen interessant. Im Königreich [Polen] und in Litauen unterscheiden sich die Agrarverhältnisse doch erheblich von den russischen, und wenn wir uns für einen Augenblick bei den Agrarforderungen der russischen Genossen aufgehalten haben, dann eher deshalb, weil sie zu einem bestimmten Teil über den Geist des ganzen Programms entscheiden können.

Damit beenden wir unsere Bemerkungen. Es bleibt nur noch ein Punkt übrig, der betrachtet werden muss und der dem polnischen Sozialismus am nächsten steht, nämlich die Haltung, die das russische Programm in der

26 Siehe Rosa Luxemburg: Aus dem Nachlaß unserer Meister. In: GW. Bd. 1/2. S. 148–158. In dem im Herbst 1901 geschriebenen Text heißt es: »Lassalle sündigte mit seiner Parole der Produktivassoziationen und des Staatskredits gegen die Marxsche Auffassung des Sozialismus sozusagen in ihrer Abwesenheit, als eine Klassenbewegung im Sinne dieser Theorie in Deutschland noch gar nicht existierte.« (S. 157.)

Frage jener Nationalitäten einnimmt, die zum Bestand des Russischen Reiches gehören. Auf diesen Gegenstand werden wir in einer der folgenden Ausgaben von »Przegląd [Socjaldemokratyczny]« zurückkommen.<sup>27</sup>

*Übersetzt aus dem Polnischen  
und mit Fußnoten versehen von Holger Politt.*

27 Gemeint ist der mit Jan Tyszka gezeichnete Beitrag »Rosyjscy socjaldemokracy o polskiej i narodowościowej kwestii« [Russische Sozialdemokraten zur polnischen und Nationalitätenfrage] in »Przegląd Socjaldemokratyczny« (Nr. 2, Februar 1903, S. 74–78). Den Beitrag verfassten Rosa Luxemburg und Leo Jogiches gemeinsam.





HOLGER POLITT

## Im Schatten der großen Forschungsthemen

*Rosa Luxemburgs Tätigkeit in der »Gazeta Ludowa« (1904)*

### I

Noch immer gibt es verborgene Ecken und Winkel im Werk Rosa Luxemburgs, die kaum beleuchtet, geschweige denn ausgeleuchtet sind. So fehlt in allen größeren biographischen Arbeiten ein tiefergehender Hinweis auf das Wirken Rosa Luxemburgs in der von ihr redaktionell geführten »Gazeta Ludowa« (Volkszeitung), einem vom Sommer 1902 bis Sommer 1904 in Polnisch erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungsblatt für jene Gebiete Preußens, in denen die Polen eine nennenswerte Bevölkerungsgruppe, mitunter sogar eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung stellten. In erster Linie betraf das die Provinzen Posen und Oberschlesien.

Weil das Blatt polnisch erschien, blieb sie für die deutsche Forschung – egal ob nun im Westen oder Osten – immer ein Gegenstand, der gerne nach Polen weitergereicht wurde. Und umgekehrt kümmerte die polnische Forschung sich ihrerseits weniger um die Thematik, weil es ja – in der Sache zunächst auch völlig zurecht – als ein Gegenstand eingeordnet wurde, der in erster Linie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gehöre. Für die deutsche Forschung, so lässt sich kurz sagen, verhinderte vor allem die polnische Sprache, in der die Zeitung nun einmal erschien, diese als einen Teil zu würdigen, der fest in der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland verankert war. Und Rosa Luxemburgs großer Anteil an dieser Geschichte wurde schließlich voreilig und unbegründet dem polnischen Werketeil zugeschrieben. Beispielhaft darf an dieser Stelle angeführt werden, was Annelies Laschitzka in ihrer Rosa-Luxemburg-Biographie, die an Quellen so gründlich belegt ist wie sonst nur wenige derartiger Arbeiten, über diese Phase im Schaffen Rosa Luxemburgs mitzuteilen wusste. Sie ordnete alles kurzerhand einer äußerst unruhigen, unklaren Situation in der polnischen Bewegung der Jahre 1901/1902 zu: »Rosa Luxemburg fiel zeitweise in Ratlosigkeit, wusste keinen Plan für ihr Vorgehen. Aber sich aus der polnischen Arbeit zurückzuziehen kam für sie nicht in Frage. [...] Sie beriet sich mit Genossen, unterstützte Emissäre, schrieb

Artikel und Briefe, übernahm zeitweilig die Herausgabe der [...] »Gazeta Ludowa«, die von 1902 bis 1904 in Posen erschien«<sup>1</sup>. Von einem Bezug zur SPD, zu Preußen und damit zu Deutschland erfährt der Leser indes nichts.

Auf der polnischen Seite wiederum, für die die polnische Sprache nun kein Hindernis war, wurde indes scharf gesehen, dass die im Blatt abgehandelten Themen immer zur Agitationsgeschichte der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands gehörten, dass das ganze Blatt sich überhaupt als fester Bestandteil der deutschen Bewegung verstand. Übersehen wurde weitgehend, dass die näheren Hintergründe, die überhaupt zum Erscheinen des Blattes geführt hatten, indes nun wieder stärker in die Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung hineinragten, was das Verständnis von deutscher Seite – wie bereits angeführt – von vornherein erheblich erschweren musste. Das entscheidende Kriterium für die Zuordnung des Gegenstands blieb in Polen Rosa Luxemburgs Zugehörigkeit zur deutschen Partei, denn »Gazeta Ludowa« fiel ganz in den Verantwortungsbereich der SPD, hatte weder formal noch nach dem Inhalt etwas zu tun mit Rosa Luxemburgs polnischer Partei – der Sozialdemokratie des Königreich Polens und Litauens (SDKPiL). Denn erst, wenn tiefer und aufmerksamer in die Sache eingedrungen wird, werden die Überschneidungen zwischen dem polnischen und deutschen Werketeil, die nicht unerheblichen gegenseitigen Verzahnungen sichtbar. Wie es Teile im polnischen Wirken Rosa Luxemburgs gibt, die ohne ihre Einbindung in die SPD gar nicht zu denken wären, so auch umgekehrt, denn »Gazeta Ludowa« ist wohl das prominenteste Beispiel, wie sehr Positionen Rosa Luxemburgs innerhalb der SPD von ihrem polnischen Wirken beeinflusst waren.

## II

Die beiden bis zum Ersten Weltkrieg bestimmenden Richtungen in der modernen, auf das Industrieproletariat gestützten Arbeiterbewegung Polens – deren große Zentren allesamt in dem zum Zarenreich gehörenden Königreich Polen lagen – strukturierten sich 1892/1893 trotz aller Illegalität in festere Organisationsformen heraus. Auf der einen Seite die Polnische Sozialistische Partei (PPS), gegenüber die Sozialdemokratie des Königreich

1 Annelies Laschitza: Im Lebensrausch trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie. Berlin 1996. S. 172.

Polens (SDKP), später SDKPiL. Bereits in der Namensgebung – auch wenn die Geschichte derselben keineswegs so gradlinig verlief, wie anschließend gemeint – spiegelte sich ein guter Teil jener Unversöhnlichkeit wieder, der schnell zu einem charakteristischen Zug in der polnischen Arbeiterbewegung werden sollte.

Die PPS verstand sich immer als eine zusammenhängende Partei für alle drei Teilungsgebiete Polens – im Königreich Polen, in Preußen bzw. Deutschland sowie im österreichischen Galizien. Die unterschiedlichen Organisationsformen wurden sozusagen taktisch der Teilungssituation zugeschrieben, waren also angepasster Natur – denn die wichtigste programmatische Ausrichtung für alle drei Teile Polens blieb die Forderung nach Wiederherstellung Polens als Voraussetzung für den weiteren Weg zum Sozialismus, also die Wiedererrichtung eines selbständigen und unabhängigen polnischen Staates. Während die PPS im Königreich Polen zu keiner Zeit festere Bindungen mit der russischen Arbeiterbewegung einging, mit der Behauptung, diese sei noch viel zu rückständig, müsse sich erst in geeigneter Weise entwickeln, gab es in Galizien eine eigenständige Partei, die zur österreichischen Sozialdemokratie gehörte, die aber ihr organisatorisches Eigenleben auf der Basis der ohnehin bestehenden Landesautonomie für Galizien gestalten konnte. In Preußen hingegen verstand sich die Partei seit 1893 als PPS im preußischen Teilungsgebiet (PPSzp). Wie kompliziert es im Detail selbst mit dieser Bezeichnung sein sollte, kann hier nur angedeutet werden, denn die preußische Provinz Oberschlesien, die wegen des ausgesprochen hohen polnischen Bevölkerungsanteils ein Schwerpunkt der Tätigkeit der PPSzp werden sollte, war gar kein polnisches Teilungsgebiet. Auch hier in Preußen oder Deutschland war die organisatorische Bindung an die einheimische Sozialdemokratie, also an die SPD, anfangs eine nicht infrage gestellte Selbstverständlichkeit. Im Ergebnis dieser formal gelösten Beziehung zur SPD wurde – vom SPD-Parteivorstand finanziert – die polnisch erscheinende Zeitung »Gazeta Robotnicza« (Arbeiterzeitung) herausgegeben. Gewissermaßen lag überhaupt eine Arbeitsteilung vor, denn die PPSzp glaubte dort stärker auftrumpfen zu können, wo die SPD als solche schwach oder gar nicht vertreten war – unter der polnischen Arbeiterschaft. Erst später nach 1900 wurde die sogenannte Sonderbündelei der PPSzp zu einer Herausforderung, die auf den SPD-Parteitag in München (September 1902) und Dresden (September 1903) eine auffallende Rolle spielte:

»Die polnischen Genossen handeln nach wie vor auf eigene Faust, ohne auf die Gesamtpartei die gebührende Rücksicht zu nehmen.«<sup>2</sup>

Die andere Richtung wurde im Sommer 1893 von Leo Jogiches, Adolf Warski, Julian Marchlewski und Rosa Luxemburg gegründet, bezeichnete sich stolz als Sozialdemokratie, womit eine klare Weichenstellung bereits angezeigt war: Vorbild war in der gesamten Ausrichtung die deutsche Sozialdemokratie, die SPD, damals bereits die unbestritten stärkste und politisch erfolgreichste Abteilung der europäischen Arbeiterbewegung. Und der Landeszusatz, jenes Königreich Polen, bedeutete, dass man sich als eine sozialdemokratische Partei ausschließlich für den zum Zarenreich gehörenden Teil Polens verstand. Die später erfolgte Erweiterung »und Litauens« (deshalb SDKPiL) betraf vor allem den Industriestandort Białystok, der bereits im Gouvernement Grodno und damit außerhalb der Grenzen des Königreichs lag. Litauen bezog sich damals auf den Großraum des historischen Litauens, das mit dem späteren Nationallitauen nicht zu verwechseln ist. So gab es in Białystok auch keine Litauer im ethnischen Sinne, sondern eine Industriearbeiterschaft, deren Sprache zumeist die polnische war.

Die genaue Landesbezeichnung im Parteinamen war somit auch Teil der programmatischen Ausrichtung, denn die SDKP bzw. SDKPiL ging einen anderen Weg als die PPS, lehnte jedes Zugeständnis an eine Wiederherstellung Polens als Voraussetzung für den Weg zum Sozialismus konsequent ab, wofür es auch sehr viele gute Gründe gab, die aber hier nicht ausgebreitet werden können. Stattdessen empfand man sich als eine sozialdemokratische Partei polnischer Arbeiter im Zarenreich, so dass die Beziehungen vor allem zur russischen Arbeiterbewegung von Anfang an einen entscheidenden Raum einnahmen. Im Unterschied zur PPS verwies die SDKP bereits in den ersten Jahren nach Gründung auf die immer stärker werdende Arbeiterbewegung in den anwachsenden Industriezentren im eigentlichen Russland, also in Petersburg, Moskau und dem damaligen Südrussland. Für die SDKPiL wurde nach 1902 immer klarer, dass die Entwicklung im Zarenreich auf einen großen, entscheidend von den Arbeitermassen getragenen revolutionären Ausbruch hinauslaufen werde, um im gesamten Reich die volle politische Freiheit durchzusetzen. Die Revolution von 1905/1906 schien dann alle Voraussagen der SDKPiL bestätigt zu haben, insbesondere

2 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu München vom 14. bis 20. September 1902. Berlin 1902. S. 21.

aber die Notwendigkeit eines engen, auch organisatorischen Kampfbündnisses mit der russischen Arbeiterbewegung.<sup>3</sup>

Zur Geschichte der SDKP bzw. SDKPiL gehört aber auch, dass die ersten festeren Strukturen der jungen Partei in den polnischen Industriezentren 1896/1897 von der Zarenpolizei empfindlich zerschlagen werden konnten. Tatsächlich schaffte es die Partei erst allmählich, aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, im Grunde erlebte sie mit dem Ausbruch der Revolution 1905 eine zweite Gründungsstunde, wurde dann – wie auf der anderen Seite die PPS übrigens auch – schnell zu einer Massenpartei, die als solche aber den Niedergang der Revolution ab Sommer 1906 nicht überlebte. Für den hier behandelten Gegenstand sind aber die Jahre von 1896 bis 1902 wichtiger, denn faktisch fiel plötzlich die gesamte Verantwortung für die Partei zurück auf die kleine, wiewohl intellektuell bestens ausgerüstete Auslandsgruppe um Jogiches und Rosa Luxemburg. Um ihrer polnischen Partei in der schwierigen Situation zu helfen, entschieden sich die beiden, den Weg zur SPD zu suchen, aus der Schweiz nach Berlin umzuziehen. Rosa Luxemburgs schnelle politische Karriere in den Reihen der SPD ab 1898 braucht hier nicht beschrieben werden, sie ist zu bekannt, doch sollte hinzugesetzt werden, dass gleich am Anfang ohne den großen Anteil von Jogiches die glänzend geführte Kampagne gegen den sogenannten Revisionismus von Eduard Bernstein gar nicht zu denken gewesen wäre.

Die raschen Erfolge in den Reihen der SPD fanden ihren erschreckenden Kontrast in den handfesten Konflikten, die innerhalb der SDKPiL ausbrachen, denn in den Versuchen, wieder Parteistrukturen im Königreich Polen aufzubauen, setzte sich dort schließlich eine Richtung durch, die vor allem mit der eindeutigen Dominanz der Auslandsstrukturen brechen wollte – also mit der intellektuellen und programmatischen Vorherrschaft der Gruppe um Jogiches und Rosa Luxemburg: »Die Entstehung der Sozialdemokratie im Königreich [Polen] ist geradezu ein Unglück für uns.«<sup>4</sup> Erst mühsam – und darauf spielte Annelies Laschitzka in dem eingangs angeführten Zitat an – gelang es dieser Gruppe dann ab 1902, das Heft des Handelns zurück in die eigenen Hände zu bekommen, wozu vor allem entsprechende

3 Siehe Holger Politt: Unter Blitz und Donner. Zusammenstoß zweier Zeitalter. In: Rosa Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte. Herausgegeben von Holger Politt. Berlin 2015. S. 9–34.

4 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 12. Mai 1900. In: GB. Bd. 1. S. 469.

Publikationsorgane eingesetzt wurden.<sup>5</sup> Ein ungewollter Nebeneffekt dieser schwieriger werdenden Entwicklungen im Königreich Polen aber war, dass plötzlich die PPSzp mit der eine immer stärkere Formen annehmenden »Sonderbündelei« und mitsamt der dazugehörigen SPD-Kritik in den Blick genommen werden konnte. Jogiches und Rosa Luxemburg heckten den verwegenen Plan aus, nun in Berlin selbst in die Initiative überzugehen. Rosa Luxemburg trat im April 1900 auf deren 5. Parteitag überraschend der PPSzp bei. An Jogiches schrieb sie: »Über den Parteitag kann ich Dir nur erzählen, beschreiben ist unmöglich. Die ganzen zwei Tage waren ein einziger Kampf des ganzen Parteitags mit mir. Ich beherrschte den ganzen Parteitag, und schließlich kamen sie von selbst gekrochen.«<sup>6</sup> Führende Kreise in der PPSzp meinten nun aber, nun sei die eingefleischte Gegnerin Rosa Luxemburg zu Kreuze gekrochen, habe auf ihrem Weg gegen die Wiederherstellung Polens aufgegeben, sei auf dem Wege, nun doch noch eine waschechte polnische Sozialistin zu werden. Man begrüße diesen Schritt und freue sich darauf, dass sich Rosa Luxemburg mit ihrer Erfahrung aktiv in die Arbeit der »Gazeta Robotnicza« einbringen werde.

Rosa Luxemburg hatte auf dem Parteitag erklärt, »nach Mitteln suchen, die ›Gazeta Rob[otnicza]‹ zu einem wirklichen Organ der Genossen in den polnischen Provinzen, d. h. in Posen und Oberschlesien zu machen. Dabei sei eine Preßkommission notwendig, die Aufgabe hätte, zwischen der Redaktion und den polnischen Provinzen eine innige Fühlung herbeizuführen und das Blatt auf zweckmäßige Behandlung aller aktuellen Fragen hin zu beobachten [...]«<sup>7</sup>. Diesem Antrag folgte der Parteitag, Rosa Luxemburg wurde zu einem der drei Mitglieder in der Presskommission gewählt. Doch bald schlugen die beiden Wellen wieder heftig gegeneinander, Rosa Luxemburgs Abenteuer mit »Gazeta Robotnicza« endete abrupt. Die polnischen Beiträge der beteiligten Seiten an dieser bemerkenswerten Episode in der Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung lesen sich heute wie der Stoff eines handfesten Dramas. Sie einmal gesammelt zu veröffentlichen, wäre ein geeignetes Vorhaben auch für die Leipziger Reihe der Forschungs-

5 Siehe Holger Politt: Ein Parteitagsbericht. Vom Anfang der Auseinandersetzungen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin. In: Wegmarkierungen. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1903. Aus dem Polnischen übersetzt und eingeleitet von Holger Politt. In: Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 10. Leipzig 2013. S. 9–17.

6 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 24. April 1900. In: GB. Bd. 1. S. 457.

7 Rosa Luxemburg: Fünfter Parteitag der polnischen Sozialdemokratie Deutschlands. Zweiter Tag [16. April 1900.] In: GW. Bd. 6. S. 299.

berichte zu Rosa Luxemburg. Hier aber soll nur festgehalten werden, dass das begonnene Abenteuer in den Reihen der PPSzp schneller als gedacht beendet wurde, denn der Versuch, die »Gazeta Robotnicza« sozusagen von innen auf einen strikten sozialdemokratischen Kurs zu bringen, scheiterte an dem enormen Widerstand in den Reihen der Dreiteile-Sozialisten.<sup>8</sup>

Als nun die bereits angesprochene Sonderbündelei zu einem Konfliktstoff heranreifte, mit dem sich sogar der SPD-Parteivorstand und SPD-Parteitage befassen mussten, suchten Jogiches und Rosa Luxemburg einen anderen Weg, um die aus ihrer Sicht ungünstigen oder sogar schädlichen Einflüsse auf polnische Arbeiterkreise in den Provinzen Posen und Oberschlesien einzudämmen. Sie hoben nun ihrerseits im Bunde mit einigen engen Vertrauten in Posen – Marcin Kasprzak und Joseph Gogowski an erster Stelle – ein eigenes polnisches Blatt aus der Taufe – die »Gazeta Ludowa«. So wie sie die SDKPiL mit den seit 1902 erscheinenden Publikationen – »Przeгляд Socjaldemokratyczny« (Sozialdemokratische Umschau) und »Czerwony Sztandar« (Rote Fahne) – wieder auf die einzig richtige, die sozialdemokratische Spur zu führen suchten, so nun auch in Deutschland in der Auseinandersetzung mit der PPSzp. Entgegen kamen ihnen die Überlegungen im SPD-Vorstand, die üppige Finanzierung der »Gazeta Robotnicza« wegen der immer deutlicher werdenden Sonderbündelei überhaupt einzustellen. Das eigene Zeitungsprojekt wurde nun geschickt als dasjenige der polnischen Sozialdemokraten aus Posen und Oberschlesien vorgestellt, die Zeitungsmacher versprachen sich und anderen in der SPD-Zentrale den baldigen Durchbruch.

8 Vgl. auch die einschlägigen Hinweise und Bemerkungen in verschiedenen Briefen an Leo Jogiches in den Jahren 1900 bis 1903 (GB. Bd. 1 und 2); außerdem verschiedene deutschsprachige Beiträge Rosa Luxemburgs zur Thematik: Erklärung zur Verlegung des polnischen Parteiblattes (GW. Bd. 6. S. 301), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 14. bis 20. September 1902 in München (GW. Bd. 1/2. S. 282–286), Zur Schlichtung der polnischen Zwistigkeiten (GW. Bd. 6. S. 449–456), Die Polenkonferenz am 19. Oktober 1902 in Berlin (ebd.. S. 457–458), Zur Frage der polnischen Einigung (ebd. S. 467–47), Wie die polnische Sonderorganisation die »Einigung« versteht (ebd. S. 473f., Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13. bis 20. September 1903 in Dresden. (GW. Bd. 1/2. S. 378–381). – An dieser Stelle auch der Verweis auf den Bericht über den Zweiten Parteitag der Sozialdemokratie Posens in Bromberg am 9. Juni 1901 (GW. Bd. 6. S. 325–328). Dort im Titel fälschlich als »Zweiter Parteitag der PPS« bezeichnet.



## III

Im Vordergrund der vorliegenden Publikation steht allerdings nicht das *Warum* oder das *Wie* im Herausbildungsprozess des weitgehend von Rosa Luxemburg in enger Abstimmung mit Jogiches redigierten Zeitungsblattes, vielmehr soll das Interesse des Lesers in dieser Publikation auf die auf den Zeitungsseiten veröffentlichten Inhalte gelenkt werden. Anders gesagt: In dem vorliegenden Heft werden in deutscher Übersetzung erstmals Arbeiten Rosa Luxemburgs vorgestellt, die allesamt bislang weitgehend unbeachtet geblieben sind, die auch in polnischer Sprache seither nie wieder zu lesen gewesen sind. Da die Texte allesamt publizistischer oder journalistischer Natur sind, sind durch diese Lücke in der Kenntnis des Luxemburg-Werkes zwar keine empfindlichen Leerstellen entstanden, die etwa das Gesamtverständnis der Autorin ungünstig beeinflusst hätten, aber zu einer bibliographisch-biographischen Geschlossenheit gehören die Beiträge aus »Gazeta Ludowa« in jedem Falle dazu. Diese Lücke nun zu schließen, wird hier ein erstes Mal versucht. Es liegt nach dem Dargelegten auf der Hand, dass Jogiches und Rosa Luxemburg das Zeitungsblatt für die polnischen Arbeiter in Posen und Oberschlesien als ein wichtiges Mittel in ihrem politischen Kampf für die Durchsetzung der sozialdemokratischen Idee in der Arbeiterbewegung Polens ansahen. Den auf die Wiederherstellung Polens ausgerichteten Bestrebungen in der PPSz – die ja mit den genannten Organisationsstrukturen in den anderen beiden Teilen Polens zusammenspielten – sollte mithilfe der SPD ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden, so dass den Dreiteile-Sozialisten der PPS die Unterstützung aus Deutschland entscheidend erschwert werde. Hilfreich war hierbei zudem der entschiedene Einsatz der meisten SPD-Vorstände gegen separatistische Bestrebungen, denn die Wiederherstellung Polens – wie sie die PPS insgesamt für alle drei Teilungsgebiete verfolgte – bedeutete ja in handfester politischer Prosa übersetzt für Deutschland die staatliche Abtrennung von Posen und Oberschlesien. Ob dieses Ziel, mit »Gazeta Ludowa« der Eindämmung solcher Tendenzen in Deutschland wirksam entgegenzuwirken, tatsächlich erreicht worden ist, steht auf einem anderen Blatt, das an dieser Stelle nicht näher untersucht werden soll.

Es fällt bei den hier wiedergegebenen Texten allerdings auf, dass die direkte Polemik gegen die als unliebsam angesehene Konkurrenz von »Gazeta Robotnicza« kaum Platz gehabt hatte, scheinbar nur am Rande noch

eine Rolle spielte. Hier sei hinzugefügt, dass Jogiches und Rosa Luxemburg in dieser Auseinandersetzung vor allem »Przegląd Socjaldemokratyczny« nutzten, also das theoretische Organ der SDKPiL. In »Gazeta Ludowa« wurde hingegen weitaus weniger auf den Einsatz von theoretischer Kritik und Auseinandersetzung gesetzt, vielmehr verstand das Blatt sich als ein probates Mittel für die positiv ausgerichtete sozialdemokratische Agitationsarbeit. Der heutige Leser wird die Themenvielfalt bemerken, die kaum derjenigen in führenden sozialdemokratischen Blättern Deutschlands jener Zeit nachsteht. Der Ehrgeiz der Zeitungsmacher ist zu spüren, den polnischen Arbeitern, die keinen oder nur einen eingeschränkten Zugang zur deutschsprachigen Literatur hatten, ein breites sozialdemokratisches Angebot in polnischer Sprache vorzulegen, ohne dabei nationalem Hader oder einem Wiederherstellungspatriotismus Vorschub zu leisten. Schutz der polnischen Sprache und Kultur, ja – ohne Einschränkung, Minderheitenschutz, ja – entschieden und robust, doch keine Zugeständnisse an die Idee einer Wiederherstellung Polens, was ja faktisch auf den Willen zu einer Abspaltung der entsprechenden polnisch geprägten Gebiete Preußens hinausgelaufen wäre.

Die Zeitung erschien, wie bereits erwähnt, vom Juli 1902 bis Juni 1904, herausgegeben wurde sie in Posen. 1902 erschienen zehn Ausgaben der Zeitung, 1903 im gesamten Jahr 52 Ausgaben, also im Schnitt eine Ausgabe wöchentlich, ab Januar 1904 erschien die Zeitung dann regelmäßig zweimal die Woche, also noch einmal mit 52 Ausgaben bis Juni. Erhalten geblieben und zugänglich sind heute alle Ausgaben des Jahres 1904, von den Jahrgängen 1902 und 1903 begrenzt sich der Zugang auf vereinzelte, wenige Ausgaben. Feliks Tych, der in Moskau Ende der 50er Jahre auf den wertvollen Fund der an Jogiches gerichteten Briefe Rosa Luxemburgs gestoßen war, hatte in einer Fußnote der von ihm besorgten polnischen Ausgabe angemerkt, dass Rosa Luxemburg die »Gazeta Ludowa« redigiert habe und dass die Mehrzahl der dort erschienenen Beiträge aus ihrer Feder stammten.<sup>9</sup> Die Herausgeber der in der DDR erschienenen Ausgabe »Gesammelter Briefe« haben diese allgemein gehaltene Information bezüglich der Texte Rosa Luxemburgs nicht übernommen. Allerdings werden auch in der von

9 Vgl. Róża Luksemburg: Listy do Leona Jogichesa-Tyszki. Listy zebrał, słowem wstępnym i przypisami opatrzył Feliks Tych [Briefe an Leo Jogiches-Tyszka. Die Briefe wurden von Feliks Tych gesammelt, mit einem Vorwort und mit Fußnoten versehen], Bd. 2 (1900–1905). Warschau 1968. S. 251.

Tych in den 60er und 70er Jahren zusammengestellten Bibliographie der Arbeiten Rosa Luxemburgs – bis heute basiert die internationale Forschungsarbeit zum Werk Rosa Luxemburgs wesentlich auf dieser grundlegenden Arbeit – nur relativ wenige Beiträge aus »Gazeta Ludowa« aufgeführt, denn es galt die zunächst scharfe Regel, nur jene Beiträge aus der Zeitung in das Verzeichnis aufzunehmen, zu denen sich in den Briefen an Jogiches eindeutige Belege oder Hinweise zur Autorschaft finden, die allerdings durchaus spärlich waren. Indes finden sich an verschiedenen Stellen aus dieser Zeit deutliche Hinweise an verschiedene Adressaten, wie sehr Rosa Luxemburg überhaupt mit dem Erscheinen der Zeitung befasst gewesen war.<sup>10</sup> Der Schluss, dass die Mehrzahl der nichtgezeichneten Beiträge also aus ihrer Feder stammen oder von ihr sprachlich und redaktionell bearbeitet wurden, liegt nahe. Für das erste Halbjahr 1904 ist davon ohnehin fest auszugehen, denn mit Marcin Kasprzak – der im Februar 1904 illegal nach Warschau ging, um für die SDKPiL eine Geheimdruckerei aufzubauen und dabei Ende April 1904 von der Zarenpolizei gestellt, später hingerichtet wurde – verlor Rosa Luxemburg den wichtigsten Verbindungsmann in Posen, der ihr vor allem organisatorisch den Rücken freigehalten hatte.<sup>11</sup> Auch deshalb musste das Zeitungsprojekt im Sommer 1904 aufgegeben werden, denn nach Rosa Luxemburgs Verurteilung zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe in Zwickau wegen »Majestätsbeleidigung«, die sie ab 24. August 1904 absitzen musste, sahen weder sie noch Leo Jogiches eine gescheite Möglichkeit, die Sache über den Sommer hinaus fortzusetzen.<sup>12</sup> Eine von Rosa Luxemburg in enger Abstimmung mit Leo Jogiches geschriebene politische Gesamteinschätzung der Zeitungstätigkeit bildet folglich den Abschluss dieser vergleichsweise kurzen Phase ihres Wirkens. Die Auseinandersetzung mit der PPS indes wird bleiben, verlagert sich aber nach ihrer Freilassung aus dem Gefängnis Ende Oktober 1904 und dem baldigen Aus-

10 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 10. Juni 1903: »Die Nummer der ›Gazeta Ludowa‹ habe ich schon geschrieben.« (GB. Bd. 2. S. 33.) – Rosa Luxemburg an Julius Bruhns, 13. Februar 1904: »Sie [...] können mir einfach etwa jede Woche kurz das Wesentliche über Agitation und Organisation mitteilen, ich werde es schon selbst in die entsprechende Form polnisch setzen.« (Ebd. S. 55.)

11 In einem Brief an Leo Jogiches vom 8. Mai 1903 teilte Rosa Luxemburg ihre Ankunft in Posen mit: »Bin glücklich angekommen. Kasp[rzak] holte mich ab. Ein Zimmer habe ich schon, es ist sehr hübsch und in einer guten Gegend.« (Ebd. S. 16.)

12 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 6. Februar 1904: »Ich bin müde, mich bedrückt der Gedanke, was Du mit der ›Gazeta Ludowa‹ machen wirst.« (Ebd. S. 54.)

bruch der gewaltigen Revolution im Zarenreich entschieden wieder dorthin zurück, wo die SDKPiL ihre politische Heimat hatte – ins Königreich Polen.

Eine kleine Episode sei am Ende noch angefügt, weil auch hier eine bislang übersehene Spur in direkter Weise auf Rosa Luxemburg verweist. Im Oktober 1903 führte der SPD-Parteivorstand eine Revision und Reorganisation der Parteistruktur in Posen durch, wobei zugleich die Wirksamkeit der dort herausgegeben »Gazeta Ludowa« überprüft wurde. Ein Bericht darüber erschien am 16. Oktober 1903 im SPD-Zentralorgan »Vorwärts«. Den aussagefähigen Teil zu »Gazeta Ludowa« konnte Rosa Luxemburg selbst abfassen, weil sie ja offiziell keine Redaktionsaufgaben übernommen hatte: »Neben dem planmäßigen Ausbau der Organisation und der durch dieselbe zu betreibenden unausgesetzten Agitation wurde der Plan festgestellt, nach dem die systematische Verbreitung der Presse und damit die Hebung des Abonnements derselben betrieben werden soll. Die bei dieser Gelegenheit vorgenommene Prüfung der Bücher der ›Gazeta Ludowa‹ ergab folgendes Resultat: In dem Halbjahre Juli–Dezember 1902 betrug die Zahl der zahlenden Abonnenten im Durchschnitt rund 150, in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres im Durchschnitt rund 200. Demzufolge hat die Wahlbewegung, nicht wie behauptet wurde, einen Rückgang, sondern eine erfreuliche Steigerung des Abonnentenstandes gebracht. Außer den festen Abonnenten kommt jede Nummer in weiteren 400 Exemplaren zur Verbreitung. Zieht man die Erfahrungen in Betracht, die in den vorausgegangenen Jahren damit gemacht worden sind, durch ein polnisches Partei-Organ den socialdemokratischen Ideen unter der polnischen Arbeiterbevölkerung Posens Eingang zu verschaffen, so ist das mit der ›Gazeta Ludowa‹ erzielte Resultat ein ermutigendes. Erfüllt die zur Hebung des Abonnentenstandes vorbereitete planmäßige Agitation die gehegten Erwartungen, dann besteht die Absicht, die ›Gazeta Ludowa‹ in veränderter Form wöchentlich zweimal erscheinen zu lassen und der Sonntagsausgabe eine Unterhaltungsbeilage beizugeben.«<sup>13</sup>

13 Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Nr. 242. 16. Oktober 1903. S. 6.

*Zur vorliegenden Ausgabe:*

Alle hier wiedergegebenen Texte Rosa Luxemburgs waren von ihr nicht gezeichnet. Sie wurden vom Herausgeber aus dem Polnischen übersetzt und mit Fußnoten versehen. Sie erscheinen hier zum ersten Mal in deutscher Sprache.

ROSA LUXEMBURG

*Beiträge aus der »Gazeta Ludowa« (1904)*

Übersetzt aus dem Polnischen  
und mit Fußnoten versehen  
von Holger Politt



# Evangelium der Brüderlichkeit

Während zur Weihnachtszeit die ganze bürgerliche Welt scheinheilig das Wort aus dem Christus-Evangelium über die Nächstenliebe und den Frieden auf Erden wiederholt, haben die Arbeitersozialisten der Welt ein wahrhaftes Bild von Brüderlichkeit und Christenliebe gegeben. In Crimmitschau, wo 7000 Weber seit Monaten ohne Lohn und Brot sind, gab es eine Weihnachtsfeier, wie sie diese Stadt der Arbeiterarmut noch nie gesehen hat.<sup>1</sup>

Die Fabrikantenmillionäre bedrängten 7000 ihrer weißen Neger mit dem Hunger, um sie zur demütigen Rückkehr unter das Joch zu zwingen. Die Regierungsbehörden untersagten die Weihnachtsfeier für die Streikenden, um ihnen so hartherzig den moralischen Trost, einige Stunden der Freude und der Ruhe zu verwehren!

Dafür hat das deutsche Proletariat desto geschwinder den Brüdern in Crimmitschau die feste und glühende Hand ausgestreckt. Arbeiterspenden kamen in Hülle und Fülle von überall her – 17 000, 20 000 Mark tagtäglich! Für ausreichend Weihnachtsgeschenke für die gewaltige Menge der in Crimmitschau Kämpfenden war gesorgt.

Am 24. Dezember gab es in der Stadt von früh an eine ungewöhnliche Betriebsamkeit. In den Arbeiterlokalen verteilte das Streikkomitee die Geschenke. Die Arbeiter, Männer wie Frauen, Alte wie Junge, die Arbeiterkinder – sie alle kamen in Scharen zum Lokal, niemand verließ es ohne Paket, Korb oder Bündel. Ein jeder erhielt ein brüderliches Geschenk von der Arbeiterklasse Deutschlands. Hier ein alter, von der Arbeit gebeugter Weber, der sein Leben lang Winters in einer abgetragenen Jacke herumläuft, er erhielt nun einen anständigen Wattermantel und konnte sein Glück kaum fassen. Dort eine Arbeiterin, die mit strahlendem Gesicht ein großes Paket mit Unterwäsche, Schuhen, Schürzen und Watterjacke nach Haus trägt. Anderswo die Kinder, die sich gegenseitig die empfangenen wärmenden Mützen, die Mäntelchen und Anziehsachen vorzeigen.

Vor dem Lokal der Kommission eine Menschenmenge, sie warten, bis sie an die Reihe kommen, ein Stimmengewirr ist zu vernehmen und viel Lachen! Zuversicht machte sich breit unter diesen Proletariern, die Hoffnung auf den Sieg lächelt ihnen entgegen, die tüchtige Hilfe stärkt den

1 Von August 1903 bis Mitte Januar 1904 durchlebte die Stadt einen der längsten und größten Textilarbeiterstreiks in der Geschichte des wilhelminischen Deutschlands. Gefordert wurde der Zehnstundenarbeitstag.



Wunsch, den schweren Kampf auszuhalten. Das war ein wirkliches Fest des Friedens und der Brüderlichkeit in Crimmitschau! Bereitet wurde es von der Klassensolidarität des deutschen Proletariats, bereitet wurde es vom Evangelium des Sozialismus, das die Arbeiter belehrt, dass die Sache der Befreiung aus dem Joch des Kapitals gemeinsame Sache aller Arbeitenden ist.

Zugleich zeigte sich, dass das vereinigte Proletariat stärker ist als die Kraft der Kapitalisten, selbst wenn sie mit der Kraft der Regierungsbehörden im Bunde steht. Die Absicht der Kapitalisten und der Polizei in Crimmitschau, den Streikenden das Weihnachtsfest zu versagen, wurde durchkreuzt. Der Wille der Arbeiterklasse triumphiert und hat freudiges Lächeln und Hoffnung dort hervorgerufen, wo die Bourgeoisie Zweifel und Verzweiflung haben wollte. Die Streikenden sind nun bereits bis Mitte Februar abgesichert. Die Herren Kapitalisten werden sich bald der Stärke des organisierten Proletariats beugen müssen.<sup>2</sup>

Der Kampf in Crimmitschau ist eine derart mächtige Lektion der Klassensolidarität, dass selbst der gedankenloseste Arbeiter sie zur Kenntnis nehmen muss. Der 24. und 25. Dezember haben auch denjenigen die Augen geöffnet, die blind sind, denn leicht konnte wirkliches Christentum ausgemacht werden – nicht in Worten, sondern mit der Tat: Hier, unter den Heuchlern bürgerlicher Religiosität, und dort unter den angeblich »ungläubigen« sozialistischen Arbeitern!

Gazeta Ludowa. Nr. 1. 3. Januar 1904. S. 1.

## Christi Stellvertreter

Der neue Stellvertreter Gottes auf Erden, Papst Pius X., hat der Christenwelt eine Denkschrift vorgelegt, in der er seine Anschauung auf das gesamte soziale und politische Leben darlegt und seine Glaubensbrüder unterrichtet, wie »christliche Demokratie« zu sein hat.<sup>3</sup>

Die Denkschrift des neuen Papstes ist eigentlich nur eine Sammlung, die aus 19 Artikeln aus früheren Enzykliken von Leo XIII. sowie einer »Ein-

2 Zum Streikende Siehe S. 84f. des vorliegenden Heftes.

3 Siehe Pius X.: *Moto proprio. Fin dalla prima nostra* [...] über die Grundnormen der christlichen Volksaktion (Sozialsyllabus). 18. Dezember 1903. In: *Die katholische Sozialdoktrin in ihrer geschichtlichen Ausprägung*. Bd. 3. Aachen 1976. S. 2230–2245.

leitung« besteht und von der Kongregation für die Glaubenslehre herausgegeben wurde. Pius X. hat seine öffentliche Erklärung also nicht selbst geschrieben, sich lediglich der Worte seines Vorgängers bedient. Dennoch ist die Auswahl, die er aus den Enzykliken von Leo XIII. traf, überaus lehrreich.

Nach genauerer Lektüre der Erklärung zeigt sich, dass der neue Papst in den Arbeiterfragen noch viel rückwärtsgewandter ist als sein Vorgänger. Leo XIII. hatte die soziale Frage zwar auch nicht recht verstanden, hatte nicht erfasst, dass die Arbeiterklasse nicht mit Barmherzigkeit gegenüber den Reichen, sondern nur mit eigener Organisation und mit Kampf sich aus Elend und Zurückgebliebenheit befreien kann. Doch Leo XIII. hatte in seinem Herzen zumindest heiße Worte der Empörung gefunden über die maßlose Ausbeutung des arbeitenden Volks durch die Kapitalisten, erkannte das Bestehen einer brennenden sozialen Frage an, auch wenn er sie nicht zu lösen wusste.<sup>4</sup>

Der jetzige Papst verrät den unbestreitbaren »Fortschritt«! Er beseitigt alle diese Stellen in den Enzykliken des Vorgängers. Pius X. sieht und kennt kein schreiendes Unrecht, das millionenfach dem christlichen Arbeitsvolk geschieht. Über die Beziehungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten spricht er trocken und formalistisch:

VII. Die Pflicht der Gerechtigkeit verlangt von den Besitzlosen und Arbeitern: vollständig und gewissenhaft die Leistung zu bringen, die frei und rechtmäßig vereinbart wurde; dem Arbeitgeber weder in seinen Sachen noch in seiner Person Schaden zuzufügen; bei der Verteidigung der eigenen Rechte jede Gewaltanwendung zu vermeiden, vor allem sie nicht in offene Meuterei ausarten zu lassen.

VIII. Die Pflicht der Gerechtigkeit verlangt von den Kapitaleigentümern und Arbeitgebern: den Arbeitern den gerechten Lohn zu geben; ihre legitim erworbenen Ersparnisse weder durch Gewalt noch durch Betrug noch durch offenen oder versteckten Wucher zu beeinträchtigen; ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre religiösen Pflichten zu erfüllen, sie nicht verderblichen Versuchungen und der Gefahr von Skandalen auszusetzen, sie nicht vom Familiengeist und Sparwillen abzubringen; ihnen keine Arbeiten aufzutragen, die in keinem Verhältnis zu ihren Kräften stehen oder ihrem Alter oder ihrem Geschlecht nicht angemessen sind.<sup>5</sup>

4 Gemeint ist die von Papst Leo XIII. am 15. Mai verkündete Enzyklika *Rerum novarum* [...] Über die Arbeiterfrage.

5 In »Gazeta Ludowa« nicht als Zitat wiedergegeben.

So die Regeln »christlicher« Gerechtigkeit, die wortwörtlich der erste beste »freisinnige« Bourgeois unterschreibt, beispielsweise jener unsägliche Eugen Richter. Das sind die gleichen Grundsätze, kraft derer die »christlichen« Steinkohlenbarone in Oberschlesien die schamlose Ausbeutung der Bergarbeiter bis zum Hungertyphus betreiben und deren Kinder dem Scharlachfieber überlassen.

Der Papst, Stellvertreter Christi, weist hier die Kapitalisten an, »den gerechten Lohn zu geben« und die Ersparnisse der Arbeiter nicht durch »Betrug [...] zu beeinträchtigen«. Allerdings schickt die Polizei bereits heute ins Loch, wer »den gerechten Lohn« nicht zahlt oder »Betrug« versucht. Polizei und Gerichte passen auch auf, dass die Arbeiter nicht etwa »bei der Verteidigung der eigenen Rechte« zu meutern anfangen, wie das Urteil zu den Ausschreitungen in Laurahütte zeigt. Anders gesagt sichert der Vater des Christentums den Arbeitern im Namen Christi die gleichen »Wohltaten« zu, die ihnen bereits Polizei und Strafrecht zusichern. Die »Gerechtigkeit« der christlichen Demokratie unterscheidet sich in nichts von der »Gerechtigkeit« der preußischen Polizei und der preußischen Klassenjustiz!

Angesichts solcher Grundsätze kann bereits jetzt gesagt werden, dass der neue Stellvertreter Christi in wunderbarer Harmonie leben und herrschen wird – in Harmonie mit der Kapitalistenklasse ...

Gazeta Ludowa. Nr. 2. 7. Januar 1904. S. 1.

## Die Sozialdemokratie mit gutem Beispiel voran

Geht es darum, von den Wählern ein Mandat für das Parlament zu bekommen, dann beliebt unsere »Volks-« wie »nationale« Presse die Sozialdemokraten wie leibhaftige Teufel darzustellen. Geht es in schwierigen Zeiten hingegen darum, an Beharrlichkeit, Opfermut und an die Hingabe für die Idee zu appellieren, dann fällt ebendieser Presse kein anderes nachahmenswertes Beispiel mehr ein als ausgerechnet diese besudelte Sozialdemokratie! Wegen der Reform im Vereinsrecht, mit der eine Abschaffung der polnischen Sprache auf den Versammlungen droht, schreibt der zahnlose »Orędownik«<sup>6</sup>:

6 »Orędownik« (Fürsprecher), eine in Posen bzw. Poznań von 1871 bis 1939 herausgegebene polnische Zeitschrift, die sich laut eigenen Angaben Fragen von Politik und Gesellschaft widmete. Siehe auch Rosa Luxemburg: Ein Stück Neuland. In: GW. Bd. 1.2. 6. Aufl. Berlin 1987. S. 706/707.

»Was aus dem Vorhaben im Parlament wird, ist schwer vorherzusagen. Doch ist äußerste Vorsicht geboten. Die Sozialisten hatten in einer solchen Situation – sie befanden sich in solcher, als ein Ausnahmegesetz ihnen überhaupt Versammlungen wie öffentliche Kundgebungen verboten hatte – eine persönliche Mund-zu-Mund-Propaganda von Mensch zu Mensch entwickelt. Einer unterrichtete den anderen über die laufenden Angelegenheiten, so dass auf diesem Weg im Laufe einer Woche 300, 500 oder sogar 1000 Menschen davon erfahren hatten, eine Zahl eigentlich, die an einem Tag im Verlaufe von zwei oder drei Stunden auf einer Kundgebung erreicht worden wäre. Auch dieser Weg führt nach Rom!«<sup>7</sup>

Nur vergisst das gute »Volks«-Blatt leider, dass, um »nach Rom« zu gelangen, das Volk aufgeklärt gehört, nicht für dumm verkauft werden darf, so wie es das geschätzte »Orędownik« jedenfalls tut. Die Polen werden sicherlich auch diese Verfolgung überstehen, doch nicht, indem sie die Vorgehensweise der Sozialdemokratie nachahmen, sondern indem sie selber zu Sozialdemokraten werden.

Gazeta Ludowa. Nr. 2. 7. Januar 1904. S. 2.

## [Verfolgung deutscher Genossen]

Die Verfolgung deutscher Genossen, die russischen Genossen helfen, um Literatur nach Russland zu bringen, hat sich von Königsberg nach Berlin verlagert. In Charlottenburg, einem Berliner Vorort, hat man einen Prozess angestrengt gegen Genossen Fr[iedrich] Ehrenpfort wegen Teilnahme an der »Geheimbündelei«.<sup>8</sup>

Gleichzeitig erhielt der Russe Dr. Wetscheslow, der in Hermsdorf bei Berlin wohnt, von der Polizei die Aufforderung, zusammen mit der Familie Preußen als »missliebiger Ausländer« zu verlassen. Falls Dr. W. der Aufforderung nicht bis zum 6. Januar [1904] nachkommt, droht ihm die

7 Die Ausgabe des »Orędownik«, aus der die Autorin zitiert, konnte nicht ermittelt werden.

8 »Unser Genosse Ehrenpfort in Charlottenburg hat nun heute eine Vorladung zum 5. Januar vor die Rechtshilfe-Abteilung des Charlottenburger Amtsgerichts erhalten [...] und zwar [...] wegen »Geheimbündelei.« (Triumpfung des Zarismus durch Preußen. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Nr. 1. 1. Januar 1904. S. 1.) – Am 3. Januar 1904 machte die Zeitung dann mit dem Beitrag »Preußen – eine russische Spitzelprovinz« groß auf.

Zwangsverbringung an die russische Grenze, also die Übergabe in die Hände der Zarenmacht!

Ist Preußen bereits eine russische Provinz wie die Mandschurei?

Gazeta Ludowa. Nr. 2. 7. Januar 1904. S. 3.

## Die Sterne vom Himmel holen

Die Bourgeoisie und insbesondere die Konservativen des Adels können ihre Angst nicht bezähmen, sobald sie auf die steigende Kraft der Arbeiterpartei schauen. Drei Millionen Stimmen, die bei den Juniwahlen [1903] zum Reichstag auf die Sozialdemokratie entfielen, geben den herrschenden Klassen keine Ruhe, die um ihre Privilegien als Ausbeuter und sozialer Schmarotzer zittern.

Folglich versuchen sie das rote Gespenst der Sozialdemokratie mit verschiedenen Mitteln zu bekämpfen. Der neueste dieser Versuche ist der geheime Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der kürzlich in Halle gegründet wurde.<sup>9</sup>

Das stille Gerücht über die Gründung eines solchen Verbandes kreiste in der Presse bereits vor einigen Wochen herum, doch war unklar, wer sich nun eigentlich diesmal anschickt, die Sterne vom Himmel holen zu wollen, und was für eine Organisation dieser ehrbare Verein nun sein solle usw.

Jetzt aber liegen die Karten offen auf dem Tisch. Unsere Parteizeitung aus Magdeburg, die »Volksstimme«, ist an die Zirkularbriefe der Verschwörer gegen die Sozialdemokratie herangekommen und hat sie veröffentlicht.<sup>10</sup> Es handelt sich um drei wertvolle Dokumente: Das erste enthält den Aufruf, mit dem zum Beitritt in den Verband aufgefordert wird, und ist mit Berlin im Dezember [1903] datiert sowie mit den Unterschriften der Gründer versehen.

9 Auf einer Versammlung in Halle wurde am 9. Januar 1904 der Beschluss gefasst, einen Reichsverband gegen die Sozialdemokratie zu gründen. In dem Beschluss wurde auch abweichend zu dieser Bezeichnung von einem Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gesprochen. Die »Gazeta Ludowa« übernahm diese Bezeichnung. Politiker der SPD bezeichneten die am 9. Mai 1904 in Berlin gegründete antisozialistische Propagandaorganisation meist als »Reichslügenverband«.

10 Siehe Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. In: Volksstimme. Magdeburg. Nr. 2. 3. Januar 1904. S. 1/2.

Hier kann wahrlich ausgerufen werden, wie es die Ruthenen tun: Newelitschka, ale djushe tscheshnaja kompania – eine kleine, aber feine Gesellschaft hat sich da zusammengefunden, um die Arbeiterbewegung totzumachen. Also Herr Albrecht, Maurermeister, der Kammerherr von Armin, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Herr Beumer aus Düsseldorf, Mitglied des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, Freiherr von Erffa-Wernburg, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Pfarrer Graf aus Königsberg, Freiherr von der Heyden, Landgerichtsrat Hagemann, Mitglied des Reichstags, Dr. Jencke, ehemaliger Leiter der Firma Krupp, weiter Tischlermeister Pauli aus Potsdam, Mitglied des Reichstags, Herr von Tiedemann, Mitglied des Reichstags und einer der Häuptlinge der Hakatisten, zwei Freiherren von Zedlitz-Neukirch und noch weitere Exemplare dieser Art.<sup>11</sup>

Bis auf wenige Fälle, wie jener Pfarrer aus Königsberg, die beiden Meister und ein Lehrer, die eher zur Zierde und Vervollständigung gedacht sind, setzt sich dieser Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hauptsächlich aus Aristokraten, Freiherrn, preußische Junker, also aus der schlimmsten Sorte sozialer Schmarotzer zusammen. Also diese hauptsächlich von staatlichen Almosen lebenden Schmarotzer, die sich vom Getreide- und Schweinezoll sowie von der Schnapsherstellung nähren, also der Masse der Konsumenten das Fell über die Ohren ziehen, fühlen sich berufen, die Sozialdemokratie zu bekämpfen!

Das zweite Dokument legt das »Programm« des Verbandes dar. Der Verband schließe jede Tendenz zur Bildung einer neuen Partei aus, er wolle lediglich die Mitglieder aller bürgerlichen Parteien zusammenfassen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Sein Ziel sei nicht nur die Selbsterhaltung der herrschenden Klassen und des »Mittelstandes«, sondern auch die Arbeiterklasse aus dem »Terrorismus« der Sozialdemokratie herauszuhelfen!! Die Junker, die auf jeden Kanten Brot der armen Menschen lauern, wollen die Arbeiter aus dem »Druck« der Sozialdemokratie »heraus Helfen«! Man kommt nicht umhin, diesen Herrschaften Humor zu bestätigen, auch wenn es lausige Zeiten sind. Sie treiben es mit ihrem Humor sogar soweit, dass sie im dritten Dokument der Öffentlichkeit einen Mitgliedschein vorlegen, für diejenigen, die dem Verband beitreten möchten, mit einer Festsetzung des Jahresbeitrags beginnend ab einer Mark. Ganz offensichtlich wollen sie es

11 Die Unterzeichnenden traten in dem Papier als vorläufiger geschäftsführender Ausschuss auf; auf der Gründungsversammlung wurde der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika General Eduard von Liebert zum Vorsitzenden gewählt.

auch den Arbeitern möglich machen, an dieser »Bekämpfung« der Sozialdemokratie teilzuhaben: Zugleich erbittet der Verband beim reichen Bürgertum um Spenden für seine erlauchten Ziele, damit die massenhafte Herausgabe von gegen die Sozialdemokratie gerichteten Zeitschriften und Broschüren beginnen könne.

Dem Sprichwort nach greift der Ertrinkende auch nach einem Strohalm, weshalb es also nicht Wunder nimmt, wenn die herrschenden Klassen auf solch verzweifelte Einfälle kommen, schauen sie doch unweigerlich auf das näherkommende Ende der heutigen sozialen Ordnung und auf den Sieg der Sozialdemokratie. Allerdings ist die Blindheit bei den Feinden der Arbeiterbefreiung verblüffend, wollen sie doch mit solch untauglichen Mitteln versuchen, eine so gewaltige historische Bewegung wie die Sozialdemokratie bekämpfen! Ein Haufen jämmerlicher Wappenträger und Strauchdiebe, in deren Taschen wie Köpfen gleichermaßen Leere herrscht, schicken sich an, gegen die Organisation der millionenfachen Klasse des Proletariats vorzugehen, die nach sozialer Gerechtigkeit strebt und nach den Früchten ihrer Arbeit. Gegen die Partei, die aus dem jahrhundertlangen sozialen Unrecht gegen das arbeitende Volk emporgewachsen ist, zieht ein Haufen von Bedrückern in den Kampf, die von der Unterdrückung dieses Volks leben! Selbst die (freisinnige) bürgerliche Presse muss beschämt bekennen, dass die Bekanntgabe der Namen jener Begründer den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie von vornherein der allgemeinen Lächerlichkeit aussetzt!

Gazeta Ludowa. Nr. 3. 10. Januar 1904. S. 1.

## Vierfacher Gerichtsprozess

Ein großer Presseprozess wurde am Sonnabend, den 9. Januar [1904], in Berlin der Redaktion unseres Zentralorgans »Vorwärts« auf Grund von vier Presseartikeln und -notizen gemacht, die seinerzeit über die Wahlkrawalle in Laurahütte in Oberschlesien gebracht worden waren.<sup>12</sup>

12 Der Prozess fand vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I statt. Der »Vorwärts« berichtete bereits am 9. Januar 1904 (Nr. 7) darüber und kommentierte, der Prozessausgang zeige nicht nur, wie weit Oberschlesien in Preußen mittlerweile vorgerückt sei, sondern auch, wie es dort um die Pressefreiheit bestellt sei. (S. 2.) Ausführlich widmete sich die Zeitung dem Vorgang in dem Beitrag »Ein Nachspiel zum Laurahütter-Wahlkrawall« (S. 9/10).

Als »Beleidigte« hatten geklagt:

1. Gendarmen und Polizisten in Laurahütte, über die »Vorwärts« geschrieben hatte, sie hätten mit ihrem Vorgehen zugunsten der Zentrums-kandidaten für Empörung gesorgt.

2. Herr »Amtsvorsteher« Schröter aus Laurahütte, der sich damals über den bei den Ausschreitungen ums Leben gekommenen Arbeiter Trafalczyk so geäußert hatte, dass dessen Tod von dessen Familie gar nicht beweint werde, weil es sich zu Lebenszeiten um einen »gewaltbereiten und gemeinen Menschen« gehandelt habe. Diesem postumen Urteil des Herrn Amtsvorstehers über den getöteten Arbeiter hatte »Vorwärts« lediglich in wenigen Wörtern hinzugefügt: »Welch ein Mitgefühl!« Für diese Wörter hat der empfindliche Herr Schröter Klage wegen Beleidigung erhoben.

3. Derselbe Herr Schröter aus Laurahütte fühlte sich obendrein beleidigt wegen noch einer anderen Notiz im »Vorwärts«, in der beschrieben stand, wie einer der bei den Ausschreitungen Festgenommenen, der schwerverletzte Arbeiter Liowski, ins Gefängnis nach Beuthen verbracht wurde und kurz darauf verstarb. »Vorwärts« hatte sich so ausgedrückt, dass Liowski in Ketten gelegt auf ein einfaches Fuhrwerk verbracht wurde, ohne die nötige Menge an Stroh bereitzustellen, was bei einem Schwerverwundeten »mehr als empörend« sei. Amtsmann Schröter, der den Abtransport von Liowski angeordnet hatte, empörte sich über diese Beleidigung und klagte.

4. Schließlich klagte Herr Dr. Nawrocki aus Oberschlesien wegen Beleidigung, weil »Vorwärts« verbreitet hatte, dass Herr N. jene Arbeiter bei der Polizei angezeigt hatte, die zu ihm gekommen waren, um sich ärztlich zu versorgen, nachdem sie bei den Ausschreitungen in Laurahütte verletzt worden waren, die aber polizeilich gesucht wurden.

Die Verteidigung der Redaktion »Vorwärts« leitete Dr. Karl Liebknecht (Sohn des verstorbenen Wilhelm Liebknechts).

Den ersten Punkt betreffend ergab die Untersuchung im Gericht, dass während der gesamten Agitation vor den Juniwahlen [1903] keine andere Partei außer den Zentristen einen Saal für eine Wahlversammlung bekommen konnte. Der Zeuge Dr. Karas (aus der Partei des »Górnoślązak«) bekannte, dass die Polizei den Gastwirten mit dem Entzug der Konzession drohte, falls sie einen Versammlungssaal für die Sozialdemokraten oder die polnischen Nationalisten zur Verfügung stellten. Den Zentristen hingegen habe die Polizei sogar erlaubt, vor den Kirchen zu agitieren, in den Kirchen,



überall. Vor Gericht wurde auch festgestellt, dass es den Zentristen freigestellt war, überall die Wahlaufrufe zu verteilen, auf Friedhöfen, auf den Straßen, wohingegen die Polizei den Verteilern der Sozialdemokraten oder der Nationalisten das Leben schwermachte.

Das gleiche sagten Redakteur Kowalczyk vom »Górnoślązak«, Herr Siemiatowski aus Gleiwitz und andere aus.

Es zeigte sich somit, dass die Feststellung im »Vorwärts« vollständig bestätigt wurde, dass die Polizei tatsächlich die Bevölkerung Oberschlesiens provoziert und so die Ausschreitungen hervorgerufen hatte.

Bezogen auf den Transport des verletzten Liwowski sagte der Fuhrmann Dreja selbst aus, dass sein Fuhrwerk, mit dem der Kranke ins Gefängnis gebracht wurde, für Mistfuhren gebraucht wurde, dass keinerlei Stroh vorhanden war, dass der Gefangene in sehr unbequemer Lage hingelegt wurde, damit die Kleidung nicht schmutzig wird, dass die Fuhre im Galopp davonbrauste. Korfanty (der Bruder des Abgeordneten) sagte aus, dass der Gefangene sehr blass und leidend ausgesehen habe. Der Gefängnisarzt in Beuthen, Dr. Wagner, sagte aus, dass Liwowski, der auf jenem Fuhrwerk für den Mist mit einer Kopfverletzung angebracht wurde, infolge einer Gehirnhautentzündung starb, die von irgendeiner Verschmutzung herrührte.

Entgegen dieser Aussagen verkündete das Gericht, dass »Vorwärts« die Unwahrheit berichtet habe, dass die Gendarmen, die Polizei und Herr Schröter beleidigt worden seien! Herrn Nawrocki gelang es aber tatsächlich, nachzuweisen, dass er seine Patienten nicht an die Polizei verraten habe; doch obwohl »Vorwärts«, nachdem die Zeitung sich vorher davon überzeugt hatte, Herrn Nawrocki öffentliche Genugtuung geben wollte, trat Nawrocki nicht von seiner Forderung nach Bestrafung der Redaktion zurück.

Nachdem das Gericht alle »Verbrechen« des »Vorwärts« zusammengetragen hatte, verurteilte es zwei Redakteure: Genossen Leida zu sechs Monaten Gefängnis und Genossen Kaliski zu vier Monaten und einer Woche Gefängnis. Das ist die Strafe dafür, über die in Oberschlesien herrschenden Verhältnisse berichtet zu haben.

Die Arbeiter Oberschlesiens und ganz Deutschlands werden wissen, was von dieser Gerichtsverhandlung zu halten sei.

## Maschine und Mensch

Der Streik in Crimmitschau<sup>13</sup> zeigt uns im hellsten Licht eine der wichtigsten Fragen des Arbeiterdaseins unter kapitalistischen Bedingungen, nämlich das Verhältnis der Maschine zur – lebendigen Tätigkeit des Arbeiters.

Einer der hauptsächlichen Gründe, der 7000 Weber und Spinner in Crimmitschau zum Kampf für die Verkürzung des Arbeitstags gedrängt hat, ist die dramatisch anstrengender gewordene Arbeit in diesem Gewerbe wegen der Verbesserungen der Maschinen.

In den zurückliegenden 20 Jahren haben die Fabrikanten praktisch überall in den Webereien und Spinnereien neue Maschinen eingeführt, die weit schneller als die früheren arbeiten. Die Konkurrenz zwischen den Fabrikanten hat wie stets auch in diesem Fall zu einer Verbesserung der Produktionstechnik geführt. Dem Kapital zu Diensten tüftelten die Ingenieure und Maschinisten Lösungen in den Maschinen aus, um die Ware schneller und billiger zu produzieren.

Ältere Weber erinnern sich in Crimmitschau noch daran, dass ein Webstuhl 1882 in der Minute 48 Umdrehungen schaffte. Heute schaffen neue Webstühle 75 bis 85 Umdrehungen in der Minute! Die Wollkämmerei schaffte vor 15 Jahren an der Maschine ungefähr 120 Pfund Wolle am Tag, heute muss sie an der neuen Maschine durchschnittlich 500 Pfund Wolle schaffen!

Genauso verbessert wurde die Spindelmaschine; früher arbeiteten an jeder Maschine vier Arbeiter, heute wird sie nur noch von zwei Arbeitern bedient, so dass ein jeder von denen die doppelte Arbeit hat.

Eigentlich sollte, wenn man es richtig durchdenkt, die Verbesserung der Maschinen, die schnellere und bessere Produktion eine Errungenschaft, ein Glück für die Gesellschaft bedeuten. Je bessere Maschinen es gibt, je billiger und besser die Produkte sind, desto angenehmer und versorgter sollten die Menschen leben. Doch hierin besteht eben des Pudels Kern, denn in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, denn alle Fortschritte in der Produktion wirken sich immer nur zum Vorteil der Kapitalisten und zum Elend der Arbeiter aus.

Im Ergebnis führten die verbesserten Maschinen in den Webereien und Spinnereien lediglich dazu, dass die Fabrikanten umfangreiche

13 Siehe S. 67 des vorliegenden Heftes, Fußnote 1.

Einsparungen beim arbeitenden Personal vornahmen, indem auf jeden Arbeiter ein sehr viel größerer Anteil an der Arbeit entfällt. Obendrein räumte die Schnelligkeit der Produktion dem Fabrikanten die Möglichkeit ein, die Konkurrenz zu besiegen, den Kundenkreis zu erweitern, um damit weiteren Gewinn zu machen. Jeder versteht, dass sich für den Kapitalisten die Fabrik, die Gebäude, die Maschinen, überhaupt das in das Unternehmen gesteckte Kapital auszahlt, je schneller eine immer größer werdende Warenmenge hergestellt wird.

Doch was bekommt der Arbeiter mit den besseren Maschinen? Mehr Arbeit sowie, aber was ausschlaggebend ist, auch eine höhere Anspannung der Arbeitskraft. Wenn nämlich die Web- oder Spinnmaschine zweimal so schnell die Bewegungen ausführt als früher, dann müssen der Arbeiter oder die Arbeiterin auch zweimal angespannter sein, die Augen übermäßig anstrengen, die Maschine schneller bedienen, mehr Bewegungen mit der Hand ausführen. Kurzum, die Verbesserung der Maschine hat nur dazu geführt, dass der Kapitalist aus den Arbeitern in der gleichen Zeit wie früher mehr Kraft, Gesundheit, Kopfanstrengung und Nerven herausholt, dass er sie bis zum letzten Blutstropfen aussaugen kann.

Der Streik in Crimmitschau ist hauptsächlich deshalb ausgebrochen, weil die Arbeiter die höllische Tortur an den Maschinen, die täglich elf Stunden trägt, nicht mehr ertragen können. Der Streik ist nicht nur eine schreckliche Anklage gegen die unmenschlichen Fabrikanten in Crimmitschau, sondern eine Anklage gegen die ganze kapitalistische Wirtschaft, die aus dem Fortschritt der Produktion statt einer Quelle für Wohlergehen eine Quelle für Elend und Qual macht.

Gazeta Ludowa. Nr. 5. 17. Januar 1904. S. 1.

## Aus Afrika

### *Koloniale Barbarei*

Die Abscheulichkeiten der Belgier gegenüber den Schwarzen in der belgischen Kolonie Kongo beschreibt ein englischer Priester, ein Missionar, wie folgt:

In Mbongo, einem belgischen Dorf in Kongo, ist ein Lager für Kautschuk eingerichtet, in das die lokale Bevölkerung die Ernte des Kautschukbaums

als Steuer hinzubringen hat. Falls der Schwarze zu wenig Kautschuk anschleppt, besteht die mildeste Strafe, die auf ihn wartet, in Peitschenhieben. Oft werden die Schwarzen für solches Vergehen an Ort und Stelle auch als abschreckendes Beispiel erschossen, damit »die anderen fleißiger sind«. Es kommt auch vor, daß die Belgier, um an Munition zu sparen, die Schwarzen in einer Reihe einen hinter den anderen aufstellen lassen, um so mit nur einer Kugel gleich mehrere zu erledigen, wenn die nun einen Körper nach dem anderen durchschlägt.

Auf einer anderen belgischen Station bekam der Missionar im Gras verstreute menschliche Skelette zu sehen, er zählte 36 Schädel. Auf die Frage, woher die Knochen stammten, bekam er zur Antwort, dass es sich um von belgischen Soldaten erschossene Schwarze handele, um sterbliche Überreste, die zu begraben den Angehörigen verboten wurde.

Es darf sicher davon ausgegangen werden, dass diese Bestien in menschlicher Gestalt, die dem Mammon zuliebe ausgeklügelten Mord verüben, sich breiter über die »Unmoral der Sozialisten« auslassen.

Gazeta Ludowa. Nr. 5. 17. Januar 1904. S. 3.

## Hüterin des Familienlebens

Eine der beliebtesten Phrasen der Bourgeoisie ist die Behauptung, die Frau sei von Natur her auserkoren, um Mutter und Ehefrau zu sein, ihre Berufung sei nicht Politik, nicht das gesellschaftliche Leben, nicht die Wissenschaft, sondern der häusliche Herd. Allzu herrlich klingen solche Phrasen! Doch was verrät uns die Wirklichkeit? Was hat die kapitalistische Welt aus dieser »Hüterin des Familienlebens« gemacht?

In den Kreisen des wohlhabenden Bürgertums oder der Aristokratie, unter solchen Kwileckis, dort nämlich hat die Frau die Möglichkeit, nichts zu tun das ganze Leben lang, also sich nur zurechtzumachen, zu vergnügen, das Geld verjubeln und – die »Erben« zur Welt zu bringen. Doch wie ist die Lage der Frauen in den Arbeiterkreisen?

Die Ausbeutung durch das Kapital, der elendige Verdienst der Männer zwingt hier die Ehefrauen und Mütter, gleichfalls mit den eigenen Händen einen Brotverdienst zu suchen. Ohne die Unterstützung und das Einkommen der Frauen könnte sich heute nur der kleinste Teil der Arbeiterfamilien über

Wasser halten, und auch das nur bei einer geringen Kinderzahl. Sobald die Familie vielköpfiger ist, muss die Mutter zusammen mit dem Vater sich um das benötigte Brot für die Nesthäkchen bemühen.

Das Kapital vertreibt die »Hüterin des Familienlebens« schlicht aus dem Haus und jagt sie in die Fabriken, Werkstätte, Zechen, Geschäfte, spannt sie in sein Joch ein und beutet ohne Erbarmen ihre Arbeit aus. Die Bezahlung der Frauen ist noch niedriger, weibliches Personal ist gefügiger als männliches, weshalb die Ausbeuter sich mit besonderem Appetit auf Frauenarbeit stürzen.

Das also die die zum Himmel schreienden Resultate! In der Stadt Gent in Belgien, einem Zentrum der Webindustrie, arbeitet eine gewaltige Menge von Frauen. Die Fabrikausbeutung ist so groß, die Arbeit so schwer und lang, dass eine erschreckende Kindersterblichkeit die Folge ist. Die Arbeiterinnen, die sich verausgabt haben mit der Arbeit für die Kapitalisten, bringen Nachkomme zur Welt, die nicht lebensfähig sind. Von 100 Kindern der Fabrikarbeiterinnen sterben in Gent 72 vor dem fünften Lebensjahr an Krankheiten, die sie aus dem Schoß der Mutter in die Welt gebracht haben!

Diese Berechnung stammt von der Webergewerkschaft in Gent. Angesichts solch entsetzlicher Resultate sah sich die belgische Regierung gezwungen, eine Untersuchung über den Gesundheitszustand der Kleinkinder von Arbeiterinnen in allen Industriezweigen anzuordnen. Wiederum kam ein erschreckendes Resultat zum Vorschein: In Belgien stirbt über die Hälfte (55 Prozent) aller Kinder, die von Arbeiterinnen zur Welt gebracht werden, kurz nach der Geburt! Über die Hälfte der Nachkommenschaft der Arbeiterinnen wird buchstäblich von der Industriearbeit der Mutter umgebracht. Die kapitalistische Ausbeutung erschöpft nicht nur die Frauen aus dem Arbeitervolk, sondern sie ruiniert das Kinderleben im Mutterschoß!

Die Mutter und Ehefrau, die bei schwerer Arbeit den ganzen Tag außer Haus verbringt, die Kinder sterben meistens gleich nach der Geburt, lebensunfähig, die Familienvater auf der schweren Arbeit, ohne Frau und Kinder, die übrige Kinderschar, die dem Tod entgeht, stolcht ohne Betreuung und Aufsicht herum bis sie herangewachsen ist, um sich schließlich selbst in das Joch der Arbeit einspannen zu lassen – das ist der herrliche Blick auf das »Familienleben«, welches die Herrschaft des Kapitalismus der Arbeiterklasse bereitet hat.

Ganz entgegen der jämmerlichen Phrase hat die Bourgeoisie aus der Frau im Arbeitervolk eine unglückliche Sklavin gemacht. Zur Frau und Mutter, zu einem gleichen und freien Menschen wird sie erst im Sozialismus, der die gesamte Arbeiterklasse befreit und Lohnarbeit beseitigt.

Gazeta Ludowa. Nr. 6. 21. Januar 1904. S. 1.

## Tag der Abrechnung

Am Dienstag [19. Januar 1904] stand im Reichstag die Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend das Verhalten russischer Polizeiagenten in Preußen auf der Tagesordnung.

Die jüngsten Festnahmen in Königsberg, die Ausweisungen aus Berlin, der Prozess um die »Geheimbündelei«, der gegen eine Reihe deutscher Genossen wegen der Beziehungen zu russischen Sozialisten angestrengt wird, das alles zeigt, dass die russischen Zarenbüttel auch in Preußen so vorzugehen beliebten wie bei sich zu Hause.<sup>14</sup> Wieder einmal traten auch diesmal die Sozialdemokraten als einzige auf, um Fortschritt, politische Freiheit und nationale Ehre zu verteidigen. Weil die deutsche Regierung auf die mehrmaligen Pressebeiträge im »Vorwärts« zu dieser Angelegenheit mit keinem Wort geantwortet hatte, sahen sich unser Abgeordneten gezwungen, sie zur Klärung im Reichstag vorzubringen.

Der Dienstag war der Tag wahrhafter Abrechnung der Sozialdemokratie mit der deutschen Regierung wegen ihrer Willfährigkeit gegenüber dem wilden russischen Despotismus. Zwei Genossen von uns, Hugo Haase aus Königsberg und Bebel, prangerten in langen Reden das Vorgehen der russischen Polizeiagenten auf deutschem Gebiet an.

Genosse Haase, der als Rechtsverteidiger mit allen Einzelheiten der schändlichen Geschichte vertraut ist, legte dem Parlament umfangreiches Material vor. Er legte dar, dass sich Tätigkeit und die Einflüsse des russischen Zarentums in Preußen in zweierlei Form äußerten: Erstens in der Verfolgung und im Nachspüren russischer Studenten in Berlin und weiteren deutschen Städten, zweitens aber, indem jetzt außerdem deutsche Bürger wegen der Hilfe für russische Revolutionäre ausspioniert und prozessiert würden. Der erste Punkt widerspreche dem Gastrecht und dem Asyl, wie es

14 Siehe S. 104ff. des vorliegenden Heftes.

heute alle zivilisierten Länder Ausländern zusichern, der zweite Punkt widerspreche indes der bürgerlichen Freiheit und der deutschen Verfassung selbst. Genosse Haase verurteilte vor allem, dass die deutschen Behörden die bei den Wohnungsdurchsuchungen der russischen Studenten in die Hände bekommenen Aufzeichnungen dienstfertig nach Russland weitergesendet habe, um so den besten Teil der russischen Jugend, der für die Freiheit im Zarenreich kämpfe, zu denunzieren und ins Unglück zu stürzen.<sup>15</sup>

Reichskanzler Graf von Bülow hatte es vorgezogen, sich vor der Aussprache aus dem Reichstag zu schleichen, in seinem Namen antwortete der Staatssekretär des Auswärtigen Amts [Oswald von] Richthofen. Der nun bezeugte geradeheraus, dass die deutsche Regierung gar nicht daran denke, von ihrer schönen Kumpanei mit den russischen Polizeiagenten abzurücken. Um das zu erklären, behalf er sich damit, alle russischen Studenten und Sozialisten durchweg als »Anarchisten« zu bezeichnen!<sup>16</sup>

Wie bekannt, so gibt es in Russland heute allerdings keine Anarchisten. Es gibt Sozialdemokraten, es gibt sogenannte Sozialisten-Revolutionäre, die terroristische Anschläge als ein notwendiges Mittel im Kampf gegen die Zarenherrschaft ansehen, doch mit Anarchismus hat diese Partei nichts gemein. Dass die deutsche Regierung ihre Behauptung selber nicht ernst nimmt, wird bewiesen, weil Richthofen nicht den geringsten Beweis für Anarchismus bei den verfolgten Russen anführen kann. Obendrein zeigt sich, dass von den in der Königsberger Zollstube sichergestellten russischen Schriften, die den Grund lieferten für den Prozess gegen die Genossen [Otto] Braun und [Max] Nowagrotzki wegen »Geheimbündelei«, bislang nichts ins Deutsche übersetzt wurde, um sich überzeugen zu können, ob das nun wirklich »anarchistische« Schriften seien oder nicht.<sup>17</sup>

Genosse Bebel hat Richthofen die entsprechende Antwort gegeben. »Das ist eine Barbarei sondergleichen«, so Bebel wörtlich, »dass ein Kulturstaat Leute, die nichts Anderes tun, als was innerhalb unserer Grenzen als selbst-

15 Siehe Verhandlungen des Reichstags. XI. Legislaturperiode. I. Session, erster Sessionsabschnitt 1903/04. Erster Band. Von der Eröffnungssitzung am 3. Dezember 1903 bis zur 29. Sitzung am 10. Februar. Berlin 1904. S. 371–378.

16 Siehe ebd. S. 378–380. Unter anderem erklärte Richthofen in der Sache: »Es ist nicht möglich, russische Anarchisten anderswohin als an die russische Grenze zu bringen.« (Ebd. S. 380).

17 Der Prozess gegen Otto Bauer, Max Nowagrotzki u. a. fand vom 12. bis 25. Juli 1904 in Königsberg statt.

verständlich, als natürliches Menschenrecht angesehen wird [...], mit Absicht den russischen Schergen überantwortet, damit sie [...] in den Bergwerken Sibiriens [...] elend zugrunde gehen. [...] Kein einziger Russe, der nach Deutschland kommt, entgeht dem Verdacht, ein Anarchist zu sein. Nachdem einmal von [...] der Regierung alles darauf zugespitzt wird, dass es sich um anarchistische Bestrebungen handele, was ist natürlicher und selbstverständlicher, als dass russische Spione [...] sagen: das ist ein Anarchist, der ist anarchistischer Bestrebungen verdächtig. [...] Die deutschen Polizisten verstehen nicht die russische Sprache, sie können keine russischen Schriften lesen, sie kennen auch die Persönlichkeiten nicht. Sie sind als ganz und gar den russischen Polizisten überantwortet. [...] Wenn die deutsche Regierung nur ein bisschen Menschlichkeitsgefühl in der Brust hätte, könnte sie zu solchen Handlungen, zu solchen Taten ihre Hand nicht bieten. Ich würde bis zum letzten Atemzug mich in der Seele schämen, wenn ich mir jemals sagen müsste: du hast nur durch Unvorsichtigkeit dazu beigetragen, einen Menschen nach Sibirien zu bringen. Aber unter Zustimmung des Herrn Staatssekretärs [...] betrachtet es das große, mächtige [...] Deutsche Reich als Staatsmaxime, unschuldige Leute an Russland auszuliefern, damit sie nach Sibirien geschickt werden. [...] Je mehr wir Russland entgegenkommen, desto unverschämter und frecher werden die russischen Ansprüche. [...] Das Deutsche Reich ist bereit dazu, der Stiefelputzer des Väterchens zu werden.«<sup>18</sup>

Nach einer solchen Tracht Prügel mussten selbst die bürgerlichen Parteien, die Freisinnigen und das Zentrum, sich wenigsten zu einigen Worten der Klage gegen die deutsche Regierung bequemen. Doch unsere lieben Polen bekamen das Maul nicht auf. Diese »Polen« hatten nichts einzuwenden gegen die Liebedienerei Deutschlands dem russischen Zaren gegenüber, dem Peiniger der Polen!

Gazeta Ludowa. Nr. 7. 24. Januar 1904. S. 1–2.

18 Siehe Verhandlungen des Reichstags ... S. 382–384.



## Streik in Crimmitschau beendet

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug am Dienstag, den 19. Januar [1904] die Telegraphenmeldung ein, dass die Streikenden in Crimmitschau plötzlich entschieden haben, den Kampf einzustellen und an die Arbeit zurückzukehren – zu den Bedingungen der Fabrikanten!<sup>19</sup>

Über 21 Wochen hat der Streik der 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen bereits angehalten, die mit heldenhafter Standhaftigkeit das Elend ertragen haben, nur um von ihren Ausbeutern den zehnstündigen Arbeitstag abzunötigen. Die Armut ist ganz gewiss groß gewesen, doch bald schon trafen beträchtliche Arbeiterspenden von überall her ein, so dass die Streikenden auf jeden Fall abgesichert waren vor schlimmster Not. In den ersten Streikwochen erhielten die Streikenden zwischen 4 und 9, im Falle mehrere Kinder 12 Mark in der Woche. Später gab man den Unverheirateten 7 oder 8 Mark, den Verheirateten zumindest 13 Mark in der Woche.

Wegen des Mangels an Geldmitteln und Unterstützung wären die Streikenden also nicht gezwungen gewesen, die Waffen mitten im Kampf niederzustrecken. Die Streikkommission haben andere Gründe zu diesem wichtigen Schritt gezwungen.

Vor allem hat die Tuchindustrie in Crimmitschau bereits eine ganze Saison verloren, andere Zentren der Tuchproduktion nahmen sich der Kundschaft und der Bestellungen an. Hätte der Streik den Frühling über ange-dauert, Crimmitschau wäre als Industriestadt ruiniert gewesen. Auf die Masse der Arbeiter wäre dann die Auswanderung aus der Heimat in andere Gegenden zugekommen, die Alten und Gebrechlichen hätte dann niemand mehr eingestellt. Auf der Waagschale lag somit die Zukunft der ganzen Stadt. Die Fabrikanten haben wie gewöhnlich mit ihrem Dünkel und mit ihrem Eigensinn nicht an die Allgemeinheit gedacht, doch die Arbeiter haben auch diesmal die breiteren Zusammenhänge berücksichtigt, waren schließlich bereit, sich für die Allgemeinheit zu opfern.

Mit dem anschließend von den Behörden verfügten Verbot aller Versammlungen machte sich Trauer unter den Kämpfenden breit und er-

19 Siehe S. 67f. des vorliegenden Heftes und Gazeta Ludowa. Nr. 5. 17. Januar 1904: »In Crimmitschau hält der Streik weiter an. Alle Versuche einer Einigung scheitern an der Hartnäckigkeit und Verbissenheit der Fabrikanten. Währenddessen ist die Frühlingssaison für die Fabriken in Crimmitschau bereits verlorengegangen. An ihrer Stelle übernehmen andere Zentren der Tuchindustrie Kundschaft und Bestellungen.« (S. 2.)

leichterte den Streikbrechern das Vorgehen. Mitte Januar gab es bereits 1770 von denen, darunter 460, die von außerhalb kommen. Die alten Weber, die mit der Schinderei für die Fabrikanten ihre Gesundheit verloren, mussten ruhig zusehen, wie ihnen die Fremden die Arbeitsstelle und das Brot zum Leben vor der Nase wegschnappten. Zudem die Befürchtung, dass der Streik wegen der Hartnäckigkeit der Kapitalisten bis in den Herbst andauern könnte!

Unter solchen Umständen entschied die Streikkommision, den Kampf einzustellen. Die ganze Armee der Kämpfenden nahm die Entscheidung zur Kenntnis, unter Schmerzen und mit den Tränen in den Augen. Jetzt kehren sie zum früheren Elend und zur Arbeit zurück. Doch die 21 Wochen des Kampfes werden nicht umsonst gewesen sein. Der Aufschrei der Empörung gegen die unmenschlichen Ausbeuter machte sich in ganz Arbeiterdeutschland breit und hat tausende Gleichgültige in den heiligen Kampf gegen das Kapital für die Befreiung der Proletarier mitgerissen.

Gazeta Ludowa. Nr. 7. 24. Januar 1904. S. 2.

## [Rosa Luxemburg verurteilt]

Genossin Rosa Luxemburg wurde vom Landgericht in Zwickau zu drei Monaten Gefängnis wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verurteilt.<sup>20</sup> Dazu sei es bei einer Wahlversammlung am 7. Juni [1903] in Mülsen–St. Micheln in Sachsen<sup>21</sup> gekommen, als sie über die Folgen des Zolltarifs für die Arbeiter und im Zusammenhang damit über die Rede Kaiser Wilhelms in Breslau<sup>22</sup> sprach, in der dieser von der guten und gesicherten Existenz der Arbeiter in Deutschland bis ins hohe Alter hinein sprach. Genossin Luxemburg sollte dazu eine allzu spöttische Bemerkung fallengelassen haben, wobei sie an China und Japan erinnerte, woraufhin der

20 Die Gerichtsentscheidung fiel am 16. Januar 1904 vor der Strafkammer des Landgerichts Zwickau. Der »Vorwärts« meldete dazu am 17. Januar 1904 (Nr. 14): »Wegen Majestätsbeleidigung wurde heute die Genossin Rosa Luxemburg vom Zwickauer Landgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die angebliche Beleidigung soll unsre Genossin in einer Wahlrede begangen haben.« (S. 3.)

21 Zur Wahlkampf tour in Sachsen im Juni 1903 siehe auch GW. Bd. 6. Berlin 2014. S. 486–492.

22 Gehalten am 5. Dezember 1902 in Breslau.

junge aufsichtführende Assessor sogleich die Versammlung auflöste und dem Staatsanwalt die vollzogene »Majestätsbeleidigung« mitteilte.

Vor dem Gericht wies Genossin Luxemburg nach, dass sie Japan und China nur deshalb erwähnt habe, weil nur aus der Sicht dieser beiden Länder die Existenz eines Arbeiters wie in Deutschland als gut und sicher angesehen werden könne. Einen spöttischen Unterton habe sie also gar nicht gebraucht, wofür der Bürgermeister aus Mülsen als Zeuge bürgen könne. Trotzdem verurteilte das Gericht Genossin L. zu drei Monaten Gefängnis, wobei bei der Urteilsbegründung gesagt wurde, es verhängte eine Gefängnisstrafe statt Festungshaft, weil Genossin Luxemburg bereits einmal zu 100 Mark Strafgeld vom Gericht in Posen verurteilt worden war wegen Beleidigung des Ministers Studt in der Broschüre »Zur Verteidigung der Nationalität«.<sup>23</sup>

Gazeta Ludowa. Nr. 7. 24. Januar 1904. S. 3.

## Japan

Wenn beide Mächte im Osten, Russland und Japan, den Krieg so offenkundig hinauszögern, zu dem sich beide Seiten nun unzweifelhaft hingezogen fühlen, dann ist der Grund nicht in der Friedensliebe zu suchen, wie die offiziellen Erklärungen glauben machen wollen, sondern im Mangel an Geld. Ginge es lediglich um das Leben von Menschen, die kapitalistischen Staaten würden nicht einen Tag zögern, den Krieg vom Zaun zu brechen. Doch der Krieg kostet neben dem Blut außerdem noch sehr viel Geld, in dieser Hinsicht leiden Russland und Japan an der Leere in der Regierungskasse.

Interessant sind insbesondere die Finanzverhältnisse in Japan, die darauf verweisen, dass das Land im Fernen Osten bereits ein ganz »modernes« bürgerliches Land ist, nach dem Vorbild und ähnlich wie die europäischen Staaten. Japan kennt bereits die Staatsschuld, die 1900 581 Millionen Yen betrug (wie die japanische Währungseinheit genannt wird, die ungefähr zwei Mark wert ist). Seit dieser Zeit hat sich der wirtschaftliche Zustand weiter verschlechtert. Infolge des 1900 angefangenen chinesischen Kriegs hat Japan den wichtigsten Absatzmarkt für seine Produkte verloren, den

23 Siehe Rosa Luxemburg: Zur Verteidigung der Nationalität. In: GW. Bd. 1.1. S. 810–828.

China gebildet hatte. Dadurch kam es in Japan zu einer zugespitzten Handels- und Finanzkrise. Auch 1901, als Russland die Mandschurei eroberte, schlug sich verhängnisvoll auf den japanischen Handel nieder. Die Stärkung der Position Russlands, das im Osten der Hauptkonkurrent Japans ist, rief unter den japanischen Bankiers und Börsenspekulanten eine solche Angst hervor, so dass sie nicht mehr bereit waren, ihrer Regierung Kredite zu überlassen. Erst als Japan 1902 gelang, ein Bündnis mit England gegen Russland abzuschließen, als England also im Falle eines Krieges Japan zu unterstützen versprach, öffneten sich die patriotische Tasche der englischen Bankiers zumindest um ein solches Stückchen, dass die japanische Regierung in London eine Anleihe von 50 Millionen Yen, also 100 Millionen Mark aufnehmen konnte.

Selbstverständlich ist es bei einem solch bedenkenswerten Zustand des Landes geradezu ein Verbrechen, mit dem Krieg zu beginnen. Infolge der Krise ist die japanische Bevölkerung materiell ruiniert. Doch hier zeigt sich wieder einmal, was politische Herrschaft der Bourgeoisie bedeutet. Obwohl finanziell abgewirtschaftet und trotz des Elends im Land, drängen die japanischen Fabrikanten, hauptsächlich die Militärlieferanten, die Regierung unentwegt, den Krieg vom Zaun zu brechen, denn sie haben die Hoffnung, mit dem Krieg eben das große Geschäft zu machen.

Die Herrschaft der Bourgeoisie und der gesamte europäische Zuschnitt sind in Japan jüngeren Datums. Erst 1868 fand dort eine Art Revolution statt, mit der die feudalen Überreste beseitigt wurden. Der jetzt immer noch herrschende Kaiser – Mikado, wie er in Japan genannt wird – begann damals, eine stark zentralistische Regierung und Militär nach europäischem Vorbild einzuführen, die Industrie und den Handel in großer Hast zu entwickeln, natürlich nicht aus der eigenen Tasche, sondern aus den Steuerzahlungen der Bevölkerung. Schließlich hat er Konstitution und Parlament eingeführt, in welchem die Abgeordneten allerdings nicht durch die gesamte Bevölkerung, sondern nur von der vermögenden Bourgeoisie gewählt werden. Also darf Japan sich geehrt fühlen, denn sein Wahlrecht ähnelt sehr dem in Preußen.

Dieser Schwenk zur Herrschaft von Militarismus und Bourgeoisie brachte der Bevölkerung wie überall die ökonomische Ausbeutung, die unsichere Existenz, eine schreckliche Steuerlast sowie politische Entrechtung. Doch auch hier folgte der Herrschaft der Bourgeoisie die Arbeiterbewegung wie ein untillbarer Schatten. Genauso schnell wie Militarismus und Industrie

bildeten sich in Japan Gewerkschaftskampf und -organisation sowie der Sozialismus heraus. Und wenn die japanischen »Patrioten« mit den dicken Taschen, wie Krähen begierig nach dem Aas krächzend, den Krieg gar nicht erwarten können, dann werden die japanischen Sozialisten im Namen der Arbeiter gegen den Krieg protestieren, Versöhnung und Frieden fordern.<sup>24</sup>

Gazeta Ludowa. Nr. 8. 28. Januar 1904. S. 1.

## Blutiger Jahrestag

Am 28. Januar [1904] ist es bereits 18 Jahre her, als auf den Schanzen der Warschauer Zitadelle das blutige Urteil der Zarenhäscher gegen vier polnische Sozialisten von der Partei »Proletariat« exekutiert wurde. [Stanisław] Kunicki, [Pjotr] Bardowski, [Michał] Ossowski und [Jan] Pietrusiński wurden erhängt, während weitere Dutzende zur Zwangsarbeit ins eiskalte Sibirien geschickt wurden. Das war die Rache der Zarenregierung, weil die Partei »Proletariat« als erste in Polen die Fahne erhob für die Aufklärung und die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Absolutismus und Kapitalismus.<sup>25</sup>

Die russische Zarenherrschaft und die polnischen Kapitalisten triumphierten! Sie meinten damals, Strick und Kerkerkette genügten, um den Geist des Sozialismus zu ersticken, sie würden ihn in den Bergschächten Sibiriens einfrieren und mit der Zwangsarbeit für immer an die Kette legen. Doch die Rechnung schlug fehl. Es gelang nicht, der polnischen Arbeiter in Warschau und Łódź, in Żyrardów und Białystok in Angst und Schrecken zu versetzen, an die Stelle der Dutzenden erschien er nun hundertfach, tausendfach. Heute, wo in Russland selbst das Arbeitervolk gewaltig in den Kampf zieht und sich um die sozialdemokratische Fahne schart, kann im

24 Gazeta Ludowa. Nr. 6. 21. Januar 1904: »Sozialisten gegen den Krieg. Der Führer der japanischen Sozialisten, Katajawa, hat in einer französischen Zeitung einen langen Beitrag veröffentlicht, in dem er im Namen der japanischen Arbeiter den scharfen Protest gegen den baldigen Krieg zum Ausdruck bringt. In Japan seien lediglich die Kapitalisten und Militärlieferanten für den Krieg, wollten sie doch am Krieg verdienen. Die Arbeiter hingegen wollten weder etwas von Korea, noch von der Mandchurei oder von dem ganzen Krieg hören.« (S. 4.)

25 Siehe Rosa Luxemburg: Dem Andenken des »Proletariat«. In: GW. Bd. 1.2. Berlin 1970. S. 306–362.

Königreich Polen keine Kraft mehr die Massenbewegung ausrotten. Die frühere Partei »Proletariat« ist vom Kampfplatz gewichen, doch an ihre Stelle trat die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, die, den Grundsätzen ihrer Vorgängerin treu, den Massen des polnischen Volks das Licht des Sozialismus und das Evangelium der Verbrüderung mit dem kämpfenden russischen Proletariat bringt.

Die ersten Gründer und Anführer der Partei »Proletariat«, die 1882 entstanden war, waren nicht nur im russischen Teilungsgebiet tätig, einige unter ihnen streuten auch die ersten Körner des Sozialismus in Posen und Galizien aus. Deren Broschüren und Zeitungen waren das erste gedruckte sozialistische Wort, das der Posener Arbeiter in die Hände bekam.<sup>26</sup>

Deshalb sollte der Jahrestag, an dem die vier Helden dieser Partei erhängt worden waren, für die Genossen in Posen ebenso teuer, die Erinnerung an sie ebenso heilig sein, wie für die Arbeiter Warschaus auch. Ehre den Märtyrern für die Befreiung des arbeitenden Volks!

Gazeta Ludowa. Nr. 8. 28. Januar 1904. S. 1/2.

## Sozialdemokratischer Jahrestag

Am 31. Januar [1904] beging die österreichische Sozialdemokratie feierlich einen für die Geschichte der Arbeiterbewegung ruhmvollen Jahrestag, der zugleich ein schimpflicher ist für die Regierung und die herrschenden Klassen in Österreich. An diesem Tag wurde über die Stadt Wien und über ganz Niederösterreich der Ausnahmezustand verhängt.<sup>27</sup> Erschrocken vom Anwachsen der Arbeiterbewegung entschieden sich die Beschützer der Geldsäcke, die sozialistische Partei, den einzigen Rückhalt für die Benachteiligten, durch die Verletzung aller Bürgerrechte für die Arbeiter mit einem Gewaltschlag zu erdrosseln. Aufgehoben wurde die Pressefreiheit, aufgehoben wurde das Versammlungs- und Vereinsrecht, das Briefgeheimnis, kurz, alle Rechte, die von der Verfassung verbürgt wurden und dessen Besitz

26 Eine Schlüsselrolle dabei spielte Marcin Kasprzak.

27 Unter dem Vorwand gefährlicher Umtriebe und allgemeiner Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wurde am 30. Januar 1884 für Wien, Wiener-Neustadt und Korneuburg der Ausnahmezustand verhängt, mit dem grundlegende bürgerliche Rechte außer Kraft gesetzt waren.

den Staatsbürger vom Sklaven unterscheidet. Es versteht sich, dass dieser Ausnahmezustand nur gegen die Sozialisten und Arbeiter gerichtet wurde, die herrschenden Dickwänste der Bourgeoisie blieben unbehelligt. Innerhalb zweier Wochen wurden bis zum 15. Februar 1884 500 Personen festgenommen, ins Gefängnis gesteckt oder ausgewiesen, darunter sehr viele aktive Agitatoren. Die Arbeiterpresse wurde verboten, die Vereine und Gewerkschaften aufgelöst, Versammlungen untersagt. Die Gelegenheit beim Schopfe packend, dass es damals viele Anarchisten gab, die im Übrigen meistens völlig unschädlich waren, überrollte die Polizei die Sozialdemokraten mit Prozessen, bei denen das Gericht drakonische Strafen verhängte.

Doch alle brutalen und schändlichen Anstrengungen der vereinten Reaktion liefen ins Leere. Die österreichische Arbeiterklasse erwies sich als stärker gegenüber den herrschenden Klassen, die auf ihrer Seite den gesamten Regierungs- und Polizeiapparat zur Verfügung hatten. Fünf Jahre später wurde in Hainfeld ebenfalls an einem 31. Januar der Grund gelegt für die einheitliche sozialdemokratische Partei in Österreich, überwunden wurden die anarchistischen Tendenzen unter den Arbeitern, ein Programm wurde ausgearbeitet und seither schiebt sich die sozialistische Armee des österreichischen Proletariats Schritt für Schritt vorwärts, wobei deren Organisation anwächst und ständig besser wird.<sup>28</sup> Seither gelang es der Sozialdemokratie mit ihrem unbeugsamen Kampf, für die Arbeiterklasse eine gewisse Beteiligung an der Gesetzgebung zu erringen, und sie wird nicht eher die Hände übereinander legen, bis der Gegner – die Ausbeutung und Unterdrückung durch Bourgeoisie und Adel – aus den Bollwerken und Verstecken fortgejagt ist.

Ein ehrenvoller Jahrestag, zu dem die österreichischen Genossen nur beglückwünscht werden können!

Gazeta Ludowa. Nr. 11. 7. Februar 1904. S. 2.

28 Vom 30. Dezember 1888 bis 1. Januar 1898 tagte in Hainfeld der Einigungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, auf der eine »Prinzipienerklärung« angenommen wurde, die als Hainfelder Programm in die Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eingegangen ist.

## Ein neuer Verteidiger der Arbeiter

Herr Korfanty, diese frischgebackene »Größe«, die in unserem polnischen Sümpfchen keinen ganz kleinen Erfolg zu verzeichnen hat, hat seinen beredten Mund aufgemacht und seine erste Reichstagsrede heruntergerasselt.<sup>29</sup>

Folgt man Herrn Korfanty, so ist er im Reichstag der erste Verteidiger des polnischen Arbeiters in Oberschlesien. Umso interessanter ist folglich, was dieser große Mann zur Verteidigung des oberschlesischen Arbeiters in seiner ersten Rede zur Sprache gebracht hat!

Ganz Oberschlesien, das Herr Korfanty mit Lärm, Getöse und beste Reklame für sich überzogen hatte, sperrte die Ohren weit auf, um diesen wertvollen Worten zu lauschen. Und was war da zu hören? Herr Korfanty sprach die ganze Zeit nur darüber, wie die Deutschen in Oberschlesien den polnischen Arbeiter behandeln. Er zählte alle Verfolgung der polnischen Sprache auf, er nannte alle »Esel, Rindviecher, Blitze und Schweine«, denen in den Zechen und Hütten die Bergleute und Hüttenwerker durch die die gemeinen Büttel zum Fraß vorgeworfen seien, natürlich vergaß er auch nicht die polnischen Ärzte, denen die Hakatisten den Weg zu den Kassen und überhaupt zur Karriere versperrten. Das ist alles!

Von der unermesslichen Ausbeutung des oberschlesischen Arbeiters, von der notwendigen Kürzung des Arbeitstages, von der erschreckenden Zahl

29 Wojciech Korfanty gewann 1903 das Abgeordnetenmandat im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze, der bis dahin wie die anderen Wahlkreise in Oberschlesien fest in der Hand der Zentrumsparlei gewesen war. Seit 1901 leitete Korfanty das Blatt »Górnosłazak« (Der Oberschlesier), das er als organisatorisches Zentrum einer separatistischen politischen Bewegung verstand. Im Reichstag schloss er sich dem Polenklub an. Im Oktober 1905 kam es zu einer Nachwahl im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze, die Korfanty wiederum gewann. Rosa Luxemburg schrieb über diese Nachwahl für den »Vorwärts«: »Der allgemeine, auch im Wahlkreise selbst überraschend glänzende Wahlsieg des Polen Korfanty beansprucht unser besonderes Interesse nicht nur deshalb, weil diese Wahl eine überaus schwere Niederlage der preußischen Polenpolitik darstellt und zugleich dem Zentrum eine tiefe Wunde schlägt, sondern auch darum, weil die Kosten dieses Polensieges auch von der Sozialdemokratie getragen werden mußten. Mehr wie die Hälfte ihrer bei der Wahl 1903 erzielten Stimmen verlor die Sozialdemokratie. Was bei der Fahne verblieb, waren zur größeren Hälfte gewiß die deutschen Arbeiter und Handwerker, während die selbständige polnische sozialdemokratische Partei [PPS im preußischen Teilungsgebiet], die ja auch den Kandidaten [Morawski] stellte, geradezu zersprengt wurde.« (Rosa Luxemburg: Zur Wahl in Kattowitz-Zabrze. In: GW. Bd. 6. S. 564.)



der Unglücksfälle in den oberschlesischen Kohlegruben, vom beklagenswerten Zustand der Aufsichtsbehörden, vom endlosen Kampf der Bergarbeiterinvaliden um eine elendige Rente, kurz – von dem ganzen elenden Arbeiterleiden kein Sterbenswörtchen bei Korfanty, er hat es wohl vergessen!

Der Wert dieser »Verteidigung« der Arbeiter wird erst klar ersichtlich, wenn Korfantys Rede mit den Reden der Sozialdemokraten verglichen wird, beispielsweise mit der von Genossen [Richard] Fischer in der besagten Haushaltsdebatte. Der Unterschied fällt gleich ins Auge: Der Sozialdemokrat verteidigt die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands, die polnischen wie die deutschen Arbeiter, ohne Unterschied in der Nationalität – der »Nationalist« Korfanty tritt nur im Namen »seiner« oberschlesischen Arbeiter auf, also jener, die er für sein Abgeordnetenmandat gebraucht hatte. Der Sozialdemokrat umreißt im Reichstag das ganze Elend und die Lage der Arbeiter, verteidigt sie als ausgebeutete Klasse der Gesellschaft – der »Nationalist« Korfanty verteidigt die polnischen Arbeiter nur als Polen, wobei er danach trachtet, sie damit aus den brüderlichen Reihen der deutschen Arbeiter abzusondern. Der Sozialdemokrat geißelt die Unterdrückung der Nationalität als eine Äußerung für das soziale Unrecht, das die Arbeiter erleiden – der Herr »Nationalist« wendet die Augen des Arbeiters mit seinem Getöse gegen die Entnationalisierung von dem erlittenen sozialen Unrecht ab und von dem einzigen Weg, sich von diesem zu befreien.

Beide sprechen im Reichstag »aus dem Fenster«, richten ihre Worte also an das Arbeitervolk – der Sozialdemokrat, um dieses Volk klassenmäßig aufzuklären und zum Kampf zu rufen, der Nationalist, um es nationalistisch zu verdummen, sich selbst anzupreisen und die Abgeordnetenmandate für den Reichstag und den Landtag zu sichern.

Allerdings konnte das vorhergesehen werden! Ein Angeordneter, der angeblich die polnischen Arbeiter verteidigen wolle und in den Polenklub eintritt, in dem für den Zolltarif und die Militärausgaben gestimmt wurde, so wie 1893, zeigt selbst, dass die vorgebliche »Liebe« für das arbeitende Volk nichts weiter ist als widerliche Heuchelei.

## Vor dem Kriegsausbruch

Japan hat die diplomatischen Beziehungen mit Russland abgebrochen, der japanische Gesandte hat die russische Hauptstadt verlassen, so auch der russische Gesandte nun Japan. Der Abbruch von diplomatischen Beziehungen zwischen den Mächten ist gewöhnlich der erste Schritt zum Krieg.<sup>30</sup> Wenn unsere Leser diese Nummer von »Gazeta Ludowa« vor sich liegen haben, könnte der Krieg bereits Tatsache sein.<sup>31</sup>

Die beiden Mächte hatten sich bereits zuvor fieberhaft auf den Krieg vorbereitet.<sup>32</sup> Die Kriegsschiffe wurden bewaffnet, mörderische Kanonen wurden für die dem Volk ausgepressten Blutgroschen beschafft, Menschen wurden eingezogen, Munition bereitgestellt, Lebensmittel gelagert. Russland zieht aus allen entlegenen Ecken des Riesenreiches übereilt das Militär zusammen, das in Soldatenuniform gesteckte Volk wird wie frische Ware zu den Zügen gebracht und aus den russischen, polnischen, deutschen, litauischen usw. Gouvernements in den Fernen Osten transportiert. Bestimmt

30 Im Anschluss an den Beitrag wurde in der »Gazeta Ludowa« folgende Nachricht abgedruckt: »Das russische Regierungsblatt meldet, dass die japanische Regierung die weiteren Verhandlungen abgebrochen und seinen Gesandten aus Petersburg abgezogen habe. Daraufhin habe auch die russische Regierung ihre Gesandtschaft in Japans Hauptstadt Tokio abberufen. Russland schiebt die ganze Verantwortung für die Folgen Japan zu. Einer der Mitglieder der Gesandtschaft Japans in London drückte sich über die beabsichtigte Kampagne Japans wie folgt aus: ›Unser erstes Bestreben wird es sein, der russischen Flotte einen tödlichen Stoß zu versetzen. Sollte es uns gelingen, dann wird Rußland wahrscheinlich zur Besinnung kommen und der Krieg überflüssig sein. Falls es nicht gelingt, werden unsere Truppen in Korea landen und in die Mandchurei ziehen. Möglich ist, daß die russischen Kriegsschiffe sich nicht auf einen Kampf einlassen und in Verteidigungsstellung in Port Arthur und Wladiwostok bleiben. In einem solchen Fall ist es wahrscheinlich, dass unser Militär Port Arthur von hinten angreift und die russische Flotte aufs offene Meer vertreiben wird. Wir sind vorbereitet, die Verbindung der sibirischen Eisenbahn zu zerstören.‹ Zwei neue japanische Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, Singapur zu verlassen und sich aufs offene Meer zu begeben, ganz gleich, ob das Bunkern der Kohle abgeschlossen sei oder nicht. Aus Paris wird berichtet, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Japan die dortigen offiziellen Kreise nicht überrascht hätte, weil seit einer Woche damit gerechnet worden sei. Niemand glaube, dass Japan neuerlich Verhandlungen aufnehmen werde, da die japanische Regierung überzeugt sei, dass Rußland mit neuen Verhandlungen nur Zeit herausspielen wolle, um die Ausrüstung abzuschließen.«

31 In der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1904 griffen japanische Seestreitkräfte den auf chinesischem Gebiet liegenden russischen Militärstützpunkt Port Arthur an.

32 Siehe S. 86f. des vorliegenden Heftes.

ist der erste Schuss bereits gefallen, hunderttausende junge Arbeiter und Bauern, in Soldatenuniformen gesteckt, fahren in den Tod und ins Verderben. Russisches Volk wird Japaner umbringen, japanisches Volk wird Russen umbringen. Zehn-, nein hunderttausende junger Menschen werden auf der einen wie auf der anderen Seite verrecken oder fürs ganze Leben als Krüppel gezeichnet bleiben, zehn-, nein hunderttausende Familien werden verwaisen. Ein Strom aus Verbrechen, Gewalt, Raub, Feuer gießt sich über ganze Provinzen, lässt von der Erdoberfläche Dörfer und Städte verschwinden. Die niedersten Tierinstinkte, Mordgier, Diebstahl werden geweckt und die Pest der moralischen Verwilderung umschlingt ganze Völker. Hunderte Millionen an Geld, hinterher aus dem Blut des arbeitenden Volkes herausgeschlagen, ausgepresst aus ihm mit der gierigen Hand der Zaren wie der japanischen Regierung, gehen drauf, um die Kosten dieser großen Metzelei zu decken.

Das arbeitende Volk fällt im Krieg wie die Fliegen, muss dafür obendrein noch mit Steuern zahlen – wessen Schuld, wessen Nutzen ist das? Schuld und Nutzen der kapitalistischen Regierung und der Bourgeoisie. Die Kapitalisten verlangen immer neue Länder, um dort ihre Waren absetzen zu können, die sie in dem von ihnen ausgebeuteten »Vaterland« nicht verkaufen können, um in fremden Ländern Eisenbahnen zu bauen, Bergwerke auszu-beuten, günstige Anlagemöglichkeiten für das Kapital zu finden, das aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse gewonnen wird, um sich an der Lieferung von Kanonen und anderem Kriegsgerät zu bereichern, um das eigene Volk auszurauben mit den verschiedensten Lieferanten. Offiziere, Generäle verlangen nach Orden, nach Beförderung, nach höherem Dienstsold, die Regierungen greifen nach mehr Macht und Herrschaft. Deshalb müssen sich die Arbeiter der verschiedenen Länder im Krieg gegenseitig umbringen.

Der Zar gefällt sich in der Rolle des »Friedensschöpfers«, der Zar will angeblich gar keinen Krieg, die russische Diplomatie hat die Schuld am Krieg bereits Japan zugeschoben, das als erstes die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hat. Doch dieselbe Regierung, die angeblich nichts so sehr wünscht wie den Frieden, hat die Mandschurei eingenommen, chinesisches Territorium, und bereitet seit vielen Monaten den Krieg vor, konzentriert Militär an der Grenze zu Korea, das es zu erobern trachtet. Der Zar will Frieden! Doch nur deshalb, weil er fremde Länder ohne Krieg einnehmen will, denn das ist weniger gefährlich und leichter. Der Zar will Frieden! Doch seit zehn Jahren, seit dem Bau der sibirischen Eisenbahn,

bereitet er den Krieg vor, nähert sich immer weiter den Hauptstädten Chinas und Koreas, um sie einzunehmen!

Die japanische Diplomatie erklärt nun ihrerseits, dass der japanischen Regierung die Geduld verlorengelange, immerzu auf russische Noten und Telegramme warten zu müssen, während die russische Regierung inzwischen immer weitere Kriegsstreitkräfte konzentriert; die japanische Diplomatie behauptet, die russische Regierung breche die Verträge, um die Kräfte zu sammeln, damit Japan anschließend zum Einlenken gezwungen werde. Japan kann also nicht abwarten, bis der Feind sich an seiner Grenze stärkt, will als erste die Verträge brechen. Denn auch Japans Kapitalisten haben sich die Taschen schnell gefüllt mit den Lieferungen an das Militär, die bürgerliche japanische Regierung will Korea ganz für sich und die Mandchurei beherrschen. So geht der ganze Streit um das fremde Fell, um chinesisches Territorium.

Gazeta Ludowa. Nr. 12. 11. Februar 1904. S. 1.

## Begräbnisfeier für Genossen Antonio Labriola<sup>33</sup>

Die Begräbnisfeier für den Genossen Antonio Labriola fand in Rom am 4. Februar [1904] statt. Die an der Wegstrecke versammelte Menge des arbeitenden Volks verneigte das Haupt vor dem verdienten Philosophen der Arbeiterklassen und sozialistischen Denker. Am Begräbnis nahmen neben vielen anderen auch Vertreter der Universität und der Wissenschaft sowie Regierungsvertreter teil. So hielt selbst ein Staatssekretär einen Redebeitrag, in dem er die Verdienste des Verstorbenen auf dem Gebiet der Wissenschaft hervorhob.

33 Siehe Rosa Luxemburg: Antonio Labriola über Bernstein. In: GW: Bd. 6. S. 262–265. – Gazeta Ludowa. 7. Februar 1904 (Nr. 11): »Antonio Labriola, einer der Anführer des italienischen Sozialismus, ist am Dienstag [2. Februar 1904] in Rom im Alter von 62 Jahren nach einer schweren Operation an Halskrebs verstorben. Labriola entstammte der Schicht vermöglicher italienischer Bourgeoisie, war selbst Professor für Philosophie an der Universität Rom und gelangte zum Weg der sozialistischen Überzeugungen aufgrund wissenschaftlicher Forschung.« (S. 3.)

Was würde die preußische Regierung dazu sagen, die den Genossen [Leo] Arons von der Universität wies wegen sozialdemokratischer Überzeugung?<sup>34</sup>

Was würde unsere »Gesellschaft der Wissenschaftsfreunde« (lies: Freunde der Zurückgebliebenheit) in Posen dazu sagen?<sup>35</sup> Eher zerfiele die Welt in Stücke, bevor unsere polnischen »Gelehrten« die wissenschaftlichen Verdienste des Sozialisten anerkannten, selbst wenn sie mit dem Kopf höchstens bis zu den Schuhsohlen Labriolas reichen.

Gazeta Ludowa. Nr. 12. 11. Februar 1904. S. 3.

## Frieden und Krieg

Die Kriegshandlungen im Fernen Osten beherrschen die Köpfe in ganz Europa. Alle Bevölkerungskreise – Diplomaten und Minister, wohlgenährte Bourgeoises und Journalisten, das Kleinbürgertum und das arbeitende Volk – erwarten in der Frühe jeden Tag voller Ungeduld auf die neuesten Informationen vom Schlachtfeld.

Dieses Interesse hat seinen berechtigten Grund. Alle spüren nämlich, dass jene Schießerei und die Schlachten dort zehntausend Kilometer entfernt von Bedeutung sind für das gesellschaftliche Leben ganz Europas. Allerdings fällt die Bedeutung für jede dieser Kreise anders aus.

Die Staatsmänner und Diplomaten fassen den Krieg natürlich als eine Möglichkeit auf, mit Völkern und Ländern zu spielen. Der Krieg wird die Frage entscheiden, ob Russland endgültig die Mandschurei oder Japan Korea besetzen wird. Eine Stärkung der russischen Position befürchtet England, das mit Russland in Asien konkurriert, einen Sieg Japans hingegen befürchtet Frankreich, dass im Bündnis mit Russland steht. Daneben lauern die Regierungen Deutschlands, Italiens und der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Wachsamkeit von Wölfen, wenn die auf die Beute lauern, um – so oder so – am Ende des Krieges selbst ein großes Stück

34 Der Physiker Leo Arons wurde 1899 wegen seiner politischen Haltung von Amtes wegen von seinen Hochschulaufgaben suspendiert.

35 Towarzystwo Przyjaciół Nauk Poznańskie, 1857 in Posen gegründet. Erster Vereinsvorsitzender war August Cieszkowski, später übte u. a. auch Karol Libelt dieses Amt aus.

chinesischen Gebiets, um das es bei dem Krieg geht, für sich herauschlagen zu können.

Die Finanziers sowie die Industrie- und Handelsbourgeoisie verfolgen voller Unruhe den Kriegsverlauf, wegen der Kreditlage und den Kursen an der Börse, wegen Handel und Industrie, auf die der Krieg einen starken Einfluss hat. Für die europäische Bourgeoisie ist das Morden im Osten zwischen Japanern und Russen vor allem wichtig wegen einer Frage: Gelingt es bei dieser Gelegenheit, dicke Geldgeschäfte zu machen und Verluste zu vermeiden?

Das Kleinbürgertum interessiert sich für den Krieg hauptsächlich als einen trefflichen Gegenstand, um sich in den Kneipen und Kaffeehäusern in der großen Politik umzusehen. Für die Handwerksmeister und die Krämerseelen bieten die blutigen Kriegsnachrichten willkommene Unterhaltung in der monotonen Gleichförmigkeit ihres armseligen Lebens.

Völlig anders nun die Arbeiterklasse, zumindest der bewusste, nachdenkende Teil unter den Arbeitern. Für uns hat der jetzige Krieg im Osten wichtige und einschneidende Bedeutung, hauptsächlich zweier Gründe wegen.

Zunächst wirkt der Krieg ganz ohne Zweifel auf die politischen Verhältnisse in Russland zurück. Die gewaltigen Kriegsausgaben müssen die Finanzen der Zarenregierung ernsthaft erschüttern, doch eine bankrotte Regierung ist stets [anfällig] für Zugeständnisse. Sollte der Krieg für das Zarenreich indes einen vollkommen ungünstigen Verlauf nehmen, wie nach den ersten Nachrichten anzunehmen ist, dann werden in den Verhältnissen im despotischen Russland mit Sicherheit große Veränderungen eintreten. Bereits einmal haben wir gesehen, wie ein verlorener Krieg, nämlich der Krieg um Sewastopol 1855, das morsche Russland zur Aufhebung der Leibeigenschaft und zu den liberalen Reformen von Alexander II. drängte.<sup>36</sup> Heute liegen die Verhältnisse indes noch ganz anders. Heute hört die revolutionäre Unruhe in Russland selbst nicht mehr auf, die Niederlage des Zarenreichs im Osten könnte leicht zum Losungswort für die politische Revolution werden, deren Folge der Sturz der Zarenregierung wäre.

Zudem steht unzweifelhaft fest, ganz gleich, welchen Verlauf und welches Ergebnis der jetzige Krieg haben wird, der überhaupt die Entwicklung

36 Mit diesem Themenkomplex setzte sich Rosa Luxemburg an verschiedenen Stellen ihres Werkes auseinander, so in »Nationalitätenfrage und Autonomie« (Berlin 2012) oder »Die industrielle Entwicklung Polens« (GW. Bd. 1.1. S. 113–216).

des Kapitalismus vorantreiben wird, also zugleich auch das sozialistische Bewusstsein unter der Arbeiterklasse aller Länder. Ganz Ostasien wird noch mehr in den Strudel der europäischen Verhältnisse – Handel, Industrie, Militarismus – als bisher gerissen. Das wird zurückschlagen auf den europäischen Kapitalismus. Zugleich werden dieser Krieg und seine Folgen der arbeitenden Bevölkerung in den europäischen Ländern noch mehr als bisher die ganze Scheußlichkeit von Militarismus und Kolonialpolitik, die ganze Niedertracht der bürgerlichen Diplomatie verdeutlichen. Jedes neue Verbrechen des internationalen Kapitalismus, und der Krieg ist ja nichts Anderes, stärkt die Reihen der sozialistischen Internationale, beschleunigt deren endgültigen Sieg.

Gazeta Ludowa. Nr. 14. 18. Februar 1904. S. 1.

## Revolutionäre Kräfte in Russland

Da nun die Zarenmacht im Osten in den Krieg verwickelt ist und am Vorabend eines möglichen politischen Umsturzes steht, ist zu wissen interessant und wichtig, welche aktiven revolutionären Kräfte es jetzt in Russland gibt. Wenn wir einmal jene sozialistischen Organisationen außer Betracht lassen, die hauptsächlich in polnischen und litauischen Gebieten tätig sind, also die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens sowie den Jüdischen Arbeiterbund, dann kommen in Kernrussland zwei verschiedene sozialistische Kräfte in Frage: die sogenannte Partei der Sozialisten-Revolutionäre und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands.

Die letzte Partei steht dem Geist, dem Programm und der Art ihres Wirkens nach der deutschen Sozialdemokratie am nächsten. Der Sozialdemokratie Russlands ist es, indem sie sich hauptsächlich auf die Arbeitermasse der Stadtbevölkerung stützt, bereits gelungen, in allen hauptsächlichen Industriezentren zu agitieren und in einem beträchtlichen Teil das russische Proletariat zu organisieren. Alle großen Streiks und Massendemonstrationen, die in letzter Zeit in Russland stattgefunden haben, so in Petersburg, Odessa, Kiew, im Kaukasus, in Rostow – waren das Werk der Sozialdemokratie. – Die Zweiwochenschrift »Iskra«, von dieser im Ausland her-

ausgegeben, wird in allen Gegenden Russlands vertrieben und erreicht eine Auflage von 10 000. Daneben besitzt die Partei in Russland mehrere Geheimdruckereien, gibt dort jede Menge Broschüren, Aufrufe und Flug-schriften heraus. Vor kurzem wurde in Moskau eine geheime Berufs-zeitschrift für Drucker herausgegeben worüber wir seinerzeit in »Gazeta Ludowa« berichtet hatten.<sup>37</sup>

Die Einflüsse und die Tätigkeit der Sozialdemokratie sind in Russland sehr weitreichend. Die Partei hat sich die politische Revolution zur nächsten Aufgabe gestellt, das Ziel, die Selbstherrschaft des Zaren zu stürzen und politische Freiheit durchzusetzen, ohne die eine sozialistische Bewegung nicht zu entwickeln ist. Ihre Ideen durchdringen bereits breite Kreise des Arbeitervolks, das voller revolutionärer Energie ist. Die dringendste Angelegenheit für die sozialistische Sache war in der letzten Zeit in Russland die Vereinigung der zerstreuten und örtlichen Organisationen zu einer fest-gefühten und starken Partei. Dieses Werk hat die Sozialdemokratie vor nichtlanger Zeit auf dem Parteitag vollzogen, dessen Protokoll soeben erst veröffentlicht wurde.<sup>38</sup> Gegenwärtig ist die russische Sozialdemokratie die einzig wirklich zentralisierte Partei im ganzen Reich, mit einem gemein-samen offiziellen Programm und einem Organisationsstatut.

Hinzuzufügen bleibt, dass an dem russischen Parteitag ebenfalls die So-zialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens sowie Jüdische Ar-beiterbund teilgenommen hatten. Letzterer hat sich von der organisatori-schen Vereinigung zurückgezogen, unsere Bruderpartei in Polen befindet sich indes im Laufe der Verständigung mit der russischen Sozialdemokratie, so dass deren formale Vereinigung zum gemeinsamen Kampf gegen die Zarenherrschaft nur eine Frage der Zeit ist.

Der Zusammenschluss zur einheitlichen Arbeiterpartei in Russland sollte gerade jetzt als ein außergewöhnlich glücklicher Umstand bewertet werden. Die Kriegereignisse können die Sozialdemokratie jetzt jederzeit vor die un-gemein einschneidende Aufgabe stellen, die Revolution zu lenken oder zumindest der Arbeiterklasse voranzugehen, sollte die abgewirtschaftete

37 Es konnte nicht ermittelt werden, auf welchen Beitrag sich der Hinweis bezieht.

38 Polny tekst protokolow. Wtoroi otschjerjednoi sjesd Ross. Soc.-Dem. Raboczej Partii. Isdanije Tsentralnego Komitjeta. Genf: Tipografija Partii [1903]. 400 S. – Rosa Luxemburg und Leo Jogiches setzten sich nach Erscheinen des Protokollbandes ausführlicher mit den Gründen auseinander, die den geplanten Zusammenschluss von SDKPiL und SDAPR auf dem Parteitag verhinderten.



Zarenregierung sich selbst zu politischen Zugeständnissen gezwungen sehen.

Jedenfalls sind die Augen der ganzen Welt in diesem Augenblick auf Russland gerichtet. Im Chinesischen Meer entscheidet sich nicht nur das Schicksal Ostasiens, sondern im großen Maße auch die Freiheitsfrage für die 120 Millionen »Untertanen« des blutigen Zaren.

Gazeta Ludowa. Nr. 15. 21. Februar 1904. S. 1.

## Aus Belgien

### *Koloniale Barbarei*

Kürzlich wurde der Bericht der englischen Regierung über die herrschenden Verhältnisse im afrikanischen Staat Kongo vorgestellt, der eine belgische Kolonie ist. Der Bericht enthält den Augenzeugenbericht des englischen Konsuls Casement, der auf einer Sonderreise die dortige Gegend untersucht hat. Der Konsul berichtet, dass der offene Sklavenhandel in Kongo verschwunden sei (also gab es den zuvor immerhin, zum Teil wird er auch immer noch praktiziert!), dafür besteht nun aber Zwangsarbeit. Die »Zwangsarbeit« der Mauren bedeutet aber nichts weniger, als faktische Sklaverei, wovon der Berichterstatter selbst die beste Mitteilung gibt, wenn er erzählt, wie belgische Beamte Frauen ins Gefängnis werfen, nur um ihre Ehemänner zur Arbeit zu zwingen, oder wenn er die Folterung der Mauren und andere Schrecklichkeiten beschreibt, die von den Kolonialsoldaten verübt werden. Die englische Presse gibt sich höchst empört wegen der Unmenschlichkeit der Belgier, vergisst allerdings, dass die Engländer in ihren Kolonien gegenüber den sogenannten halbwilden Stämmen selbst keinen Deut besser vorgehen, wenn sie die »Zivilisation« des Kapitals mittels Raub, Tötung und Folter verbreiten.

Gazeta Ludowa. Nr. 15. 21. Februar 1904. S. 3.

## Lebenslauf eines Revolutionärs

Am Abend des 17. Februar [1904] verstarb in Lemberg Bronisław Szwarc, einer der alten polnischen Revolutionäre, ein Typ, der für das heutige polnische Proletariat so hervorragend und bewundernswert ist, weil er zunächst als aktiver französischer Revolutionär begonnen und später als polnischer Nationalpatriot gewirkt hatte, um schließlich Kämpfer für den russischen Sozialismus zu werden, weil er also gleichsam das internationale revolutionäre Denken verkörpert hatte.

Das Leben und die persönliche Geschichte von Szwarc sind höchst ergreifend.

Bronisław Szwarc wurde im Jahre 1834 als Sohn eines Emigranten in der Bretagne, im Norden Frankreichs geboren.<sup>39</sup> Er zählte ganze 14 Lenze, als er das erste Mal in den revolutionären Sturm geriet. Man schrieb das Jahr 1848, als das französische Kleinbürgertum und das Proletariat für das allgemeine Stimmrecht, für eine republikanische Regierung, ja, teils sogar schon für sozialistische Reformen kämpften. Auf den Pariser Straßen wurden Barrikaden errichtet, der kleine Bronisław aber, der in Paris zur Lehre ging, ist einer der ersten auf den Barrikaden gewesen, mit dem Volk von Paris drang er bis in den Tuilerien-Palast vor, wo einst französische Könige und Kaiser residierten. – Nachdem er 1852 in Paris die Ingenieurschule absolviert hatte<sup>40</sup>, begab er sich nach Wien, um dort für zwei Jahre als Eisenbahningenieur tätig zu werden, doch 1859 machte er sich auf den Weg nach Polen, nachdem ihm die Einreiseerlaubnis für das Königreich Polen erteilt worden war, bekam auch gleich eine Anstellung für den Eisenbahnbau in Białystok<sup>41</sup>. Gleichzeitig schloss er sich der aufständischen

39 Die Vorfahren stammten ursprünglich aus Sachsen, wanderten Ende des 18. Jahrhunderts nach Warschau aus und polonisierten sich rasch. Der Vater von Bronisław Szwarc mußte nach der Niederlage des Novemberaufstands von 1830 Polen verlassen und ließ sich in Frankreich nieder. Das genaue Geburtsdatum von Bronisław Szwarc ist der 7. November 1834.

40 Falsche Jahresangabe, denn Bronisław Szwarc beendete L'École Centrale des Arts et Manufactures in Paris als Ingenieur für Eisenbahnbau erst 1855. Nach Wien kam er erst 1856, weil er als Sohn eines in Abwesenheit zum Tode verurteilten Aufständischen vergeblich versucht hatte, Einreisepapiere für den Eisenbahnbau im Königreich Polen zu bekommen. In Paris hatte er 1853/1854 auch die Militärkurse von Ludwik Mierosławski besucht.

41 1862 wurde der gewaltige Bau der Gesamtstrecke zwischen Warschau und St. Petersburg abgeschlossen. Szwarc hatte 1856 die Staatsbürgerschaft Frankreichs erhalten, woraufhin

Konspiration an, die sich allmählich herauszubilden begann, er wurde zu einem der aktivsten Vorbereiter des Januaraufstands. In Białystok gab er sogar ein geheimes Blättchen in belorussischer Sprache heraus »Hutorka stareho dzieda« (Plauderei eines alten Mannes), doch weil die Polizei sich für ihn zu interessieren begann, musste er nach Warschau fliehen.<sup>42</sup> Anfang 1862 bildete er in der Aufstandszeit mit Agaton Giller, W. Koskowski, Danilowski, Jarosław Dąbrowski, Wernicki und W. Marczewski ein Zentralkomitee der Nationalregierung in dem er bis zum 22. Dezember wirkte, denn an diesem Tag wurde er verhaftet und nach fünfmonatiger Untersuchungshaft zum Tode verurteilt.<sup>43</sup> Nun nahm sich Frankreich seiner an, Szwarcze war französischer Untertan, man wandte sich an den Zaren. Der Zar wandelte die Strafe in lebenslängliche Zwangsarbeit in den Bergwerken an der Nertscha in Sibirien um. Im Juni 1863 ging es mit dem Transport aus Warschau los, doch bereits von Perm aus wurde er nach Petersburg gebracht und in das furchtbare Gefängnis auf der Festung Schlüsselburg gesteckt. Dort saß er sieben Jahre, danach wurde ihm die Strafe aus Krankheitsgründen erleichtert, weshalb er nach Tomsk in Sibirien verschickt wurde.<sup>44</sup> Dort erwachte in Szwarcze erneut der revolutionäre Geist. Er trat der geheimen russischen sozialistischen Organisation »Narodnaja Wolja« bei und war für diese Richtung aktiv. Das ist jene Partei gewesen, die 1881 das

ihm 1859 eine Einreiseerlaubnis ins Königreich Polen erteilt wurde. Anfang 1860 ging er zunächst nach Warschau zum Bau der Warschau-Petersburger-Eisenbahn, im April 1860 erfolgte der Umzug nach Białystok.

42 Szwarcze floh im Mai 1862 aus Białystok nach Warschau.

43 Im Juni 1862 wurde ein Nationales Zentralkomitee gebildet, um die anwachsende Adelsverschwörung leiten zu können. Im August 1862 wurde ein Aufruf an die Bauern verbreitet, in dem die Aufhebung der Leibeigenschaft versprochen wurde. In einem weiteren Aufruf wurde den Juden versprochen, gleichberechtigte Mitglieder in einer freien polnischen Gesellschaft zu werden. Am 22. Januar 1863 proklamierte das Komitee den Ausbruch des Nationalaufstands und erklärte sich zur Provisorischen Regierung. Szwarcze leitete im Nationalen Zentralkomitee bis zu seiner Verhaftung die Abteilung für Inneres. In manchen Quellen wird auch der 23. Dezember 1862 als Datum der Verhaftung angegeben. Die Verurteilung erfolgte am 19. Mai 1863.

44 Siehe Bronisław Szwarcze: Siedem lat w Szlyselburgu [Sieben Jahre in Schlüsselburg]. Lemberg 1893. – Nach seiner Haft in Schlüsselburg wurde Szwarcze von 1870 bis 1874 in Werny (Alma-Ata) inhaftiert, bevor es nach Tomsk in die Verbannung ging. In Schlüsselburg verweigerte er 1869 die Unterschrift unter einer vorbereiteten Loyalitätserklärung, für die ihm die Freiheit versprochen wurde. In Schlüsselburg übersetzte er russische, englische und deutsche Dichtung (Heine), schrieb selbst autobiographische Dichtwerke.

geglückte Attentat auf Zar Alexander II. verübt hatte.<sup>45</sup> Allerdings wurde die Organisation enttarnt, Szwarcze kam wie viele andere ins Gefängnis, 1884 wurde er nach Irkutsk verbracht, von wo er nach Tunka<sup>46</sup> verbannt wurde. Schließlich wurde er 1890 begnadigt, verließ zwei Jahre später Sibirien und ließ sich in Lemberg nieder, wo er eine bescheidene Anstellung in der Landesverwaltung bekam.<sup>47</sup>

Da ist er bereits sechzig Jahre alt gewesen, doch weder die Jahre, noch das Gefängnis oder die Verschickungen hatten seiner eisernen Natur etwas anhaben können. Er behielt seine Geistesfrische und die Glut im Herzen, blieb im Geiste bis zum Ende ein Revolutionär.

Der edle Lebenslauf eines »ehrbaren Menschen« in der ganzen Bedeutung des Wortes, voller heldenhafter Tat, dem Gemeinwohl, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Völker verpflichtet. Heute vermag die polnische Gesellschaft nicht mehr, solche Menschen wie Szwarcze hervorzubringen. Der polnische Nationalpatriotismus ist zu einer Karikatur geworden, der nur noch einen engen und abscheulichen reaktionären Chauvinismus hervorbringen kann, nicht aber mehr eine umfassende internationale revolutionäre Haltung.

Allerdings hat die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse auch in den polnischen Gebieten eine völlig neuartige revolutionäre Bewegung hervortreten lassen: den Klassenkampf des polnischen Proletariats. Heute sind die sozialistischen Arbeiter die einzigen Revolutionäre. Doch die haben gar nicht das Verlangen, wie die Generation von Szwarcze einst im Dienste der Revolution von Land zu Land, von den Pariser Barrikaden bis in die sibirischen Weiten zu ziehen, um die internationale Haltung auszudrücken. Die internationale Haltung steckt heute bereits in der Idee des Sozialismus.

45 1879 trat er in engen Kontakt mit Juri Bogdanowitsch, der aktiv an der Vorbereitung des Zarenattentats beteiligt gewesen war.

46 In Tunka lernte Józef Piłsudski Szwarcze kennen, worauf die spätere Legende über besondere geistige Beziehungen zwischen beiden beruhte. Beide hielten auch nach der Rückkehr nach Polen den persönlichen Kontakt aufrecht.

47 Bedingung für die Rückkehr nach Europa war die Zusage, das Zarenreich zu verlassen. 1892 ging er zunächst nach Krakau, bevor er 1893 nach Lemberg übersiedelte. Szwarcze war in Lemberg publizistisch tätig, freundete sich mit Bolesław Limanowski an und verteidigte offensiv den Sinn des gescheiterten Januaraufstands. Er fand auf dem Hügel der Januaraufständischen auf dem Lemberger Łyczakowski-Friedhof die letzte Ruhe. Zu seinem Begräbnis war Piłsudski im Auftrag der PPS nach Lemberg gekommen.

Der polnische Arbeiter ist noch in besonderer Weise dazu berufen, die internationale Idee zu verwirklichen. Der polnische Arbeiter muss eine Einheit, eine politische Partei bilden mit dem deutschen Arbeiter in Deutschland, mit dem russischen Arbeiter in Russland, mit dem tschechischen und deutschen Arbeiter in Österreich. Die polnische Sozialdemokratie setzt also in ihrem Wirken diese Idee der internationalen Haltung tagtäglich um, für die Szwarcze und so viele andere alte Revolutionäre in der Welt umhergeirrt waren.

Gazeta Ludowa. Nr. 16. 25. Februar 1904. S. 1.

## Im Dienste des Zaren

Unseren Lesern ist bekannt, welche Tracht Prügel die deutsche Regierung von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten verpasst bekam wegen der Dienstfertigkeit, die gegenüber dem russischen Despoten und dessen Spitzeln an den Tag gelegt wurde. Weil sie den Sozialdemokraten im Angesicht nichts zu sagen wussten, wollten Reichskanzler von Bülow, der preußische Innenminister Schönstedt und der Polizeiminister Hammerstein sich aus dem Reichstag davonstellen.

Allein der Eindruck, den die sozialdemokratischen Reden und die darin angeführten Fakten machten, war indes stärker. Die Regierung musste etwas tun, um sich von der Schande reinzuwaschen. Also suchten die preußischen Minister den einfachen Weg. Am Montag traten sie in der preußischen Abgeordnetenkammer auf<sup>48</sup>, in der es wegen des Dreiklassenwahlrechts keinen einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten gibt. Dort also, allein unter den Zentrumsleuten, den Junkern und Nationalliberalen, also inmitten der eigenen treuen Meute, wagten es die Minister, den Sozialdemokraten hinter dem Rücken Fälschung der Behauptungen vorzuwerfen und »Dokumente« zur eigenen Verteidigung aufzutischen! Sie wussten ja von vornherein, dass sie vor dieser reaktionären Bande, die im preußischen Landtag zusammenkommt, das ungereimte Zeug als Fakten hinstellen können und sie sich des Beifalls sicher sein können, sobald nur der Sozialdemokratie Verleumdungen vorgeworfen werden.

48 Der »Vorwärts« veröffentlichte am 23. Februar 1904 (Nr. 45) das Protokoll der betreffenden Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses (2. Beilage. S. 9).

Nach der mit den Nationalliberalen abgekarteten Interpellation in Sachen russischer Spitzel und Königsberger Prozess, trat Minister Schönstedt auf und begann anzuführen, die Russen, die von der preußischen Regierung auf Geheiß des Zaren aufgespürt und verfolgt worden seien, seien schreckliche »Anarchisten«. Zum Beweis sollten Unterhaltungen und Zitate dienen, die der Minister vorlas als angebliche Proben aus den russischen sozialdemokratischen Zeitungen und Broschüren, die in Königsberg sichergestellt wurden und für deren Verbringen nach Russland den Genossen Braun und Nowogrocki der Prozess wegen Hochverrats gegenüber dem Zaren gemacht wurde. Die vom preußischen Minister vorgetragene Kostprobe war in der Tat »schrecklich«. Da wurde zu Mord und Totschlag aufgerufen, zum Einsatz von Bomben und Dynamit und zu ähnlich Schrecklichem mehr, so dass den Dickwästen in der Preußenkammer die Haare zu Berge standen und sie vor Angst am liebsten unter das Deckbett sich verkriechen wollten. Der »Effekt« war jedenfalls außerordentlich, und die ganze Bande der »Scharfmacher« polterte sogleich los – gegen die deutsche Sozialdemokratie. Wenn die Sozialdemokratie derartige »Anarchisten« und »Verbrecher« unterstütze, dann wäre es doch das mindeste, gegen sie gleich den Ausnahmezustand, das Belagerungsrecht u. dgl. zu verhängen.

Doch wer auch nur ein wenig Grüze im Kopf hat, der wird bei diesen Kostproben, die vom Minister zum Besten gegeben wurden, gleich erkennen, dass es sich nicht um Sachen handeln kann, die von den russischen Genossen Sozialisten genommen wurden, sondern es sich um die literarischen Früchte der Regierungsspitzel und -provokateure handelt! Denn so einfältig zur Gewalt, zum Einsatz von Bomben und Dynamit aufzurufen, das kann eben nur ein bezahlter Regierungsagent, ein Spitzel oder ein Geheimpolizist.

Selbstverständlich hat es der Minister gar nicht für nötig erachtet, klar zu sagen, woher er dieses »anarchistische« Geschwätz nun genommen habe und wieso er denn so sicher sei, dass diese Zeitung oder Broschüre sich in jenem Paken russischer Literatur befunden habe, das nach Königsberg geschickt wurde, und nicht etwa erst später von russischen Spitzeln untergeschoben wurde. Wer hat die Übersetzung dieser Zeitungen und Broschüren aus dem Russischen ins Deutsche überprüft, warum wurden diese Übersetzungen bis heute weder dem Angeklagten, dem im Gefängnis sitzenden Genossen Nowagrotzki, noch dessen Anwalt gezeigt?

Nach dem Justizminister trat in der Abgeordnetenkommission der Polizeiminister Hammerstein auf, um allen Behauptungen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bezüglich des Haushalts für die russischen Spitzel in Berlin zu widersprechen. Auch dieser Minister rechnete fest mit Straflosigkeit und dem Beifall der Landtagsmehrheit.

Doch so leicht, wie er es sich vorstellte, kam er nicht davon. Der »Vorwärts« begann gleich am zweiten Tag mit der Veröffentlichung einer ganzen Reihe authentischer Zeugenaussagen verschiedener Einwohner aus der Gegend von Berlin, die Wort für Wort die Erklärung Bebels und des Rechtsanwalts Haase aus Königsberg im Reichstag bestätigten.<sup>49</sup> Hammersteins Märchen stellten sich Punkt für Punkt als Lüge heraus. Und der weitere Verlauf des Prozesses in Königsberg weist den Wert der schrecklichen, von Schönstedt gebrauchten Zitate nach.

Am Donnerstag gab Genosse Haase aus Königsberg beiden Ministern im Reichstag die gehörige Antwort.<sup>50</sup> Der Versuch der Regierung, sich reinzuwaschen, endete damit, sich in noch größerem Maße als Werkzeug der Zarenknete kompromittiert zu haben.

Gazeta Ludowa. Nr. 17. 28. Februar 1904. S. 1.

## Aus Russland

### *Opfer des Despotismus*

Die Gerichtskomödie in Kischinow hat stattgefunden. Die Schuldigen an den antijüdischen Unruhen – die Zarenbeamten und die Polizei – kommen, wie sich versteht, unbestraft davon.<sup>51</sup>

49 Siehe Russenparlament. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Nr. 45. 23. Februar 1904. S. 1; Die Akten des Herrn v. Hammerstein. Ebd. Nr. 46. 24. Februar 1904. S. 1/2, und Nr. 47. 25. Februar 1904. S. 3/4, sowie S. 81ff. des vorliegenden Heftes.

50 Siehe Der Zar von Preußen. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Nr. 50. 28. Februar 1904. S. 1.

51 Die »Gazeta Ludowa« hatte bereits am 28. Februar 1904 (Nr. 17) kurz über den Beginn des Prozesses berichtet: »In Kischinow ist in diesen Tagen vor Gericht der Prozeß wegen des Judengemetzels im April letzten Jahres fortgesetzt worden. Es geht um fünf Anklagen, über die vom Gericht noch nicht entschieden wurde. Natürlich werden auch diesmal, so wie bei den vor einigen Wochen abgehaltenen Prozessen, die wahren Schuldigen an der

Dafür wurden die Beteiligten am Gemetzel – finstere Werkzeuge der Regierung aus dem städtischen Pöbel –, die selbst wieder genau wie die ermordeten Juden Opfer des Despotismus sind, verurteilt. Das Gericht hat augenscheinlich gespürt, dass diejenigen, die auf der Anklagebank saßen, lediglich blinde und verblendete Vollstrecker eines fremden Willens gewesen sind. – Davon zeugen die verhältnismäßig milden Strafen, zu denen die Mörder verurteilt worden sind. Vor Gericht gestellt wurden insgesamt 68 Personen. Zwei von ihnen, die des Mordes an einem gewissen Kohn angeklagt waren, wurden freigesprochen. Von den des Mordes an dem Juden Ulman Angeklagten wurde der eine zu einem Jahr, der andere zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der dritte Angeklagte in dem Fall, ein gewisser Tomas Kirchow, wurde freigesprochen, obgleich dieser Bengel, wie Zeugenaussagen nachwiesen, nicht nur an dem Mord beteiligt gewesen war, sondern die Leiche auch noch in bestialischer Wut mit den Füßen getreten hat. Die beiden Petrescu-Brüder, die die Krupnik-Brüder umgebracht sowie einen jüdischen Lehrer schwer verletzt haben, wurden zu vier Jahren Strafkompagnie verurteilt. Das Leben der Juden zählt für die Regierungsmörder und die bestechlichen Zarenrichter offensichtlich wenig.

Gazeta Ludowa. Nr. 18.3. März 1904. S. 3.

## Eine schöne »Kolonial«-Bescherung

Eine unerwartete Nachricht hat die Gesellschaft in ganz Deutschland aufgewühlt: Prinz [Carl] Prosper von Arenberg, verurteilt wegen Mordes an einen wehrlosen Schwarzen in Afrika zunächst zu zehn Monaten Gefängnis, dann zum Tode, dann begnadigt vom Kaiser zu 15 Jahren Zuchthaus, hiernach wieder begnadigt zu 15 Jahren Gefängnis, ist nun schließlich am Sonnabend, den 4. März [1904], völlig aus der Verantwortung entlassen worden.<sup>52</sup>

antijüdischen Barbarei, die Regierung und ihre Liebediener, die das ganze Gemetzel ausgelöst haben, straffrei ausgehen. Das gekaufte Gericht erlaubt den Anwälten der geschädigten Juden sogar nicht, die Beteiligung von russischen Beamten an dem ganzen Vorfall zu beleuchten, begrenzt sich auf die Verurteilung der blinden Werkzeuge aus dem städtischen Pöbel.« (S. 3.)

52 Die Tat wurde 1899 vom Kolonialoffizier Arenberg (1875–1948) begangen. Rosa Luxemburg hatte in Agitations- und Wahlkampfreden mehrmals auf den Fall verwiesen, so auch



Die Prozessrevision des überführten Mörders wurde von seiner Familie angestrengt nach dem Prinzip, der Täter sei unzurechnungsfähig und geisteskrank. Die Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Berlin am 3. und 4. März haben allerdings gezeigt, dass der junge Prinz bereits von Geburt an wohl zum Verbrechertyp neigt. Wie das alte Dienstpersonal im Fürstenpalast der Arenbergs bezeugte, wies der werte Sprössling aus dem Aristokratengeschlecht schon als Kind moralischen und geistigen Sittenverfall auf. Den größten Spaß habe der kleine Prosper gehabt, wenn er wehrlose Geschöpfe quälen konnte. Lebenden Fischen seien die Augen herausgerissen, den Kätzchen die Pfoten abgeschnitten worden, um sie von Hunden zerreißen zu lassen, einem kleinen Hündchen aber habe er selbst einmal den Schwanz abgeschnitten. Bereits älter, beim Militär jetzt Oberleutnant, hat er die Soldaten malträtierte, die ihm Unterstellten, sich Trinkgelagen hingeeben, den Kognak flaschenweise hinunterkippt und sich mit den Weibern vergnügt. Später, in die Kolonie nach Afrika als Befehlshaber einer deutschen Militärstation geschickt, hat er die Soldaten gepeinigt, vor allem aber die Tiere und die schwarze Bevölkerung, hat erbarmungslos auf Frauen eingepeitscht.

Wie die vorhergehenden Verhandlungen bereits gezeigt hatten, hat Prinz von Arenberg seinen Mord an dem Schwarzen namens Wilhelm Kain wohl deshalb ausgeführt, weil er einen lustvollen Blick auf das Weib des Schwarzen geworfen und dieses begehrt hatte.

Nach irgendwelcher Misshelligkeit hatte er befohlen, Kain in Fesseln zu legen, mit der Faust dessen Gesicht blutig geschlagen, worauf es laut den Zeugen zu nachfolgender Szene gekommen war: Der Prinz hatte dem Soldaten Kieberger befohlen, den gefesselten Schwarzen zu erschießen. Der Soldat hatte zunächst den Befehl überhört, musste dann aber seinem Vorgesetzten gehorchen und dem wehrlos am Boden liegenden Schwarzen ins Bein schießen. In Deutsch schrie der Unglücksrabe jetzt auf: »Warum bringt ihr mich um?« Daraufhin kam der Prinz näher und schoss, selbst blutverschmiert, dem Schwarzen in den Kopf. Der Unglückliche lebte immer

in der Provinz Posen Ende Mai 1903 (siehe Rosa Luxemburg: Wahlkampfreden am 29. Mai 1903 in Kolmar in der Provinz Posen. In: GW. Bd. 6. S. 482). – In derselben Ausgabe vermeldete »Gazeta Ludowa«: »Fürst Arenberg, der Mörder (siehe Leitartikel), wurde in eine private Irrenanstalt in Ahrweiler eingewiesen.« (S. 2.) Der »Vorwärts« hatte den Fall am 6. März 1904 (Nr. 56) in einem Leitartikel kommentiert. Der Verlag der Zeitung veröffentlichte bereits im April 1904 ein Heft der Sozialdemokratischen Agitationsbibliothek mit dem Titel »Prinz Arenberg und die Arenberge«.

noch, war sogar bei vollem Bewusstsein. Jetzt befahl Arenberg dem Soldaten, mit dem Degen die Brust zu durchbohren. Als das Opfer selbst dann noch ein Lebenszeichen von sich gab, schlug der Prinz dem Schwarzen eigenhändig den Gewehrkolben durch die Wunde in den Kopf, sechsmal wohl, und drang ins Gehirn seines Opfers vor, solange, bis der Schwarze den Geist aufgegeben hatte.

Die Haare stehen einem zu Berge, wenn von solcher Mordtat zu lesen ist, und kaum zu glauben ist, dass die Bestie, die zu solcher Abscheulichkeit fähig ist, ein normaler Mensch sein soll. Und dennoch werfen sowohl der Prozess wie dessen Ausgang jede Menge bohrender und beunruhigender Fragen auf.

Zunächst einmal, wieviel verurteilte Mörder es geben mag, die wie Prinz Arenberg geisteskrank sind und dennoch in aller Seelenruhe aufs Schaffot oder ins Zuchthaus gebracht wurden. Wir Sozialdemokraten sind entschieden gegen die Todesstrafe, überhaupt gegen Strafhäuser, wir glauben nicht daran, dass ein Gefängnis irgendwelchen Verbrecher bessern könnte. Jedenfalls fragen wir: Wären die Rollen vertauscht gewesen, hätte also der unglückliche Schwarze den Prinzen von Arenberg umgebracht, hätte sich dann die öffentliche Meinung so viel Umstand und so viel Mühe gemacht, um dessen Geisteszustand zu untersuchen? Oder noch anders, wenn der Mörder nämlich ein einfacher deutscher Soldat gewesen wäre, also kein Prinz mit reicher und einflussreicher Verwandtschaft, hätten dann der Soldat oder dessen Familie die entsprechenden finanziellen Mittel aufbringen können, um Beweise vorzulegen, damit der Prozess revidiert wird und die Freilassung erfolgt?

Doch die wichtigste Frage: Was ist von einer Kolonialpolitik zu halten, wenn sie dazu führt, dass geistesranke und degenerierte Verbrecher von Geburt solch eine grenzenlose Macht über Leben und Tod der unglücklichen Bevölkerung in den Kolonien erlangen können?

Wundert es da noch, wenn die Herero jetzt lieber sterben wollen statt weiterhin die Herrschaft deutscher »Kultur« anzuerkennen, wird die doch von solchen Bestien repräsentiert wie Peters, Wehlan, Leist und Prinz von Arenberg?<sup>53</sup>

53 Heinrich Leist (1859–1910), Jurist und Kolonialbeamter, ließ 1893 in Kamerun als Vertreter des beurlaubten Gouverneurs u. a. Frauen dienstverweigernder afrikanischer Soldaten auspeitschen, was zu heftigen Unruhen führte und einen Aufstand auslöste, der im Februar 1894 zum Gegenstand von Reichstagsdebatten wurde. [Fortsetzung S. 112 *oben*.]

[Fortsetzung von S. 111, Fn. 53: Ernst Wehlan, Gerichtsassessor in Kamerun, galt als brutaler Kolonialbeamter, der Leist zu decken versucht hatte. Carl Peters (1856–1918) war wegen seiner barbarischen Herrschaftsmethoden als Reichskommissar für das Kilimandscharogebiet in Deutsch-Ostafrika (1891–1893) berüchtigt. Nachdem August Bebel »Hänge«-Peters Verbrechen im Reichstag zur Sprache gebracht hatte, musste dieser 1896 entlassen werden. (Siehe Ein schwarzer Tag für die deutsche »Kolonialpolitik« ... In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Nr. 63. 14. März 1896. S. 1.]

Gazeta Ludowa. Nr. 20. 10. März 1904. S. 1.

## Revision im Dreyfus-Prozess

Das Oberste Kassationsgericht hat ein Urteil erlassen, wonach der Dreyfus-Prozess in die Revision gehen und ergänzende Untersuchungen aufgenommen werden sollen. Die Gerichtsverhandlungen wurden von der französischen Öffentlichkeit sehr ruhig aufgenommen, selbst in der Presse konnte aus diesem Grunde keine besondere Aufregung festgestellt werden. Doch ist es erst einige Jahre her, da hatte die Dreyfus-Sache ganz Frankreich tieferschüttert, war für längere Zeit die Achse gewesen, um die herum sich das ganze gesellschaftliche und politische Leben gedreht hat, und manchmal schien es, als drohe jeden Augenblick die Revolution auszubrechen. Mehrere Minister mussten im Zusammenhang mit der »Affäre« den Rücktritt einreichen, ganz Frankreich teilte sich in zwei gegnerische Lage – die Dreyfus-Anhänger und die Dreyfus-Gegner –, die mit angehaltenem Atem den Fortgang der Angelegenheit verfolgten.

Der Inhalt der Angelegenheit dürfte noch einigermaßen gegenwärtig sein. Dreyfus, Artilleriehauptmann beim Generalstab, wurde des Hochverrats und der Weitergabe von Geheimdokumenten der französischen Armee an die deutsche Regierung bezichtigt. Das Kriegsgericht verurteilte ihn, wie sich später zeigte unter dem Einfluss des Kriegsministers und alle Richtlinien sowie Erfordernisse eines Gerichtsverfahrens verletzend, zu lebenslangem Gefängnis auf der Todesinsel. Als sich nach einiger Zeit herausstellte, dass nicht Dreyfus, sondern ein gewisser Major Esterhazy den Hochverrat verübt hatte, dass also das Gericht einen Unschuldigen verurteilt hatte, setzten das Kriegsministerium und der Generalstab alles dran, um nur nicht den Gerichtsirrtum einräumen und die »Autorität« der Kriegsbehörden erschüttern zu müssen, wobei Zuflucht genommen wurde zur Fälschung der Dokumente, zu unverschämter Lüge und weiteren Mitteln wie den Frei-

spruch des wirklichen Verräters. Doch der leidenschaftliche Kampf, von zahlreichen Fortschrittsblättern sowie den Sozialisten losgelöst, führte zum halben Erfolg. Die Regierung musste nachgeben, 1900 ging der Prozess in die Revision. Das neue Gericht, zusammengesetzt aus Offizieren, hat natürlich erneut Dreyfus' »Schuld« festgestellt, dem dann aber wegen der offenkundigen Schande dieses Urteils nur noch zehn Jahre Verbannung aufgebremmt, woraufhin die Regierung sich beeilte, ihn zu »begnadigen«, von aller Strafe freizusprechen. Dreyfus ließ es dabei nicht bewenden, verlangte die erneute Revision, damit seine Ehre wiederhergestellt werde, dem das Kassationsgericht nun auch nachgekommen ist. Jetzt kann angenommen werden, dass diesmal die Revision zum Erfolg geführt hat, dass Dreyfus völlig freigesprochen wird. In jedem Fall bleibt die Dreyfus-»Affäre« auf immer die schändlichste Seite in der Geschichte des heutigen Militarismus.

Gazeta Ludowa. Nr. 20. 10. März 1904. S. 3.

## »O Polen! Willst du jung dich wieder zeigen ...«<sup>54</sup>

In »Dziennik Poznański«, »Orędownik« und »Goniec« erschien die Deklaration der polnischen Jugend aus Berlin, unterzeichnet mit »Einer für alle«, in der gegen die Erklärung von Minister Hammerstein protestiert wird, wonach die polnische Jugend beteiligt gewesen sei an den Versammlungen der russischen Jugend in Berlin. Hier geht es um die Versammlungen wegen der kriecherischen Haltung der preußischen Behörden vor dem Zaren und dessen Spitzeln sowie wegen des Kriegs. In der Deklaration wird erklärt:

»Selbst für den Fall, dass es den russischen revolutionären Studenten gelungen wäre, tatsächlich eine solche öffentliche Kundgebung auf die Beine zu stellen, hätten wir daran weder einen aktiven noch einen passiven Anteil genommen, allerdings nicht, um die Antipathie zu bekunden, die wir gegenüber Russland tatsächlich hegen, sondern aus nachfolgenden Gründen:

54 Verszeile aus dem ersten Gesang von Juliusz Slowackis Versepos »Beniowski«. Hier zitiert nach ders.: Beniowski. Eine Versdichtung. Übersetzt und herausgegeben von Hans-Peter Hoelscher-Obermaier. Frankfurt am Main 1999. S. 16. Im Original: »O Polsko! jeśli ty masz zostać młodą ...«.

1) Unter unseren Bedingungen politische Versammlungen abzuhalten, um die Freude auszudrücken wegen der »Niederlagen der russischen Waffen«, erachten wir von unserem Standpunkt aus als eine politisch unreife Tat, denn sie bringt uns keinerlei realen Nutzen; wir erachten es als unschicklich für die polnischen Studenten, sich mit Sachen zu gefährden, die keinerlei realen Nutzen bringen, und für solche Sachen Zeit und Kraft zu vergeuden.

2) Nach unserer Auffassung ist es unsere Pflicht, alle moralischen und materiellen Kräfte für die eigene Angelegenheit einzusetzen und sich um die eigenen Interessen auf reinem polnischem Grund zu sorgen.«<sup>55</sup>

Der sogenannten feinen polnischen Gesellschaft sollte die Schamröte ins Gesicht steigen wegen einer solchen »Jugend«, denn die ist ja nun vom gleichen Schlage wie die Sprösslinge aus der Gesellschaft all dieser Veröhnler und Zarendiener. Die polnische Jugend entsagt aller Solidarität mit der russischen Jugend bei der revolutionären Aktion, um nicht Zeit und Kraft zu vergeuden!! Na klar, das Karrieremachen, das Streben nach einem guten Posten als Anwalt oder Arzt ist natürlich von zählbarem Nutzen, anders, als sich der Gefahr auszusetzen, nach Sibirien oder ins Gefängnis zu kommen, oder seine Karriere in Deutschland zu gefährden. Um diese schamlose politische Abstinenz zu bemänteln, müssen wieder die eigenen polnischen Interessen erhalten. Eine nationalistische Phrase, ein Feigenblatt für die reaktionäre Verdorbenheit und die Karrieresucht – das ist der ganze geistige Inhalt der polnischen bürgerlichen Jugend unter der Dreiteilung. Es nimmt also nicht Wunder, wenn einzelne angesehenere Vertreter der Jugend dieser Verderbtheit fliehen – unter das Banner der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Gazeta Ludowa. Nr. 21. 13. März 1904. S. 2–3.

55 Es konnte nicht ermittelt werden, woraus die Autorin zitiert.

## Aus Norwegen

### *Frauengleichberechtigung*

Die höhere Kammer im norwegischen Parlament (zu vergleichen mit dem Preußischen Herrenhaus) hat kürzlich einen Beschluss gefasst in der Frage, ob Frauen bei der Besetzung staatlicher Ämter das gleiche Recht zustehe wie den Männern. Mit einer Mehrheit von 46 zu 41 Stimmen wurde entschieden, die ganze Angelegenheit auf unbestimmte Zeit zurückzustellen. Interessant ist aber, dass sich Minister Hagerup<sup>56</sup> mit ganzer Entschiedenheit für die Gleichberechtigung der Frauen aussprach und gegen die Zurückstellung der Frage auf »irgendwann« auftrat. »Ich finde keinen Grund«, sagte der Minister, »weshalb man Frauen daran hindern sollte, in Beamtenposten einzutreten, wenn sie die nötige Qualifikation dazu haben. [...] Man sollte ihnen die Türen öffnen allerorts, wo man keinen besonderen Grund hat, sie zu schließen. Man wird nichts damit erreichen, die Sache noch weiter hinauszuschieben.«<sup>57</sup>

Angesichts einer solchen Haltung der Regierung und der höheren Kammer, die trotz ihres konservativen Charakters die Sache nur mit einer knappen Mehrheit von fünf Stimmen zurückgewiesen hat, ist es wohl sehr wahrscheinlich, dass die norwegischen Frauen in naher Zukunft das entsprechende Recht bekommen werden.<sup>58</sup>

56 Francis Hagerup (1853–1921) war in der betreffenden Zeit von 1903 bis 1905 Ministerpräsident Norwegens. Er galt als wichtigster Verfechter für Frauenrechte unter den norwegischen Konservativen.

57 Hier wiedergegeben nach dem Wortlaut in der Notiz »Keine Frauen als Staatsbeamte« im »Vorwärts«, vom 10. März 1904. Die hier ausgelassene Textpassage lautet: »Man wendet wohl ein, dass die weibliche Natur der Ausübung einiger Amtshandlungen hinderlich sein würde, aber dieser Uebelstand, über den Männer nicht so gut urteilen können, wird sich von selbst regeln.« (S. 4.)

58 *Gazeta Ludowa*. 14. Januar 1904 (Nr. 4): »Die norwegische Regierung erarbeitet ein Projekt aus, mit dem die Frauen einen Zugang zu allen öffentlichen Ämtern bekommen sollen, vorausgesetzt, sie haben die entsprechende Qualifikation, wie sie von den Männern verlangt wird, und sind in jeder Hinsicht für diese Stelle geeignet. Ausgeschlossen bleiben Frauen allerdings von bestimmten Ämtern, nämlich vom geistlichen Dienst, vom Polizeidienst, Konsulardienst und natürlich vom Militärdienst. Die norwegischen Arbeiterinnen arbeiten bereits jetzt ohne die Erlaubnis der gnädigen Regierung in den Fabriken und auf den Feldern, sind »gleichgestellt« im Elend wie Arbeit mit dem männlichen Proletariat. Die neuen Gesetze sind also hauptsächlich ein Geschenk für die bürgerlichen Damen.« (S. 3.)

In Preußen wäre ein solcher Minister, falls sich ein solcher überhaupt finden ließe, wohl als ein Narrenkopf oder als gefährlicher »Umstürzler« bezeichnet worden. Auch deshalb leben wir im Paradies der Junker und der Prosper von Arenbergs.<sup>59</sup>

Gazeta Ludowa. Nr. 21. 13. März 1904. S. 3.

## Aus Frankreich

### *Büros der Arbeitsvermittlung*

Der Gesetzentwurf, der die Reform der Arbeitsvermittlung anstoßen soll, wurde von der Deputiertenkammer zusammen mit jenen Änderungen angenommen, die der Senat eingeführt hat. Die Geschichte dieser Reform ist lang und voller größter Anstrengungen seitens der Arbeiter, um ein Verbot der privaten Vermittlungsbüros zu erwirken, die die Arbeiter auf unerhörte Weise ausbeuten und den Unternehmern im Streikfalle eifrig die »arbeitswilligen« Streikbrecher zuführen. Über einige Tatsachen dieses Arbeiterkampfes haben wir seinerzeit berichtet. Jene Versammlung zahlreicher Handlungsgehilfen an der Pariser Arbeitsbörse (Kartell der Gewerkschaften), die mit einem brutalen Polizeieinsatz und der Misshandlung der wehrlosen Teilnehmer an der Versammlung durch die Pariser Polizei beendet wurde, wurde vor allem wegen der verhassten Büros durchgeführt.<sup>60</sup> Auch der fehlgeschlagene allgemeine Streik der Pariser Bäcker hatte zum Ziel, den Senat zur Annahme des Gesetzes gegen die Privatbüros in derselben Gestalt zu zwingen, wie sie zuvor von der Deputiertenkammer angenommen worden war. Die Kammer hatte u. a. zur Pflicht erhoben, alle Privatbüros im Laufe von fünf Jahren zu beseitigen, wobei die Entschädigung für die Eigentümer der geschlossenen Büros neben den Gemeindeverwaltungen teilweise von der Staatskasse übernommen werden sollte. Es war klar, dass der Senat, dessen Zustimmung erforderlich ist, der aber viel reaktionärer zusammengesetzt ist als die Kammer und weitaus mehr auf die Geldinteressen der verschiedenen kapitalistischen Gruppen achtet, den Gesetzentwurf möglichst zum Nachteil der Arbeiter verändert.

59 Siehe S. 107ff. des vorliegenden Heftes.

60 Die Versammlung in der Pariser Arbeitsbörse fand Ende Oktober 1903 statt.

Ein obligatorisches Verbot der Privatbüros wird es in dem geänderten Entwurf nicht mehr geben. Diese Frage soll nach dem Gutbefinden der einzelnen Gemeinden gelöst werden. Um aber die Gemeinden von solchen Verboten abzuschrecken, hat der Senat die Entschädigungskosten nun ausschließlich den Gemeindekassen aufgebürdet. Damit hat das neue Gesetz für die Arbeiter nahezu jeden Wert verloren. Die Sozialisten haben dennoch zugestimmt, in der Hoffnung nämlich, dass zumindest in mehreren großen Städten, in denen die Sozialisten in den Gemeindevorständen zahlreich vertreten sind, sich auf Basis dieser dürftigen »Reform« eine Beseitigung jener Privatnester der Ausbeutung einführen lässt.

Gazeta Ludowa. Nr. 22. 17. März 1904. S. 3.

## Gefängniszucht

Die Sozialdemokratie strebt die politische Machtergreifung an, um die bestehende Gesellschaftsordnung völlig aufzuheben: die Lohnarbeit, die Klassenherrschaft, die heutige Gesetzgebung, das heutige Gerichtswesen, das heutige System der Kindererziehung usw. Kurz, unser Ziel besteht darin, die jetzigen verdorbenen gesellschaftlichen Einrichtungen, die auf dem Unrecht gegen das Volk gegründet sind, zu beseitigen – je schneller, desto besser.

Wie sehr die Veränderung der gesellschaftlichen Institutionen von Grund auf ein dringendes Erfordernis ist, wird jeden Tag aufs Neue bewiesen.

So haben deutsche Zeitungen, und keinesfalls sozialistische, schreckliche Torturen ans Tageslicht gezogen, denen in den deutschen Gefängnissen Straftäter ausgesetzt sind, die ihre Gefängnisstrafe absitzen.

Die Gefängnisstrafe ist bereits als solche unmenschlich und ein großer Fehler. Das Gefängnis bessert die Straftäter nicht, es demoralisiert sie nur. Dem Verbrechen muss vorgebeugt werden, indem das materielle Dasein der ärmsten Schichten verbessert wird, mittels der Bildung und indem solche Erscheinungen wie der Militarismus beseitigt werden, die auf die Bevölkerung stark demoralisierend wirken. In vielen Fällen sollten die Straftäter mit einer Erbkrankheit geheilt werden. In jedem Fall ist das Gefängnis kein Heilmittel gegen Leichtsinns, Grausamkeit oder Unehrllichkeit.



Solange Gefängnisse nun aber weiterbestehen werden, fordern wir zu recht, dass diejenigen, die dort ihre Strafe absitzen, auch wie Menschen behandelt werden, nicht wie das Vieh, dass sie zusätzlich zum traurigen Los nicht auch noch Qualen erleiden müssen! Währenddessen spielen sich in den Gefängnissen nachfolgende Dinge ab:

Im März 1900 wurde in das Gefängnis Plötzensee der arme russische Jude Sklerow eingeliefert, verurteilt, weil er in seiner letzten Not jemandem die Uhr gestohlen habe. Der arme Schlucker machte bereits auf den ersten Blick hin den Eindruck eines geistesabwesenden Menschen. Statt die im Gefängnis vom Gefangenen geforderte Arbeit abzuleisten, pflegte er den lieben Tag lang zu sitzen, starrte dabei gedankenlos auf den einen Punkt. Die Gefängnisaufsicht hielt ihn für einen »hartnäckigen Faulenzer«, wollte ihm die Flausen austreiben mit regelmäßigem Arrest und Einschränkung der Mahlzeiten. Sklerow verbrachte so 70 Tage im Arrest, verweigerte die Nahrung. Als man ihn schließlich ohne Lebensgeist und zum Skelett abgemagert auf dem Zellenboden fand, stellte der Gefängnisarzt fest, es mit einem kranken Menschen zu tun zu haben, woraufhin der Unglücksrabe vom Gefängnis in die Irrenanstalt überführt wurde!

Ein anderer Fall: Der jugendliche Mörder Grosse, dessen Vater im Delirium am Suff verstarb, der selbst aber an Epilepsie litt, also unzurechnungsfähig war, wurde Anfang 1899 ins Gefängnis eingeliefert, obwohl der Gefängnisarzt drängte, ihn in ein Krankenhaus zu bringen. Der Aufenthalt im Gefängnis, in einer Zelle mit vielen anderen Gefangenen, regte Grosse dermaßen auf und ruinierte ihn, so dass der Arzt erneut forderte, den Gefangenen schnell ins Lazarett zu bringen. Unwillig traktierte die Gefängnisdirektion den Kranken zusätzlich mit Strafen, behauptete, er simuliere die Krankheit nur. Der Unglückliche wird bis heute im Gefängnis gehalten, ihm wird die Rettung von einer schrecklichen Krankheit verweigert, dessen Briefe aber zeigen: Die Gefängniszucht tut das ihrige – der Junge fällt immer mehr in den Schwachsinn!

Schließlich ein drittes Beispiel. Im Gefängnis in Brandenburg saß ein gewisser Höhne seine Strafe ab, der an der rechten Hand dermaßen stark zitterte, dass er weder arbeiten noch Briefe an die Ehefrau schreiben konnte. Die Gefängnisdirektion behauptete, dass H. »simuliere«, erlaubte trotz flehender Bitte der Ehefrau, eine Nachricht vom Ehemann zu bekommen, diesem nicht, jemandem anderen den Brief zu diktieren, um die Ehefrau zu beruhigen. Damit nicht genug, zur Strafe wurde ihm das Korbflechten

aufgebrummt, doch wegen der kranken Hand war er gar nicht in der Lage dazu, so dass er aller Augenblicke zu Arrest und Hunger verdonnert wurde, um die »Widerspenstigkeit« zu brechen. Nach einem Jahr solcher Torturen wurde der Arzt gerufen, der feststellte, dass der Gefangene ernsthaft leide an der zitternden Hand und sich nicht eigne für ...

Solche Qualen müssen hinter den Gefängnismauern jeden Tag tausende unglückliche Menschen aushalten, die vernachlässigte Erziehung, Elend, Erbkrankheiten vom rechten Weg abgebracht haben, der vom Strafkodex abgegrenzt ist!

Doch das ist beileibe nicht nur die Folge gewöhnlicher Schikane der Gefängnisbeamten. Wäre es so, beträfe es gleichermaßen alle Gefangenen, zu welcher Klasse auch immer sie gehören. Doch was sehen wir? So einen wie den Prinzen von Arenberg, einen Mörder von Geburt an, der im Gefängnis goldene Zeiten durchlebt hat und jetzt, für geisteskrank befunden, mit der ersten Eisenbahnklasse in eleganter Aufmachung und einer Havanna im Mund in die »Privattheilstätte« an den Rhein gefahren ist, wo er herrschaftlich untergebracht ist und alle Annehmlichkeiten hat.<sup>61</sup> Solch einen wie den Berliner Millionär Sternberg, verurteilt wegen Kindesmissbrauch, der im Zuchthaus sitzen und dabei seine Buchhalter empfangen konnte, um denen Anweisungen zu geben für das Bankgeschäft.

Für die Prinzen und Millionäre, für die degenerierte Aristokratie und Bourgeoisie legt die Gefängnisadministration samtene Handschuhe an, um solchen Gefangenen das Leben zu versüßen. – Nur für die armen Wichte, für die Opfer des Elends, für die Straftäter aus dem einfachen Volk sind die Gefängnisse die Stätten moralischer und körperlicher Tortur. Der Unterschied in der Klassenzugehörigkeit verschwindet in der heutigen Gesellschaft selbst hinter den Gefängnismauern nicht: Dort bleibt der »Herr«, selbst wenn er ein Halunke ist, ein Herr; und der arme Wicht ist verurteilt zur Misshandlung. Schön ist diese kapitalistische Welt, die so häufig ihr »Christentum« herausstellt ...

Gazeta Ludowa. Nr. 25. 27. März 1904. S. 1.

61 Siehe S. 107ff. des vorliegenden Heftes.

## Gewissensfreiheit

Wie oft konnte jeder Genosse schon hören, dass die Sozialdemokraten dem Volk die »Religion wegnehmen« wollten, dass sie den »heiligen Glauben entehren« und die Arbeiter zwingen würden, »Gottesleugner« zu werden! In Wirklichkeit können nur diejenigen so über die Sozialdemokratie herziehen, die nichts von ihr wissen, oder aber jene, die bewusst verleumden. Zu den Grundsätzen der sozialistischen Lehre zählt die Gewissensfreiheit, die völlige Freiheit und Toleranz in Bezug auf Glauben und Überzeugungen. Doch auch diesmal, wie sonst eigentlich auch immer, weisen die Vorwürfe zurück auf diejenigen, die die Sozialdemokratie so vorwurfsvoll verleumden.

In Beuthen in Oberschlesien hat ein Prozess stattgefunden, der auf exemplarische Weise zeigt, dass es keine schlimmeren Schänder von Gewissen und Religion gibt als die oberschlesischen Zentrumspriester.<sup>62</sup>

Vom 23. bis 25. März [1904] wurde vor dem Landgericht in Beuthen ein Prozess verhandelt, den Kardinal Kopp aus Breslau gegen die Redaktion von »Górnoślązak« angestrengt hatte, weil der Kardinal sowie dessen Unterstellte in Oberschlesien in einem bestimmten Zeitungsbeitrag beleidigt worden seien, in dem die Agitation der oberschlesischen Priester für das Zentrum und gegen die polnischen Kandidaten während der Wahlen im letzten Jahr scharf kritisiert worden waren.<sup>63</sup> Der beschuldigte verantwortliche Redakteur<sup>64</sup> von »Górnoślązak« berief sich, um die Wahrheit der

62 Der »Vorwärts« berichtete am 25., 26., 27. und 29. März 1904 ausführlich über den Prozess.

63 »Die Beleidigung soll [am 23. Dezember 1903] begangen sein durch den Abdruck eines Artikels des Warschauer Blattes »Przeład Katolicki«, der eine scharfe Kritik der Stellung des Kardinals und seiner oberschlesischen Geistlichen zum Polentum enthält. Es sei, heißt es u. a. in dem Artikel, eine Lüge, wenn der Kardinal das Centrum als die einzige sittlich erlaubte politische Partei für die Katholiken bezeichne und die Solidarität mit dieser Partei als Gewissenspflicht des Katholiken fordere. Die deutsche Sprache werde dem Volke nicht nur in der Schule, sondern auch in der Kirche aufgedrängt; die Kanzeln verwandelten sich in politische Tribünen und widerhallten von unwürdigen und unchristlichen Ausfällen gegen die Gefühle und Ueberzeugungen der Ortsangehörigen, welche auf Schritt und Tritt mit der typischen deutschen Grobheit behandelt und von den eignen Seelenhirten mit Füßen getreten werden. Die Folgen seien verderblich für den Glauben und die Kirche und führten dazu, daß immer größere Scharen des polnischen Volkes zur Fahne des Socialismus und der Konfessionslosigkeit schwören.« (Kardinal Kopp-Prozeß. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Nr. 72. 25. März 1904. S. 6.)

64 Anton von Wolski.

Behauptungen in dem Beitrag zu beweisen, auf bald 80 Zeugen aus der oberschlesischen Bevölkerung, der Staatsanwalt aber hatte seinerseits einige Geistliche in den Zeugenstand zu Gericht gerufen. Damit standen also Klerus und Schäfchen Auge in Auge vor Gericht, die Öffentlichkeit hatte Gelegenheit mit anzusehen, wie hoch doch gewisse Diener der Kirche den Glauben und die religiösen Gefühle bei ihren Schäfchen schätzen.

So kamen in langer Reihe die Zeugen anmarschiert – Bauern, Arbeiter, Kaufleute –, sie alle bestätigten laut, dass die Priester auf schimpflichste Weise Druck auf ihr Gewissen ausgeübt hätten, um sie von der Unterstützung der Korfanty-Partei und vom Lesen polnischer Zeitungen abzubringen.<sup>65</sup>

Wir führen an dieser Stelle einige Kostproben aus dem Zeugenstand an: Jan Piszczek, Zimmermann aus Bogutschütz im Kreis Kattowitz, sei vor Weihnachten zur Beichte bei Kaplan Pucher gewesen, der ihm die Absolution verweigert habe, weil er »Górnoślązak« lese. Noch am selben Tag sei er zur Beichte ins Kloster gegangen, wo er die Absolution erhalten habe; allerdings habe er dem Priester nicht mitgeteilt, dass ihm Kaplan Pucher dies zuvor verweigert habe und weswegen. Der Zeuge war in der Kirche zugegen, als Probst Skowronek von der Kanzel den Pfarrkindern, die weiter hinten standen, zugerufen habe: »Kommt doch näher, wie ich sehe, alles Korfanty-Jünger!« Und zu einer Frau gewandt: »Und ihr Ewa, ihr seid also auch eine von denen!« In der Kirche habe es große Aufregung gegeben, als verkündet worden sei, dass denjenigen keine Absolution erteilt werde, die »Górnoślązak« lesen, auch nicht in Alwernia oder in Krakau<sup>66</sup>, nirgends!

Kaufmann Jewaszyński aus Oppeln sagt aus, dass Kaplan Schubert ihm die Absolution verweigert habe, weil er »Gazeta Opolska«<sup>67</sup> halte, die angeblich Beiträge veröffentlicht habe, in denen der Kardinal und die Geistlichkeit beschmutzt würden. Um die Absolution zu empfangen, habe er schließlich versprochen, »Gazeta Opolska« nicht mehr zu lesen, doch als Kaufmann habe er das nicht unterlassen können.

Der Zeuge Rogowski aus Oppeln habe die Absolution vor Weihnachten durch Kaplan Schubert erst erhalten, nachdem er versprochen hatte, bis zur nächsten Beichte keine »Gazeta Opolska« mehr zu lesen. Er halte sie weiter.

65 Siehe S. 74ff. des vorliegenden Heftes.

66 Alwernia und Krakau lagen im zu Österreich-Ungarn gehörenden Galizien.

67 Die Zeitung bezeichnete sich als »Politische Zeitung für das polnisch-katholische Volk«.

Der Hausbesitzer Franciszek Mańka aus Opoln habe von Priester Leszczyka die Absolutin erst unter ähnlichen Bedingungen wie Ragowski empfangen. Jetzt halte die Ehefrau »Gazeta Opolska«.

Stefan Ryszka aus Schoppinitz<sup>68</sup>: Sei am 3. Februar zur Beichte in Rosdzin<sup>69</sup> gewesen und habe die Absolution erhalten. Als die Kommunion näher gerückt sei, habe Kaplan Wojtok ihn gefragt, ob er gebeichtet habe, »Górnoślązak« zu halten, falls nicht, solle er weggehen; der Zeuge sei weggegangen, ohne die heilige Kommunion zu bekommen. Letztes Jahr im Dezember habe er keine Absolution mehr bekommen, allein deshalb, weil er »Górnoślązak« halte.

Der Handelsvertreter Ludwik Korus aus Schoppinitz. Am 30. Januar [1904] sei er von Kaplan Wojtok aus der Kirche vertrieben worden! Er sei Zeuge gewesen, als Probst Abramski eine Frau aufgefordert habe, für die Vertreter von »Górnoślązak« den Hammer bereitzulegen und diese aus der Bude zu verjagen.

August Radomski aus Chropatschow. Kaplan Salzmann habe ihm an Allerheiligen nach der Beichte die Absolution verweigert, weil er nicht von »Górnoślązak« ablassen wolle. Erst nachdem er versprochen habe, von der Zeitung zu lassen, habe er die Absolution erhalten.

Und so weiter ohne Ende. Einige Dutzend Zeugen sagten unter Eid aus, dass die katholischen Priester Kanzel und Beichtstuhl für politische Propaganda gegen eine Partei und eine Zeitung missbrauchten, weil die ihnen missfallen habe, dass sie die religiösen Gefühle mit Füßen getreten hätten, weil die Absolution denjenigen verweigert worden sei, die es gewagt hätten, eine Zeitung zu lesen, die den Priestern missfalle.

Und dieser ganze, von den Priestern verübte Zwang gegen das Gewissen der gläubigen Bevölkerung hatte die Unterstützung der Zentrumsparlei zum Ziel, der wir die Hungertarife, die Ausgaben für Kanonen, für das Militär und die Marine verdanken, jener Partei, die sich bei jedem Schritt an den Interessen der armen arbeitenden Bevölkerung vergeht.

Der Eindruck der Zeugenaussagen war für den Zentrum-Klerus dermaßen niederschmetternd, so dass Kardinal Kopp seine Klage telegrafisch zurückzog und der Prozess mitten im Verlauf abgewürgt wurde.<sup>70</sup> Herr Korfanty

68 Polnisch Szopienice, heute Stadtteil von Katowice.

69 Polnisch Roździeń, heute Stadtteil von Katowice.

70 Am 16. Juni 1904 druckte »Gazeta Ludowa« (Nr. 48) folgende Meldung ab: »Bischof Kopp hat sich nach Oberschlesien gegeben, um die Frage des Beuthener Prozesses offen-

schlüpfte bei Gelegenheit in die Rolle des empfindsamen Sohnes der Kirche, ersuchte selbst den Kardinal um Zurücknahme der Klage, um der katholischen Kirche nicht weiter zu schaden. Herr Korfanty hat ein weiteres Mal geschickte Werbung für sich gemacht.<sup>71</sup> Doch hier geht es nicht um ihn. Vor Gericht hat eigentlich die Zentrums politik in Oberschlesien gestanden, der Prozess, selbst wenn er nicht beendet wurde, hat vor aller Welt aufgezeigt, dass nicht die Sozialisten dem Volk die »Religion wegnehmen«, sondern die Priester, die in Diensten des Zentrums sowohl Sozialisten wie Nationalisten verfolgen.

Gazeta Ludowa. Nr. 26. 31. März 1904. S. 1.

## Die Osterfeier

Die gesamte Christenwelt begeht jetzt die Auferstehungsfeier für Jesus von Nazareth, dem Begründer der christlichen Religion. Ein tiefer Gedanke steckt in diesem Fest, ein Gedanke, der die Menschheit in ihrem ganzen historischen Zug erleuchtet, dies der Gedanke: die Unbesiegbarkeit der Idee der Wahrheit, die mit keiner Verfolgung, mit keiner Gewalt noch mit Zwang niedergerungen werden kann. Aus den Schlägen der Gewalt, aus dem Hagel von Verfolgung steht die Idee der Wahrheit siegreich auf, so wie die Frühlingssonne, die jedes Jahr um diese Zeit strahlend aus dem grauen Winternebel hervorkommt.

sichtlich endgültig zu beruhigen. Er erteilte am Sonnabend in Tarnowitz in Oberschlesien die Firmung und sprach in der dortigen Pfarrkirche. In seiner Rede hob er die Notwendigkeit hervor, die Glaubensruhe zu behüten und berief sich dabei auf die gemeinsame Arbeit zu diesem Ziel zwischen dem Bischof und dem ihm untergeordneten Klerus, die das gemeinsame Ziel verbinde wie die Weise zu denken, die weder Hass noch Verhöhnung durch die Welt trennen könnten: »Der Bischof und der Klerus sind gegenseitig auf sich angewiesen«. Interessant wäre, ob während der eine engelhaft Sanftmut ausströmenden Rede nicht jemand doch laut an den kriegerischen Brief des Breslauer Bischofs während des Wahlkampfes im letzten Jahr erinnert hat?« (S. 4.)

71 Darüber berichtete der »Vorwärts« am 26. März 1904 (Nr. 73): »Der Zeuge Reichs- und Landtagsabgeordneter Korsanty giebt eine längere Darstellung der Vorkommnisse bei der Verweigerung seiner kirchlichen Trauung [...] Zeuge hat sich über das Verhalten der oberschlesischen Geistlichen beim Papst beschwert, doch ist die Sache noch nicht entschieden.« (S. 5.)

Die Idee des Christentums, die an der Neige der Herrschaftszeit des antiken Roms ein gewaltiger historischer Fortschritt und eine neue Wahrheit gegenüber dem morschen, zusammenfallenden römischen Staat gewesen war, der auf Sklaverei gegründet war, die Idee des Christentums siegte trotz aller Verfolgung, wie sie seine Verbreiter und Apostel erfahren haben. Diese neue Wahrheit und Idee des Fortschritts, das Evangelium der Erlösung für die Millionen von unterdrückten Menschheit ist heute – die Lehre des Sozialismus. Sie ist, wie damals das Christentum für die Versklavten, ein Labsal, die Errettung, die Wiedergeburt für eine gewaltige Schar von Leidenden und Geschädigten, mit dem Unterschied allerdings, dass da, wo die christliche Lehre den Versklavten Verzicht und Demut eingeflößt hat, der Sozialismus dem heutigen Proletariat die Notwendigkeit des Kampfes gegen gesellschaftliches Unrecht, die Pflicht zur Ausmerzungen desselben aufgibt. Wie das Christentum die Unterdrückten und Ausgebeuteten mit der Verheißung des Paradieses in der jenseitigen Welt erfreute, so weist der Sozialismus den Weg zu Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Menschen bereits in dieser Welt – durch die Einrichtung einer Gesellschaft auf der Grundlage gemeinsamen Eigentums.

Die Idee des Sozialismus, die seit Jahrzehnten so viel Verfolgung erfährt seitens der herrschenden Klassen, lässt sich weder zurückdrängen noch niederhalten mit Gewalt. Über alle Schwierigkeiten und Hindernisse hinweg führt sie Millionen arbeitende Menschen auf der ganzen Welt im Kampf zum Sieg, durch die Kälte und Dunkelheit des kapitalistischen Systems hin zum Frühling und zur Sonne in einem besseren gesellschaftlichen System, in dem es keine Ausgebeuteten und Bedrückten geben wird, sondern nur Gleiche und Freie. Und wenn die bewusste, stark zusammenhaltende Arbeiterklasse aller Länder siegt und ihr gesellschaftliches Ideal verwirklicht, so wird es die erste wirkliche Auferstehungsfeier sein – für die gesamte Menschheit!

Gazeta Ludowa. Nr. 27. 3. April 1904. S. 1.

## Soldatenmisshandlung

Die Zeitungen verbreiten die Ergebnisse von Gerichtsprozessen wegen Misshandlungen von Soldaten im ersten Quartal des laufenden Jahres. Es zeigt sich, dass im Lauf der letzten drei Monate 63 deutsche Unteroffiziere und Offiziere Strafen erhielten wegen Misshandlungen der Unterstellten. In der Summe ergaben die Urteile 11 Jahre, 4 Monate und 26 Tage Gefängnis unterschiedlichen Grades, vom schweren Gefängnis bis zum Zimmerarrest. Über die Hälfte der zusammengezählten Urteile entfielen natürlich auf Preußen, ganz nach den Worten von Reichskanzler Graf Bülow, dass »Preußen in Deutschland vorne, Deutschland in der Welt vorne« sei.

Wenn berücksichtigt wird, dass die Gerichtsurteile wegen misshandelter untergegebener Soldaten allgemein im höchsten Maße zu den milden zählen, wenn weiterhin berücksichtigt wird, dass überhaupt nur von einem Teil der Prozesse über Soldatenmisshandlung in der Öffentlichkeit informiert wird, weil an den Militärgerichten die Öffentlichkeit ganz ausgesperrt werden kann, wenn schließlich berücksichtigt wird, dass nur die geringste Zahl von Misshandlungen der Soldaten bis zur Gerichtsverhandlung kommt, weil die nämlich sich für gewöhnlich gar nicht trauen, gegen ihre Peiniger zu klagen, dann geben die mitgeteilten Prozessergebnisse eine solche Vorstellung von den Missständen im deutschen Militär, dass einem die Haare zu Berge stehen!

Nach offiziellem Gerede ist der Militärdienst ein Dienst am Vaterland, ist der ehrenvollste Dienst, der angeblich den Menschen erhöht, der einen verdienten Staatsbürger aus ihm macht, eine Zierde seines Landes ... In Wirklichkeit bedeutet der Militärdienst in der heutigen Gesellschaft für das einfache, arbeitende Volk körperliche Qual, materiellen Ruin und moralische Erniedrigung. Denn welcher erwachsene und moralisch integre Mensch kann es ertragen, strammzustehen ohne Bewegung, damit ein Bursche in Uniform ihn rücksichtslos ohrfeigt, ihn mit den Füßen tritt, ihn beschimpft mit den schändlichsten Worten? Der heutige Militärdienst hat natürlich das moralische und geistige Niedertreten des arbeitenden Volkes zum Ziel, um es zu einem kraftlosen und blinden Werkzeug jener Verbrechen zu machen, die zum Handwerk des Militarismus gehören.

Betrachten wir den jetzigen russisch-japanischen Krieg, betrachten wir den deutschen Krieg in Schwarzafrika! Dort müssen die russischen und



japanischen Soldaten, Arbeiter und Bauern, losgerissen von nützlicher und ehrlicher Arbeit, auf Befehl ihrer Kommandeure sich gegenseitig auf die schrecklichste Weise umbringen, obwohl sie überhaupt keinen Grund haben, gegenseitig Feind zu sein, obwohl kein ehrliches Interesse, keinerlei Notwendigkeit sie zu diesen verbrecherischen Morden drängt. Nein – weder Wille noch Wunsch, auch nicht der Verstand, sondern der Befehl von oben und der blinde, hündische Gehorsam richten die ruhigen und ehrsam russischen und japanischen Arbeitern zu vor Blut triefenden, rücksichtslosen Bestien ab.

Und hier verordnen die Deutschen die Jagd auf die Schwarzen, um, nachdem denen Freiheit, Ruhe und Auskommen genommen ward, jetzt den Boden und die Ehre zu entreißen. – Die Bauern und Arbeiter aus Pommern, aus Posen, aus Bayern, denen nie eine Schwarzer etwas Schlimmes angetan hat, machen jetzt irgendwo in der Sandwüste Afrikas Jagd auf die armen Schwarzen, morden, rauben und vergewaltigen die Frauen. Wird wenigstens einer von denen das tun aus eigenem Antrieb und mit Bedacht? Nein, allein die eiserne Militärdisziplin macht im Krieg aus dem Soldaten ein Tier, einen Brudermörder, einen Mordbuben. Zunächst wird er zwei Jahre lang misshandelt, erniedrigt, entehrt in den Kasernen, um ihn danach wie einen abgerichteten Hund auf andere loszulassen ...

Die Verbrechen des heutigen Militarismus hängen so eng miteinander zusammen, wie die Glieder einer Kette. Die Soldatenmisshandlung in Friedenszeiten, die Kriegsverbrechen, die Politik der militärischen Eroberung – das alles sind lediglich Blüten und Früchte an einem einzigen Ast, am Militarismus, der an einem einzigen Strauch wächst, der kapitalistischen Wirtschaft.

Gazeta Ludowa. Nr. 28. 7. April 1904. S. 1.

## Über den Sozialismus in England

Die Arbeiterbewegung und die Entwicklung des Sozialismus haben, angepasst an die besonderen Bedingungen, in jedem Land ein anderes Gesicht. Die merkwürdigste Erscheinung in dieser Hinsicht bietet jetzt England.

Eigentlich müsste England in diesem Punkt allen anderen Ländern vorausgehen. In England hat sich am frühesten die große Fabrikindustrie ausgebreitet, in deren Folge eine gewaltige Klasse kapitalistisch ausgebeuteter Proletarier entstand. Außerdem wurde in England viel früher als in anderen europäischen Ländern die absolute Monarchie beseitigt, politische Freiheit begann sich durchzusetzen, die sich auch schrittweise auf die arbeitenden Klassen erstreckte. Überhaupt begann die Arbeiterbewegung, der Kampf gegen die Ausbeutung und für politische Rechte in England sehr frühzeitig.

Bereits Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts, als in anderen Ländern an Arbeiterkampf und Arbeiterorganisationen noch gar nicht zu denken war, schlossen sich englische Arbeiter im Geheimen in Gewerkschaften zusammen, trotz schrecklicher Verfolgung seitens der Polizei und der Gerichte. In den 20er Jahren im letzten Jahrhundert begann auch die erste politische Bewegung englischer Arbeiter, die sogenannte Bewegung der Chartisten, die breite Volksmassen umfasste und zwanzig Jahre anhielt. Die Chartisten kämpften für das allgemeine Wahlrecht zum Parlament, überhaupt für die bürgerliche Gleichberechtigung gegenüber der Klasse der Bourgeoisie und der Aristokratie, außerdem für den zehnstündigen Arbeitstag.

In den 70er und 80er Jahren erreichten die Arbeiter das volle Koalitionsrecht und brachten derart starke Gewerkschaftsorganisationen hervor, dass die Kapitalisten ihnen zum größten Teil auch ohne Streik nachgaben. Den Gewerkschaften gelang es, für ihre Mitglieder ganz erträgliche Arbeitsbedingungen durchzusetzen, was die Bindung der Arbeiter an die Gewerkschaftsorganisationen und die Disziplin in denselben weiter stärkte.

Doch hier endet der Fortschritt der Arbeiterbewegung in England. Weiter als bis zu den hervorragend organisierten Gewerkschaften ist das englische Proletariat bislang nicht gekommen. Für Lohnverbesserungen und Kürzungen des Arbeitstages kämpft es aufopferungsvoll, doch versteht es nicht die Notwendigkeit der völligen Aufhebung von kapitalistischer Ausbeutung, also den sozialistischen Kampf. In seinen politischen Anschauungen ist der englische Arbeiter bislang im Schnitt ein gewöhnlicher Bourgeois

– entweder Konservativer oder höchstens Liberaler, der den sozialen Umsturz, den die Sozialisten anstreben, und die Befreiung des Volkes vom Joch des Kapitalismus für »Einbildung« hält.

Statt der einen starken sozialistischen Partei, wie in Deutschland, bestehen in England gleich drei sozialistische Richtungen. Die eine ist die sogenannte Sozialdemokratische Föderation<sup>72</sup>, die bereits seit 24 Jahren besteht und die auf dem Boden der allgemeinen Grundsätze der deutschen Sozialdemokratie steht, dabei vor allem darum bemüht ist, die Theorie des Sozialismus selbst zu verbreiten, die Lehre von der Ausbeutung des Kapitals, vom Klassenkampf, von den Grundlagen der künftigen Gesellschaft usw. Die zweite Richtung ist die Unabhängige Arbeiterpartei<sup>73</sup>, die sich seit dreizehn Jahren hauptsächlich bemüht, die Arbeiter aufzurütteln, um eine eigenständige politische Partei zu schaffen und eigene Abgeordnete ins Parlament zu schicken. Schließlich die dritte Richtung, die sogenannte Fabianische Gesellschaft<sup>74</sup>, die sich lediglich um die Unterstützung verschiedener Sozialreformen kümmert, sich zu diesem Zweck an einzelne Vertreter aus allen Gesellschaftsschichten ohne Unterschied wendet.

Der Sozialismus hat es bislang in keiner dieser Richtungen geschafft, die geistige Führung über die Arbeitermassen in England zu erreichen. Die Arbeiter halten sich zum kleineren Teil an ihren Gewerkschaften fest, zum größeren Teil fristen sie völlig gedankenlos ihr Leben, suchen geistigen Trost bei religiösen Sekten, geben sich den verschiedenen Sportarten hin, sind leidenschaftliche Liebhaber von Pferderennen – und Alkohol.

Erklären lässt sich diese merkwürdige Erscheinung nur damit, dass der große Wohlstand, den Industrie und Handel vor 40, 50 Jahre in England geschaffen haben, sich wenigstens ein bisschen auch auf einen gewissen Teil der Arbeiter ausgedehnt hat. Organisiert in den Gewerkschaften, haben sie sich, nachdem sie erträgliche Bedingungen für sich erreicht haben, vom »Pöbel« der unorganisierten Masse zurückgezogen, fühlen sich – eingeschlossen in blindem Egoismus – wie Arbeiteraristokratie, die keine Sorge mehr trägt für die Befreiung der niederen Schichten des Proletariats. Diese Schichten aber schaffen es alleine noch nicht, auf den Weg des Klassenkampfes einzuschwenken, getäuscht von den ewigen Versprechungen der bürgerlichen Parteien und der breiten politischen Freiheit, die diese ausnutzen.

72 Social-Democratic Federation, 1881 gegründet.

73 Independent Labour Party, 1893 gegründet.

74 Fabian Society, 1884 gegründet.

Allerdings kann dieser Zustand in England nicht lang anhalten. Dass auch die Gewerkschaften die Notwendigkeit einer eigenständigen politischen Partei für die Arbeiter zu verstehen beginnen, wird mit der Tatsache bestätigt, dass die Gewerkschaften vor vier Jahren selbst ein Komitee für die Vertretung der Arbeit gewählt haben, welches sich der Schaffung einer neuen Arbeiterpartei widmet. Dem Komitee ist bereits eine Million organisierter Arbeiter beigetreten. Gleichwohl kann eine Arbeiterpartei in England, wie überall, nur auf dem Boden eines sozialistischen Programms entstehen, also nur mit dem Zusammenschluss der oben angeführten sozialistischen Parteien.

Zu Ostern fanden die jährlichen Parteitage dieser Parteien statt, womit wir hoffen dürfen, dass sie wieder einen Schritt hin zur Bildung einer entsprechenden sozialistischen Massenbewegung in England getan haben.<sup>75</sup>

Gazeta Ludowa. Nr. 29. 10. April 1904. S. 1.

75 Über die Parteitage berichtete die Zeitung eine Woche später in einer kürzeren Meldung: »Während der Feiertage fanden die Jahreskongresse der wichtigsten sozialistischen Parteien Englands statt. Wie wir geschrieben haben, ist die sozialistische Bewegung hier ziemlich schwach, vor allem im Vergleich zur mächtigen Berufsbewegung, die in den Gewerkschaften ungefähr zwei Millionen Arbeiter zusammenschließt. Der Kongreß der am längsten bestehenden sozialistischen Organisation, der Sozialistischen Föderation, fand in Burnley statt. Es war der 24. Kongreß der Partei, an dem 69 Delegierte teilnahmen. Von den Beschlüssen, denen eine allgemeinere Bedeutung zukommt, wobei sich der überwiegende Teil der Beratungen hauptsächlich mit Fragen der Parteorganisation beschäftigt hatte, verdient eine Resolution Aufmerksamkeit, laut der die Föderation alle Anstrengungen zu unternehmen hat, um alle englischen Sozialisten in einer Partei zu vereinigen. Zudem hat der Kongreß seine Zufriedenheit darüber ausgedrückt, daß die Agitation für den Zoll in England wahrscheinlich eine Niederlage einstecken wird, außerdem wurde ein Beschluß angenommen, in dem gegen den von der Regierung genehmigten Transport chinesischer Arbeiter in die afrikanischen Kolonien protestiert wird, was zum Ziel hat, die Löhne der dortigen »weißen«, also europäischen Arbeiter zu senken. Auf dem Kongreß der zweiten sozialistischen Organisation, der Unabhängigen Arbeiterpartei, der in Cardiff abgehalten wurde, waren 140 Delegierte anwesend. Der Bericht über die Lage der Partei zeigte erfreuliche Fortschritte bei der Zunahme der Mitgliedschaft, bei den Einnahmen sowie Erfolge bei den Lokalwahlen. Es wurde ein Beschluß angenommen, der ein gesondertes Arbeitsministerium sowie staatliche Fürsorge und Hilfe für Arbeiter im Falle von Erwerbslosigkeit fordert. Auch dieser Kongreß protestierte gegen die Zollagitation und den Transport von Chinesen nach Afrika. In den Parteivorstand wurde zwei Frauen gewählt.« (Gazeta Ludowa. Nr. 31. 17. April 1904. S. 3.) – Die Partei-bezeichnungen wurden aus der Quelle übernommen und übersetzt. Siehe auch Der Sozialismus in Großbritannien. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Nr. 81. 7. April 1904. S. 1.

## Aus Portugal

### *Etwas über die sozialistische Bewegung*

Über die sozialistische Bewegung in Portugal kann selten etwas in der sozialistischen Presse gelesen werden, wohl auch deshalb, weil die Organisation und die Aufklärung der Arbeitermassen hier nur langsam voranschreiten. Umso interessanter sind dann Angaben, die über den Sozialismus in Portugal in einer belgischen Zeitung zu lesen sind. 1875 ist in der Hauptstadt Lissabon die sogenannte Gesellschaft des 18. März entstanden, die bald darauf Zentrum der jungen Arbeiterbewegung wird, den Grund unter einer sozialistischen Partei legt und für diese ein Programm des Handelns ausarbeitet.<sup>76</sup> Der erste Parteikongress fand 1877 in Lissabon statt, der zweite in Porto, der dritte 1879 wieder in der Hauptstadt.<sup>77</sup> Während der ganzen Zeit ihres Bestehens hatte die Partei mit gewaltigen Schwierigkeiten und Hindernissen zu kämpfen. Zunächst der starke Einfluss, den die bürgerlichen Parteien, vor allem die Republikanische Partei, in der Arbeiterklasse erreichen konnten, außerdem die unter den portugiesischen Arbeiter außerordentlich starken anarchistischen Strömungen, die bekanntlich auch im benachbarten Spanien viele Anhänger finden. Hauptsächlich aber schaden die Spaltungen in der Partei selbst der Entwicklung sozialistischer Organisationen. Wenn außerdem noch die schreckliche Armut beachtet wird, unter der die Arbeiter hier leben, damit einhergehend die Zurückgebliebenheit sowie der maßlose Einfluss der Geistlichkeit, die die Volksschichten fanatisiert und verdummt, dann nimmt es gar nicht Wunder, dass die sozialistische Bildung bislang in Portugal nicht solche gewaltigen Fortschritte machen konnte, der sich die Arbeiterparteien in dieser Hinsicht in allen anderen europäischen Ländern innerhalb der letzten dreißig Jahre erfreuen konnten.

Gazeta Ludowa. Nr. 29. 10. April 1904. S. 3.

76 Als Gründungsdatum der Partido Socialista Português (PSP) gilt der 10. Januar 1875. Die Partei bestand bis 1933. Im Juni 1871 hatte die Internationale Arbeiterassoziation erste Emissäre nach Portugal geschickt, 1872 war auch Paul Lafargue nach Portugal gekommen. In Erinnerung an die Pariser Kommunarden wurde ein Verein des 18. März [1871] ins Leben gerufen.

77 Am 1. Parteitag 1877 hatten 23 Vereine und insgesamt 48 Delegierte teilgenommen, am 2. Parteitag 1878 17 Vereine und 48 Delegierte.

## Die Gesundheit der Schulkinder

Vom 4. bis 9. April [1904] fand in Nürnberg der I. Internationale Kongress für Schulhygiene statt.<sup>78</sup> In allen europäischen Ländern, ferner in den Vereinigten Staaten und in Japan wurden Organisationskomitees gebildet, so dass an dem Kongress viele Gelehrte und Fachleute teilnahmen.<sup>79</sup> Die französische Regierung hatte die Bedeutung des Kongresses verstanden und für die Teilnehmer den Preis jeder Fahrkarte auf 50 Prozent gesenkt.

Der Kongress stellte sich zur Aufgabe, Meinungen und Erfahrungen zum Gesundheitszustand der Schulkinder auszutauschen sowie gemeinsame Grundsätze bezüglich der Mittel festzusetzen, um die Gesundheit der lernenden Jugend zu schützen und zu verbessern.

Das ist ein überaus ehrbares Ziel. Die Ärzte, Pädagogen und Gelehrte, die in Nürnberg in klugen Worten auf die Notwendigkeit verwiesen, der Gesundheit von Kindern mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken, sind sicherlich Menschen besten Glaubens und breitesten Wollens. Mit jeder Menge an interessantem und wichtigem Material zum Gesundheitszustand an den Schulen konnte sich auf dem Kongress vertraut gemacht werden. Und dennoch können wir leider nicht den Enthusiasmus in den bürgerlichen deutschen und polnischen Blättern teilen, die vom Nürnberger Kongress überaus wichtige praktische Ergebnisse erwarten.

Niemand wird natürlich bestreiten, wie sehr beispielsweise Prof. [Friedrich] Erismann aus Zürich richtigliegt, wenn er verlangt, dass beim Bau von Schulen auf die entsprechende Anordnung der Fenster und auf die Beleuchtung in den Schulzimmern zu achten ist.<sup>80</sup> So äußerte der Hamburger Lehrer [H.Th. Matth.] Meyer den sehr gesunden Gedanken, dass die Schulen eigentlich nicht in gemauerten Gebäuden, sondern als transportable

78 Siehe Bericht über den I. Internationalen Kongress für Schulhygiene, Nürnberg 4.–9. April 1904. Nürnberg 1904. Bd. I–IV. – Der »Vorwärts« veröffentlichte am 8. April 1904 (S. 5) und am 12. April 1904 (S. 6) ausführliche Berichte.

79 Aus dem Königreich Polen waren laut Teilnehmerliste im Tagungsband Stanisław Kopczyński (1873–1933) als Vertreter der Warschauer Hygienischen Gesellschaft, ein Schuldirektor und zwei Schuldirektorinnen aus Warschau sowie einige weitere Teilnehmer aus Warschau bzw. Płock vertreten. Posen und andere Städte der Provinz hatten laut Übersicht keine offiziellen Vertreter zum Kongress entsandt, was auch für die Städte in Oberschlesien gilt. (Siehe Bd. I. S. 74/75.)

80 Prof. Dr. Friedrich Erismann (1842–1915) gehörte dem permanenten Internationalen Komitee der Konferenz an und war dort als Vorstand des Gesundheitswesens in Zürich vertreten. Zu Referat und die Diskussion siehe Bd. I. S. 286–305.

Pavillons eingerichtet werden sollten.<sup>81</sup> Noch schnellere Reformen mahnte Dr. [Friedrich] Schwend<sup>82</sup> aus Stuttgart an, wenn er Dinge bemängelt wie das jetzige System der alljährlichen Prüfungen, die übertriebene Pflege von Fremdsprachen an den Schulen, die gedankenlose Art und Weise, die Geschichte zu unterrichten, die das Gehirn des Kindes mit jeder Menge toten Ballastes vollpumpe, so dass ihm nicht die Landesgeschichte beigebracht werde, sondern die Geschichte der Herrschergeschlechter usw.

Diese und viele weitere Äußerungen von Kritik waren, wie gesagt, überaus angebracht und interessant. Doch berührt das alles unserer Meinung nach nicht den Kern der Sache.

Vor allem müssen bei der Kindergesundheit die Volksschulen von den mittleren und höheren Schulen unterschieden werden. Die beiden letzten Schulkategorien, die von der bürgerlichen Jugend besucht werden, sind die Gesundheitsanforderungen bereits jetzt mehr oder weniger berücksichtigt. Am wichtigsten jedoch ist hierbei, dass die Schuljugend von zu Hause eine noch nicht geschwächte Gesundheit mitbringt.

Alle misslichen Bedingungen indes, miserable Gebäude, Enge, Dunkelheit und Feuchtigkeit, treten mit ganzer Wucht in der Volksschule auf. Und hier treffen die widrigen Umstände der Schule zudem auf Organismen, die seit frühester Jugend mit den beiden Plagen des Arbeiterlebens konfrontiert sind: mit Entbehrung und übermäßiger Arbeit.

Von welcher geringen Bedeutung mag zum Beispiel die Beleuchtung des Schulraums für jene Kinder sein, die oftmals zum Unterricht ohne Frühstück und ausgehungert kommen, die niemals ausreichend gesättigt sind! Welche geringe Entlastung bedeutet die Änderung des Prüfungssystems oder des Geschichtsunterrichts für die Jungen und Mädels, die in den Stunden nach dem Unterricht die Gesundheit gezwungenermaßen ruinieren müssen, weil sie für das Alter schwer schuften müssen entweder zu Hause oder außerhalb, um Geld zu verdienen! Und welche unübertreffliche Phantasie stellt schließlich der Gedanke an »transportable Pavillons« als Schulgebäude dar, wenn der Staat heute mit jedem Groschen für die Volksschule knausert, wenn die Volksschullehrer mit einem Hungerslohn abgespeist werden, um öffentliche Mittel für Militär, Kanonen und Kriegsschiffe anzuhäufen!

81 So im Tagungsband namentlich aufgeführt: Hauptlehrer, I. Vorsitzender der Hamburger Schulsynode. – Zu Referat und Diskussion siehe Bd. I. S. 306–318.

82 Im Tagungsband ausgewiesen als Prof. Dr. Friedrich Schwend aus Stuttgart (siehe Bd. I. S. 73).

Derjenige, der die Sache nüchtern betrachtet, muss sich sagen: Von einem Gesundheitsschutz für die Schuljugend in den breitesten Bevölkerungsschichten kann solange keine Rede sein, bis einerseits das herrschende politische System soweit verändert wird, dass die Kulturausgaben nicht völlig an den Rand gedrückt werden und der Militarismus nicht völlig das Vermögen der Bevölkerung verschlingt. Andererseits solange der Wohlstand des arbeitenden Volkes nicht wenigstens soweit abgesichert ist, dass die Schuljugend im Elternhaus sowie in der Schule selbst genügen Unterstützung erhält, dass sie völlig freigestellt ist von Erwerbsarbeit.

Kurz gesagt: Alle Träume von großen Reformen im Schulwesen für die Gesundheit der Kinder bleiben Träume, solange der heutige Militarismus, die heutige Ausbeutung der Bevölkerung und die Kinderarbeit bestehen bleiben. Um die Schule zu heilen, müssen die jetzigen sozialen Verhältnisse geheilt werden, muss der Kapitalismus mit seinen entsetzlichen Resultaten in der Politik und in den wirtschaftlichen Verhältnissen bekämpft werden!

Das heißt nun aber ganz und gar nicht, mit den Reformen der Schuleinrichtung unbedingt solange zu warten, bis das sozialistische System kommt. Im Gegenteil, denn bereits jetzt führen die sozialistischen Parteien in ihren Programmen unter anderem diese Reformen auf: eine kostenlose Schulpflicht für alle, Gewährung der Mittel für Unterricht und Unterhalt der Schulkinder durch die Gesellschaft usw. Und sobald die Sozialisten, so wie in Frankreich, eine Mehrheit in den städtischen oder Landgemeinden erlangen, zählen die Schulreformen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung zu den ersten Maßnahmen.

Doch auf diesem Weg kann nur ein kleiner Teil der Schulen reformiert werden. Am wichtigsten aber ist, dass selbst diese kleinen Reformen nicht von den Regierungen und den herrschenden Klassen infolge der Einberufung von wissenschaftlichen Kongressen erwartet werden können, sondern allein auf dem Weg des Klassenkampfes der bewussten Arbeiter, auf dem Weg ihres Teilerfolges und ihrer Teilaktion im Sinne des sozialistischen Programms.



## [Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie]

Die niederländische Sozialdemokratie hat während den Osterfeiertagen in Dordrecht ihren 10. Parteikongress abgehalten.<sup>83</sup> Anwesend waren 114 Delegierte. Nach dem Rechenschaftsbericht des Parteivorstands sowie der Abgeordnetenfraktion erhob sich die Diskussion zur parlamentarischen Tätigkeit. Insbesondere wurde vom Abgeordneten Gen. van Kol eine Klärung verlangt, der im Parlament den Satz fallenließ, dass die Regierung einen Teil der Kolonien verkaufen solle, und zwar an Deutschland. Dieser Wunsch, dessen Umsetzung für die deutsche Sozialdemokratie eine unliebsame Überraschung wäre, hatte seinerzeit zu kritischen Bemerkungen in der Presse geführt. Eine gründliche Diskussion zur Kolonialpolitik wurde in Dordrecht allerdings verlegt ins kommende Jahr. – Zum Redakteur des Parteiorgans »Het Volk« wurde erneut Genosse [Pieter Lodewijk] Tak gewählt. Zur Zollpolitik referierte Genosse Troelstra, der sagte, dass die niederländische Partei beim Zoll völlig auf dem Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie stehe. Über den Generalstreik referierte Genossin Roland-Holst. Es wurde eine Resolution angenommen, die sehr wichtig ist, weil sie auch dem Internationalen Kongress in Amsterdam vorgelegt werden soll. In dieser wird erklärt, dass der Generalstreik, also die allgemeine Arbeitsniederlegung schlechthin, nicht möglich sei, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nicht mit einem einzigen Krafteinsatz in der Art eines Generalstreiks verwirklicht werden kann, dass aber der Massenstreik in den wichtigen Produktionszweigen in bestimmten Fällen der Durchsetzung weitreichender Reformen oder dem Zurückschlagen reaktionärer Anschläge auf die Rechte der Arbeiterklasse dienen könne; angesichts dessen warnt der Kongress die Arbeiter vor der anarchistischen Agitation für den Generalstreik, weil er gegen den Alltagskampf des Proletariats gerichtet ist, ruft sie auf zur Stärkung der Organisation, denn nur eine mächtige Organisation kann, wenn es nötig wird, den politischen Sieg des Generalstreiks sichern.

Gazeta Ludowa. Nr. 30. 14. April 1904. S. 3.

83 Der 10. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande wurde vom 3. bis 5. April 1904 in Dordrecht abgehalten. Der »Vorwärts« veröffentlichte am 9. April 1904 (Nr. 83) einen ausführlichen Bericht. (S. 5.)

## Aus Italien

### *Kongress der sozialistischen Partei*

In diesen Tagen hat in Bologna der 8. Kongress der Sozialistischen Partei in Italien stattgefunden.<sup>84</sup> Zum Zeitpunkt, in dem wir diese Zeilen niederschreiben, sind die Ergebnisse der Beratungen noch nicht bekannt, doch auch so kann gesagt werden, dass dem diesjährigen Kongress eine wichtige Bedeutung für das Schicksal und die künftige Entwicklung des Sozialismus in Italien zukommt. – Die Tagesordnung des Kongresses verweist auf eine ganze Reihe von Fragen, die das lebendige Interesse der italienischen Arbeiterklasse betreffen. Die Haltung der Sozialisten zum Steuersystem, zur Handelspolitik, zur Arbeitergesetzgebung sowie die Frage der Parteiorganisation sollen gründlich besprochen werden, es sollen entsprechende Beschlüsse angenommen werden. Doch der wichtigste Punkt der Beratungen, der ein großes Interesse auch außerhalb der italienischen Partei hervorruft, ist die Frage der Haltung, den die italienischen Sozialisten künftig gegenüber der Regierung und der monarchistischen Staatsform einnehmen sollen.

Bereits jetzt kann erwartet werden, dass es bei der Debatte zu dieser Frage unter den Delegierten heiß hergehen wird. Im italienischen Sozialismus gibt es bekanntlich und genau wie im französischen zwei Strömungen. Jene italienischen Genossen mit Enrico Ferri an der Spitze sind Verfechter der revolutionären Richtung, d. h. sie gehen davon aus, dass nur die Ergreifung der Staatsmacht durch das Proletariat mit dem Ziel, einen sozialistischen Umsturz durchzusetzen, die Arbeiterklasse von kapitalistischer Ausbeutung befreien könne, wobei sie voraussehen, dass die Arbeiterklasse in eine solche Position im Staat wahrscheinlich nur durch eine Revolution kommen werde.

Da sie Republikaner sind, sind sie zugleich entschiedene Gegner der jetzigen monarchistischen Staatsform in Italien und verlangen, dass die Sozialistische Partei keinerlei feste Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien oder mit der Regierung eingeht, sondern im Gegenteil, dass sie gegenüber denen die oppositionelle Haltung beibehält. Es ist, kurz gesagt, jene

84 Der 8. Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens wurde vom 8. bis 11. April 1904 in Bologna abgehalten. An ihm nahmen 884 Delegierte teil. Der »Vorwärts« veröffentlichte am 12. April 1904 (Nr. 85) einen ausführlichen Bericht. (S. 5/6.)

Richtung, die der Haltung der deutschen Sozialdemokratie entspricht, die vor allem auf dem Standpunkt des Klassenkampfes steht.

Die zweite Strömung im italienischen Sozialismus ist die reformistische. Ihr wichtigster Vertreter ist Filippo Turati. Dessen Anhänger machen sich faktisch wenig aus der proletarischen Revolution, die das kapitalistische System beseitigen würde, wobei sie allerdings vom Sozialismus reden. Die größte Aufmerksamkeit richten sie auf die Errungenschaften verschiedener Reformen zugunsten der Arbeiter, sind bereit, zur Erreichung dieses Zieles Allianzen mit bürgerlichen Parteien einzugehen, die Regierung unbedingt zu halten, so dass damit die Arbeiter vom Klassenkampf für den Sozialismus weggeführt werden. Auch die Revolutionäre streben natürlich Reformen zugunsten des Proletariats an, doch wissen sie, dass diese Reformen aus der Natur der Sache bei einer kapitalistischen Wirtschaft immer nur kümmerlich und halbherzig sein können, weshalb sie auf die völlige Beseitigung des Kapitalismus drängen. Die Reformisten aber sehen in diesen kümmerlichen Reformen die ganze Erlösung. Es wundert also nicht, wenn es bei so unterschiedlichen Ansichten über Grundsätze und Kampfweisen zwischen den Anhängern beider Richtungen auf dem letzten Parteikongress in Imola zu starken Auseinandersetzungen gekommen war, die sich auch leicht in diesem Jahr wiederholen könnten.<sup>85</sup> Auf den Verlauf des Kongresses werden wir noch zurückkommen.<sup>86</sup>

Gazeta Ludowa. Nr. 30. 14. April 1904. S. 3.

85 Der 7. Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens wurde vom 6.–9. September 1902 in Imola abgehalten.

86 Ein weiterer Bericht über den Verlauf des 8. Parteitags ist in »Gazeta Ludowa« nicht mehr erschienen. Einen ausführlichen Bericht veröffentlichte »Przegląd Socjaldemokratyczny«: Oda Olberg-Lerda: Po zjeździe w Bolonii [Nach dem Parteitag in Bologna], Nr. 4/5. April / Mai 1904. S. 136–142. – In dem Beitrag wird die Niederlage der Reformisten in der Ministeriumsfrage, also in der Frage einer eventuellen Beteiligung an einer bürgerlich geführten Regierung konstatiert.

## Aus Schweden

### *Vom Kampf für das allgemeine Wahlrecht*

Der Kampf der organisierten schwedischen Arbeiter um das Wahlrecht zum Parlament, der vor zwei Jahren so vielversprechend mit einem allgemeinen Streik begonnen hatte, hört nicht auf.<sup>87</sup> Die Arbeiter wollen sich nicht zufriedengeben mit einer halben Reform, die ihnen von der Regierung infolge ihrer energischen Aktion zugebilligt wurde, sondern fordern das gleiche und allgemeine Wahlrecht ohne Einschränkung.<sup>88</sup> Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben die Arbeiterorganisationen zu Ostern eine Vielzahl von Demonstrationen und Versammlungen in über 50 Städten im ganze Land organisiert. Überall wurde eine Resolution für das allgemeine Wahlrecht angenommen und Straßenumzüge durchgeführt. In Schwedens Hauptstadt, in Stockholm, nahmen trotz Regens über 9000 Menschen mit 60 Standarten und zehn Musikkapellen teil. In Malmö nahen 4000, in Örebro über 5000 Personen teil usw. Einige Versammlungen bürgerlicher Demokraten

87 Im Mai 1902 nahmen über 100000 Arbeiter an der Protestaktion teil, die die bislang größte außerparlamentarische Aktion politischen Charakters in Schweden gewesen war. Unter dem Eindruck des Generalstreiks nahm die liberale Mehrheit im Reichstag gegen den Regierungsvorschlag eine Resolution für die Einführung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts an. Zu einer gründlicheren Wahlrechtsreform kam es erst 1907, als die Zahl der Wähler faktisch verdoppelt wurde.

88 Am 7. April 1904 hatte »Gazeta Ludowa« (Nr. 28) folgende Notiz veröffentlicht: »In der Frage des Generalstreiks hat der Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie folgende Resolution angenommen: ›Der Parteivorstand erklärt, dass seiner Meinung nach eine solche Kraftprobe wie der Generalstreik in diesem Jahr nicht geplant werden kann, jedoch mit der Agitation begonnen wurde, um dem Parlament zu zeigen, was das Volk in der Frage des Wahlrechts verlangt, sie soll mit ganzer Energie ausgedehnt und weitergeführt werden.‹ Der nächste Parteitag wird auf Anfang Februar 1905 verlegt, weil auf dem Parteitag eine gründliche Diskussion darüber geführt und eine Entscheidung gefällt werden soll, an welche Taktik sich die Partei in der gegebenen Situation beim Kampf für das Wahlrecht halten soll. Zugleich hat die Exekutivkommission der Partei einen Aufruf an die schwedischen Arbeiter erlassen, in dem das von der Regierung ausgearbeitete Wahlrechtsprojekt scharf kritisiert wird und der Inhalt jenes Projekts erklärt, das von den sozialdemokratischen Abgeordneten im schwedischen Parlament vorgelegt wurde. Der Aufruf endet mit dem Ausruf: ›Schluß mit aller Puscherei beim Wahlrecht! Es lebe das anständige allgemeine Stimmrecht!‹« (S. 3.)

schlossen sich den Forderungen der Arbeiter an. Wir sehen auch hier das gleiche: Überall dort, wo es um Freiheit und Fortschritt geht, kämpft die Sozialdemokratie in der ersten Reihe, stemmt das ganze Gewicht der Kampagne.

Gazeta Ludowa. Nr. 30. 14. April 1904. S. 3.

## Schädlinge der Arbeiterbewegung

Das Zentralorgan unserer Partei, der Berliner »Vorwärts«, veröffentlicht am 13. April [1904] im Leitartikel Einzelheiten darüber, wie der Spion Adolf Spieler, ein Metallarbeiter, von den Berliner Genossen enttarnt worden ist.<sup>89</sup> – Die Geschichte ist aus einem doppelten Grund für die Posener Genossen interessant, denn Spieler hatte im letzten Jahr auch die Arbeiterbewegung in Posen zum Tätigkeitsfeld erkoren. Er war ja, wie man weiß, die heimliche Triebkraft der Opposition gegen Genossen Gogowski und die »Gazeta Ludowa«, er hatte zusammen mit Werner das »Beweismaterial« über die angeblichen 37 Abonnenten der »Gazeta Ludowa« an Genossen Ledebour überbringen lassen, er hatte aus Posen jene Proteste an den Dresdner Parteitag gesandt, er war es auch, der, bereits wieder in Berlin weilend, zusammen mit Werner und drei weiteren Genossen im »Vorwärts« den Protest gegen die Erklärung von Genossen Pfannkuch, Mitglied im Parteivorstand, in Sachen »Gazeta Ludowa« untergebracht hatte. Jetzt gibt es keinen Zweifel mehr, wer da seine Hände im Spiel gehabt hatte bei der Sache mit dem Einbruchsdiebstahl, der im Juni vorigen Jahres im Posener Kartell verübt wurde, bei dem der unbekannte und bislang von der Polizei unbehelligte Missetäter ungefähr 400 Mark an sich nahm und ... die gesamte Korrespondenz von Genossen Gogowski. Bezeichnend ist, dass die Polizei damals Spieler zwar als verdächtige Person festnahm, ihn bald daraufhin aber laufenließ aus Mangel an Beweisen. Tatsache ist aber, dass Spieler sich anschließend an verschiedene Personen mit diesen gestohlenen Briefen

89 Siehe Budde-Spitzel. Wie man einen Spion fängt. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Nr. 86. 13. April 1904. S.1: »Durch Zufall wurde dem Vertrauensmann des Eisenbahner-Verbandes bekannt, daß der in der Eisenbahn-Werkstatt Grunewald beschäftigte Schlosser Adolf Spieler sich der Polizeibehörde angeboten habe, für ein Monatsgehalt von 300 M. der Behörde alles auf den Hamburger Eisenbahner-Verband Bezügliche zu verraten.« – Hermann von Budde (1851–1906) war damals Staatsminister und preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten.

gewandt hatte, um diese als Hetzmaterial gegen die wichtigsten Funktionäre in Posen zu gebrauchen.

Nach dem Vorfall im Posener Kartell dachte Spieler offensichtlich, jetzt auf breiterem Feld wirken zu können, weshalb er sich nach Berlin begab. Dort wohnte er in Charlottenburg, nahm eine Tätigkeit als Schlosser bei den Eisenbahnwerkstätten auf und versuchte, die Charlottenburger Abteilung der Eisenbahnergewerkschaft zu provozieren, um sich als Gewerkschaftsvertrauensmann wählen zu lassen. Auf diese Weise hoffte er, in die inneren Vorgänge der Gewerkschaft vordringen zu können, um dann alle organisierten Gewerkschafter den Rachegehlüsten von Minister Budde vorzuwerfen und die Kollegen für einen Judaslohn auszuliefern.

Die Berliner Genossen haben aber zum Glück bereits ein geübteres Auge für die Spitzel als die Posener Genossen. Die verabscheuungswürdige Figur des Verräters Spieler rief hier vom ersten Augenblick den Argwohn hervor, so dass man den Vogel genauer unter die Lupe nahm. Am Sonnabend, dem 9. April [1904], gelang es schließlich, ihn nach allen Formalitäten zu entlarven.

Die Genossen unter den Eisenbahnern erfuhren durch einen Zufall, dass Spieler der Polizei seine Dienste angeboten hatte. Mit einem anonymen Brief wurde ein Stelldichein in einer Kneipe vereinbart, wo der Spitzel, weil er glaubte, es mit einem Polizeiamtlichen zu tun zu haben, einem der Berliner Genossen all seine nichtswürdigen Geheimnisse und Pläne anvertraute. Spieler gab zu, seit acht Jahren für 25 Mark monatlich im Sold der Polizei zu stehen, als Berufsspion nacheinander in Köln, Posen und Berlin eingedrungen zu sein und der Polizei nicht nur einmal Informationen zukommen gelassen habe. Jetzt aber wolle er mit seinen ehrbaren Diensten aufsteigen, weshalb er 300 Mark monatlich fordere! Als der frisch ins Netz gegangene Spion alles seine Absichten offengelegt hatte, stellte der angebliche Polizeiamtliche sich als ein Sozialdemokrat vor und stellte in Anwesenheit weiterer Genossen Spielers Entlarvung fest, der nun leichenblass geworden war und am ganzen Körper zitterte, sich verhielt wie ein ertappter Verbrecher.

Solcher Werkzeuge und Methoden bedient sich die Polizei also, um die Arbeiterbewegung niederzuwerfen! Sie versucht in die Reihen der für ihre Befreiung kämpfenden Proletarier einzudringen mit Hilfe solcher moralisch tief gesunkenen Missgeburten, solcher Existenzen, die für einen Schurkenlohn und nur, um nicht arbeiten zu müssen, bereits sind, die eigenen Brüder

zu verkaufen, die Existenz ehrbarer Arbeiter und Kämpfer für die allgemeine Sache zu zerstören. So wie die Polizei vor Spieler es vor einem Jahr in Oberschlesien mit einem gewissen Broja versucht hatte, der sogar als Reichstagskandidat aufgestellt worden war, bis er schließlich entlarvt wurde als ein Agent, der seine Dienste dem Polizeikommissar Medler zur Verfügung gestellt hatte.

Doch eine Lehre sollten insbesondere die Posener Arbeiter aus diesem Fall ziehen. Spieler war, wie wir bereits sagten, der wichtigste Aufrührer und Intrigant in Posen, der die leichtgläubigen, ambitionierten oder persönlich empfindlichen Genossen gegen die Führung der Posener Bewegung aufzuhetzen verstand. Mit Hilfe von Verbitterung, gegenseitiger Gerechtigkeit und Zerstrittenheit unter den Genossen hatte die Polizei ganz offensichtlich versucht, die Arbeiterbewegung in Posen ins Wanken zu bringen.

Mögen sich die Genossen durch dieses Beispiel erneut davon überzeugen, dass Unruhestiftung und Intrigen niemals aus ehrlichen Absichten entstehen. Gegenüber aller verborgener Aufwiegelei und Hetze sollte größtes Misstrauen angebracht sein und solche Personen sollten sofort gemieden werden, die die Arbeiterbewegung ins trübe Wasser locken wollen, wenn dort die Polizei im Trüben fischt.

Gazeta Ludowa. Nr. 31. 17. April 1904. S. 1.

## Hinter den Kulissen des siegreichen Japans

Jetzt, wo der Todeskampf zwischen Zarenrussland und dem offiziellen, bürgerlichen Japan tobt, reicht sich das bewusste Arbeitervolk beider Länder die brüderliche Hand, protestiert so gegen Kriegsverbrechen und Militarismus. Unter dem Gefechtslärm, der von den japanischen Panzerschiffen dröhnt, unter dem patriotischen Getöse und Geheul der bürgerlichen Fettbäuche und der verdummten Volksmeute Japans erheben unsere Genossen, die japanischen Sozialisten, mutig ihre Stimme gegen den Krieg, versuchen das trunkene Volk vom Delirium des Chauvinismus zu ernüchtern, um es vom Kampf gegen Russland um die Mandschurei weg- und zum Klassenkampf gegen die eigenen Ausbeuter und für seine Befreiung hinzuführen.

In Japans Hauptstadt Tokio erscheint einmal wöchentlich die illustrierte sozialistische Zeitung »Heimin Shimbun«. In dieser Wochenschrift erfahren wir, dass die japanischen Genossen seit Mitte März [1904] in Tokio regelmäßig jeden Sonntag öffentliche Versammlungen mit Vorträgen zum Sozialismus durchführen, um sich gegen Kriegsgetöse und die Epidemie des Chauvinismus zu wappnen, um gefestigt und mit Nachdruck die »gute Nachricht« von der Befreiung der Arbeiterklasse und der Verbrüderung der Völker zu verbreiten.

In dem Sonderbeitrag »Unsere Haltung zum Krieg« schreibt das erwähnte Blatt (in der Ausgabe vom 28. Februar [1904]):

»Wir, die Sozialisten Japans, treten mit ganzer Kraft gegen das populäre Kriegsgeschrei, gegen die jetzige Stimmungslage auf, um mündlich wie schriftlich unsere Ansichten zu verbreiten. Unsere Haltung zum Krieg darf selbst durch den Umstand nicht ins Wanken kommen, wenn nun das ganze Volk wegen unserer Siege auf dem Meer in Begeisterung ausbricht. Die Begeisterung im Volk steigt von Tag zu Tag, es ist bereit, der Regierung die benötigten Geldmittel zu gewähren. Als die Regierung vor zwei Wochen eine Anleihe von 100 Millionen Yen aufnehmen wollte, kamen die Bankiers in Tokio zusammen, woraufhin sie erklärten, den größten Teil dieser Summe selbst aufzubringen. Angesichts der Tatsache, dass die gesamte Bevölkerung sich gierig darauf stürzt, Anteile dieser Anleihe zu zeichnen, kann davon ausgegangen werden, dass bereits die dreifache Höhe der geforderten Summe zusammengekommen ist. Niemand im Land denkt jetzt auch nur einen Augenblick daran, welche fatalen Folgen der Krieg ganz gewiss haben wird. Selbst die arbeitende Bevölkerung denkt überhaupt nicht daran, dass der Krieg das verhängnisvollste Ereignis ist, das auf sie hereinbrechen kann, es träumt ernsthaft davon, dass sich seine Lage verbessern könnte durch das jetzige geschichtliche Unglück. Ein Zustand, so als wären alle vom Alkohol berauscht. Wer vor Frost bibbert, dem wird für einen kurzen Moment tatsächlich besser, wenn er einen Schluck Wodka zu sich nimmt, doch wird das Leiden anschließend nicht nur noch schlimmer, wenn die Wirkung des Alkohols nachlässt? Bleiben zumindest wir Sozialisten in dem ganzen Taumel nüchtern, schätzen wir kühl und wachen Sinnes die Situation ein. Ist ein Krieg zwischen Russland und Japan wirklich unausweichlich gewesen? War die Behauptung richtig, dass die Unabhängigkeit Japans in Gefahr stehe, wenn Russlands Streitkräfte nicht aus der Mandschurei vertrieben werden? Stimmt es etwa nicht, dass der Krieg nur einigen Kapitalisten



gewaltige Gewinne eingebracht hat, während den Proletariern das traurigste Schicksal bereitet wird? Solange diese Fragen nicht ausreichend beantwortet werden, solange können wir den ausgebrochenen Krieg weder als gut noch richtig einschätzen!«<sup>90</sup>

Anschließend zeigt das japanische Bruderorgan die grässlichen Einflüsse des kriegerischen Chauvinismus auf das zügellose Benehmen unter den Soldaten auf. Zwei angetrunkene japanische Offiziere malträtierten in Tokio einen Passanten nur deshalb, weil der ihnen nicht die »gebührende Ehre« bezeigt habe.

In einem anderen Ort (Hiroshima) führt sich ein japanischer Offizier in einem Hotel skandalös gegenüber einem leichten Mädchen auf, ein im Publikum weilender Journalist ermahnte ihn, woraufhin der Oberst mit solcher Wucht gegen diesen vorging, so dass es anderen Offizieren nur mit Mühe noch gelang, eine Gewalttat zu verhindern. Noch besser geht es in Osaka zu. Hier wollte sich ein gewisser Herr namens Nobutaka Doi aus dem Restaurant stellen, nachdem er gegessen und getrunken hatte, doch als der Gastwirt sich getraute, nach der Zeche zu fragen, fing der wie von Sinnen zu schreien an: »Was wollen sie von mir? Ich bin Offizier!«

Daneben finden wir Fakten, die zeigen, welche Früchte das Kriegsfieber den japanischen Arbeitern bringt. »Heimin Shimbun« führt den Brief eines Arbeiters aus den Kaiserlichen Waffenwerkstätten an:

»Seit Dezember letzten Jahres«, schreibt der japanische Genosse, »müssen wir ungewöhnliche Kräfte aufbieten. Die 19 Arbeiter der Waffenfabrik mussten einmal die ganze Woche hindurcharbeiten, ohne sich wenigstens losreißen zu können, um die Nacht über zu Hause sein zu können; die Folgen solcher Übermüdung der Leute zeigten sich alsbald bei schrecklichen Unfällen. Einer der völlig ausgepumpten Arbeiter, der sich kaum noch auf den Beinen hielt, fiel völlig benebelt in die Maschine, die ihn im Bruchteil einer Sekunde tötete. Ein anderer, der nach acht Tagen ununterbrochener Arbeit nach Haus kam, um dort ein Bad zu nehmen, starb plötzlich in der Badewanne. Ein dritter stürzte von einem neugebauten Kriegsschiff ins Wasser und ertrank. Ein vierter fiel in einen eigentlich flachen Graben, doch war er so ausgezehrt, dass ihn dort der Tod ereilte. Ich selbst habe bislang glücklicherweise ähnliche Unfälle vermieden, doch immer wieder kommt es dazu, dass ich 34 Stunden hintereinander ohne Erholung arbeiten muss.«<sup>91</sup>

90 Hier zitiert nach dem polnischen Text.

91 Hier zitiert nach dem polnischen Text.

Das sind menschliche Opfer, die der Kriegsgötze unter den japanischen Proletariern verschlingt – in den Reihen ruhiger Arbeiter. Was aber erst sagen zu den in Kriegsuniform und Matrosenbluse gesteckten Opfern, die zulande und auf hoher See im mörderischen Feuer umkommen!

So sieht die Kehrseite der glänzenden Siege Japans aus. Hinter den Kulissen bringen die Kriegserfolge das gleiche Verderben wie die russischen Niederlagen in Russland. Der Krieg ist im gleichen Maße ein Unglück für das arbeitende Volk beider Länder, und in beiden Ländern erhebt sich im Namen der Menschheit und des Wohles für das Volk nur eine Stimme: die Stimme der Sozialdemokratie, die gegen den Krieg protestiert!<sup>92</sup>

Gazeta Ludowa. Nr. 32. 21. April 1904. S. 1 (leicht gekürzt  
auch erschienen in Czerwony Sztandar. Nr. 16. April 1904. S. 3.)

## Mordwerkzeuge

Die schreckliche Katastrophe vor Port Arthur, die in nur zwei Minuten das riesige russische Panzerschiff »Petropawlowsk« zusammen mit über 600 Menschen in den Meeresfluten versenkte, zwingt dazu, über die heutige Kriegsführung nachzudenken.<sup>93</sup> Kriege sind bereits als solche eine

92 Am 12. Mai 1904 meldete »Gazeta Ludowa« (Nr. 38): »Chauvinistischer Wahn. Die Patrioten der bürgerlichen Jackentaschen und des Militarismus haben in Japan den Kriegswahn dermaßen entfacht, dass wohl das ganze Volk den Kopf verloren hat. Wegen des schrecklichen Gemetzels am Yalu, bei dem neben tausenden Russen auch mindestens tausend Japaner gefallen oder verletzt worden sind, wurde in der japanischen Hauptstadt eine Freudenmanifestation verordnet. Aus Tokio wird für das Reuter-Büro berichtet: Tausende Menschen füllen die Straßen und feiern den Sieg, der am Yalu-Fluß errungen wurde. Die Hälfte dieser Manifestationen machen Frauen (!) aus. Die ganze Stadt ist mit Fahnen und Lampions geschmückt. Die ganze Bevölkerung nimmt an der Manifestation teil.« (S. 1.) – Die erste große Landschlacht zwischen russischen und japanischen Truppen endete am 1. Mai 1904 am Yalu-Fluß an der chinesisch-koreanischen Grenze mit einem überraschenden japanischen Sieg.

93 Das 1894 in St. Petersburg vom Stapel gelaufenes Schlachtschiff, ab 1900 Flaggschiff des Geschwaders in Port Arthur, 652 Mann Besatzung. Das Schiff lief am 13. April 1904 mit voller Besatzung und weiteren Menschen an Bord vor Port Arthur auf eine japanische Mine, explodierte und sank innerhalb kurzer Zeit. Nur etwa 80 Besatzungsmitglieder konnten gerettet werden, über 600 Menschen fielen den Fluten zum Opfer.

unsägliche Barbarei als vorsätzliche, systematische und gegenseitige Metzerei zwischen den Völkern mitten in der sogenannten Zivilisation und im sogenannten Christentum. Allerdings ändern sich die Kriegsführung und die eingesetzten Waffen ständig, und zwar in eine Richtung, damit der Krieg immer mörderischer wird, damit auf einen Schlag immer mehr Menschenleben vernichtet werden, damit jedes Geschöß für die Opfer im feindlichen Militär immer tödlicher wird. Um die kriegerischen Mordwerkzeuge zu »vervollkommen«, dient in den neueren Zeiten die Wissenschaft: Ingenieurwesen, Technik, Chemie, Elektrotechnik. Wenn wissenschaftliche Entwicklung und Entdeckungen genutzt werden, dann strengen sich die Menschen nun nicht mehr an, um mit Hilfe der Wissenschaft das menschliche Leben immer leichter, glücklicher, mit immer größeren Wohlstand zu machen, sondern sie streben danach, sich gegenseitig am grausamsten und am schnellsten niederzumetzeln.

Zwar bestehen bereits seit geraumer Zeit internationale Konventionen (Verträge) zwischen den militarisierten Ländern, die darauf gerichtet sind, die Kriegsführung zu »mildern«. Insbesondere hat sich die demokratische Schweiz, die selbst auf Grund der Beschlüsse des Wiener Kongresses von 1815 neutral zu sein hat, also keinen Krieg erklären darf, bislang regsam bemüht, die kriegführenden Mächte soweit zu bringen, auf die grausamsten Kriegsmethoden zu verzichten. Sie versucht den Grundsatz durchzusetzen, dass das Ziel der sich bekämpfenden Lager nicht im Hinmorden, sondern lediglich im Unschädlichmachen des Feindes bestehen sollte, dass also überflüssiges Blutvergießen zu vermeiden sei und im Kampf ein möglichst leichter Tod ohne Leiden sowie die Versorgung der Verletzten, die noch geheilt werden können, ermöglicht wird.

In diesem Sinne wurde durch internationale Konventionen die Anwendung bestimmter Munitionsarten verboten, die im menschlichen Körper zu schrecklichen Verletzungen führen, gleichfalls wurde die Anwendung sogenannter Höllenmaschinen<sup>94</sup>, von Nitroglyzerin, Lydit usw. verboten. Wie nutzlos und vergeblich allerdings alle diese Bemühungen sind, den mörderischen Charakter des modernen Krieges zu »mildern«, zeigen die neuesten Erscheinungen des Seekriegs, dabei insbesondere die Nutzung von Unterwasserminen, so wie jener, die augenblicklich den schrecklichen

94 Im 19. Jahrhundert aufkommende Bezeichnung für militärisch oder terroristisch eingesetzte Sprengladungen, um den Gegner heimlich und unbemerkt zu attackieren, ohne selbst ein Risiko einzugehen.

Tod von über einem halben Tausend unglücklicher russischer Soldaten bewirkt hat.

Es lohnt, sich diese mysteriöse Vorrichtung, über die sich nicht wenige Meeresingenieure und Elektrotechniker den Kopf zerbrechen, einmal etwas näher zu besehen.

Die Unterwasserminen gehören zusammen mit den Torpedos zu den völlig neuartigen Kriegsmitteln. In einem größeren Maße gelangten sie erstmals im Krimkrieg 1855 zum Einsatz, danach im österreichisch-französischen Krieg von 1859 und im amerikanischen Sezessionskrieg 1866, doch erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gelangten sie zur allgemeinen Nutzung. Das sind Vorrichtungen, die sich in einem gewissen Abstand unterhalb der Wasseroberfläche befinden und mit einer Sprengladung versehen sind, die nach dem Zusammenschließen der elektrischen Leiter mit gewaltiger Kraft explodieren und alles vollkommen zerstören, was sich in ihrer Nähe befindet. Je nach Art und Bestimmung der Minen schwankt die Sprengkraft zwischen 75 und 500 Pfund Sprengwolle. Versuche haben gezeigt, dass eine Sprengladung von 200 Pfund, die fünf Meter unterhalb der Wasseroberfläche angebracht ist, eine Wassersäule von 96 Metern Breite am Fuß und 33 Metern Höhe hervorruft. Das von der Mine herausgeschleuderte Wasser umfasst über 100 000 Kubikmeter. Fast alle heute eingesetzten Unterwasserminen werden mittels elektrischen Funken zur Sprengung ausgelöst. In den Anwendungen gibt es jedoch große Unterschiede. Jedes Land verfügt eigentlich über eigene Minentypen. Diese können in zwei Grundtypen eingeteilt werden: in Minen, die vom Land oder vom Schiff aus durch das Drücken eines elektrischen Knopfes im gewünschten Augenblick ausgelöst werden, und in Minen, die infolge der Berührung mit dem Schiff explodieren. Die Minen des ersten Typs befinden sich tief im Wasser, bis zu 50 Fuß unter der Wasseroberfläche, sie besitzen besonders starke Sprengladungen – bis zu 500 Pfund Sprengwolle. Jede dieser Minen ist mittels eines Ankers am Meeresgrund festgemacht, damit sich die Lage nicht ändert. Die elektrischen Drähte der Mine führen an Land hin zu einer Basis, wo der Offizier, ausgerüstet mit dem optischen Spiegelbild des Hafens, zu jedem Augenblick jene Minenkette auslösen kann, über der sich die feindlichen Schiffe befinden. Doch haben die Minen dieses Typs den Nachteil, dass sie nur vom elektrischen Druckknopf in der Basis ausgelöst werden können, so dass sie nachts, wenn die Hafensicht nicht im optischen Gerät der Basis wiedergespiegelt wird, nicht zu verwenden sind.

Deshalb werden jetzt am häufigsten automatische Minen genutzt. Die automatischen Minen sind die einfachsten und zugleich gefährlichsten Minen. Die Sprengkraft beträgt ungefähr 75 Pfund Sprengwolle. Sie explodieren selbsttätig, sobald das Schiff sie mit seinem Unterteil berührt. Diese Vorrichtung ist so eingerichtet, dass die Mine eine elektrische Batterie hat. Die elektrischen Drähte, deren Zusammenschluss zur Explosion führt, sind am Ende durch eine dicke Zuckerschicht voneinander getrennt. Sobald die Mine ins Wasser gelassen wird, schmilzt der Zucker, so dass der Raum zwischen den beiden Drähten leerbleibt. Fährt das Schiff auf eine solch zubereitete Mine, neigt sich die ganze Vorrichtung infolge der Berührung mit dem Schiff, Quecksilber wird freigesetzt, das sich in der Apparatur befindet. Dieses fließt nun in den leeren Raum zwischen den Drahtenden, verbindet diese und führt die Explosion herbei.

Denken wir jetzt einmal daran, wie viel nützliche und segensreiche Entdeckungen zum Schutz von Gesundheit und Leben der Arbeiter bei den Maschinen in den Fabriken, in den Bergwerken usw. möglich gewesen wären, wenn auch nur ein Teil jener Handfertigkeit, Pfiffigkeit und Kunstfertigkeit diesem Zweck zugeführt worden wäre, die aber genutzt werden, um Unterwasserminen zu erfinden, damit tausende Menschen mit einem Schlag getötet werden können!

Die allgemeine Verwendung von Unterwasserminen und deren schreckliche Wirkung, deren Zeuge wir soeben erst wieder geworden sind, zeigen indes, wie sehr alle diese Bemühungen, den Krieg menschlicher und zivilisierter zu machen, lächerliche Trugbilder bleiben. Das ist so, als wollte man die Natur des Tigers bändigen, indem ihm die Klauen ein wenig gestutzt werden. Der moderne Militarismus strebt ganz im Gegensatz dahin, seine Grausamkeit mit Hilfe der Wissenschaftsfortschritte immer raffinierter werden zu lassen. Deshalb sollte ein für alle Mal eingesehen werden, dass es kein anderes Mittel gegen die Scheußlichkeiten des Krieges gibt als die völlige Beseitigung des Krieges zusammen mit Militarismus und dem ganzen kapitalistischen System, das die Verbrechen des Militarismus hervorbringt.

## Internationaler Raub

Kürzlich wurde zwischen den Regierungen Englands und Frankreichs ein Abkommen geschlossen zur Kolonialpolitik beider Länder in Afrika.<sup>95</sup> Scheinbar handelt es sich um eine Sache, die weit entfernt sei vom Leben und Kampf der Arbeiterklasse, eine Sache, die lediglich Berufspolitiker etwas angehe. Doch im Grunde verhält es sich anders. Das Abkommen zwischen England und Frankreich ist ein Fakt von erstrangigem Gewicht für die internationale Politik und für die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen in Europa.

Kraft dieses Vertrages haben England und Frankreich still und heimlich nicht mehr und nicht weniger als ganz Afrika unter sich aufgeteilt. Im Grunde ist es die historische Teilung Afrikas zwischen England und Frankreich. Die nordwestlichen Gebiete Afrikas und ein Teil im mittleren Afrika fällt der Französischen Republik zu, der gesamte Rest des afrikanischen Kontinents kommt England zu. Von Ägypten bis zum Kap wird sich über die gesamte Länge der gewaltigen Landmasse der unübersehbare Einfluss Englands erstrecken.

So haben Paris und London in der Stille diplomatischer Hinterstübchen über das Schicksal einer schwarzen Millionenbevölkerung entschieden, ganz als wäre die unzurechnungsfähiges Vieh! Zwei europäische Regierungen teilen, wenn sie mit dem Finger die Landkarte entlangfahren, ganze Völker, Stämme und Länder unter sich auf, in dem sie über deren Freiheit, Existenz, Hab und Gut verfügen, so als wären das die eigenen abgetragenen Stiefel. Und alles nach dem Heimfallrecht, kraft der kapitalistischen »höheren Zivilisation«, viel eher wohl kraft der »höheren« Schusswaffen und Kanonen, kraft der Gewalt von Militarismus und Kolonialpolitik!

Während die ganze Welt gebannt auf das blutige Ringen zwischen Russland und Japan um einen großen Fetzen asiatischen Festlands schaut, wurde hinter dem Rücken still und heimlich die afrikanische Erde aufgeteilt!

95 Die Entente cordiale wurde am 8. April 1904 zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich unterzeichnet, um die kolonialen Interessen beider Länder in Afrika, vor allem aber in Nordafrika (Marokko und Ägypten), zu gegenseitigem Vorteil abzugrenzen. 1907 trat Russland dem Interessenbündnis bei, woraus sich dann in verschiedenen Schritten die Triple Entente als künftiger Machtblock im Ersten Weltkrieg entwickelte. Über das englisch-französische Abkommen berichtete der »Vorwärts« am 13. April 1904 (Nr. 86. S. 1).

Seit Jahrzehnten sind wir Zeugen des entsetzlichen geschichtlichen Dramas: der Ausplünderung zweier Weltgegenden, Asiens und Afrikas, durch die kapitalistischen Habichte Europas. Wir sind Zeugen, wie dort jahrhundertealte Sitten und Gebräuche, altherwürdige Zivilisationen niedergetreten werden, wie die Früchte der millionenfachen Arbeit zerstört werden, wie ganze Völker vernichtet werde – dem Profit einer Bande kapitalistischer Parasiten aus Deutschland, Frankreich, England, Russland, Belgien, Italien, Holland zuliebe. Es reicht diesen Blutsaugern nicht, sich vom Blut und Schweiß der ausgebeuteten Arbeiter in den eigenen Ländern zu mästen; sie jagen im Gefolge mordender Söldner zu Lande und auf der See, um ganze neue Welten an sich zu reißen, ganze Völker zu verschlingen, was sich dann »Kolonialpolitik« schimpft!

So der blutige Weg, mit dem der Kapitalismus das Erdenrund umkreist! Doch je schneller er rast, verzehrt von gieriger Räuberei, desto schneller gerät er ans Ziel – an sein Ende. Denn mit dem blutigen Pfad, den er schlägt, drängt in der Spur hinter dem Raub und der Ausbeutung des Kapitalismus wie ein untrennbarer Schatten die sozialistische Bewegung. Wo der Kapitalismus heute den Weg bahnt durch Wüsten, Berge und Ozeane, dort werden wir einst stehen – das aufgeklärte Volk, das die Arbeit befreit, die Völker befreit, die Menschheit verbrüdert, Leid und Unterdrückung ausgetrieben hat.

Und den Schwarzen in den afrikanischen Wüsten, die heute zwischen zwei raubgierigen Mächten wie eine Herde Vieh aufgeteilt werden, wird der internationale, siegreiche Sozialismus einst das Evangelium der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bringen!

Gazeta Ludowa. Nr. 33. 24. April 1904. S. 2.

## Aus Belgien

### *Geheiligtetes Familienleben*

Das Familienleben ist eine geheiligte Sache, die gottlosen Sozialdemokraten aber wollen an diese geheiligte Sache die zerstörende Hand anlegen – so lehren es von der Kanzel die reaktionären Schwarzröcke der Kirche und so schreiben es in ihren Schmierblättern die bezahlten Schreiberlinge

der Bourgeoisie. So lässt sich annehmen, dass die Verteidiger der heutigen Ordnung, die das Familienleben dermaßen angetan hat, nun selbst dieses wie eine geheiligte Sache verehrten, dass insbesondere aber gekrönte Häupter in dieser Hinsicht den »verdorbenen« Sozialdemokraten geradezu als ein Muster dienen könnten. Der skandalöse Gerichtsprozess, der sich in Brüssel über mehrere Wochen hingezogen hat, und dessen Haupthelden die Mitglieder der belgischen Königsfamilie gewesen waren, darf nun einen jeden von dieser naiven Illusion heilen und beweist obendrein, was jene Phrasen der reaktionären Heuchler über das Familienleben wert sind.

Der belgische König hat zwei Töchter, wovon die eine als Witwe des österreichischen Thronfolgers nach dem Tod des Mannes den ungarischen Grafen Lónyay heiratete, die andere aber, Prinzessin von Sachsen-Coburg und Gotha, von der Familie in eine Heilanstalt eingewiesen, weil sie eine Affäre mit einem Offizier hatte und einen solchen Schuldenberg angehäuft hat, dass sie zahlungsunfähig war.<sup>96</sup> So strengten die Gläubiger der kranken Prinzessin und ihre Schwester einen Prozess gegen den »geliebten« Papa an – gegen König Leopold –, um das Erbe der Mutter, der verstorbenen Königin Belgiens auszuzahlen. Die Kläger erklärten vor Gericht, dass laut Trauschein das Vermögen des Königspaares als ein gemeinsames betrachtet werden müsse, so dass die Hälfte des Vermögens jetzt als Erbe an die Kinder zu fallen habe.

Der liebevolle Vater nun wieder gab durch seinen Verteidiger zu Protokoll, dass seine Ehefrau keinerlei Rechte bei diesem Vermögen besessen habe, dass dieses allein sein persönliches Eigentum sei, den Kindern also nichts von der gestorbenen Mutter zukomme. Das Gericht gab dem König recht, wie von vornherein zu erwarten gewesen, obendrein tragen die Töchter die gewaltigen Gerichtskosten. Größter Gewinner des Prozesses war die – Öffentlichkeit! Das Familienleben der Königsfamilie stand in seiner ganzen ekligen Nacktheit vor den Augen der Öffentlichkeit.

Der Vater, der seine Töchter aus ganzem Herzen verachtet, die Töchter, die zu Gericht ziehen, um den Vater zu etwas zu zwingen, was der aus Elternliebe hätte tun sollen! Charakteristisch ist, dass Gräfin Lónyay sich

96 Dieser Fall ging damals durch die internationale Presse. Der Liebhaber der Königstochter war ein kroatischer Offizier, der schließlich von einem Militärgericht zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, wogegen die österreichische Sozialdemokratie entschiedene Stellung bezog. Auch Ignacy Daszyński von der PPSD aus Galizien engagierte sich in der Kampagne sehr.



beklagte, der Vater hätte ihr eine unbedeutende Pension zukommen lassen – insgesamt 40 000 Mark jährlich! – und habe nun aufgehört, diese »Baga-telle« zu bezahlen, von der, das sei in Klammern hinzugesetzt, 40 Arbeiterfamilien leben könnten.

Gazeta Ludowa. Nr. 34. 28. April 1904. S. 3.

## Proletariat aller Länder ...

Als Karl Marx und Friedrich Engels 1847 das berühmte »Kommunistische Manifest« mit dem Ruf »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« beendeten, mussten diese prophetischen Worte der bürgerlichen Welt damals wie der Ausdruck einer blühenden Phantasie vorkommen. Was, die Proletarier »aller Länder« sollen sich zusammenschließen, die Ärmsten der Armen, diejenigen, die fern von aller Regierung standen, die ohne Bildung und machtlos waren? Diejenigen, die in jedem Land die am meisten Unterdrückten und Gestoßen waren, die mit der Mauer politischer Unfreiheit und der gemeinen Sorge um das tägliche Brot von der weiten Welt abgeschnitten waren?

Nun sind 50 Jahre ins Land gezogen, das Wort von Marx und Engels ist Wirklichkeit geworden. Die Proletarier haben sich in den einzelnen Ländern nicht nur emporgehoben, sich organisiert, sich gebildet, sie sind nicht nur zum Kampf aufgestanden und mächtig geworden, nein, sie verknüpfen sich immer enger im Gedanken und mit der Tat über die Schranken der einzelnen Staaten, Länder, Nationalitäten hinweg zu dem einen Lager der sich befreienden Arbeit.

Eine trefflichste Bestätigung für die Worte aus dem »Kommunistischen Manifest« liefert uns gerade eine Nachricht vom fernen Ozean, vom blutigen russisch-japanischen Schlachtfeld. Dort, wo zwei bürgerliche Staaten im Krieg gegeneinander losschlagen, wo russische und japanische Kanonen und Torpedos gegenseitig hundertfach die Menschen hinmorden, dort entbieten die japanischen Proletarier über Waffengeklirr und Kriegsgetöse hinweg den russischen Proletariern den brüderlichen Willkommensgruß.

Die Wochenzeitung unserer japanischen Genossen, die in Tokio erscheinende »Haimin Shimbun« hat soeben nachfolgende Proklamation der japanischen an die russischen Sozialisten<sup>97</sup> veröffentlicht:

97 Die Proklamation wird hier wiedergegeben nach: Proklamation der japanischen Sozialisten an die russischen. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Nr. 102. Mai 1904. S. 4.

»Werte Genossen!

Seit vielen Jahren hören wir von Euch und haben oft Eurer gedacht, obgleich wir bis jetzt keine Gelegenheit hatten, Euch die Hand zu drücken und mit Euch zu verkehren, da wir von Euch durch Tausende von Meilen getrennt sind. Zwanzig Jahre sind verflossen, seit Ihr begonnen habt, die hehren Principien der Menschlichkeit unter dem socialdemokratischen Banner zu verkünden. Während jenes Zeitraums waren die Verfolgungen eines despotischen Regiments und die Grausamkeiten der Polizei von einer Art, wie man sie nie bisher gesehen hat. Eure Vorläufer gingen durch die schwersten Prüfungen, sie erduldeten Hunger und Not, und diejenigen von ihnen, welche ins Gefängnis wandern mussten, in die Wüsten Sibiriens geschickt wurden oder auf dem Schaffot endeten, sind zahllos. Dennoch wurde Eure Agitation nicht im geringsten Grade entmutigt, sondern Euer Mut vervielfältigte sich in jeder Hinrichtung. Im letzten Jahre haben die verschiedenen socialistischen Gruppen in ganz Rußland sich zu einer starken Organisation vereinigt<sup>98</sup>, und seitdem ist der Socialismus auch in Russland zu einer großen Macht geworden. Wir erklären unsre herzliche Sympathie mit Euch in Eurer schweren Lage und bewundern Euch, daß Ihr so fest zu Euren Grundsätzen steht.

Werte Genossen! Eure und unsre Regierung haben sich jüngst in den Kampf gestürzt, um ihre imperialistischen Wünsche durchzuführen, aber für uns Socialisten giebt es keine Grenze der Rasse, des Landes und der Nationalität. Wir sind Kameraden, Brüder und Schwestern und haben keinerlei Grund, uns gegenseitig zu bekämpfen. Euer Feind ist nicht das japanische Volk, sondern unser Militarismus und sogenannter Patriotismus, noch ist unser Feind das russische Volk, sondern Euer Militarismus und sogenannter Patriotismus. Ja, Patriotismus und Militarismus sind unsere gemeinsamen Feinde; und nicht nur wir, alle Socialisten der Welt betrachten sie als ihre gemeinsamen Gegner. Wir Socialisten müssen gegen sie tapfer fechten, und zwar ist jetzt dazu für uns die beste Gelegenheit. Wir glauben, dass ihr diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen werdet. Wir werden auch unser bestes zu thun suchen.

Doch erlaubt uns, noch einige Worte hinzuzufügen. Wir sind weder Nihilisten noch Terroristen, sondern Socialdemokraten und kämpfen stets für den Frieden. Wir verwerfen durchaus militärische Gewalt in unsrem

98 Gemeint ist der 2. Parteitag der SDAPR im August/September 1903. Dort war der beabsichtigte Beitritt der SDKPIL zur gesamtrussischen Partei allerdings gescheitert.

Kampfe; wir kämpfen auf friedlichem Wege mit Hilfe der Vernunft und der Bekehrung. Es mag sehr schwer für Euch sein, auf diese Art zu fechten und in Rußland auf friedlichem Wege eine Revolution herbeizuführen, wo es keine Verfassung gibt und folglich die Versuchung naheliegt, die Regierung durch Gewalt zu stürzen. Aber wir alle, die wir für Menschlichkeit fechten, müssen dessen eingedenk sein, dass der Zweck nicht die Mittel heiligt.

Wir können nicht voraussehen, welche der beiden Regierungen den Kampf gewinnen wird. Aber welche auch siegen mag, das Kriegsergebnis wird in allen Fällen dasselbe sein: allgemeines Elend, die Last neuer, schwerer Steuern, die Untergrabung der Moralität und die weitere Ausdehnung des Militarismus. Deshalb ist die wichtigste Frage für uns nicht die: welche Regierung gewinnen soll, sondern wie bald wir das Ende des Krieges herbeizuführen vermögen. Die Haltung, welche die Internationale Arbeiterassoziation in ihrer Agitation während des deutsch-französischen Krieges einnahm, bietet uns ein gutes Beispiel.<sup>99</sup> Wir sind Kameraden und Brüder und haben keine Veranlassung, uns zu bekämpfen. Der Gegner, unser gemeinsamer Feind, fordert seine Menschenopfer. Wie Karl Marx uns hieß: Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! So müssen wir Sozialisten uns die Hand zum Widerstand reichen.

Werte Genossen! Wenn Ihr leidet unter der Unterdrückung Eurer Regierung und den Verfolgungen einer grausamen Polizei, dann erinnert Euch, dass da tausende Eurer Genossen in einem fernen Lande sind, welche mit der größten Sympathie für Euer Wohlbefinden und Euren Erfolg beten!«

Diese Proklamation, die vom klarsten Gefühl der internationalen Brüderlichkeit durchdrungen ist, wird ein historisches Dokument ersten Ranges bleiben – als ein Zeugnis für die künftige Menschengeschichte, dass inmitten all der Verwilderung und der Barbarei des Kapitalismus das Lager des internationalen sozialistischen Proletariats die einzige Heimstätte für Menschlichkeit und Zivilisation geblieben ist.

Gazeta Ludowa. Nr. 37. 8. Mai 1904. S. 1.

99 »Während das offizielle Frankreich und das offizielle Deutschland sich in einen brudermörderischen Kampf stürzen, senden die Arbeiter einander Botschaften des Friedens und der Freundschaft. Diese einzige große Tatsache, ohnegleichen in der Geschichte der Vergangenheit, eröffnet die Aussicht auf eine hellere Zukunft.« (Karl Marx: Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg. In: MEW. Bd. 17. S. 7.)

## Aus Russland

### *Neue antijüdische Barbarei*

Wie Telegramme berichten, kam es in der Stadt Bender unweit von Kischin-jow zu blutigen Ausschreitungen gegen die Juden, die, wenngleich nicht so groß wie die im letzten Jahr in Kischin-jow, doch nicht weniger barbarisch waren.<sup>100</sup> Eine sich aus 80 Leuten zusammensetzende Meute fiel über die Wohnung des jüdischen Kaufmann Rytonski her, fand dessen Ehefrau vor, die erst kürzlich entbunden hatte und bettlägerig war, warf dann diese aus dem Fenster auf die Straße, wo der Kopf mit Äxten zerschmettert wurde. Derselbe Pöbel brachte anschließend zwei weitere Juden und ein jüdisches Mädchen um, ließ erst von den Gelüsten auf ein Gemetzel größeren Ausmaßes ab, nachdem gedroht worden war, dass das Militär schießen werde. Polizei fehlte diesmal. Wäre es nur darum gegangen, die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter niederzudrücken, wäre sie bestimmt ausreichend am Ort gewesen, doch um den Mördern bei ihrer Schandtät gegen wehrlose Juden in die Hand zu fallen, konnte die Regierung niemanden ausmachen. Außerordentlich charakteristisch ist, dass der Offizier, bevor er die Mörder mit dem Gebrauch der Schusswaffe zurückdrängte, zum Gouverneur telegraphierte, um den Befehl zu erhalten, und erst energisch zur Tat schritt, nachdem er die Genehmigung erhalten hatte. Dieses Hinausschieben bezahlten somit einige Menschen mit dem Leben, woraus nun wiederum folgt, dass man im Reich des nördlichen Despoten seelenruhig Juden umbringen kann, solange nicht ein gesondertes Verbot der Behörden vorliegt.

Gazeta Ludowa. Nr. 37. 8. Mai 1904. S. 3.

<sup>100</sup> Juden machten um die Jahrhundertwende in der Stadt mit ungefähr 30000 Einwohnern der Zahl nach ein Drittel aus.

## Aus Russland

### *Unparteiische Zeugenaussage*

Die englische Zeitung »Morning Post« bringt am 6. und 7. Mai [1904] eine interessante Korrespondenz aus Warschau über den Maifeiertag in Warschau und das barbarische Vorgehen der Zarenhäscher gegen die Arbeiter. Darüber schreibt ein Augenzeuge dieser Vorfälle, der englische Korrespondent [Hector Hugh] Munro, der obendrein einen sehr bezeichnenden Vergleich zwischen Russland und der Türkei (!) zieht.<sup>101</sup> »Die Polizei«, schreibt er, »besetzte den Innenhof eines Hauses, wohin immer wieder einzelne Demonstranten gebracht wurden. Sobald jemand zugeführt wurde, fasste einer der Polizisten ihn an den Haaren, vier andere prügelten auf ihn ein. Das dauerte jedes Mal so an die zwei Minuten. [...] Drei Polizisten schleppten einen kleinen, zehnjährigen Jungen auf den Hof, prügelten den auf die gleiche brutale Weise. Ein Polizist schlug zwei Frauen, die nicht schnell genug weglaufen konnten.« Alles spielte sich in Anwesenheit höherer Polizeibeamter ab – von Kommissaren und deren Hilfspersonen, für die diese barbarische Exekution offensichtlich gemacht war. »Vor zwölf Monaten«, so der englische Korrespondent weiter, »war ich genau zu der Zeit in Saloniki (im türkischen Mazedonien), als Aufständische die ganze Stadt mit Dynamitbomben in helle Aufregung versetzten. Trotz der größten Erregung unter der Bevölkerung taten die türkischen Offiziere alles, um die untergebenen Polizisten und Gendarmen im Zaum zu halten und jede Übertretung ihrerseits zu verhindern. Und hier in Warschau ging es überhaupt nicht um irgendwelche Dynamitanschläge, es ging um eine friedliche, ruhige Demonstration. Wäre es nicht an der Zeit, den fremden Gendarmenoffizieren, so wie in Mazedonien, die europäische Weise des Umgangs mit Öffentlichkeit beizubringen?«

Im weiteren Verlauf seiner Korrespondenz beschreibt Munro Krise, Not und Arbeitslosigkeit, die das Königreich Polen infolge des russisch-japanischen Kriegs heimsuchen, und er beschreibt die Kraft und den revolutionä-

101 Der englische Schriftsteller Hector Hugh Munro (1870–1916) wirkte von 1902 bis 1908 als Korrespondent der Londoner »Morning Post« auf dem Balkan und in Russland. 1900 hatte er mit »The Rise of the Russian Empire« sein erstes Buch veröffentlicht. In der literarischen Welt war er unter dem Pseudonym Saki vor allem als Satiriker bekannt. Er fiel als Kriegsfreiwilliger an der Front in Frankreich.

nären Geist unter den Sozialdemokraten. Die PPS indes betrachtet er nicht als nichtrevolutionäre Organisation, deren Wirkung die Regierung weniger zu fürchten habe. Die PPS geht laut dem Zeugnis des englischen Korrespondenten unbemerkt im Lager der polnischen Nationalisten auf.

Gazeta Ludowa. Nr. 40. 19. Mai 1904. S. 3.

## Aus Russland

### *Drama in Jakutsk*

In der Stadt Jakutsk in Ostsibirien, mitten in der Schneewüste, in der der russische Despot russische und polnische Revolutionäre lebendigen Leibes begräbt, die für die Freiheit für das Volk kämpfen, kam es im März zu einem blutigen Drama, das bereits jetzt einiges Menschenleben gefordert hat und sicher weitere neue Opfer fordern wird. Der neue Generalgouverneur Ost-sibiriens, dem die Qualen nicht reichen, die eine Ansiedlung in diesen fernsten Gegenden Asiens für die politischen Verbannten mit sich bringen, bemüht sich nun, denen das Leben vollends zu erschweren, indem er verschiedene Verordnungen erlässt, mit denen die Lage verschlechtert wird. So verbot er ihnen vor allem, die Dörfer, in denen sie sich niedergelassen haben, für einen Besuch von Bekannten und Freunden zu verlassen, auch dürfen sie nun nicht mehr ohne gesonderte Erlaubnis der dortigen Behörden nach Jakutsk kommen, um Lebensmittelvorräte einzukaufen. Die letzte Verfügung des Provinzstatthalters bringt die Verbannten geradewegs in eine kritische Lage, denn die armen jakutischen Dörfer, auf die sie verteilt sind, sind oftmals nicht in der Lage, sie zu ernähren. Jetzt entschlossen sie sich, zu protestieren. Aus den umliegenden Siedlungen versammelten sich einige Dutzend von ihnen in Jakutsk, richteten ihren Protest an den Generalgouverneur, zählten ihre Forderungen auf und erklärten, Jakutsk erst zu verlassen, wenn die Forderungen erfüllt werden. Um der Festnahme und dem sofortigen Rücktransport in die Dörfer zu umgehen, verbarrikadierten sie sich in einem Gebäude, bewaffneten sich vorher und errichteten eine Art Fortifikation, um im Falle eines Sturmes der Soldaten gewappnet zu sein, und begannen mit den Behörden zu verhandeln.

Der Gouverneur begann mit der Belagerung der »Festung«, die 18 Tage andauerte. In den letzten Tagen waren die Belagerten nach Provokation durch die Soldaten gezwungen, zu schießen, um sich zu verteidigen. Dann begann das Beschießen der Feste durch die Soldaten, was mehrmals wiederholt wurde. Seitens der Soldaten wurden über 1000 Schüsse abgefeuert! Schließlich waren die Belagerten gezwungen, die Waffen niederzulegen. Während des Gefechtes wurden zwei Soldaten getötet. Von den eingeschlossenen Sozialisten wurde Genosse Matlachow getötet, ein Schlosser aus Jekaterinoslaw, sowie vier verletzt. Dem Protest der Verbarrikadierten schlossen sich seit dem Beginn auch 50 Verbannte an, die sich in Jakutsk aufhielten, es aber nicht schafften, zur »Festung« vorzudringen, um das Schicksal ihrer Genossen zu teilen. Nach dem Vorfall bekundeten zahlreiche Verbannte in verschiedenen Städten und Dörfern im Gouvernement Jakutsk ihre Solidarität mit den Verbarrikadierten, indem sie ihren Protest an den Generalgouverneur sandten.

Alle Verbarrikadierten wurden ins Gefängnis gebracht, jetzt soll ihnen der Prozess gemacht werden, wahrscheinlich vor dem Kriegsgericht, das mit barbarischer Hand erneut junges, hoffnungsvolles und edelmütiges Leben zerstören wird. In jedem Fall ist der Sieg der russischen Regierung über die Handvoll eingekreister Sozialisten der erste Sieg im Fernen Osten. Ob das aber nützen wird, um die Schläge zurückzuschlagen, die das Zarentum auf jeden Schritt von den Japanern einstecken muss, ist höchst zweifelhaft.

Gazeta Ludowa. Nr. 42. 26. Mai 1904. S. 3.

## Ein Prophet in der Wüste

Inmitten der heutigen allgemeinen Verschwörung der herrschenden Klassen, der Regierungen und der herrschenden Kirche gegen die Sozialdemokratie erhebt sich die beseelte Stimme Hermann Kutters, eines wirklichen Gottesdieners, eines evangelischen Pfarrers aus Zürich. Kutter ist tiefreligiöser Pastor, der seinen Glauben mit ganzer Geisteskraft liebt. Doch eben deswegen ist er ein wirklicher Christenmensch, nicht ein in die Soutane gekleideter Scheinheiliger und Jesuit, so erhebt er also eine mächtige Stimme, um den Sozialismus zu verteidigen. Das ist kein Liebediener und Verteidiger der Reichen und Mächtigen wie unsere Posener oder Oberschlesischen

Priester, auch kein Werkzeug der herrschenden Kirche und ihrer Missbräuche. Im Gegenteil, Kutter geißelt unbarmherzig die heute unter der Geistlichkeit herrschenden Sittenverfall. In der erst kürzlich vorgelegten Schrift »Sie müssen!« beschreibt der Züricher Pfarrer<sup>102</sup> die heute in der Gesellschaft bestehenden Zustände wie folgt:

»Schandtaten! Meine Feder erlahmt, wenn ich davon reden soll. Wohin das Auge schaut, Vergewaltigung der Kleinen durch die Großen. Ein ununterbrochenes, aufs Tiefste empörendes Ausbeutungssystem. Druck und Fesseln überall. Die Erde hat der Güter genug für jedermann, Wälder genug für schwache Lungen, Wasserströme genug für müde Glieder, Sonne, Luft, Wärme genug für die Millionen alle, die leben möchten. Aber umsonst ist das Rauschen der Wälder, der Ströme, umsonst gießt die Sonne ihre Strahlen über die grünen Auen. Sie sehen es nicht, sie dürfen es nicht sehen. Sie sind angeschmiedet an die unerbittliche Macht der Maschine, an die unerbittlichere des Bodenbesitzers. Da gibt es kein Entrinnen, keine Aussicht auf Änderung, Erleichterung. Wo einmal der Mammon ein Menschenherz umkrallt hat, da ist die Hölle auf Erden. Da wird nichts bewilligt, was nicht bewilligt werden muss.«<sup>103</sup>

Und wie verhält sich die Kirche, die Geistlichkeit angesichts solcher Verhältnisse? Die Kirche, schreibt Kutter weiter, »ist vom Geiste des Mammons beherrscht. [...] Die Kirche fürchtet sich vor den Menschen, sie darf ihnen nicht mehr freimütig die Wahrheit verkünden; sie ängstet sich, wenn sie Anstoß gegeben, und vermeidet daher sorgfältig jede schroffe Wendung, jedes gerade und ungeschminkte Wort. Warum? Sie fürchtet für ihre Stellung, ihr Ansehen, ihr Geld. Ehrenwerte Ausnahmen im Einzelnen gibt es noch – wir danken Gott dafür. Aber die Mehrzahl der kirchlichen Amtspersonen kann sich diesem Vorwurf nicht entziehen. Wie unwürdig ist das Benehmen so vieler, vieler Pastoren und Geistlichen den Vornehmen dieser Welt gegenüber! Wieviel törichte, unwahre Schmeichelei, wieviel feiges Schweigen und Vertuschen, wieviel Ohnmacht und Charakterlosigkeit! Wer reich ist, wird von der Kirche hoch angesehen. Es werden ihm Ämter und Würden übertragen [...] – mag er im Leben noch so grausam mit seinen Arbeitern, noch so ungerecht mit seinen Untergebenen, noch so

102 Hermann Kutter: Sie müssen! Ein offenes Wort an die christliche Gesellschaft. Berlin 1903. – Die Zitate im Text werden hier nach der 1910 in Jena erschienenen Ausgabe wiedergegeben.

103 Ebd. S. 77/78.



unehrenhaft im Geschäftsverkehr verfahren. Das Geld schützt und schirmt ihn. Es gibt hierfür Beispiele genug. Die Kirche gehorcht ohne Wimpernzucken den Launen der Herrscher, seien dieselbe das autonome Volk selbst oder einzelne Monarchen. Mit betenden Händen ist sie hinter der englischen Regierung gestanden, als diese im Interesse des Mammons jenen schändlichen Krieg in Südafrika vom Zaune brach, der Englands Ruhm mit schwarzen Flecken bedeckt. [...] Sie ist ganz und gar in den Händen der irdischen Machthaber. Sie stellt das Evangelium, da ein Menschheits-evangelium ist, der Politik ihres jeweiligen Vaterlandes zur Verfügung. Sie ist nicht mehr für ewige Zwecke da, nur noch für irdische [...] Sie dient nicht Gott, sondern dem Mammon. Und wir verwundern uns, dass die Sozialdemokratie nichts von dieser Kirche will.«<sup>104</sup>

»Gewiss, die Sozialdemokraten denken sich eine ganz neue gesellschaftliche Einrichtung, sie sehen dabei einseitig nur die wirtschaftlichen Faktoren an; aber nicht diese so oder anders gedachte Einrichtung selbst, sondern die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Neugestaltung des Lebens überhaupt, das ist [...] das große, göttlich getriebene Element ihres Schaffens. Sie tragen eine wunderbare Hoffnung im Herzen, sie reden und singen von einer Verbrüderung der Menschen, von einem goldenen Zeitalter der Freiheit und Gleichheit. Man lächelt über sie – sie tragen es. Man schilt sie – sie bleiben unbeirrt. Man verspottet sie – sie erwarten nichts Anderes. Sie wissen, dass die gegenwärtige Welt keinen Raum für sie hat; darum bereiten sie den zukünftigen die Stätte. Sie haben erkannt, dass der Gott dieser Welt, der Mammon, fallen muss.«<sup>105</sup>

Folglich verteidigt Kuttner die Sozialdemokratie gegen die üblichen Vorwürfe, sie sei eine »gottlose« Partei.

Wenn den Sozialdemokraten also Gottlosigkeit vorgeworfen wird, so der Autor, dann bleibt doch zu fragen: »Wer unter den Christen versteht das Wort: ›Liebet eure Feinde‹? Wer begreift das Gebot: ›Sammelt euch nicht Schätze auf Erden; sorget nicht für den anderen Morgen‹? [...] Die Sozialdemokraten hungern und dürsten doch auch nach gerechten Zuständen – und sollen gottlos sein! Sie kämpfen für die Barmherzigkeit – und sollten keine Barmherzigkeit erlangen? Sie hassen das Gemeine, Schmutzige, Lüsterne – und sollten nicht auch Gottes Kinder heißen? Sie werden von allen Seiten geschmäht und verfolgt – und Gott sollte sie in die Hölle

104 Ebd. S. 55–57.

105 Ebd. S. 29/30.

stoßen? Sie sammeln nicht sich selbst Schätze, wie die anderen Parteien, sie erklären dem Gelde den Krieg – und sollten nicht zu Gott gehören [...]? Sie tun das, was Gott von Anfang an [...] gefordert: sie nehmen sich einzig der Armen und Geknechteten in durchgreifender Weise an – und sollten ohne Gott sein!<sup>106</sup>

So ruft der Schweizer Pfarrer seine Mitstreiter im Dienste der Kirche an! Wir wissen zu gut, dass er der weiße Rabe ist inmitten der heutigen Geistlichkeit, dass seine Worte einem Ruf in der Wüste gleichen. Die heutige Verderbtheit eines Großteils der Geistlichkeit, das heutige Kriechen der Kirche vor dem Mammon sind keine Fragen von Zufälligkeit. Die offizielle Kirche diene immer und überall den herrschenden Klassen als Werkzeug, um das arbeitende und enterbte Volk niederzudrücken. Und solange in der Gesellschaft die besitzende Minderheit von der Ausbeutung und Bedrückung der Volksmasse leben wird, solange wird es nicht anders sein, solange werden Religion und Kirche auf der Seite von Gewalt und Reichtum bleiben. Daran ändert nichts die beredte Überzeugung, die flammende Predigt.

Doch geistig erfreulich und erquickend für die Partei dieser enterbten Volksmasse ist jedenfalls die Tatsache, dass sich in dieser Sphäre der Geistlichkeit aufrechte Stimmen und reine Herzen finden, die die Sozialdemokratie als einzige Partei ansehen, deren Taten tatsächlich Verwirklichung der Christenlehre sind, die von der heutigen offiziellen Kirche missachtet wird.

Gazeta Ludowa. Nr. 45. 5. Juni 1904. S. 1/2.

## Unsere »Nationalisten« mit Händedruck für preußischen Minister

Herr Korfantys »Górnoślązak«, in dem kürzlich erst Deserteure aus der russischen Armee an die Zarengendarmen verraten wurden, weil dort beschrieben stand, wo und wie diese sich über die oberschlesische Grenze schleichen, hat nun neuerlich einen Beweis geliefert für das »nationale« Stiefellecken in Richtung Zaren- und Preußenregierung. Wenn die Politik der Polenfraktion im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus verteidigt und gerühmt wird, so erachtet »Górnoślązak« ebenso das Verhalten

106 Ebd. S. 4/5.

»unserer« Herren Abgeordneten in der Debatte für lobenswert, als es um den brutalen Rauswurf russischer Studenten aus Berlin durch die preußischen Behörden ging. Die polnischen Abgeordneten bekamen, wie bekannt, während der Debatten, die nach Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten erfolgten, den Mund nicht auf, wobei sie mit ihrem Schweigen die Politik Bülow und Hammersteins unterstützten. »Górnoślązak« schreibt zu diesem Anlass in Nr. 117 vom 25. Mai [1904]:

»Wir bitten unsere Leser, sich zu erinnern, wie sich die Sache mit diesen Ausländern verhielt. Um wen handelte es sich dabei? Es handelte sich fast ausschließlich um Herrchen, die so wohlklingende Namen tragen wie Mandelstamm, Silberfarb, Gamponader, Leckfett usw. Wir Polen haben mit diesen Herren nichts gemein, im Gegenteil, diese Jüdlein stammen fast alle aus Litauen und Ruthenien, dort aber, auf polnischem Boden zeichnen sie sich dadurch aus, dass sie als Apostel der moskowitischen Kultur (will sagen: des Sozialismus! D. Red.) fungieren und zur Russifizierung unserer Länder beitragen. Zur Verteidigung solcher Leute aufzutreten hat die polnische Fraktion keine Pflicht, übrigens war das Betragen dieser Jüdlein in Berlin nachher ein so skandalöses, dass niemand mehr sie mit ruhigem Gewissen in Schutz nehmen konnte. Allerdings hat die polnische Fraktion mehrmals und viel früher als die Sozialdemokraten die Ausländer in Schutz genommen (wo das und womit? D. Red.), als es sich um das polnische Volk handelte, russifizierte Jüdlein hingegen kann sie nicht in Schutz nehmen. Zum Schluss können wir nur unsre Befriedigung darüber ausdrücken, dass die polnische Fraktion an der sozialdemokratischen Aktion zum Schutz dieser Jüdlein nicht teilgenommen hat, denn die Sozialdemokraten haben diesen ganzen Feldzug verloren und eine schmachliche Niederlage erlitten, die sogar Herr Bebel nicht abzuwenden vermocht hat. Das ganze von ihnen beigebrachte Material hat sich als falsch erwiesen, und hätte die Regierung nur etwas geschickter und klüger manövriert, so wäre die Niederlage der Sozialdemokraten eine noch größere geworden.«<sup>107</sup>

Das Zentralorgan der Sozialdemokratie »Vorwärts« gibt dazu folgende Erklärung:

107 Hier wiedergegeben nach dem Wortlaut in dem Beitrag »Radikal-nationale Reaktion«. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Nr. 126. 1. Juni 1904. S. 2. – Der ungezeichnete Beitrag stammt von Rosa Luxemburg, sie änderte für »Gazeta Ludowa« nur den einführenden Absatz und die Titelzeile. Die geklammerten Einfügungen stammen von ihr.

»Aus diesem Erguss ist jedenfalls eins ersichtlich, dass nämlich die polnischen Nationalisten die Vorgänge der deutschen auswärtigen Politik genau durch die Brille derselben Herren Bülow, Hammerstein und Richthofen betrachten, die der ›wohlklingenden‹ Maxime folgen: ›Wir haben zu befehlen, Ihr (Polen) zu gehorchen?, dass somit eigentlich die Leiter unsrer offiziellen Hasen- und Kaninchenpolitik die Bedientenseelen ihrer nationalpolnischen Widersacher richtig eingeschätzt haben. Besonders pikant ist aber diese Seelenharmonie zwischen Bülow-Hammerstein und dem jüngsten Spross des Nationalpolentums gerade in diesem Fall, in Bezug auf die ›Jüdlein‹, d. h. die russischen Revolutionäre, in deren martervollen Kämpfe doch die vom ›Moskowiter‹ unterdrückten Polen jedenfalls die einzige Gewähr erblicken können, dass sie früher oder später erträgliche Zustände, politische Freiheiten im Zarenreiche bekommen. Wenn nun das ›Radikalpolentum‹ die ›Silberfarb und Mandelstamm‹ abschüttelt, um in die Arme der Herren Bülow und Hammerstein zu fliegen, so harmonisiert das allerdings mit den stolzen Hinweisen des Herrn Skarczynski im preußischen Abgeordnetenhaus auf die ›Untertanentreue‹, mit der die Polen des russischen Landesteiles ›in der jetzigen schweren Prüfung der russischen Regierung bestehen‹, ebenso wie mit den unaufhörlichen Warnungen der gesamten galizischen und Posener ›nationalen‹ Presse vor jedem Gedanken an eine Ausnutzung des russisch-japanischen Krieges zu irgendwelchen nationalpolnischen ›Träumereien‹. Und jedenfalls, wenn schon das ›radikale‹ Nationalpolentum so aussieht, dann muss man sich sagen: Neo locus ubi Troja fuit – nichts ist geblieben, wo einst Troja stand. Nichts – außer der Reaktion und der antisemitischen Verwilderung.«<sup>108</sup>

Gazeta Ludowa. Nr. 45. 5. Juni 1904. S. 3.

## [Internationale Frauenstimmrechtskonferenz]

Ein internationaler Kongress bürgerlicher Frauen findet am 3. und 4. Juni laufenden Jahres [1904] in Berlin statt.<sup>109</sup> Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Frage des Stimmrechts für Frauen. Auf dem Kongress werden Vertreterinnen der Frauenbewegung aus Amerika, England, Frankreich, Schweden und Norwegen sowie Australien erwartet. Ziel des Kongresses ist die Gründung eines Weltkongresses, um das Stimmrecht für Frauen durchzusetzen. Es wird bereits der zweite internationale Kongress dieser Art sein.<sup>110</sup> Vertreterinnen der bewussten Arbeiterinnen werden an diesem Zusammentreffen der Fräuleins und der Damen nicht teilnehmen.<sup>111</sup>

Gazeta Ludowa. Nr. 45. 5. Juni 1904. S. 3.

109 Gemeint ist die Internationale Frauenstimmrechtskonferenz, die in Berlin am 3./4. Juni 1904, also nur wenige Tage vor dem ebenfalls dort vom 12. bis 18. Juni 1904 tagenden Internationalen Frauenkongress durchgeführt wurde. Im »Vorwärts« vom 4. Juni 1904 wurde gemeldet: »Als Vorläufer des Internationalen Frauenkongresses, der am 12. Juni hier beginnt, findet jetzt eine Internationale Frauenstimmrechtskonferenz statt, die die Gründung eines Weltbundes für Frauenstimmrecht zum Zweck hat. Die auf zwei Tage berechnete Konferenz begann am 3. Juni. Delegierte sind anwesend von England, Holland, Norwegen, Schweden, den Vereinigten Staaten, Neuseeland, Dänemark, der Schweiz, Österreich-Ungarn, Deutschland.« (S. 5.)

110 Die Zusammenkunft in Berlin war das erste offizielle Treffen dieser Art, zuvor wurde in Washington 1902 in lockerer Form beraten. Zugegen waren damals Frauen aus den USA, Kanada, Großbritannien, Deutschland, Schweden und Norwegen. Weitere Frauenstimmrechtskonferenzen fanden in Kopenhagen (1906), Amsterdam (1908), London (1909), Stockholm (1911) und Budapest (1913) statt. Auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart (1907) gab es erstmals eine offizielle Zusammenkunft sozialistischer Frauen.

111 Im »Vorwärts« vom 5. Juni 1904 (Nr. 130) heißt es: »Frauenstimmrecht. Gleiches Recht für Mann und Weib! Das ist die Forderung, die zu den Grundsätzen des socialdemokratischen Programms gehört, für die seit dreißig Jahren nicht nur die weiblichen Agitatoren der Partei eintreten, die vielmehr von jedem einzelnen Socialdemokraten erhoben wird und dermaßen in Fleisch und Blut der Partei übergegangen ist, dass angesichts ihrer Selbstverständlichkeit eine Diskussion darüber nicht mehr vorkommt. [...] Während der letzten Tage wurde in Berlin ein Weltbund für Frauenstimmrecht gegründet, dessen Verhandlungen geeignet sind, die Thatsache einmal wieder zu beleuchten, daß die bürgerliche und die proletarische Welt sich voneinander weiter trennen als die europäischen und amerikanischen Frauen durch den Ocean.« (S. 1.)

## Damen und Frauen

In Berlin hat der internationale Kongress des Bundes jener Frauen begonnen, die für die Frauenrechte kämpfen.<sup>112</sup> Schicklicher wäre es, diesen Kongress als einen Damenkongress zu bezeichnen.<sup>113</sup> Es überwiegen nämlich eindeutig die Vertreterinnen des schönen Geschlechts aus der Bourgeoisie, allerhöchstens aus dem Kleinbürgertum. Frauen aus dem arbeitenden Volk nehmen daran gar nicht teil. Aber nicht deshalb, weil sie kein politisches Bewusstsein hätten. Im Gegenteil, die bewussten Frauen, die aktiv am politischen Leben und am politischen Kampf teilnehmen, die Frauen mit einer sozialistischen Überzeugung meiden entschieden dieses Zusammenreffen und diesen angeblichen Frauenbund, weil sie mit den Damen und deren Bestrebungen nichts gemein haben wollen.

Was wollen die in Berlin versammelten Frauenzimmer und welchen Charakter besitzen ihre Bestrebungen? Die Frauenbewegung im Sinne des Strebens nach politischer Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist bereits älteren Datums und hatte ihren hauptsächlichlichen Anfang in Amerika. Das war noch zu Zeiten, als in den südlichen Staaten Amerikas Sklaverei herrschte, so dass die amerikanischen Frauen, die für ihre Rechte kämpften, ihre Sache mit der Sache der Sklavenbefreiung zusammenlegten. Mutig traten sie mit dem mündlichen und geschriebenen Wort für die Aufhebung der niederträchtigen Sklaverei ein, so dass, als nach dem Krieg im Jahre 1861 die Sklaverei in Amerika verboten und 1888 in Washington der erste internationale Frauenkongress durchgeführt wurde, neben der hochbetagten Präsidentin, einer Streiterin für die Frauengleichberechtigung, dafür am inständigsten ein befreiter Sklave das Wort ergriff.<sup>114</sup> Damals war die Frauenbewegung in Amerika durchdrungen von der Überzeugung, dass

112 Der Internationale Frauenkongress tagte vom 12. bis 18. Juni 1904 in der Berliner Philharmonie. An ihm nahmen Vertreterinnen aus den USA, Kanada, Neuseeland, Großbritannien, Frankreich, Italien, der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Norwegen, Finnland, Österreich (darunter Böhmen und Galizien), Ungarn sowie Deutschland teil. Die Veranstaltung wurde vom Bund Deutscher Frauenvereine vorbereitet und durchgeführt. (Siehe auch S. 160 des vorliegenden Heftes.)

113 So auch der Tenor im Beitrag »Frauenrechte in Wort und – That« im »Vorwärts« vom 10. Juni 1904 (Nr. 134): »Graf Bülow und Graf Posadowsky [Staatssekretär] werden gewiß auch ihre Sympathien für die Bestrebungen der Frauen, ihren Platz an der Sonne zu erringen, warm beteuern.« (S. 2.)

114 Gemeint sind Elisabeth Cady Stanton und Frederick Douglass.

die Frauensache eng verbunden mit der Frage der gesellschaftlichen Veränderung überhaupt sei, dass die Frau nicht nur für die eigenen Rechte und Freiheit kämpfen müssen, sondern auch für die Gleichheit und Brüderlichkeit unter allen anderen Menschen, für die Aufhebung aller Ungleichheit und allen sozialen Unrechts.

In Europa, im alten bürgerlichen Europa hatte die Frauenbewegung niemals einen so tiefen und bedeutenden Charakter angenommen. Sie war von Anfang an bereits ausschließlich eine Bewegung der Verfechterin der »Frauenemanzipation«, also jener wunderlichen Frauen aus der Bourgeoisie, die nicht im Geringsten den Zusammenhang zwischen der Lage der Frauen in der heutigen Gesellschaft und den allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnissen verstehen können. Für diese Verfechterinnen der »Frauenemanzipation« waren bislang und sind in gleicher Weise auch weiterhin wichtig: das Studieren von Frauen an Universitäten, das Fahrradfahren, die Erringung des Stimmrechts für Frauen zu den Parlamenten, das Unterrichten der Mädchen in der Blumenzucht und in weiteren Handarbeiten, das Debattieren über die besten Erziehungsweisen der Kinder, das Tragen von »Reformkleidern« usw. Das ist ein nach verschiedener Seite erfolgreiches launenhaftes Losstürmen der gelangweilten bürgerlichen Dame, die ihrer Rolle als Puppe oder als Köchin ihres Mannes überdrüssig geworden ist und nun das Spektakel sucht, um die Leere ihres Lebens und in ihrem Kopf auszufüllen.

So nimmt es auch nicht Wunder, dass trotz des gewaltigen Kampfesgeschreis, das die in Berlin versammelten Frauenzimmer an den Tag legen, niemand sie für voll nimmt. Ihre Aufwartung nehmen entgegen der lächelnde Reichskanzler Bülow, der erst kürzlich in seiner Rede vor dem Reichstag die in Berlin studierenden jungen Russinnen beschimpft hatte, die Kaiser-Gattin, die für ihre Kirchenfrömmigkeit bekannt ist, sowie Minister Graf Posadowsky, dieser allbekannte Reaktionär. Und die bürgerliche Presse beschreibt in großer Aufmachung sowohl die Bewegungen als auch das Aussehen dieser Damen. Lautstark verkünden sie den Grundsatz der politischen Gleichheit von Frau und Mann, einen Grundsatz, dessen Verwirklichung bedeuten würde, die bürgerliche Ordnung von den Füßen auf den Kopf zu stellen, also umzuschmeißen, doch die Bourgeoisie verbeugt sich galant vor den lautstarken Damen, weil sie zu genau weiß, welches Spiel diese ganze Frauenbewegung vorstellt.

Mit gebührendem Ernst und verächtlichem Lächeln schaut die bewusste Frau aus dem arbeitenden Volk diesem »Frauenkongress« zu. Ihr ist klar, dass die Gleichberechtigung von Frau und Mann ein Hirngespinnst ist, solange die Bourgeoise herrschen wird. Gleichberechtigung beim Elend, bei der Arbeit, bei der Ausbeutung hat der Kapitalismus für die Frauen aus dem Proletariat bereits längst eingeführt. Die Stadt- und Landarbeiterin hat das Fahrradfahren gar nicht nötig, auch kann sie sowieso keine Universität besuchen, um irgendeine Gleichberechtigung mit dem Mann zu erreichen. Sie ist im Leid der schweren Arbeit um das tägliche Brot für sich und ihre Kinder ihrem Weggefährten gleichgestellt. Die Sache des um die Verbesserung seines Daseins kämpfenden Proletariats ist zu ihrer Sache geworden. Heute kann die Frau aus dem Arbeitervolk den Weg zu ihrer Befreiung nur in der Gewerkschafts- und sozialistischen Bewegung finden. Und der ganzen Frauenwelt kann allein die sozialistische Bewegung die Gleichberechtigung bringen. Sobald die siegreiche Arbeiterklasse alle Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen durch andere Menschen beseitigt haben wird, wird auch die lange Herrschaft des männlichen Geschlechts über das der Frau ein Ende finden. Die Frauenbefreiung bricht nicht auf den »Frauenkongressen« an, die in der bürgerlichen Welt mit einem nachsichtigen und abschätzigen Lächeln quittiert werden, sondern auf den sozialistischen Arbeiterkongressen, auf die die Minister, Reichskanzler und die bürgerliche Presse mit düsterem Hass und mit im Herzen verborgener Angst schauen.

Gazeta Ludowa. Nr. 48. 16. Juni 1904. S. 1.

## Von der Redaktion

Mit der heutigen Nummer beenden wir das zweite Quartal im laufenden Jahr [1904]. Da in der allernächsten Zeit die aktivste Mitarbeiterin unseres Zeitungsblattes, Genossin Luxemburg, eine dreimonatige Gefängnisstrafe antreten wird, zu der sie wegen angeblicher Majestätsbeleidigung bei einem ihrer Wahlkampfauftritte in Sachsen verurteilt wurde<sup>115</sup>, und wir leider keinen entsprechenden Ersatz finden können, sind wir gezwungen, mit der vorliegenden Nummer das Erscheinen unserer Zeitung einzustellen.<sup>116</sup>

<sup>115</sup> Siehe S. 85f. des vorliegenden Heftes.



Wenn wir uns also vorläufig von unseren Freunden verabschieden, so wollen wir mit einigen Worten die gegenwärtige Situation kennzeichnen und uns die zweijährige Geschichte unserer Zeitung vor Augen führen.

Vor allem erinnern wir daran, in welcher Lage die Parteiagitation unter der polnischen Bevölkerung vor Gründung unseres Blattes sich befunden hatte.

Wie wir wissen, haben wir es mit der breiteren Bewegung in Posen wie auch in Oberschlesien seit etwa sechs, sieben Jahren zu tun. Ungefähr 1897 ließ sich Genosse Winter aus eigener Initiative und als mutiger Pionier in einem völlig neuen Gefilde in Königshütte nieder. Etwa ein Jahr darauf traf Genosse Gogowski in Posen ein. Obwohl beide kein Polnisch sprachen, gaben sie sich der Arbeit unter der polnischen Bevölkerung mit Eifer und Hingabe hin, trugen das Evangelium des Sozialismus in die am meisten rückständigen Ecken im Deutschen Reich. Als bald gelang es ihnen in Posen und in Oberschlesien, eine gewisse Bewegung zu schaffen und breitere Arbeiterkreise zu beleben, auch wurde gewissermaßen ein Organisationszentrum geschaffen für die einheimischen polnischen und deutschen Elemente. Das Ergebnis der Reichstagswahlen 1898 belegte eindrucksvoll den Beginn der sozialdemokratischen Agitation in Oberschlesien, wurden doch 25000 Stimmen für die Parteikandidaten abgegeben. In Posen breitete sich die Bewegung, weil die Bedingungen hier anders als in Oberschlesien nicht durch die Großindustrie, sondern kleinbürgerlich-handwerklich geprägt waren, nicht sofort zu einer breiten Welle politischen Oppositionsgeistes aus, wohingegen es aber zu einem erdenklich guten Anwachsen der

116 Ein ursprünglicher Plan gleich nach der Verurteilung sah vor, dass Leo Jogiches während der Gefängnishaft von Rosa Luxemburg die Zeitung weiterführen sollte: »Ich bin müde, mich bedrückt der Gedanke, was Du mit der ›Gazeta Ludowa‹ machen wirst.« (GB. Bd. 2. S. 54.) – Insgesamt sind vom Juli 1902 bis Juni 1904 114 Einzelnummern der »Gazeta Ludowa« erschienen, zehn Nummern 1902, 52 Nummern 1903 (als Wochenzeitung) und 52 Nummern im ersten Halbjahr 1904. Als Redakteure waren Marcin Kasprzak und ab Februar 1904 Wojciech Popka tätig. Als Kasprzak im Februar 1904 illegal ins Königreich Polen ging, um sich dort um den Aufbau einer Geheimdruckerei vor allem für »Czerwony Sztandar« zu kümmern, fiel die Redaktionsarbeit aber faktisch zu ganz großen Teilen in die Verantwortung Rosa Luxemburgs. Kasprzak geriet im April 1904 in Warschau in eine Falle, bei der er tödliche Schüsse auf mehrere Zarenpolizisten abgab, weshalb er mit dem Tode bestraft und im September 1905 hingerichtet wurde. Einen ergreifenden Text schrieb Rosa Luxemburg im September 1905, in dem sie ihres engsten Mitstreiters in den Posener Tagen gedachte. (Siehe »Es lebe die Revolution!« In: Rosa Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte. Berlin 2015. S. 130–132.)

Gewerkschaftsorganisationen kam. Wie bekannt, wurden 1902 bereits ungefähr 4000 Mitglieder erreicht, etwa doppelt so viel wie in Oberschlesien mit seiner gewaltigen Armee an beweglicheren, dafür aber schwerer hinter die Organisationskarre zu spannenden Proletariern.

Die Agitation wurde in beiden polnischen Provinzen von Anfang an von den Mitgliedern der Sozialdemokratie Deutschlands geleitet. Was bedeutet, dass die Agitation sofort auf einem klaren Klassenstandpunkt gegründet war, der die polnischen wie deutschen Proletarier zu einer gemeinsamen Organisation aufforderte, ohne Unterschied in der Nationalität und eben deshalb im Interesse der wirksamen Verteidigung der unterdrückten polnischen Nationalität. Doch gerade deswegen rief diese Agitation sehr schnell eine ganze Reihe von unliebsamen Auseinandersetzungen mit der PPS in Deutschland hervor, die sich seitdem als ununterbrochene Kette bis zum endgültigen Bruch zwischen der Sozialdemokratie und dieser Sonderorganisation hinzog. Als sie formal noch zur deutschen Sozialdemokratie gehört und von dieser eine ansehnliche moralische und materielle Unterstützung bekommen hatte, begann die PPS mit einer heftigen Kampagne gegen die Genossen Winter und Gogowski sowie allen Genossen aus Posen und Oberschlesien, die im Sinne der deutschen Sozialdemokratie agitierten, wie der Parteivorstand in seinem Bericht an den Parteitag in Lübeck leider feststellen musste.<sup>117</sup> Weil sie für die Aufklärung des

117 »Aus dem Umstand, dass die polnischen Arbeiter von jeher von den deutschen Unternehmern, speziell denen des Ruhrgebiets, als Lohndrücker benutzt wurden, erwuchs für die Parteileitung die Pflicht, die Aufklärung über ihre Klassenlage auch den polnischen Arbeitern zugänglich zu machen. Leider bildete der Sprachunterschied ein starkes Hinderniß. Als daher eine in den Berliner Parteiorganisationen geschulte Anzahl polnischer Genossen die Aufgabe übernahm, die mündliche und schriftliche Agitation unter den Polen zu besorgen, fand diese Bereitwilligkeit die weitgehendste Unterstützung der Parteileitung. Die Erfolge, speziell in den Provinzen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung, waren geringe. Die hierfür von dem Partei-Vorstand in Betracht gezogenen Gründe erwiesen sich als zutreffend, nachdem Genosse Dr. Winter nach Beuthen in Oberschlesien übersiedelte und mit Energie an die Agitation und Organisation heranging, und dem Vorstand über die tatsächlichen Verhältnisse berichtete. Von da ab war Genosse Winter die Zielscheibe der Angriffe der Polen, die sich inzwischen eine selbständige Organisation gegeben und für deren Bestand mit Recht fürchteten, denn Genosse Winter betrieb die Organisation im Rahmen der deutschen Partei. Die einzelnen Phasen der Entwicklung der Animosität zwischen den Polen und den um Dr. Winter organisierten Genossen zu schildern erübrigt sich, dieselben sind den Genossen aus den Debatten der Parteitage in Hamburg, Stuttgart und Mainz zur Genüge bekannt geworden. Wer etwa bis dahin der Meinung gewesen war, Genosse Winter hätte vielleicht etwas diplomatischer handeln können, wurde von

polnischen Arbeitervolks arbeiteten und es mit den kämpfenden deutschen Brüdern vereinten, erklärte die PPS sie zu »Sozialhakatisten« und »Gazeta Robotnicza« verleumdete unaufhörlich den guten Ruf dieser Genossen, indem sogar deren persönliche Redlichkeit und Unbescholtenheit in Zweifel gezogen wurde.

Es ist doch ganz klar, dass es dabei nicht um persönliche Zwistigkeiten geht. Die scharfe Kampagne der PPS gegen die Agitatoren in Oberschlesien und in der Provinz Posen war nur ein Ausdruck jenes grundlegenden Widerspruchs, der zwischen der nationalistischen Haltung der PPS und dem klaren Klassenstandpunkt der Sozialdemokratie zum Vorschein kam. Die Feindseligkeiten zeigten nur handgreiflich, welcher Abgrund zwischen einem richtigen Sozialdemokraten und einem sozialistischen Nationalisten liegt, zeigten, dass dort, wo ersterer zu vereinen sucht, der andere trennt und die Einheit zerreißt.

So die Situation, in der die Posener Genossen die »Gazeta Ludowa« ins Leben riefen, weil sie ein eigenes Organ haben wollten, um sich gegen die Angriffe aus verschiedener Richtung wehren zu können.

Genossen Gogowski muss zugestanden werden, dass er zunächst versucht hatte, die Angelegenheit auf jeden Fall friedlich zu klären. Als er nach Posen kam, hatte »Gazeta Robotnicza« dort nach acht Jahren Bestehens ungefähr 17 Abonnenten; mit beharrlicher Verbreitung und allem Bemühen gelang es Genossen Gogowski schließlich, die Abonnentenzahl auf 70 zu erhöhen. Sobald aber in »Gazeta Robotnicza« die Kampagne gegen die Sozialdemokratie anfang und der nationalistische Geist klar hervortrat, ging die Zahl der Abonnenten schlagartig zurück, was zeigte, dass die Posener Genossen von einer Zeitung mit solcher Ausrichtung nichts hören wollten.

Doch eine besondere Rolle kam »Gazeta Ludowa« zu beim Streit zwischen der Sozialdemokratie und der PPS. Wir erinnern daran, dass sie vom deutschen Parteivorstand anerkannt wurde und aus der zentralen Parteikasse

dieser Meinung kurirt durch die Vorgänge, die sich anschließend an die Vorgänge in Oberschlesien auch in Posen abspielten. Nach jahrelanger Abwesenheit kam Genosse Gogowsky vor 2 Jahren als aufgeklärter Sozialdemokrat nach Posen zurück. Gleich dem Genossen Winter machte sich Gogowsky im Verein mit den dort wohnenden Genossen planmäßig an die Agitation und Organisation. Und nun wiederholte sich hier dasselbe Spiel wie in Oberschlesien. Genosse Gogowsky und Kasprcak wurden genauso heftig angegriffen wie Genosse Winter.« (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Lübeck vom 22. bis 28. September 1901. Berlin 1901. S. 25.)

Unterstützung erhielt, als infolge der Entscheidungen auf dem Münchner Parteitag [1902] mit den Einigungsverhandlungen zwischen dem Parteivorstand der Sozialdemokratie und der PPS begonnen werden sollte.<sup>118</sup> Eine polnische Zeitung, die vom Parteivorstand unterstützt wird und strikt nach dem sozialdemokratischen Geist ausgerichtet ist, wurde in der PPS mit ihrer engen organisatorischen Ausrichtung als wirkliche Gefahr ausgemacht. Anstatt das neue Presseorgan für die sozialistische Agitation willkommen zu heißen, wie es normal gewesen wäre, übertrug die PPS auf die »Gazeta Ludowa« jenen ganzen Hass, den sie bereits den Agitatoren der Sozialdemokratie entgegengebracht hatte. Die »Gazeta Ludowa« wieder aus der Welt zu schaffen, dies war das Ziel der unermüdlichen Bemühungen der PPS, die gar nicht mehr mitbekam, wie befremdlich und empörend diese verbissene Haltung unter Sozialisten ist.

Doch erwies sich gerade diese Angst vor »Gazeta Ludowa« als überaus heilsam, um die PPS mit ihrem nationalistischen Extremismus zur Ernüchterung zu bringen. Unsere Zeitung hat, was die Leser am besten beurteilen können, kein einziges Mal die Sonderorganisation angegriffen, höchstens wurden gezwungenermaßen einige Male die Attacken abgewehrt, um der Pflicht nachzukommen, die Arbeiterbewegung vor den Bestrebungen nach Spaltung zu bewahren und vor den Versuchen, sie vom Klassenweg abzubringen. Und dennoch reichten bereits das Erscheinen, das gegebene Beispiel und die Ruhe, mit der »Gazeta Ludowa« seiner Wege zog, damit die wütenden Anführer der PPS in ihrer Kampagne gegen die Sozialdemokratie sich schrittweise Bremsen anlegen und ihre Haltung aufgeben mussten, zumindest nach außen gerichtet. Bereits bei den Einigungsverhandlungen waren die PPS-Vertreter bekanntlich bereit, sich von ihrer utopischen programmatischen Haltung loszusagen. Das Rundschreiben des Parteivorstands, in dem ausdrücklich festgehalten wurde, dass die Sozialdemokratie ausschließlich das Erfurter Programm anerkenne, so dass innerhalb der Sozialdemokratie von einem Programm der Wiederherstellung Polens keine Rede sein könne, zeigte dem PPS-Vorstand bereits, wie entschieden die Sozialdemokratie in dieser Frage ist. Wären die PPS-Vertreter bei ihrer anfangs vernünftigen Haltung bis zuletzt geblieben und hätten sie das Nebenprotokoll unterschrieben, das ihnen von Bebel vorgesetzt und in

118 Zu den Einigungsverhandlungen siehe Rosa Luxemburg: Zur Schlichtung der polnischen Zwistigkeiten. In: GW. Bd. 6. S. 449–458; dies.: Zur Frage der polnischen Einigkeit. Ebd. S. 467–474.

dem diese Tatsache offiziell festgehalten wurde, wäre es also zur Einigung und zum Zusammenschluss gekommen, dann hätte sich »Gazeta Ludowa« für das vollbrachte Werk beglückwünschen können.

Leider erwiesen sich die damaligen Zugeständnisse der PPS als unaufrichtig, weshalb es statt zur Einigung zum Bruch kam. Dennoch ist allein die Tatsache der Existenz von »Gazeta Ludowa« immer wirksamer geworden. Bei einer ganzen Reihe von Ereignissen ließ die PPS von der früheren Zuspitzung.

»Gazeta Robotnicza«, die über viele Jahre lang unaufhörlich und hass erfüllt gegen die »Sozialhakatisten«, also gegen die deutsche sozialdemokratische Partei gekämpft hatte, musste schließlich Ruhe geben.

Zuvor hatte die PPS, wie bekannt, mit ihrer verfehlten Agitation für die unbedingte Schaffung gesonderter polnischer Gewerkschaftsstrukturen die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zumindest soweit verbittert, dass sie sehr scharf gegen die PPS auftrat (siehe Protokoll des Gewerkschaftskongresses in Stuttgart 1902, S. 13).<sup>119</sup> Jetzt ist von »polnischen Strukturen« nicht mehr die Rede, die ja nichts anderes als Spaltung bedeutet hätten, also verhängnisvoll für den Gewerkschaftskampf gewesen wären, zumindest ist nichts mehr zu hören; die PPS hat diese Agitation aufgegeben.

Zudem hat sie den unangebrachten Gedanken beiseitegeschoben, nach dem die polnischen Provinzen – Oberschlesien und Posen – wie ein Monopol der PPS betrachtet werden könnten, in denen deutsche Sozialdemokraten dann schlicht Fremdlinge wären. Heute sind die Organisationen der sozialdemokratischen Partei in Oberschlesien eifriger tätig als jemals zuvor und versuchen im Geiste der Grundsätze der Sozialdemokratie Anklang zu finden, so dass die PPS offensichtlich endlich verstanden hat, wie unangebracht ihre hysterischen Vorbehalte gewesen waren, denn von »Territorien«, auf denen allein die PPS tätig sein sollte, ist keine Rede mehr.

Schließlich erklärte diese Organisation in dem Brief an den Dresdner Parteitag [1903] bezüglich des Programms öffentlich: »Wir sind keine Nationalisten! Und es ist selbstverständlich, dass wir als sozialdemokratische Partei einen polnischen Klassenstaat als unser Ziel nicht aufstellen. Im Sinne der sozialistischen Grundsätze erstreben wir eine voll-

<sup>119</sup> Protokoll der Verhandlungen des Vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart im Gewerkschaftshaus vom 16. bis 21. Juni 1902. Hamburg 1902 (Nachdr. Berlin, Bonn 1979).

ständige und allseitige Emanzipation des polnischen Volkes, also ein sozialistisches Polen an. Sollte aber aus irgendwelchen Ereignissen, die wir vorauszusagen weder können noch verpflichtet sind, eine unabhängige polnische Republik hervorgehen, welche noch nicht sozialistisch ist, sondern ein weit demokratischeres Staatswesen – so werden wir es im proletarischen Klasseninteresse gewiss mit Freuden begrüßen.«<sup>120</sup>

Sollte diese Erklärung tatsächlich ehrlich gemeint sein, so bedeutete dies den völligen Verzicht der PPS auf das nationalistische Programm, denn sie widerspricht völlig der ganzen Reihe vorhergehender Erklärungen, in denen die Wiederherstellung Polens als das praktische Programm der Partei und als eine in der Agitation einzusetzende Forderung vorgestellt wurde. Darüber, was wir zu begrüßen hätten oder nicht, falls es zu unvorhergesehenen Ereignissen käme, ist überhaupt keine Frage, gehört es doch ins Reich der Phantasie, nicht aber in die Realpolitik. Sollte also die PPS im preußischen Teilungsgebiet bei dieser Haltung bleiben, wäre es der Beweis, dass sie sich endlich von den fatalen Einflüssen der Aufwiegler von außerhalb<sup>121</sup> freigemacht hat, so dass sie mit der vormaligen PPS nur noch der gemeinsame Name verbindet.

Alles zusammengenommen, kann entschieden gesagt werden, dass »Gazeta Ludowa« sehr viel vollbracht hat und bereits die Tatsache ihrer Existenz segensreich auf die PPS gewirkt hat. Der Lärm der Janitscharenmusik verstummte, sie begann zu verstehen, dass die erste Bedingung für ihre Existenz die Suche nach der Einigung ist, nicht aber der Hader mit der Sozialdemokratie.

Allerdings musste unsere Zeitung für diese Lehre keinen geringen Preis zahlen. Wie ein unfügsames Kind, das kein Verständnis für sein eigenes Wohl aufbringt, rächte sich die PPS an der »Gazeta Ludowa« wo immer es nur ging. Wieviel Intrigen wurden gegen uns losgetreten! Wieviel Anstrengungen startete sie, von wie vielen Seiten schlich sie sich heran, nur um unserer Zeitung zu schaden. Wir erinnern nur an die Kampagne auf

120 Bezieht sich auf die Rede von Ignacy Daszyński auf der Einigungskonferenz zwischen SPD und PPS im preußischen Teilungsgebiet vom 19. Oktober 1902. Hier zitiert nach: Offener Brief der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) Deutschlands an die deutsche Sozialdemokratie. Britz-Berlin 1903. S. 15/16.

121 Gemeint ist die in London ansässige Auslandsstruktur der PPS, die von dem Gedanken einer gemeinsamen polnischen sozialistischen Partei in den drei Teilungsgebieten Polens beseelt war. Deren damals wichtigster Vertreter Kazimierz Kelles-Krauz hatte den Offenen Brief der PPS an den Dresdner Parteitag der SPD verfasst.

dem Dresdner Parteitag, bei der als Handlanger der entlarvte Spitzbube und Spion Spieler zusammen mit seinem Freund Werner dienten.<sup>122</sup>

Wir erinnern uns an die ständigen Angriffe gegen unsere Zeitung und gegen den deutschen Parteivorstand, der sie herausgab, die in Warschau in der bürgerlichen »Prawda« erschienen sind!<sup>123</sup> Wie oft wurde dort zur Freude der Gendarmen und Zarenzensoren ausgerufen, die »Gazeta Ludowa« werde baldmöglichst suspendiert! Diese für Sozialisten völlig befremdlichen Übergriffe illustrieren am besten, welch spürbaren Einfluss »Gazeta Ludowa« auf die anfangs halstarrigen Parteigänger des Sozialpatriotismus hatte.

Einzuwerfen bleibt, dass diese Angriffe gegen die Sozialdemokratie in der Warschauer »Prawda« und in »Naprzód« aus Galizien usw. nur zeigen, wie sehr die jetzige Änderung in der Politik der PPS in Deutschland, die wir ansonsten nur begrüßen können, lediglich erzwungen und unaufrichtig ist.

Es versteht sich, dass die Feindseligkeiten schnell wiederbelebt werden können, solange die Änderung in der Haltung der PPS nicht völlig ehrlich und auch formell erklärt worden ist, was natürlich sehr bedauerlich wäre.

Bleiben wir also optimistisch, halten wir die Hoffnung aufrecht, dass auch dann, wenn »Gazeta Ludowa« mit ihrer ruhigen Agitation nicht mehr auf dem Posten stehen wird, die PPS im preußischen Teilungsgebiet nicht zu den alten Fehlern zurückkehren wird.

Jetzt zum faktischen Stand der Agitation. Bei den boshaften Angriffen gegen uns wurde ständig verbreitet, wie groß die Macht der PPS sei und welche Niederlagen die »Sozialhakatisten«, also die deutsche Sozialdemokratie habe einstecken müssen. Die Gerechtigkeit gibt uns zur Verteidigung der Sozialdemokratie auf, klar zu sagen, dass es sich so überhaupt nicht verhält. Denn sagen wir offen und ehrlich: Was hat die PPS in den letzten Jahren vollbracht? In Posen gibt es sie überhaupt nicht. Vor einem Jahr hat

122 Wir müssen speziell daran erinnern, weil einer der Gesinnungsgenossen der PPS [Leon Wasilewski] die Frechheit besessen hatte, wegen Spielers Protesten gegen »Gazeta Ludowa« zu triumphieren und deswegen den »Bankrott der Sozialhakatisten« zu verkünden, später aber, als Spieler enttarnt worden war, die »Gazeta Ludowa« zu kompromittieren suchte wegen angeblicher Gemeinsamkeit mit dem Spion! ... Fügen wir hinzu, daß dieser Strauchdieb seine Verleumdungen in einer bürgerlichen Zeitung unter der Obhut und mit dem Wohlwollen der Zarenzensur verbreitet hat! (Red. Anm. der »Gazeta Ludowa«.)

123 Gemeint ist die regelmäßig erscheinende Rubrik »Znad Warty i Odry« [An Warthe und Oder], in der Leon Wasilewski unter dem Pseudonym Pośrednik ausführlicher über politische Vorgänge den polnischen Provinzen in Preußen schrieb.

Ledebour, der Verteidiger der PPS, auf der Grundlage ihrer eigenen Bezeugungen schriftlich niedergelegt, sie verfüge dort – nach zwölf Jahren Tätigkeit im wichtigsten polnischen Zentrum im preußischen Teilungsgebiet – über ganze 30 Mitglieder! Zur selben Zeit setzt sich der Sozialdemokratische Verein in Posen aus 163 Mitgliedern zusammen, von denen zwei Drittel Polen sind. Zwar war das gleich nach den Reichstagswahlen [Juni 1903], als die Mitgliedszahl bei allen Wahlvereinen angewachsen war. Doch selbst jetzt zählt der Posener Verein nach dem normalen Abgang über 120 eingeschriebene Mitglieder. Was nun die PPS betrifft, so hatte sie damals de facto keine 30 Mitglieder, sie hatte nicht einmal 15 Mitglieder, jetzt aber ist die PPS in Posen wohl nahezu völlig verschwunden, denn »Gazeta Robotnicza« hatte zuletzt verbreitet, dass sie dort nicht einmal mehr einen einzigen Kolporteur hat. In der gesamten Provinz Posen gibt es keine Spur der PPS-Organisation: nicht in Inowrazlaw, nicht in Rawitsch, nicht in Schönlanke, nicht in Bromberg. Faktisch besteht die PPS-Organisation in den polnischen Provinzen nur in Oberschlesien, wobei, wenn im strengen Sinne von Organisation die Rede ist, sie dort auch nur in Kattowitz besteht. Doch ihr Verein zählt auch hier nur 20 Mitglieder, während der von Genossen Bruhns gegründete allgemeine Sozialdemokratische Verein 70 Mitglieder zählt, Deutsche und Polen. Und dass, obwohl die PPS jetzt im höchsten Maße von der Bewegung der deutschen Genossen zehrt, von deren Versammlungssälen usw.

Wir zählen das hier nicht auf, um der PPS Vorhaltungen zu machen. Denn wir zweifeln keinen Augenblick daran, dass auch diese Genossen tun, was zu tun sie imstande sind, womöglich sogar mehr als sie eigentlich tun können. Doch es geht darum, dass für die Sozialdemokratie vor allem die aufrichtige und offene Erkenntnis der Situation und der faktischen Kräfte nötig ist. Erst danach kann ernsthaft zu weiterer Arbeit übergegangen werden.

Eine solche Betrachtung der Situation muss eigentlich jeden zu der Überzeugung führen, dass noch sehr viel getan werden muss, um einen festen Grund für eine polnische Parteizeitung legen zu können. Die Herausgabe einer Zeitung hat nur dann einen Sinn, wenn sie sich entwickelt, wenn sie nach einigen Jahren bereits auf eigenen Füßen steht. »Gazeta Robotnicza« stand nach zehn Jahren noch nicht auf einen solchen festen Grund, sie war weiterhin auf die entsprechende Unterstützung angewiesen; innerhalb dieser Jahre erhielt sie laut Aussage Auers auf dem Münchner Parteitag



30 000 Mark, Bebel zählte sogar 40 000 Mark zusammen.<sup>124</sup> Allerdings behauptet die PPS, »Gazeta Robotnicza« besitze bis zu 1000 zahlende Abonnenten. Diese Behauptung wurde leider niemals überprüft, da die Kassentbücher von »Gazeta Robotnicza« während dieser zehn Jahre nicht vom Parteivorstand der Sozialdemokratie überprüft worden sind. Da geht es anders zu als in der deutschen Partei, wo alles einer breiten öffentlichen Kontrolle unterliegt. Doch gegen die behaupteten 1000 Abonnenten mag die unumstößliche Tatsache angeführt werden, dass bei 1000 Abonnenten eine Existenz ohne die Unterstützung möglich wäre, wohingegen die Zeitung noch im letzten Jahr der Zugehörigkeit der PPS zur Sozialdemokratie [1901] genau so viel Unterstützung entgegennahm wie die »Gazeta Ludowa« nach einem Jahr ihres Bestehens, und selbst 1902 forderte sie diese Unterstützung für den Fall des Anschlusses. Aus dem lässt sich sicherlich schließen, dass es »Gazeta Robotnicza« nach zehn Jahren nicht gelungen ist, mehr Abonnements zu erreichen als »Gazeta Ludowa« nach einem Jahr, denn die Kosten für die Herausgabe beider Zeitungen sind ungefähr die gleichen.<sup>125</sup>

Natürlich kann ein Presseblatt, das zehn Jahre und länger für die Herausgabe die gleiche materielle Unterstützung benötigt, nicht als Ausdruck für die Entwicklung der Bewegung oder als Maß für deren Fortschritte angeführt werden. Das ist gewissermaßen wie bei einem Privatunternehmen, das auf diese Weise 100 Jahre existieren kann, wobei es mit seiner Existenz lediglich nachweist, einen oder einige vermögende Spender gefunden zu haben.

Keine Frage ist allerdings auch, dass eine Zeitschrift, die unter diesen Bedingungen herauskommt, der Bewegung nicht viel Hilfe erweisen kann, woraus umgekehrt folgt, dass das Fehlen einer solchen Zeitschrift sich auch

124 Ignaz Auer: »Für diesen Zweck mußten wir im Laufe der elf Jahre die Summe von 29 441 M. bezahlen«. (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu München vom 14. bis 20. September 1902. Berlin 1902. S. 104); August Bebel: »Wir haben dann in 10 Jahren 30 000 M. auf die Unterhaltung dieses Blattes gewandt, wir haben fast die gesamten Kosten des Blattes bezahlt [...] Die deutsche Partei hat in 9–10 Jahren allermindestens 45 000 M. in selbstloser Weise für die polnischen Genossen aufgewandt.« (Ebd. S. 152.)

125 Laut einem Prüfbericht, der am 16. Oktober 1903 im »Vorwärts« (Nr. 242) veröffentlicht wurde, habe »Gazeta Ludowa« die Zahl der Abonnenten von 150 im zweiten Halbjahr 1902 auf 200 im ersten Halbjahr 1903 erhöhen können, außerdem sei jede Ausgabe der Zeitung mit weiteren 400 Exemplaren verkauft worden. (1. Beilage. S. 5/6. – Siehe auch S. 63 im vorliegenden Heft.)

nicht besonders auf die Arbeit niederschlägt. Beweis liefert die Tatsache, dass Winter 1898, als es keinerlei Parteiblatt gab, im Wahlkreis Beuthen auf Anhieb 8000 Stimmen bekam, so auch 1903, als über 10000 Stimmen und überwiegend polnische zusammenkamen, obwohl »Gazeta Ludowa« in Winters Wahlkreis nicht verbreitet wurde. Das Fehlen einer Zeitung hinderte Winter nicht daran, seine Stimmenzahl von einer Reichstagswahl zur nächsten um 2300 zu erhöhen, wohingegen umgekehrt das Vorhandensein von »Gazeta Robotnicza« der Kandidatur von Morawski im Wahlkreis Kattowitz fast gar keinen Stimmenzuwachs (insgesamt 215 Stimmen), relativ gesehen sogar einen Rückgang des Stimmenanteils gebracht hatte.

Das gleiche sehen wir in Posen. Im Jahre 1898 erhielt der Kandidat Morawski, der selbst Redakteur der »Gazeta Robotnicza« gewesen war, 720 Stimmen. Kasprzak erhielt dahingegen bei Nachwahlen 1901 und ohne jede Zeitung zu seiner Unterstützung (»Gazeta Ludowa« wurde im Juli 1902 gegründet) 740 Stimmen. Und das, obwohl die PPS gegen die beiden hier erwähnten Genossen in ihrer Zeitung einen jahrelangen und leidenschaftlichen Kampf geführt hatte.<sup>126</sup>

Und wieder führen wir an: Wir halten das alles nicht fest, um es der »Gazeta Robotnicza« zum Nachteil zu gereichen, sondern nur, um zu zeigen, wie gegenstandslos alle mit schlechtem Willen und ohnmächtiger Wut geprägten Angriffe gegen »Gazeta Ludowa« und die deutsche Sozialdemokratie in den mit der PPS sympathisierenden Zeitungen gewesen waren.

Jetzt zum Abschluss noch zwei Worte. Auch wenn es der deutschen Partei nicht an entsprechenden Mitteln fehlt und sie für die sozialdemokratische Bewegung unter der polnischen Bevölkerung immer bereit gewesen ist und weiterhin mit freigiebiger Hand moralische und materielle Hilfe zu geben bereit sein wird, so denken wir, es ist besser, unsere Zeitung erst dann wiederzubeleben, wenn die Genossen mit beharrlicher Arbeit den entsprechenden Boden für ein neuerliches Erscheinen bereitet haben werden. Mögen die polnischen Genossen keinen Augenblick denken, dass der deutsche Parteivorstand den Gedanken oder die Absicht aufgegeben hat, ein polnisches Presseorgan für die sozialdemokratische Agitation zu schaffen. Im Gegenteil, er ist bereit, uns in jedem Augenblick entgegenzukommen.

126 So im Original. Es handelt sich um einen Druckfehler, denn gegen Morawski als Vorstandsmitglied der eigenen Partei hatte die PPS im preußischen Teilungsgebiet keinen Kampf geführt. Anzunehmen ist, dass hier eigentlich ein anderer Bezug – auf Winter in Oberschlesien – gemeint war.

Doch wir haben selbst darauf zu achten, mit beharrlicher Agitation die entsprechenden Bedingungen zu schaffen, damit ein solches Presseorgan bestehen kann. Bis dahin wird der Parteivorstand, um die polnische Agitation in diese Richtung zu unterstützen, regelmäßig polnische sozialdemokratische Aufrufe zur Verbreitung unter den Massen und insbesondere in Oberschlesien herausgeben. Also, Genossen, an die Arbeit, energisch und unverdrossen, denkt dabei an die Leitidee, die der »Gazeta Ludowa« gedient hat und der ihr auch weiterhin in der Arbeit und überall folgen solltet: Die Arbeitereinheit ist die Grundlage für den Klassenkampf und die Gewähr für den künftigen Sieg des Sozialismus.

Gazeta Ludowa. Nr. 52. 30. Juni 1904. S. 1–3.

# ABBILDUNGEN

Abbildung 1 *auf der gegenüberliegenden Seite*: Przegląd Socjaldemokratyczny [Sozialdemokratische Rundschau]. Titelseite (Ausschnitt) der im Dezember 1902 erschienenen Doppelnummer 4/5 des wissenschaftlichen Organs der Sozialdemokratie des Königreichs Polens und Litauens (SDKPiL) mit den Bemerkungen von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches zur Frage des Programms der russischen Sozialdemokratie. Siehe dazu auch die Seiten 15–51 des vorliegenden Heftes.

# PRZEGLĄD SOCJALDEMOKRATYCZNY

## ORGAN PARTJI SOCJALDEMOKRATYCZNEJ KRÓLESTWA POLSKIEGO I LITWY.

— 34 —

### Kilka uwag w kwestji programu rosyjskiej socjaldemokracji. \*)

Przez Jana Tyszkę.

## I.

Rzecz można, że o ile programy socjalistyczne, w swym uzasadnieniu, jakoteż treści przedewszystkiem odzwierciodlają walkę z zewnętrznym nieprzyjacielem proletariatu — klasą kapitalistów oraz rządem burżuazyjnym — o tyle dają zazwyczaj w sposobie swego sformułowania wyraz kaźdorasowej walce różnych prądów w łonie samego socjalizmu. Dobitniejsze stosunkowo zaakcentowanie pewnych punktów w porównaniu do innych, omówionych pobieżniej, użycie pewnych specyficznych wyrazów i określeń, w celu zapobieżenia fałszywemu lub dowolnemu komentowaniu rzeczy, oznacza zwykle nic innego, jak rozprawę z niewidzialnym przeciwnikiem, dążność do odgródnienia się od pewnych prądów socjalistycznych, przedostających się do wnętrza partji.

Myślą przewodnią pierwszego projektu programowego rosyjskich socjaldemokratów, ogłoszonego przez grupę „Wyzwolenia Pracy” (Oswo-bożenia Truda) w r. 1888\*\*) było dążenie do odgródnienia się od światopoglądu ówczesnych narodowolców i uważny czytelnik odnajdzie w każdym zwrocie owego programu acz niewypowiedziany, ale niewątpliwy wzgląd na pomieniony kierunek.

Od owej chwili minęło zaledwie lat 14, socjalna demokracja zdążyła dopiero zdobyć stanowisko kierunkowe w szeregach rosyjskich socjalistów, a oto musi już borykać się z nowymi przeciwnikami. Najnowszy projekt programu rosyjskich socjaldemokratów ukazuje się na widowni pod znakiem walki z bernsteinizmem oraz jego rosyjskim gatunkiem, tak zwanym ekonomizmem. Nosi on wyraźną cechę staroniedawnych pomiędzy radykałami a oportunistami, które na tyle wzburzyły w ostatnich latach partje socjalistyczne zachodniej Europy a donośnym echem odbiły się również w cenzuralnej jak i w nielegalnej prasie rosyjskiej.

Rys ten znamienity poczytujemy stanowczo za wielką zaletę programu „Iskry”. Słyszeliśmy nieraz zdanie, że ów prąd, ochrzczony nieco chropowatym mianem bernsteinizmu, należy uważać za objaw potężnego rozrostu socjalistycznego ruchu w ostatnim dziesięcioleciu. Bezspornie sąd ten w dużej mierze jest dla krajów zachodniej Europy słusznym. Wstęcznictwo polityczne oraz bankructwo moralne stronnictw burżuazyj-

# GAZETA LUDOWA.

PISMO DLA SPRAW LUDU PRACUJĄCEGO.

Adres Redakcji: Pawel Niemiński, Poznań ulica Szoska nr. 21.	Wychodzi: dwa razy na tydzień.	Przedpłata miesięczna wynosi 40 fra.	Adres Redakcji: Szosa ulica nr. 21 i piętro.
Opisano: od jednolitego wierzka płaci się 20 fra.	Proletaryszu wszystkich krajów, łączcie się!		„Gazeta Ludowa” jest wydawana na pocztę pod nr. 4 22a.

No. 1.

Poznań, dnia 3 Stycznia 1904.

Rok III.

Towarzysze! Budujcie abonentów dla „Gazety Ludowej“!

Od dzisiejszego numeru „Gazeta Ludowa“ wychodzi

**dwa razy na tydzień.**  
„Gazeta Ludowa“ jest jednym piśmie polskiem, w którym polski lud pracujący znajduje wyraz swych dążeń, i obros swych interesów, walczywość, gdzie i jak szuka poprawy swej roli.

**Prasa robotnicza**  
Jest dziś jedną z najpilniejszych potrzeb ludu pracującego, najdalej idącym oryentem przeciw wyzyskowi i uciskowi. Klasy pańszczyki, zrabachki, kapitalistki, sprząszone z nimi klas, wreszcie rząd państwa — wszystkie klasowe — podżebacze — kłopotają się jego pracą, powołując go praw politycznych, ale starają się ogłupić go, aby nie przejrzał na oczy i nie doszedł do zrozumienia swej krzywdy. Prasa robotnicza, Kurjery, Odpowiedni służby własnie do ogólnienia ludności pracującej.

Dlatego głównym warunkiem polepszenia bytu ludowego jest — rozszerzenie swiata za pomocą gazet dla klasy robotniczej.

**Gazeta Ludowa**  
zaszanujania polski stan pracujący ze wszystkimi sprawami w kraju i w państwie, które dotyczą jego interesów. „Gazeta Ludowa“ opowiada czytelnikom, co się dzieje na szerokim świecie, jakie walki stacają robotnicy w innych krajach o chleb i wolność. „Gazeta Ludowa“ swalczca wszelkie przawy, ciemnogi, szerzoną przez wrogów sprawę ludową.

Wychodzi dwa razy na tydzień „Gazeta Ludowa“ w bieżniom miejscu jeszcze lepiej niż czytelnikom, niż dotąd. Cena abonamentu zostaje podniesioną tylko o 10 fenigów na miesiąc. „Gazeta Ludowa“ wychodzi dwa razy na tydzień, gdzie waga kosztowała przez kolporterów, od stycznia 1904 roku.

**40 fenigów na miesiąc.**  
Zaden kapitalista nie utrzymał przez robotniczych, ale zato miliony robotników utrzymał państwa kapitalistyczne. Dlatego też robotnicy są niewolnikami kapitala!

Każdy jest na sercu dobroczytni pracującej ludności, prawdziwie odważa i przysłać swych abonentów — pod jarzama kapitalizmu, niewolnictwa abonentów dla

„Gazety Ludowej”

## Ewangelia braterstwa.

Gdy podczas świąt Bożego Narodzenia cały burżuazyjny świat powtarzał obłudnie słowa ewangelii Chrystusa o miłości bliźniego i pokoju na ziemi, socjaliści robotnicy dali światu prawdziwy obraz braterstwa i miłości chrześcijańskiej. W Crimmitzschau, gdzie 7,000 tkaczy od miesięcy jest bez pracy i chleba, odbyła się wina, jakiej nigdy jeszcze nie widzieli w miasto tętny robotniczej.

Milicjoner-fabrykanci pastwili się nad głodem siedmiu tysięcy swych bratniej wsi, chcąc ich zmusić do wrócenia w pokora do jarzma. Władza rządowa zbrończo urządziła wina dla strajkujących, chcąc im wydrzeć nielitośnie pociechę moralną, pozbawić ich kilku godzin radości i spokoju...

Ale za to proletaryat niemiecki wydzignął tem spieszniej dłoń z gorącym uczuciem do swych braci w Crimmitzschau. Dział robotnicze popłynęły ze wszystkich stron tak obficie, że zbierano — i dotychczas się zbiera — po 17, po 20 tysięcy marek dziennie! Starczyło też na obfito upominków gwizdeków dla całej ogromnej rzeszy walczących w Crimmitzschau.

W dniu 24-go grudnia ruch był po nielito nieswyciły od rana. W lokalu robotniczym komisja strajkowa rozdała podarki. Robotnicy, mężczyźni i kobiety, starzy i młodzi, działaw robotnicze, — wszystko to spieczyno tłumnie do lokala i nikt nie opuszczał go bez pakunku, kromu pieniędzy. Każdy dostał dar braterski od klasy robotniczej Niemiec. Tu starzy zgrabioży tkaczy, co-przez całe życie chodzili zimą w bytaniety kurcie, dostali porządnie palto watowane i sam swemu bogactwu uwiaryz nie może. Tam robotnica dźwiga do domu z radością twarzą pełną bełkoty, obawie, fartuszek, watawkę. Uwidnie dzieci pokazały sobie wzajem szuboty ciepłe czapki, szalunki, ubrania.

Przed lokalem komitay stoi tłum, czekający swej kolei, słysząc gwar i śmiechy! Otucha wstąpiła w serce tych proletarytary, nadzieja swycietywa uśmiecha im się, dzielna pomoc dodaje ochoty do wytrwania w ciężkiej walce. To były prawdziwe święta pokoju i szczerania w Crimmitzschau! Zgotowała je solidarność! Klasowa niemieckiego proletaryta, zgotowała je ewangelia socjalizmu, która ponosi robotników,

że sprawa wyzwolenia z pod jarzama kapitalizmu jest wspólną sprawą wszystkich pracujących.

Zarazem okazało się, że zjednoczony proletaryat niemiecki jest, nit moc kapitalistów, złączono nawet z mocą władz rządowych. Zamiar fabrykantów i policyi w Crimmitzschau, aby strajkujących pozbawić świąt Bożego Narodzenia, został zniszczony. Wola robotniczej klasy triumfuje i wywoła śmiech radości i nadziei tam, gdzie wola burżuazyjna chciała śnieć swęptlenie i rozpacz. Byt strajkujących zapewniony jest już do połowy Lutego. Panowie kapitalistki będą musieli niedługo ukorzyć się przed silną organizacją nowego proletaryta.

Wina w Crimmitzschau jest tak potężna lekcyj solidarności klasowej, że najbiedniejszy robotnik musi się na nie zastanowić. A dzień 24-go i 25-go grudnia walczywo nawet ślepcem, gdzie dziś ułotna znałoby prawdziwie chrześcijaństwo — nie na ustach, lecz w czyni: czy wśród obłudników burżuazyjnych religiozów, czy wśród tak zwanych „bezbosnych“ robotników socjalistycznych!

## Widmo wojny.

Japonia postawiła Rosji następujące żądania: 1. Uznanie niezaswiłości i celności Chin oraz Kori, co oznacza, że Rosya ma skwitować z zaboru Mandżuryi; 2. uznanie prawa wolnego handlu oraz jednakoowych praw dla wszystkich obcych narodowców w Chinach i Kori — co uważa wszelkie przywileje handlowe i inne dla Rosji.

Tymczasem, widocznie nie licząc na pokojowe zakończenie starcia, rząd japoński szczytuje się z gorączkowym pospieszeniem do wojny. Nadzwyczajnie rozporządzenie, ogłoszone w tych dniach, otwiera rządowi nieograniczonego kredytu na cele wojenne. Inne rozporządzenia, dotyczące nowej organizacji głównego sztabu wojskowego oraz powołania do życia rady wojennej. Powołano do broni wszystkich marynarzy, będących na urlopie. Przygotowano do transportu wojska aż podobno sześćset tysięcy. Szlak wojenny „określono“ japońskich wyjdzieło ze stacji Saikō na pola morza. Telegramy domoży:



Abbildung 2, S. 176: *Gazeta Ludowa*. Poznan. Jg. 3. Nr. 1. 3. Januar 1904. Titelseite mit Rosa Luxemburgs Artikel »Ewangelia braterstwa« [Evangelium der Brüderlichkeit]. Siehe dazu auch die Seiten 67/68 des vorliegenden Heftes. – Abbildung 3, oben: Gedenktafel in Poznan: Rosa Luxemburg weilte im Mai 1903 in Posen, um unter anderem für »Gazeta Ludowa« zu arbeiten. Sie war in der damaligen Kaiser-Wilhelm-Straße 21 untergebracht: »Ein Zimmer habe ich schon, es ist sehr hübsch und in einer guten Gegend untergebracht«, berichtete Leo Jogiches am 8. Mai 1905. (GB. Bd. 2. S. 16.)



# GAZETA LUDOWA.

PISMO DLA SPRAW LUDU PRACUJĄCEGO.

Adres Ekspozycji: Paweł Miśczko, Perzeń ulica Szeroka nr. 21.	Wychodzi co Czwartek i Niedziela. Przedpłaca wynosi przez kolportera miesięcznie 40 Groszów. Pod opłatą w Kieuczech i Austrii 55 kwartalnie 155 Pod opłatą za granicą 2 05	Adres Redakcji: Szafka ulica nr. 21 I piętro. „Gazeta Ludowa“ jest załączana do pociski pod nr. 1 22a.
---	--	--

No. 52.

Poznań, dnia 30 czerwca 1904.

Rok III.

Proletaryszcze wszystkich krajów, łączcie się!

Towarzysze! Werbujcie abonentów dla „Gazety Ludowej“!

## Od Redakcji.

Z numerem dzisiejszym kończymy kwartał drogi bliźszego roku. Pomnieli w najbliższym czasie najwybitniejszą współpracowniczkę naszego piśmnia, towarzyszkę Luxemburg, rozpoczynając odświeżeniem tryumfującej kariery wieściennicy, na którą składano się za rzekomo obraz majestatu w jednej ze swych mów wyborczych w Sankonii, więc, nie mając nieestetycznego odpowiednika do następstwa, smutniej jesteśmy z numerem tym zawieszając wydawanie naszego piśmnia.

Zaprawdę nie tymczasem z naszymi przyjaciółmi, ochybelibyśmy w kilku słowach rozprężyć się w obecnej sytuacji i przedsię, czyniąc dzieje dwuletnie naszej Gazety.

Przypominajmy sobie przedewszystkiem, jakim było polecenie agitacji partyjnej wśród ludności polskiej przed założeniem niniejszego piśmnia.

Jak wiemy, obecny ruch szerzył w Poznańskim, jak i na Górnym Śląsku dątuje mniej więcej od jakich lat sześciu — siedmiu. Około roku 1897 osiadł w Kędlewickiej Hucie a własnej inicjatywą, jako śmiały pionier na nowej ziemi, jako towarzysza Winter. (W rok później mniej więcej zawitał do Poznania towarzysza Górowski. Obaj chociaż nie umieli polskiego języka, oddali się z zapałem i zaangażowaniem pracy wśród polskiej ludności, nieśmiało ewangelizując socjalizm do najbardziej zasfawianych zakątków podziemia niemieckiego. Niebawem też udali im się i w Poznaniu i na Górnym Śląsku stworzyć powieć ruchu i ożywienie w szarych kołach robotniczych, a zarazem powieć orodok organizacyjny z miejscowych polskich i niemieckich tryebników. Rezultat wyborów parlamentarnych w roku 1898 dał świetne świadectwo zapoczątkowania socjaldemokratycznej agitacji na Górnym Śląsku, w postaci 25 trybunicy słów, oddanych na kandydatów partyjnych. W Poznaniuśkim ruch, wobec spełnienia obywatelskich, nie wielkopomyślności, jak na Górnym Śląsku, lecz drobno-niemieckim i przemysłowym warunkom, nie znalazł się odrazu tak szeroki i silny oporczywość polityczną, nie za to wyraził się w pomysłowym wręczaniu organizacyjnej działalności. Jak wiemy, w roku 1902 dosięgły one liczby około 4000 członków, prawie dwa razy większą, jak na Górnym Śląsku z jego odbrzytną armią ruchli-

wych, ale trudniejszych do ujęcia w karby organizacyjnej proletaryszczy.

Agitacja ta w obu prowincjach polskich kierowana była od początku przez członków Socjaldemokracji Niemiec i w duchu jej zasad. To znaczy, że agitacja była postawiona odrazu na ściśle klasowym gruncie, wzywając proletaryszczyw polskich i niemieckich do wspólnej organizacji i wspólnej walki, bez różnicy narodowości i właśnie w interesach skuteczniejszej jednolitej narodowości polskiej. Ale właśnie dlatego agitacja ta wywołała bardzo przykro ten cały szereg przykrych start z „P. P. S.“ w Kieuczech, które otąd sięgnęła się pomocem nieprzerwanem aż do ostatecznego zerwania między socjaldemokracją a tą odbrzytną organizacją. Jeszcze inaczej formułując do niemieckiej socjaldemokracji i utrzymując od niej poważne poparcie moralne i materialne, „P. P. S.“ rozpoczęła gwałtowną kampanię przeciw towarzyszom Wintrowi, Gógowskiemu i wszystkim poznańskim i górnośląskim towarzyszom, którzy sgitowali w duchu socjaldemokracji Niemiec, jak to stwierdzali smutnosyby byli niestety Zarząd partyjny w swym sprawozdaniu, na kongres w Lubeca. Za to, że pracowali oni nad ożywieniem polskiego ludu pracującego i złaczeniem go z niemiecką walczącą bronią, „P. P. S.“ ogłosiła ich za „socjalbakystów“, a „Gazeta Robotnicza“ szarpła bezustannie dobitną sławę tych towarzyszów, podając w wątpliwość nawet ich osobistą uczciwość i niezachodność.

Rzecz prosta wszakże, że nie chodziło tu o nienawistki osobiste. Ta ostra kampania „P. P. S.“ przeciw agitatorom na Górnym Śląsku i w Poznańskim była tylko wyrazem tej zasadniczej sprzecznosci, jaka zachodziła między nacjonalistycznym stanowiskiem P. P. S., a czysto klasowym stanowiskiem Socjaldemokracji. Starcia te wykazywały tylko najeźliwie, jaka przepaść leży między prawdziwym socjaldemokratą, a socjalistycznym nacjonalistą, w których miejsce, za tam gdzie pierwszy stara się łączyć, tam drugi dzieli i rozrywa spójnię.

To była sytuacja, w której towarzyszom Poznanińscy założyli *Gazetę Ludową*, chcąc posiadać własny organ dla obrony przeciw napadom z rękawych stron.

Należy przyznać towarzyszowi Gógowskiemu, że wypróbował pierw wszelkie sposoby, załatwienia sprawy po kolejowo. Gdy przybył on do Poznania,

*Gazeta Robotnicza* posiadała tam po ośmiu latach istnienia około 17 abonentów; stała kolporterską i zabiegami udało się towarzyszowi Gógowskiemu podnieść wreszcie liczbę jej abonentów na 70. Wszakże zadanie rozpoczęła się w Gazecie okrężną kampanią przeciw socjaldemokraty i wyszedł ostro na jaw duch nacjonalistyczny, gdy ktoś przemawiał o jej sprawie rozmawiając i wyrażało się, że towarzysze pozostający o podobie tego kierunku strzyżni nie chcą.

Ale szczególna rola przypadała *Gazecie Ludowej* w udziale wobec szarpania socjaldemokracji z P. P. S. Przypominajmy sobie, że została ona uznana przez Zarząd niemiecki i poparta środkami centralnej kasy partyjnej właśnie w chwili, gdy na skutek decyzji Zjazdu Monachijskiego miały się rozpocząć układy pojednawcze między Zarządkiem socjaldemokracji a P. P. S. Polska piśmnia, popierane przez Zarząd, a prowadzone w ściśle socjaldemokratycznym duchu, stało się dla P. P. S. z jej wąsko-organizacyjnego stanowiska prawdziwą groźną. Zmiana powiodła z rodzajem nowy organ agitacji socjalistycznej, jakby to być powinno, P. P. S. przemieniła na *Gazetę Ludową* tę całą niezawidną, jaka miała dla agitatorów socjaldemokracji. Złączenie *Gazety Ludowej* ze światła stała się celem niemożliwych zabiegów P. P. S. która nie sportowała, w jak dalsze i nie słychane wśród socjalistów zaczęła się stanowiska.

Ale właśnie ten strach przed *Gazetą Ludową* stał się — nader dławieniem dla wytrędyjency P. P. S. z jej nacjonalistycznych krajeńców. Piśmnia nasze, jak nasi czytelnicy najlepiej wiedzą, nigdy, ani razu nie atakowało tej organizacji odbrony, najwyżej kilka razy tylko z mierną odpięto jej słabi, broniąc z obowiązkiem ruchu robotniczego przed śląskiem do rozłamów i zbrodniczym z druzi klasowej. Pomimo to, samem swoim istnieniem, samym przykładem, tym spokojem, z jakim *Gazeta Ludowa* szła swoją drogą, amunila ona zadziękliwych kierowników P. P. S. krok za krokiem do najeźliwie sobie hamulca i w jej kampanii przeciw socjaldemokraty i do cofnięcia się ze stanowiska, chociażby zaopinięciem. Już podmasa ugodowych pertraktacji przedwzięcie P. P. S. do był, jak wiadomo, wyrazem ich swego szkiepnego stanowiska programowego. Okólniki Zarządu partyjnego, który w dobitny spo-

## Zum Bearbeiter dieses Heftes



*Dr. phil. Holger Politt* (\*1958) studierte von 1980 bis 1985 an der Karl-Marx-Universität Leipzig Philosophie. Danach Spezialisierung auf marxistische Philosophie am Ende des 19. und im Laufe des 20. Jahrhunderts. 1994 Promotion an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit einer Arbeit zu Stanisław Brzozowski, einem polnischen Philosophen und Schriftsteller, einem gleichermaßen widersprüchlichen wie herausfordernden Zeitgenossen Rosa Luxemburgs. Nachfolgend unverkennbare Ausrichtung auf ideengeschichtliche Analysen vor allem der polnischen Denkgeschichte. Von 2000 bis 2010 Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Seit 2002 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, darunter von 2002 bis 2009 sowie ein zweites Mal von 2017 bis 2022 Leiter des Büros der Stiftung in Warschau. Dort erwehrt sich die Stiftung 2018/19 in geeigneter Weise der massiven Angriffe gegen das Büro in Warschau, weil der Name Rosa Luxemburgs nach Maßgabe der nationalkonservativen Regierenden aus dem öffentlichen Leben Polens zu verschwinden habe. Nebenher seit 2002 auffallende Spezialisierung auf das polnische Werk Rosa Luxemburgs, auch regelmäßig Veröffentlichungen zu dem Thema, so in den Heften 8, 9, 10 und 12 der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte.

Abbildung 4, Seite 180 links gegenüber: *Gazeta Ludowa*. Poznan. Jg. 3. Nr. 52. 30. Juni 1904. Titelseite mit Rosa Luxemburgs Artikel »Od Redakcyi« [Von der Redaktion]. Siehe dazu auch die Seiten 163–174 des vorliegenden Heftes.



# Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 1/2001: Leipziger Reden und Schriften Rosa Luxemburgs. Manuskriptdruck. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2001. 53 S. – 2., korr. Aufl. 2007. ISBN 978-3-89819-272-9.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus; [Redaktion: Manfred Neuhaus; Satz: Lutz Höll; Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH Schkeuditz.] – *Enthält:* Inhalt. S. 3 – Klaus Kinner: Zum Geleit. S. 5. – Harald Koth: Die erste Rede Rosa Luxemburgs in Leipzig am 29. August 1899. S. 7–13. – Rosa Luxemburg: Ueber die Aufgaben des Parteitages. S. 14–23. – Harald Koth: Drei weitere Leipziger Arbeiten Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1902. S. 24–27. – Rosa Luxemburg: Die Arbeiterklasse und ihre bürgerlichen Freunde. S. 28–31. – Dies.: Sozialreform und soziale Revolution. S. 31–33. – Dies.: Am Tage nach der sozialen Revolution. S. 34–37. – Dokumentation: Der sechste Band der »Gesammelten Briefe« Rosa Luxemburgs. Debatten und Dokumente: Annelies Laschitzka: Zur Vorstellung des Bandes 6 der »Gesammelten Briefe« Rosa Luxemburgs [An die Redaktion der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, 8. Januar 1993]. S. 39–43. – Helmut Hirsch: Debatte mit Annelies Laschitzka über den sechsten Band der »Gesammelten Briefe« Rosa Luxemburgs am 12. Januar 1994 und ein Brief von Konstantin Zetkin an Helmut Hirsch vom 3. Februar 1969. S. 44–50. – Helmut Seidel: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 6. Hrsg. von Annelies Laschitzka. Dietz Verlag Berlin 1993. 385 S. S. 51–53.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 2/2001: Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. Manuskriptdruck. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2001. 117 in getr. Zählung: 54, 14, 40, 3, 9 S. Abb. – 2., unveränderte Aufl. 2007. ISBN 978-3-89819-273-6.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. [Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH Schkeuditz.] – *Enthält:* Inhalt. S. [3]. – Zum Geleit (Klaus Kinner). S. [5]. – Text: Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. 1. Halbband. Text. S. 1–54 ([7]–[64]). – 2. Halbband. Apparat: Editorischer Bericht. S. 5–14; Entstehung. S. 5–7. – Überlieferung. S. 7–10. – Zeugenbeschreibung. S. 11–12. – Editionsprinzipien. S. 12–14. – Verzeichnis der innerhandschriftlichen Textentwicklung. S. 1–40. – Namenregister. S. [1]–[3]. – Annelies Laschitzka: Bemerkungen zum Probestück für eine textkritische Ausgabe der Breslauer Gefängnismanuskripte von Rosa Luxemburg. S. 1–9.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 3/2003: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2004. 230 S. ISBN 978-3-89819-170-2. – 2. unveränderte Aufl. 2004. ISBN 978-3-89819-170-8

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. herausgegeben von Klaus Kinner; Redaktion und Satz: Olaf Kirchner; Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler; Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH Schkeuditz. – *Enthält:* Inhalt. S. 3/4. – Vorbemerkung. S. 5–7. – I Der Forschungsstand. S. 9–19. – II Rosa Luxemburg und die Künste. S. 21–95: 1. Musik war ihr »Lebensluft«. S. 24–33. – 2. »Ich arbeite an der ökonomischen Sache und – male sogar«. S. 34–42. – 3. Rosa Luxemburg und die schöne Literatur. S. 43–60: 3.1. Die Leserin. S. 43–48. – 3.2. »Schreiben war ja ihr natürliches Element«. S. 49–56. – 3.3. Sprachkenntnisse und Stil. S. 56–60. – 4. Rosa Luxemburg urteilt über Literatur. S. 60–95. – 4.1. Über ausländische Autoren. S. 60–71. – 4.2. Über deutsche Schriftsteller. S. 72–82. – 5. Die polnische Kultur im Denken und Fühlen Rosa Luxemburgs. S. 82–95. – III »Aus dem Kampf geboren« – die Russen. S. 97–141: 1. Rosa Luxemburgs Konzept über die russische Literatur. S. 97–115: 1.1. Die russische Literatur bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. S. 102–104. – 1.2. Die Sicht auf das 19. Jahrhundert. S. 104–109. – 1.3. Gleb Uspenski und die Volkstümlicherbewegung. S. 109–115. – 2. Ihre russischen Lieblingsautoren: Tolstoi – Dostojewski – Gorki. S. 115–131. – 3. Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko. S. 131–141: 3.1. Wer ist eigentlich Korolenko? S. 131–133. – 3.2. Gab es Berührungspunkte zwischen ihnen? S. 134–141. – IV Rosa Luxemburg als Übersetzerin von Korolenko. S. 143–190: 1. Ihre Übersetzungen aus dem Französischen. S. 143–147. – 2. Von der Idee zur Übersetzung – der Verlauf der Korolenko-Übersetzung. S. 147–169: 2.1. Die Suche nach einem Verlag. S. 150–159. – 2.2. Zähflüssige Verhandlungen und zügige Übersetzung. S. 159–169. – 3. Die Übersetzerin und ihre Prinzipien – einige Beobachtungen. S. 169–180. – 4. Die Einleitung – ein sehr persönliches Dokument. S. 180–190. – V Die Druck- und Rezeptionsgeschichte der Luxemburg-Übersetzung. S. 191–202. – VI Anhang: Hat Rosa Luxemburg das »Lied von der roten Fahne« übersetzt? S. 203–214. – Personenregister. S. 215–230.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 4: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Leipzig. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2007. 131 S. ISBN 978-3-89819-269-9.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. herausgegeben von Klaus Kinner. Redaktion und Satz: Olaf Kirchner; Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler; Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH Schkeuditz. – *Enthält:* Einführung. S. 7–10. – 1. Über die großen Städte. S. 11–19. – 2. Rosa Luxemburg

in Leipzig: Leipzig-Kontakte vor der ersten Begegnung. S. 21–25. – Zwei belebende Aufenthalte (Mai und August 1899). S. 25–33. – Rosa Luxemburg in Leipzig in den Jahren 1901 bis 1916. S. 34–47. – Anhang: Tabelle der bezeugten Leipzig-Aufenthalte Rosa Luxemburgs. S. 48. – 3. »Was ist das doch für eine prächtige Zeitung!« – Rosa Luxemburg und die »Leipziger Volkszeitung«. S. 49–54. – Rosa Luxemburg und Bruno Schoenlank (1898–1901). S. 55–65. – Der Eintritt Rosa Luxemburgs in die Redaktion der »Leipziger Volkszeitung« (1902) und ihre Beziehungen zu Franz Mehring. S. 65–82. – Rosa Luxemburg in der »Leipziger Volkszeitung« von 1902 bis zum Abbruch der Beziehungen 1913. S. 82–87. – 4. Leipzig und Rosa Luxemburg – eher zufällige Beobachtungen. S. 89. – Rosa Luxemburg in der Weimarer Republik. S. 90–93. – Leipzig und Rosa Luxemburg während der DDR-Zeit. S. 93–100. – Die Freiheit der Andersdenkenden. S. 100–104. – Luxemburg-Ehrungen in Leipzig in der DDR-Zeit und ihre Schicksale nach der Wende. S. 105–110. – Leipzigs Linke und Rosa Luxemburg nach der politischen Wende. S. 110–114. – Auseinandersetzungen einiger Leipziger Künstler mit Leben, Schaffen und Schicksal RosaLuxemburgs. S. 114–121. – 5. Einige Ergebnisse. S. [123.] – Zum Autor. S. [125.] – Neuerscheinungen 2007 der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. S. [127]–131. – In der Reihe Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte sind bisher erschienen. S. [132.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 5: Annelies Laschitzka: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. 2., unveränderte Aufl. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2007. [111] S. ISBN 978-3-89819-274-3.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Satz und Redaktion: Daniel Neuhaus; Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler unter Verwendung der Bronzebüste Rosa Luxemburgs von Hanna Studnizka der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. (Foto: Gerhard Merker); Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH, Schkeuditz. – *Enthält:* Einleitung. S. 7–10. – Rosa Luxemburg in Warschau und Zamość. S. 11–26. – Mit Rosa Luxemburg in Reggio Emilia. S. 27–46. – RosaLuxemburg in Paris. S. 47–58. – Mit Rosa Luxemburg in Tokio. S. 59–74. – Rosa-Luxemburg-Symposium in Beijing (Peking). S. 75–84. – Rosa-Luxemburg-Treffen in Chicago. S. 85–94. – Literaturhinweise: Editionen. S. 95/96. – Biographien und Studien. S. 96–99. – Veröffentlichungen über Rosa-Luxemburg-Tagungen. S. 99/100. – Bibliographien. S. 100. – Zeittafel. S. 101–109. – Weitere Veröffentlichungen. S. [111.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 6: Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2008. 314 S. ISBN 978-3-89819-301-6.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. e.V. herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Redaktion & Satz: Lutz Höll; Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler ...; Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH, Schkeuditz. – *Enthält:* Vorbemerkung. S. 7–10. – 1. Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. S. 11–25. – 2. Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept und an der bolschewistischen Revolutionspolitik in Russland. S. 26–42. – 3. »Das gefährliche Wort«. Die Stellung der SED zu Rosa Luxemburg. S. 43–50. – 4. Die revolutionäre Ungeduld. Rosa Luxemburg und ihre Verbindung zu den Massen (August 1914 bis Dezember 1918). S. 51–66. – 5. Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit. S. 67–117. – 6. Rosa Luxemburgs Engagement für den politischen Massenstreik. Zwei bisher unveröffentlichte parteiinterne Ansprachen vom Sommer 1913. S. 118–126. – 7. Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkrieges. S. 127–171. – 8. Führung und Basis des Rosa-Luxemburg-Karl-Liebnecht-Kreises (Spartakusgruppe), 1915–1918. Biographien und soziale Zusammensetzung. S. 172–195. – 9. Mathilde Jacob – mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin! Mit dem Text von 2 Briefen M. Jacobs an Clara Zetkin, Januar/März 1919. S. 196–228. – 10. Der Einfluss Clara Zetkins auf die Spartakusgruppe (1914–1919). S. 229–239. – 11. Fanny Thomas-Jeziarska (1887–1945). Von Rosa Luxemburg zu Gramsci, Stalin und August Thalheimer – Stationen einer internationalen Sozialistin. S. 240–285. – 12. Julius Gerson und Eduard Fuchs, die Spendensammler für die Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe – Verbindungen zwischen Linksozialisten und bürgerlichen Pazifisten. S. 286–395. – Abkürzungsverzeichnis. S. 306. – Personenindex. S. 309–314. – Über den Autor. S. 315.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 7: Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare. Herausgegeben von Annelies Laschitzka und Klaus Gietinger. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2010. [204] S. ISBN 978-3-89819-333-7.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Redaktion & Satz: Lutz Höll; Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler ...; Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH, Schkeuditz. – *Enthält:* Inhalt. S. 5–10. – Vorwort. S. 11/12. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – Persönlichkeit, Leben und Werk im aktuellen Diskurs – die jüngste Entdeckung einer rätselhaften Leiche. S. 13–25. – Klaus Gietinger: Der Doppel-

mord. S. 26–49: Vertuschung. S. 37–41. – Jogiches deckt auf und wird ermordet. S. 41/42. – Pabst spricht seine Kameraden frei. S. 42–44. – Noske verhindert Aufklärung. S. 44–49. – Klaus Gietinger: Die Auffindung der Leiche. S. 50–66. – Volkmar Schneider: Gutachterliche Stellungnahme zur Leichensache Rosa Luxemburg, 8. Juni 2009. S. 67–71. – Volkmar Schneider: Ergänzungen zum Gutachten vom 8.6.2009, 16. Oktober 2009. S. 72/73. – Jürgen Hofmann: Das Grab der Rosa Luxemburg. Eine Spurensuche auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde. S. 74–90. – Dokumente. S. 91–201: 1 Brief von Hugo Haase an Kriegsgerichtsrat Jorns vom 23. Januar 1919. S. 92–95. – 2 Begleitschein Nr. 116 des Polizeireviers / Tiergarten Wache Untere Freiarchenbrücke vom 31. Mai 1919. S. 96. – 3 Meldung aus dem 76. Polizeirevier an Abteilung IV beim Polizeipräsidenten vom 31. Mai 1919. S. 97. – 4 Schreiben des Legationssekretärs der Litauischen Gesandtschaft Franz Penkaitis an den Polizeipräsidenten vom 2. Juni 1919. S. 98. – 5 Vermerk des Kriegsgerichtsrats Ehrhardt vom 2. Juni 1919. S. 99. – 6 Beschwerde des Kriegsgerichtsrats Ehrhardt gegen dem Reichsminister Noske vom 2. Juni 1919. S. 100–103. – 7 Aktennotiz des Kriegsgerichtssekretärs Baesler vom 2. Juni 1919. S. 104. – 8 Protokoll der Vernehmung des Schleusenwärters Gottfried Kneperl durch Kriegsgerichtsrat Ehrhardt am 2. Juni 1919. S. 105/106. – 9 Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Siegfried Weinberg an Kriegsgerichtsrat Ehrhardt vom 2. Juni 1919. S. 107. – 10 Schreiben aus dem Polizeipräsidium Berlin an Kriegsgerichtsrat Ehrhardt vom 3. Juni 1919. S. 108. – 11 Protokoll über die Zeugenvernehmung und über die Obduktion der Leiche im Garnisonslazarett in Wünsdorf am 3. Juni 1919. S. 109–118. – 12 Telegramm des Rechtsanwalts Siegfried Weinberg an Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, Edenhotel Berlin, 3. Juni 1919. S. 119. – 13 Aktennotiz des Kriegsgerichtsrats Ehrhardt vom 4. Juni 1919. S. 120. – 14 Order des Gerichtsherrn v. Oven, Generalleutnant, vom 4. Juni 1919. S. 121. – 15 Notiz und Telegrammtext in den Akten des Kriegsgerichtssekretärs Baesler vom 4. Juni 1919. S. 122. – 16 Protokoll der Vernehmung von Maxim Zetkin und Mathilde Jacob durch Kriegsgerichtsrat Ehrhardt am 4. Juni 1919. S. 123/124. – 17 Protokoll über die Vernehmung von Wanda Marcusson, Siegfried Nestriepke und Schleusenwärter Gottfried Kneperl durch Kriegsgerichtsrat Ehrhardt am 4. Juni 1919. S. 125–127. – 18 Zusammenfassung der Ermittlungen durch Kriegsgerichtsrat Ehrhardt am 5. Juni 1919. S. 128/129. – 19 Telegramm von Mathilde Jacob, Berlin, an Clara Zetkin nach Degerloch bei Stuttgart vom 4. Juni 1919. S. 130. – 20 Fragen des Kriegsgerichtsrats Ehrhardt an den Nachtragsgutachter Dr. Strassmann vom 5. Juni 1919. S. 131/132. – 21 Telegramm von Mathilde Jacob, Berlin, an Clara Zetkin nach Degerloch bei Stuttgart vom 6. Juni 1919. S. 133. – 22 Telegramm von Clara Zetkin aus Friedrichshafen/Bodensee, an Mathilde Jacob, Berlin, vom 6. Juni 1919. S. 134. – 23 Protokoll über die Vernehmung des Tauchermeister Alfred Koch durch Kriegsgerichtsrat Ehrhardt am 6. Juni 1919. S. 135–137. – 24 Telegramm von Clara Zetkin aus Friedrichshafen / Bodensee, an Mathilde Jacob, Berlin, vom



7. Juni 1919. S. 138. – 25 Brief von Mathilde Jacob an Clara Zetkin vom 7. Juni 1919. S. 139–141. – 26 Telegramm von Mathilde Jacob, Berlin, an Clara Zetkin, Degerloch bei Stuttgart, vom 8. Juni 1919. S. 142. – 27 Telegramm von Clara Zetkin, Stuttgart, an Mathilde Jacob, Berlin, vom 9. Juni 1919. S. 143. – 28 Brief von Mathilde Jacob, Berlin, an Clara Zetkin, Stuttgart, vom 9. Juni 1919. S. 144. – 29 Brief von Clara Zetkin, Stuttgart, an Mathilde Jacob, Berlin, vom 10. Juni 1919. S. 145. – 30 Auszug aus den Erinnerungen Mathilde Jacobs »Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914–1919« von 1930. S. 146–149. – 31 Nachtragsgutachten von Prof. F. Strassmann und des stellv. Gerichtsarztes P. Fraenckel vom 13. Juni 1919. S. 150–156. – 32 Brief von Mathilde Jacob aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit an Clara Zetkin, Stuttgart, vom 28. Juni 1919. S. 157/158. – 33 Karte per Einschreiben von Clara Zetkin, Degerloch bei Stuttgart, an Mathilde Jacob, Untersuchungsgefängnis Moabit, vom 1. Juli 1919. S. 159. – 34 Brief von Mathilde Jacob, Untersuchungsgefängnis Moabit, an Clara Zetkin, Stuttgart, 13. Juli 1919. S. 160/161. – 35 Aussage des Schleusenwärters Gottfried Knepel im Preußischen Wasserbauamt am 29. Juli 1919. S. 162. – 36 Anfrage des Obermilitär-anwalts beim Reichsmilitärgericht in der Schutzhaftsache Jacob an das Garde-Kav.-Schützen-Korps vom 24. Juli 1919 und Antwort des Kriegsgerichtsrats Spatz vom 1. August 1919. S. 163/164. – 37 Protokoll über die Aussage von Franz (Pranes) Penkaitis vom 8. August 1919. S. 165–167. – 38 Telegramm von Clara Zetkin, Degerloch bei Stuttgart, an Mathilde Jacob vom 28. September 1919. S. 168. – 39 Schreiben der Rechtsanwälte Dr. Kurt Rosenfeld und Heinrich Riegner an das Gericht der Reichswehrbrigade III c, Dienststelle Berlin, vom 3. Oktober 1919. S. 169. – 40 Schreiben der Rechtsanwälte Dr. Kurt Rosenfeld und Heinrich Riegner an das Gericht der Reichswehrbrigade III c, Dienststelle Berlin, vom 18. Dezember 1919. S. 170/171. – 41 Protokoll über die Gegenüberstellung von Legationssekretär Penkaitis und Schleusenwärter Knepel im Gericht der Reichswehrbrigade III im Januar 1920 in Berlin. S. 172. – 42 Schreiben des Herrn Eger der Abteilung II beim Polizeipräsidenten an das Gericht des Reichswehrbezirkes III, Dienststelle Berlin, vom 30. März 1920. S. 173. – 43 Rede von Luise Zietz (USPD) zur Beisetzung Rosa Luxemburgs auf dem Zentralfriedhof [Berlin-]Friedrichsfelde am 13. Juni 1919. S. 174/175. – 44 Antrag von Otto Gäbel und Genossen (KPD) in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Pflege der Gräber der Revolutionsoffer durch die Stadt vom 4. August 1921. S. 176. – 45 Aus den Erläuterungen Wilhelm Piecks auf dem 10. Parteitag der KPD in Berlin zum Denkmalprojekt für die gefallenen Revolutionäre, 12. Juli 1925. S. 177/178. – 46 Aus der Rede Wilhelm Piecks anlässlich der Enthüllung des Revolutionsdenkmals auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde am 13. Juni 1926. S. 179/180. – 47 Dringlichkeitsantrag von Otto Gäbel, Paul Schwenk und Genossen (KPD) in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Würdigung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich des 10. Jahres-

tages ihrer Ermordung vom 18. Dezember 1928. S. 181. – 48 Beschluss des Bezirksamtes Berlin-Lichtenberg über den Abriss des Revolutionsdenkmals auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde vom 23. November 1934. S. 182. – 49 Aus dem Tagesbericht der Staatspolizeistelle für den Landespolizeibezirk Berlin vom 17. Januar 1935. S. 183. – 50 Aus dem Verwaltungsbericht der Bezirksverwaltung Berlin-Lichtenberg für 1932 bis 1936. S. 184. – 51 Aus dem Bericht des Bezirksbürgermeisters des Verwaltungsbezirks Lichtenberg an den Berliner Stadtkommandanten Generaloberst Bersarin vom 30. Mai 1945. S. 185. – 52 Aus dem Brief Wilhelm Piecks an Karl Maron (Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Groß-Berlin) vom 6. Dezember 1945: Wiederherstellung der Grabstätte von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. S. 187/187. – 53 Begründung zur Magistratsvorlage »Ausbau bzw. Wiederherstellung der Grabstätten gefallener Revolutionskämpfer« vom 11. Dezember 1945. S. 188. – 54 Beschluss des Zentralsekretariats der SED zur Zusammenlegung der Gräber der alten Sozialisten und der KPD in Friedrichsfelde vom 24. September 1946. S. 189. – 55 Aus dem Protokoll der 93. Magistratssitzung am 26. Mai 1948: Neugestaltung der Friedhofsanlage für die großen sozialistischen Führer auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde. S. 190. – 56 Aus den handschriftlichen Notizen von Wilhelm Pieck über seinen Besuch auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde am 2. Februar 1950. S. 191. – 57 Rekonstruktion der Belegung des Grabfeldes 64 nach Plänen von 1919 für die Suchgrabungen im Jahre 1950. S. 192/193. – 58 Wilhelm Pieck: Anweisungen für die Gedenkstätte Friedrichsfelde, o. D. [vermutlich Sommer 1950]. S. 194. – 59 Protokoll über die Suchgrabungen auf dem ehemaligen Grabfeld 64 vom 5. Januar 1951. S. 195/196. – 60 Mitteilung an das ZK der SED über die Grabsteine aus dem Grabfeld der KPD vom 1. Oktober 1971. S. 197–199. – 61 Aus dem Bericht der Kommission zum Umgang mit den politischen Denkmälern der Nachkriegszeit im ehemaligen Ost-Berlin vom 5. Februar 1993. S. 200. – Autorenverzeichnis. S. 202/203. – Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. [204].]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 8: Neue Texte von Rosa Luxemburg. Herausgegeben von Klaus Kinner. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2011. [100] S., Abb. ISBN 978-3-89819-356-6.

[Redaktion & Satz: Lutz Höll; Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler ...; Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH, Schkeuditz. – *Enthält:* Vorwort. S. 7/8. – Klaus Kinner: Ein bisher unbekannter Brief Rosa Luxemburgs. Eine Lücke in der Luxemburg-Forschung schließt sich. S. 9–17. – Rosa Luxemburg: Brief an die Pressekommission Leipzig vom 27. September 1902. S. 19–23. – Rosa Luxemburg: Zur Schlichtung der politischen Zwistigkeiten. Mit Anmerkungen von Annelies Laschitzka. S. 25–32. – Rosa Luxemburg: Das unabhängige Polen und die Arbeiterfrage. Aus dem Polnischen übersetzt und eingeleitet von Holger Politt. S. 33–87. – Holger Politt: Rosa Luxemburgs Herbarium in Warschau. S. 89–97. – Autorenverzeichnis. S. 98/99. – Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. [100].]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 9: Rosa Luxemburg ante portas. Vom Leben Rosa Luxemburgs nach ihrem Tod. (Die Luxemburg-Rezeption nach 1945.) Herausgegeben von Klaus Kinner [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2012. 125 S. ISBN 978-3-89819-375-7.

[Redaktion und Satz: Lutz Höll; Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler ...; Herstellung: Verlag GNN Sachsen/Berlin GmbH Schkeuditz. – *Enthält:* Vorwort. S. 7/8. – Michel Brie: Rosa Luxemburgs Symphonie zur Russischen Revolution. S. 9–29. – Frigga Haug: Tolerante Friedenstaube? Rosas Zumutungen an eine moderate Linke. S. 31–49. – Elke Reuter: Zum Umgang der SED mit dem Erbe Rosa Luxemburgs. S. 51–74. – Jürgen Hofmann: Rosa Luxemburg und der Bruch der SED / PDS mit dem Stalinismus. S. 75–87. – Edelbert Richter: Die DDR-Bürgerbewegung und Rosa Luxemburg. S. 89–94. – Holger Politt: Zurückgelegt. Zu einigen Aspekten der Rosa-Luxemburg-Rezeption in Polen nach 1945. S. 95–116. – Wolfgang Geier: Arme Rosa – biografische Notizen. S. 117–122. – Autorenverzeichnis. S. 123–125. – Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. [127/128.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 10: Wegmarkierungen. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1903. Aus dem Polnischen übersetzt und eingeleitet von Holger Politt. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2013. [68] S. ISBN 978-3-89819-393-1.

[Redaktion & Satz: Lutz Höll; Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler ...; Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH Schkeuditz. – *Enthält:* Vorbemerkung. S. 7/8. – Holger Politt: Ein Parteitagsbericht. Vom Anfang der Auseinandersetzungen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin. S. 9–17. – Rosa Luxemburg: Der 4. Parteitag der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens. S. 19–42. – Holger Politt: Der späte Dickstein. S. 55. – Rosa Luxemburg / Leo Jogiches: Von den Herausgebern [zu: Szymon Dickstein: Wer lebt wovon? (Kto z czezożyje?)]. S. 57–63. – Über den Autor. S. [65.] – Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. [67/68.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 11: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Maxim Gorki. Begegnungen und Widersprüche. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2013. [116] S. ISBN 978- 3-89819-394-8.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. herausgegeben von Klaus Kinner; Redaktion & Satz: Lutz Höll; Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler ...; Herstellung GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH, Schkeuditz. – *Enthält:* Einleitung. S. 7 –11. – Zur Einrichtung des Textes. S. 10/11. – Kapitel 1: Rosa Luxemburg als Leserin Maxim Gorkis. Ihr Gorki-Konzept. S. 13–52. – Gorkis Werke in Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg. S. 14–18. – Exkurs: Hermann Duncker und Maxim Gorki. S. 18–27. – Welche

Werke Gorkis hat Rosa Luxemburg gelesen? S. 27–45. – Das Erzählwerk. S. 27–31. – Die Stücke. S. 31–36. – Über Romane. S. 36–45. – Rosa Luxemburgs Gorki-Bild. S. 45–52. – Kapitel 2: Rosa Luxemburgs persönliche Beziehungen zu Maxim Gorki, ihre Begegnungen und Berührungsflächen. S. 53–91. – Persönliche Begegnungen. S. 55–63. – Tantiemen für das »Nachtasyl«. Der Marchlewski-Verlag. S. 64–78. – Gorkis Einladung nach Capri (1909). S. 79–81. – Exkurs zu einer Briefdatierung. S. 82–85. – Über Gorki als möglichen Redakteur und Editor von Rosa Luxemburg. S. 86–91. – Kapitel 3: Rosa Luxemburg und Maxim Gorki in ihrer Haltung zur bolschewistischen Revolution. S. 93–105. – Die Ausgangssituation. S. 93–96. – Rosa Luxemburgs kritische Haltung zur russischen Revolution. S. 96–99. – Maxim Gorki und die Revolution. S. 99–105. – Personenregister. S. 107–111. – Über den Autor. S. 113. – Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. 115/116.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 12: Im Lichte der Revolution. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1906 und Paralipomena zu Leben und Werk. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2015. [113] S. ISBN 978-3-89819-420-4.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Redaktion: Manfred Neuhaus; Umschlag: Jutta Damm-Fiedler ...; Satz: Daniel Neuhaus; Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH Schkeuditz. – Enthält: Holger Politt: Im Lichte der Revolution. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1906: »Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung« und »Vor dem Wendepunkt«. S. 7–14. – Rosa Luxemburg: Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung: I. S. 15–17. – II. S. 17–20. – III. S. 20–25. – IV. S. 25–31. – V. S. 32–45. – VI. S. 45–52. – VII. S. 52–54. – Rosa Luxemburg: Vor dem Wendepunkt. S. 55–58. – Paralipomena zu Leben und Werk: Willi Beitz: Rosa Luxemburg in Andrej Platonows Roman »Tschewengur«. S. 59–63. – Jörn Schüttrumpf: Die Biographin von Rosa und Karl. Annelies Laschitza zum 80. S. 65/66. – Günter Benser: Vielseitiges Engagement. Die Historikerin und Biographin Annelies Laschitza feiert heute ihren 80. Geburtstag. S. 67/68. – Manfred Neuhaus: Ein Forscherinnenleben für Rosa Luxemburg. Prof. Dr. sc. phil. Annelies Laschitza zum 80. Geburtstag. S. 69–81. – Eckhard Müller: Aus der Werkstatt von Band 6 der »Gesammelten Werke« von Rosa Luxemburg. S. 83–90. – Worte des Dankes von Annelies Laschitza. S. 91–93. – Gern leben und eine Aufgabe haben. Zum Tod von Feliks Tych (1929–2015). Nekrologe von Holger Politt. S. 95–99. – Annelies Laschitza: Feliks Tych. Nachruf. S. 101/102. – Wulf Skaun: Ständiges Rosa-Luxemburg-Seminar startet. S. 103. – Ders.: Schlag nach bei Rosa. Ständiges Rosa-Luxemburg-Seminar in Leipzig eröffnet. S. 104/105. – Ders.: W. I. Lenins Irrtum: »Sie irrte ... sie irrte«. Rosa Luxemburgs Schrift »Zur russischen Revolution« bleibt aktuell. S. 106/107. – Ders.: Zur Märtyrerin der

Novemberrevolution gestützt. Drittes Rosa-Luxemburg-Seminar lotet Stalinisierung aus. S. 108–110. – Verzeichnis der Autoren. – Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. 113.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 13: Volker Caysa: Rosa Luxemburg – die Philosophin. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung 2017. [91] S., Abb. ISBN 978-3-947176-00-1.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Redaktion: Manfred Neuhaus / Daniel Neuhaus; Umschlag: Jutta Damm-Fiedler ...; Satz: Daniel Neuhaus; Herstellung: Online-Druckerei »Wir machen Druck« GmbH. – *Enthält:* Die Parrhesiastin. S. 9–35. – Die Lebenskünstlerin: I. S. 36–41. S. 36–41. – II. S. 42–47. – III. S. 48–58. – IV. S. 58–61. – Die Analytikerin des Empire. S. 61–85. – Personenverzeichnis. S. 87/88. – Zum Autor. S. 89. – Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. 91.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 14: Annelies Laschitza: Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung 2017. 232 S., 1 Abb. ISBN 978-3-947176-04-5.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Redaktion: Jörn Schüttrumpf / Manfred Neuhaus; Umschlag: Jutta Damm-Fiedler ...; Satz: Jörn Schüttrumpf; Herstellung: Online-Druckerei »Wir machen Druck« GmbH. – *Enthält:* Zauberring der Erinnerung. S. 9–14. – Die 1950er Jahre – Lehr- und Lernjahre S. 14–20. – Die 1960er Jahre – Entscheidungsjahre. S. 21–30. – Die 1970er Jahre – Aufbruch in die internationale Diskussion. S. 31–39. – Die 1980er Jahre – im Widerstreit der Gegensätze. S. 39–50. – Die 1990er Jahre – ungeahnte Möglichkeiten. S. 51–75. – Die 2000er Jahre – verheißungsvolle Lichtblicke. S. 76–81. – 2010 bis 2017 – mit Energie und Leidenschaft auf der Zielgeraden. S. 81–84. – Rosa Luxemburg – Zürich, Berlin, Warschau 1893–1906. S. 85–146. – Rosa Luxemburg – Berlin, Wronke, Breslau 1907–1918: Editions-geschichte. S. 147–153. – Handschriftenkomplex. S. 153–167. – Exzerptfaible. S. 167–174. – Aufklärungsmission. S. 174–182. – Massenstreik-philosophie. S. 182–188. – Enthüllungskunst. S. 188–199. – Artikelrätsel. S. 199–205. – Gefängnis-kalender. S. 206–208. – Gedankengipfel. S. 208–219. – Jahrhundertprophezeihung. S. 219–220. – Verzeichnis der wissenschaftlichen Publikationen von Annelies Laschitza. S. 221–230. – Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. 231/232.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 13: Volker Caysa: Rosa Luxemburg – die Philosophin. Zweite, erweiterte Aufl. 2018. 106 S., Abb. ISBN 978-3-947176-00-7.

[*Enthält*: ... Anhang zur zweiten Auflage: Klaus Kinner / Manfred Neuhaus: Die Linke hat einen philosophischen Kopf verloren. Volker Caysa zum Angedenken. S. 90/91. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – die Philosophin. S. 92/93. – Wulf Skaun: Starke Charaktere erwählen sich oft starke Vorbilder. Volker Caysas hinterlassene Essays zu Rosa Luxemburg als Philosophien. S. 94–96. – Michael Brie: Weitherzigste Menschlichkeit. Volker Caysa über Rosa Luxemburg als »Wahr-Sprecherin«, Lebenskünstlerin und Analytikerin. S. 97–99. – Personenverzeichnis. S. 101/102. – Zu den Autoren. S. [103]. – Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. 105/106.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 14: Annelies Laschitzka: Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren. Zweite, korrigierte und erweiterte Aufl. 2018. 260 S., 1 Abb. ISBN 978-3-947176-05-2.

[*Enthält*: ... Hartmut Henicke: Der »Zauberring der Erinnerungen«. S. 231–241. – Rainer Holze: Annelies Laschitzkas Zauberring. S. 242/243. – Holger Czitrich-Stahl: Mehr als 50 Jahre Tête-à-Tête mit Rosa Luxemburg. Über das jüngste Werk Annelies Laschitzkas. S. 244–246. – Personenverzeichnis. S. 247–259. – Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. [260].]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 15: Annelies Laschitzka: Karl Liebknecht. Advokat und Parlamentarier mit Charisma. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2018. 98 S., XXXVI Abb. ISBN 978-3-947176-06-9.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Redaktion: Jörn Schüttrumpf / Manfred Neuhaus; Satz: Jörn Schüttrumpf; Umschlag: Susann Scholz-Karas ...; Herstellung: Online-Druckerei »Wir machen Druck« GmbH. *Enthält*: Einleitung. S. 7–10. – Der gefürchtete Advokat. S. 11–37: 1907 – »Hochverrat«. S. 16–22. – Drei Bücher zum »Hochverrat«. S. 22–25. – 1916 – »Landesverrat«. S. 25–33. – Ein zu wenig beachtetes Buch. S. 33–37. – Der rebellische Parlamentarier. S. 39. – Stadtverordneter von der Pike auf. S. 40. – Parlamentarier im preußischen Abgeordnetenhaus. S. 41–51. – Reichstagsabgeordneter. S. 52/53. – Rüstungsskandale 1913/1914. S. 53–68. – Anfragenfeldzug 1915/1916. S. 68–75. – Nationalversammlungswahlen 1919. S. 76/77. – Personenverzeichnis. S. 79–81. – Ausgewählte Literatur zu Leben und Werk von Karl Liebknecht. (Zusammengestellt von Manfred Neuhaus). S. 82–95. – Zur Autorin. S. 96. – Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. 97/98.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 16: »Neustadt – das ist der radikale Teil«. Rosa Luxemburg in Dresden. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung 2018. 132 S., Abb. ISBN 978-3-947176-09-0.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus in Verbindung mit Sven Brajer und Wilfried Trompelt. Redaktion: Martin Hilbig / Manfred Neuhaus / Wilfried Trompelt; Umschlag: Susann Scholz-Karas ...; Fotos: Martin Hilbig / Wilfried Trompelt / Georg Wehse; Satz: Daniel Neuhaus; Herstellung: Online-Druckerei »Wir machen Druck« GmbH; Zitat im Titel: Rosa-Luxemburg an Kostja Zetkin, 12. Dezember 1911. In: Gesammelte Briefe. Bd. 4. Berlin 1983. S. 141.] – *Enthält:* Vorwort der Herausgeber. S. 7/8. – Rolf Ziegenbein: Rosa Luxemburg – Chefredakteurin in Dresden. S. 11–36. – Eckhard Müller: »Wer den Frieden will, sendet keine Kriegsschiffe in ein anderes Land« – Rosa Luxemburg als sozialdemokratische Wahrkämpferin in den Reichstagswahlen 1898–1912. S. 37–63. – Sven Brajer: Rosa Luxemburg und die Dresdner Antisemiten um 1900. S. 65–82. – Sonja Koch: Marie Stritt und Rosa Luxemburg – zwei Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht in Sachsen. S. 83–91. – Wilfried Trompelt: Ein »herrliches Städtchen«? Orte der Erinnerung an Rosa Luxemburg in Dresden. S. 93–108; In Pieschen. S. 94–97. – In der Altstadt. S. 97–100. – In der Neustadt. S. 100–105. – Auf dem Weißen Hirsch. S. 105–108. – Kristin Dähnhardt: »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden«. Gedanken über die Aktualität Rosa Luxemburgs. S. 109–115. – Rosa Luxemburg in Dresden und im Visier der sächsischen Polizei und Justiz (Zeittafel) (Eckhard Müller / Wilfried Trompelt). S. 117–119; Rosa Luxemburgs bezeugte Aufenthalte in Dresden. S. 117. – Rosa Luxemburg im Visier der sächsischen Polizei und Justiz. S. 118/119. – Rosa Luxemburg: Die politische Lage und die Sozialdemokratie. Wahrkampfredere am 11. Dezember 1911 in Dresden-Pieschen (Bericht der »Dresdner Volkszeitung« vom 12. Dezember 1911). S. 121–123. – Dies.: Über die Reichstagswahlen 1912 (Bericht der »Dresdner Neuesten Nachrichten« vom 13. Dezember 1911). S. 125/126. – Max Zimmering: An Rosa Luxemburg. S. 127/ 128. – Zu den Autoren. S. 129. – Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. 131/132.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 16. »Neustadt – das ist der radikale Teil«. Rosa Luxemburg in Dresden. Zweite, korrigierte und erweiterte Aufl. 2019. 136 S., Abb. ISBN 978-3-947176-11-3.

[*Enthält:* ... Personenverzeichnis. S. 129–132. – Zu den Autoren. S. 133. – Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. 135/136.]

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 17: »Stimmen aus Russland« (Juni bis Oktober 1918). Bearbeitet von Marion Schüttrumpf-Kunze. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen Leipzig 2019. 216 S. ISBN 978-3-947176-12-0.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus in Verbindung mit Jörn Schüttrumpf und Marion Schüttrumpf-Kunze. Redaktion: Manfred Neuhaus; Satz: Marion Schüttrumpf-Kunze; Umschlag: Susann Scholz-Karas ...; Herstellung: »Wir machen Druck« GmbH. – *Enthält*: Eine vergessene Zeitschrift (Marion Schüttrumpf-Kunze / Jörn Schüttrumpf). S. 7–16: Rosa Luxemburg und die »Stimmen aus Russland«. S. 7–11. – »Nowaja Shisn«, »Les Échos de Russie« ... S. 12–16. – Stimmen aus Russland, Nr. 1, 20. Juni 1918. S. 17–56: Pawel Axelrod: † Georgi Plechanow. S. 17/18. – Ders.: Unsere Aufgabe. S. 19–31. – Der Maifeieraufruf des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. S. 31–37. – Im Reiche der bolschewikischen »Kommunisten«. S. 37–46. – Wassili Suchomlin: Die Lage im Kaukasus. S. 46–49. – Julius Martow: Die Leiden des Kaukasus. S. 50–52. – Nikolai Rusanow: Die Palinodie des Bolschewismus. S. 53–56. – Stimmen aus Russland, Nr. 2/3, 10. Juli 1918. S. 57–98: Die bolschewistische Gegenrevolution. Briefe aus Russland. S. 57–66. – R. Grigorjew: Der Krieg in Sibirien. S. 66–69. – Wassili Suchomlin: »Der Kampf ums Brot«. S. 70–75. – Wperjod: Das Fest des Kampfes. S. 75–78. – Wperjod: Die Proletarierfeier ohne Proletarier. S. 78–80. – Nikolai Rusanow: Die Bolschewiki an der Arbeit. S. 81–86. – Arbeiterkundgebungen. S. 87–98. – Stimmen aus Russland, Nr. 4/5, 15. August 1918. S. 99–142: An die sozialistischen Parteien aller Länder. S. 99–105. – Projekt einer Instruktion für die Abgeordneten des Petrograder Sowjets. S. 106–109. – Der bolschewistische Bluff bei den Petrograder Wahlen. S. 109–114. – Die Bolschewiki und der deutsche Militarismus. S. 114–121. – Semjon Semkowski: Die Bolschewiki und die Arbeiterbewegung. S. 121–134. – Kurze Nachrichten aus dem Alltagsleben im »kommunistischen« Russland (Sogenannte Schauergeschichten). S. 134–142. – Stimmen aus Russland, Nr. 6/7, 15. Oktober 1918. S. 143–205: Nikolai Rusanow: Der rote Wahnsinn. S. 143–149. – Sieg der Bolschewiki – Niederlage der Revolution. S. 149–166. – Pawel Axelrod: Ein Brief an Henderson. S. 166–173. – Ein Brief an das Zentralkomitee der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. S. 174–182. – Der Versuch eines Zimmerwald-Staatsstreichs. S. 183–191. – Dokumente der russischen Arbeiterbewegung unter dem Regime des bolschewistischen Kommunismus. S. 192–196. – Ein offener Brief der im Moskauer Taganka-Gefängnisse eingekerkerten Mitglieder der Allrussischen Arbeiterkonferenz. S. 197–199. – Ein Brief aus dem Moskauer Gefängnis. S. 199–205. – Literatur zum Weiterlesen. S. 206. – Personenregister. S. 207–212. – Editorische Bemerkung. S. 213. – Zur Herausgeberin. S. 214. – Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. 215/216.]



Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 18: Harald Koth: »... ihre große Begabung die uns so ungeheuer viel nützen könnte«. Rosa Luxemburg im Briefwechsel zwischen Karl und Luise Kautsky. [Leipzig:] Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2020. 106 S., Abb. ISBN 978-3-947176-16-8.

[Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Manfred Neuhaus und Klaus Kinner. Gefördert durch ein Vermächtnis von Prof. Dr. phil. habil. Willi Beitz (†). Redaktion: Manfred Neuhaus und Wilfried Trompelt; Umschlag: Daniel Neuhaus unter Verwendung einer Vorlage von Jutta Damm-Fiedler; Satz: Daniel Neuhaus; Zitat im Titel: Karl Kautsky an Luise Kautsky, 6. Mai 1917. – *Enthält:* Vorbemerkung. S. 7/8. – 1893–1899: erste Kontakte. S. 9–12. – 1899–1905: enge Freundschaft. S. 13–24. – 1906–1909: ernste Differenzen. S. 25–34. – 1910: der Bruch zwischen Rosa und Karl. S. 35–47. – 1910/1911 bis 1914: Konflikte mit Karl, aber weitere Freundschaft zwischen Rosa und Luise. S. 49–66. – 1914–1918: erste Risse zwischen Rosa und Luise. S. 67–80. – Nachbemerkung. S. 81–83. – Abbildungen. S. 85–98. – Personenverzeichnis. S. 99–101. – Zum Autor. S. 103. – Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. S. 105/106.]